

ISDN

Integrierte Strategie für
Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit
in ländlichen Räumen



Arvid Krüger (Hrsg.)



Thüringen Reader: Soziale Infrastruktur



Band 3

Thüringen Reader –
Beiträge aus Forschung und Lehre
über und mit Thüringen

Impressum

Thüringen Reader –
Beiträge aus Forschung und Lehre über und mit Thüringen
Band 3: Soziale Infrastruktur

Die Thüringen Reader begleiten das Forschungsprojekt
ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit,
welches als Teil der Förderschiene Kommunen innovativ vom
BMBF gefördert wird.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

FONA

Forschung für Nachhaltigkeit

Herausgeber: Arvid Krüger
Universität Kassel, Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie
Gottschalkstraße 22, 34127 Kassel

Publikationsdatum der 1. Auflage: 11.2024

DOI: 10.17170/kobra-202308148607

Konzept und Gestaltung:
Bureau Punktgrau
Buchgestaltung und Wissenschaftsdesign
www.punktgrau.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Autor:innen.
Die Veröffentlichung erfolgt als Open Access.

Inhaltsverzeichnis

Daseinsvorsorge vor Ort – Sozioinfrastrukturelles Planen als Teil einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik	4
Stadtgesellschaftliche Kulturpflege – Ein Interview mit Silke Weidner	10
Bildessay: „Dritte Orte“ der soziokulturellen Begegnung	19
Ein Governance-Vorschlag für die sozioinfrastrukturelle Planung in der Kleinstadt	23
Fallbringerstudie: Kitas auf dem Dorf	40
Innenstädte in Kleinstädten – Welche Funktion übernimmt das Zentrum von Schmölln?	46
Fallbringerstudie: VHS-Filiale Schmölln	68
Bildessay: Innenstadt	72
Sozioinfrastrukturelle Ausstattung und Mobilität – Eine jugend- und geschlechterspezifische Perspektive auf kleinstädtische Stadtentwicklung	75
Fallbringerstudie: Jugendarbeit und Jugendbeteiligung	98
Bildessay: Alltagsmobilität in den Straßen von Schmölln	103
Ein Kommentar zu ländlichen Bildungslandschaften aus der Praxis	107
Fallbringerstudie: Filial- versus Sprengelmodell	111
Bildessay: Freiräume der Begegnung	116
Gesundheitsbahnhof Nöbdenitz – Ein Projekt zur Sicherung der Gesundheitsinfrastruktur im ländlichen Raum	119
Gesundheitsdystopie 2060 – Auswirkungen der Megatrends auf die Kleinstadt Schmölln	130
Planspiele zur stadtgesellschaftlichen Kulturpflege – Sozioinfrastrukturelles Planen in der flächengroßen Kleinstadt	138
Bildessay: Öffentliche Veranstaltungen	157
Zu den Autor:innen des Bandes	160

Daseinsvorsorge vor Ort – Sozioinfrastrukturelles Planen als Teil einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik

Arvid Krüger

Der Band III des Thüringen-Readers war eigentlich so gar nicht geplant, aber unter der Überschrift des „D“ wie Daseinsvorsorge in ISDN (Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit) sind eine Fülle an Beiträgen im Laufe des gemeinsamen Forschens von Wissenschaft und Kommune entstanden, deren Zusammenführung in einem weiteren Sammelband alle Mühen Wert war.

Und um Mühen geht es vielfach in den Texten, den Mühen der Ebene einer sozialen Infrastrukturplanung, die operationalisiert, dass der Staat sich eben nicht aus den Flächen der Peripherie zurückzieht – und diesen Umstand auch wahrnehmbar ausgestaltet. Egal ob als Kita, als Gesundheitsbahnhof oder in den Alltagswegeroutinen heranwachsender Einwohnerschaft: Daseinsvorsorge dekliniert im Kleinen Tag für Tag eine Stadt-Dorf-Balance durch; nämlich mit der Frage, ob ein Teil der städtischen Infrastruktur der gemeindlichen Ebene in der Kernstadt oder in einem der Dörfer angesiedelt worden ist bzw. werden soll. Vor dem Hintergrund der Schrumpfungserfahrungen in Ostdeutschland (Liebmann 2008; Nelle 2012) läge es zwar nahe, das Verb „ansiedeln“ durch ab- oder umsiedeln zu ersetzen, doch gerade die Sektoren Kita und Schule zeigen derweil, dass es nicht mehr um die Aufgabe von Standorten gehen kann. Wenn in Altkirchen ein Kitaneubau entsteht, lässt sich der 1,5 km im Nachbarort entfernte, unwirtschaftlich, weil baulich zu kleine Standort zwar schließen, aber das Gegenteil eines Rückzugs von Kitabetrieb aus den Dörfern ist richtig. Wenn die Schulstandorte in Ponitz (formal eigenständige Gemeinde, erfüllt von Gößnitz) und Großstechau (Teil der ca. 2500 EW und 6 Gemeinden umfassenden Verwaltungsgemeinschaft Oberes Sprottental) zur Diskussion standen, dann hat es zumindest ein Ergebnis dieser Diskussion gegeben: Im Zweifel werden sie als Filialstandorte weiterbetrieben werden können, eine Komplettaufgabe aus demographischen Gründen kann nicht mehr als opportun betrachtet werden (siehe hierzu die Beiträge zu den Fallbringerstudien). Auch der Weiterbildungssektor agiert mit Filialstandorten und strebt mehr und mehr an, aufsuchende Angebote zu etablieren; auch die Jugendarbeit arbeitet sowohl standortbezogen in Schmölln als auch mobil in der Fläche (siehe die anderen beiden Fallbringerstudienbeiträge in diesem Band). Soziale Infrastruktur wird von der Gemeinde ortsteilbezogen geplant und weiterentwickelt und, soweit möglich, gemeinsam mit der Landkreisverwaltung

(Schule, VHS, Jugend) koproduziert, wo die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen (SGB VIII, Ländergesetzgebung zur Bildung und Kommunalverfassung) den Landkreis zum Verwalter im Sektor Jugend und Bildung erklären.

Soweit für die Verwaltung nichts Neues. Was aber auffällig ist, dass diese Denklogik auch als kleinstädtisch grundierte Sozialraumorientierung gelesen werden kann, als Denken in Quartieren der Stadt, die – qua Geographie – nicht wie in der Großstadt Straße an Straße aneinandergrenzen, sondern zwischen den „Quartieren“ Felder und Wiesen liegen. Im Unterschied zur Großstadt gibt es auch keine aufwändigen statistischen Monitorings (die für Großstadtquartiere unverzichtbar geworden sind) über die Bedarfslage der Bewohner:innenschaft, sondern tazides Wissen, dass in der Gemeindeverwaltung gebündelt wird. Und, es wird mit dem sektorspezifischen Wissen (z. B. Jugendarbeit) kombiniert, wo dessen Zuständigkeit auf Landkreisebene liegt. Zwei weitere Parallelen zur großstädtischen Sozialraumorientierung liegen vor: es gibt eine „untere“ Ebene ohne eigene Verwaltungsstruktur, aber mit Standorten sozialer Infrastruktur: Quartier in der Großstadt, dörflicher¹ Ortsteil in der Kleinstadt; es gibt eine „obere“ Struktur mit der gemeindlichen Verwaltungsebene (bzw. Bezirken in Hamburg und Berlin). Dieses Denken in Quartieren, in Sozialräumen ist in Bezug auf die soziale Infrastruktur und damit für das Gros der Daseinsvorsorge, für das Da-Sein staatlich-demokratischen Handelns zum unverzichtbaren Teil kommunaler Stadtentwicklungspolitik geworden (und lässt sich planungsgeschichtlich über die Etablierung der Instrumente und Verfahren der Sozialen Stadt nachzeichnen, vgl. Krüger 2019).

Dieses Denken in Quartieren zum Zwecke der Machbarkeit einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik funktioniert im ländlichen Raum dann besser, wenn „Stadt“ und „Land,“ hier eine grund- oder mittelzentral grundierte historisch gewachsene kleine Stadt als „Stadt“ und in ihrem Umkreis befindliche Dörfer als „Land“ kommunalpolitisch gemeinsam stattfinden; Standortentscheidungen über soziale Infrastruktur in einem Gemeinderat stattfinden, in welchem sowohl „Stadt“ wie „Land“ ihre Stimme haben und professionelle Verwaltungsstrukturen existieren, denen das Dorf X in der Kleinstadt genauso wichtig ist wie den großstädtischen Verwaltungsstrukturen die Stadtrandsiedlung Y. Je besser es gelingt, Standortentscheidungen sozialer Infrastruktur in die örtliche Stadtgesellschaft zu geben (und die kleinstädtische Verwaltung auch mit Entscheidungskompetenz, -fähigkeit sowie -ressourcen auszustatten), desto eher lässt sich vermuten, dass dies als lokale Demokratie gelebt werden kann.

Diese Überlegungen waren der Anlass, Silke Weidner (Planungsprofessorin an der Brandenburgisch-Technischen Universität in Cottbus) nicht nur zu bitten, die wissenschaftliche Zwischenbilanz (als Side-Event des Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Jena im September

1 Je nach territorialer Verfasstheit und räumlicher Struktur sind hier auch kleinste Altstadtgebiete als Ortsteil denkbar, wenn es Eingemeindungen von Kleinstädten in andere klein- / mittelstädtische Gemeinden gab, die nun über eine „zweite“ Altstadt mit wenigen 1000 Einwohnern verfügen; ebenso lassen sich auch im ländlichen Raum satellitenartige Siedlungen der 1950-1980er-Jahre finden, die sich ebenfalls in dieser Logik als eigenständiger Ortsteil denken lassen.

2023) mit einer Keynote zu bereichern, sondern sich für diesen Band mit ihr über diesen sozioinfrastrukturellen Aspekt einer stadtgesellschaftlichen Kulturpflege zu unterhalten. Die immer wieder in verschiedenen Reallabor-situationen 2023/24 angesprochenen Gemeinsamkeiten klein- wie großstädtischer Infrastrukturplanung waren der Anlass, Forschungserkenntnisse zur Großstadt (Krüger 2019) auf die Kleinstadt anzuwenden. Denn aus der sozioinfrastrukturellen Perspektive ist der ländliche Raum am aufwändigsten in einer Mehrebenenlogik verwaltet: Landkreis und unterschiedliche Gemeindeverfasstheiten (Amt/Verwaltungsgemeinschaft, Erfüllung und Co.) machen den sozioinfrastrukturellen Aspekt einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik bürokratisch schwieriger als beispielsweise in Berlin und Hamburg, wo es im Stadtstaat „nur“ die Bezirke als zweite Ebene gibt (auch wenn das Komplizierte in Berlin ist, dass Landes- bzw. Regierungsbezirksebene und gesamtstädtisch-kommunale Ebene nicht voneinander abgegrenzt sind). Auf dem Land gibt es allein drei Verwaltungsebenen für die Kommune (Gemeinde, Amt, Kreis). Hinzu kommen die Regionen und die Bezirks- bzw. Landesebene (zumeist ist in den Bundesländern mit Bezirken die relevante obere Ebene dann der Bezirk, in den anderen Bundesländern dann das Land oder der „eine“ Bezirk wie beim Landesverwaltungsamt in Thüringen). Dieses „Staunen,“ darüber, dass man einst entschied, diese aufwändige Mehrebenenadministration einzuführen, begleitete die auf Daseinsvorsorge-Themen bezogenen Diskussionsteile der Reallabore ebenso wie die diskursive Rückkopplung zur lokalen Demokratie und zur Stadtgesellschaft. Diese Diskurse repräsentieren das Interview mit Weidner und der anschließende Beitrag von Krüger.

Mit dem folgenden Beitrag von Imanci, Knacker, Kupillas und Ulrich zur Innenstadt wird noch mal ein notwendiger Schwenk hin zur klassischen Logik von Zentralörtlichkeit in Sachen sozioinfrastrukturellen Planens vorgenommen, denn das Bild „vom Land“ ist doch eher davon geprägt, dass im grund- oder mittelzentralen Ort die Infrastruktur gebündelt wird, idealtypisch stehen Rathaus, Schule, Kirche am Markt oder in dessen Nähe. Kleinstädtische Innenstädte sind – wie alle anderen Stadttypen auch – aber eher davon geprägt, mit dem fundamentalen Wandel des Einzelhandels umgehen zu müssen, ihre Attraktivität als Zielort für Bewohner- und Besucher:innen zu bewahren bzw. sogar neu zu erfinden. Auch wenn es Schmölln in den 1990er-Jahren gelungen ist, den größten Supermarktstandort der Gegend an den Marktplatz zu bringen (hinter historischen Fassaden befindet sich ein größerer Lebensmitteleinzelhändler), so steht auch die Schmöllner Innenstadt vor dem Strukturwandel. Der Beitrag basiert sowohl auf der Forschenden Lehre (Studienprojekt im Sommersemester 2023) als auch auf eigenen Erhebungen aus dem Forschungsprojekt.

Die folgenden Beiträge sind aus der Reallaborphase entstanden und repräsentieren dabei auch verschiedene eingangs des ISDN-Projekts benannte Arbeitspakete. Zudem sind die Sektoren Jugend (Beitrag von Knacker, Krüger, Multhaupt und Schwarz), Bildung (Beitrag von Göbel) und Gesundheit (Beitrag von Knacker) exemplarisch für soziale Infrastruktursektoren (Libbe et al. 2010), aus deren Steuerung sich vergleichbare Steuerungsmodi für andere sozioinfrastrukturelle, raumbedeutsame Planungsaufgaben (z. B. Senioren, Kultur, Sport) ableiten lassen. Zudem ist das Vorhandensein eines Angebots in den Feldern Jugend, Bildung bzw. Gesundheit oft Anker-

funktion für einen sozioinfrastrukturellen Cluster – seien es Kita, Grundschule und Freibad in Altkirchen, seien es klassische Cluster in der „City“ eines Zentralen Orts oder gar neuartige Cluster einer Transformationsgesellschaft, wie im Band II (2024b) als Reallabor dokumentiert und bei Krüger (2024a) anhand des Gößnitzer Bahnhofs dargestellt.

Alle drei Texte nehmen dabei neben dem sektoralen Charakter eine jeweils besondere Perspektive ein, auf die hier verwiesen werden soll, weil sie über den eigenen Beitrag hinausreicht und die eingangs erwähnten Mühen der Ebene infrastrukturellen Planens auf der gemeindlichen Ebene verlässt. Knacker et al. betonen in ihrem Beitrag die enge Verwobenheit von sozioinfrastrukturellem Angebot und jugendlicher Alltagsmobilität in Zeiten der Transformation. Wenn von klein auf „eingeübt“ wird, dass es niemals eine gute Alternative zur Individualmobilität (Auto, Fahrrad, Moped) gibt – weil diese Alternative (Bus, Bahn) stiefmütterlich behandelt wird, dann wird die Transformationsaufgabe im Mobilitätssektor ungleich schwerer (Rammler und Schwedes 2019; Frey et al. 2020). Wenn es nicht von Anfang an gelingt, gendersensibel mit diesen jugendlichen Bedürfnissen umzugehen, wird das Bewusstsein fehlen, warum Menschen mit 18 vom Land wegziehen oder später (nicht) zurückkommen. Dass Ausbildung, Studium o.ä. mit 18 das Wegziehen befördern, gehört zur bundesrepublikanischen Lebensrealität dazu. Aber ob man mal zurückkommen oder wieder „aufs Land“ ziehen wird, ist eine Entscheidung, die man anhand dessen trifft, ob man sich mit der eigenen Milieuzugehörigkeit „auf dem Land“ auch zugehörig fühlen kann – oder ob man gar schlechte, gar diskriminierende Erfahrungen gemacht hat, sei es als Mädchen oder als Person, die aus vielfältigen Gründen als Anders markiert wurde.

Schule ist also mehr als nur Wissensvermittlungsanstalt (Mack et al. 2003; Coelen et al. 2015). Der Beitrag von Göbel ist quasi in einer Gastautorenrolle entstanden: Anlass war seine Gastgeberrolle an jener Schule, wo eines der Planspiele stattfand (zu diesen im letzten Beitrag des Bandes). Er trägt aus seiner professionellen Perspektive als Lehrer wertvolle Argumente zusammen, wie und warum es sich lohnt, die Campus-Perspektive samt der Vernetzung von Schule und Stadtgesellschaft auch auf dem Land voranzutreiben.

Mit dem Gesundheitsbahnhof Nöbdenitz ist ein besonderes Projekt im Thüringen-Reader vertreten, das mehr als eine kleine Fallbringerstudie ist. In der Sache ist es „nichts weiter“ als ein Ärztehaus in einem ehemaligen Bahnhofsgebäude, welches zu diesem Zweck als Ersatzneubau errichtet wurde. Doch es steht in einem ehemals selbständigen, nun eingemeindeten Dorf, der Planungsprozess wurde auf der lokalen Ebene durchgeführt und ist zugleich durch das Agieren anderer Ebenen geprägt. Die IBA Thüringen (2013-2023) war vor mehr als einem Jahrzehnt auch für Nöbdenitz ein inspirierender Anfangsimpuls, so einen Planungsprozess in einer Verwaltungsgemeinschaftsangehörigen Gemeinde zu starten. Die eigentliche Umsetzung – vergleichbar zum Kitaneubau in Altkirchen – fand aber in einem die Dinge deutlich vereinfachenden administrativen Rahmen statt: Es war die Investition einer Stadtverwaltung in städtische Infrastruktur (auch wenn Altkirchen und Nöbdenitz dörfliche Standorte sind). Ob dieser Normalfall kommunaler Stadtentwicklungspolitik (das Investieren in die ei-

genen sozioinfrastrukturellen Standorte einschließlich Sanierung und Neubau) Verhandlungsergebnis der Eingemeindung von Nöbdenitz (bzw. Altkirchen) 2019 war, sei für den Moment dahingestellt. Es liegen zwei Fälle vor, wo kommunale Stadtentwicklungspolitik ganz normal auch dörfliche Ortsteile beinhaltet. Wie in dem Beitrag von Knacker aufbereitet, ist der Nöbdenitzer Fall dabei ein bemerkenswerter Fall guter Praxis.

Der nach dem Nöbdenitzer Gesundheitsbahnhofs folgende „Gesundheitsdystopie“ genannte Beitrag von Hartmann, Sandmann und Wockenfuß entstand in der Forschenden Lehre (Studienprojekt an der Universität Kassel im Sommersemester 2023) und rekurriert auf eine spezifische Perspektive der Transformation für das sozioinfrastrukturelle Planen. Denn die Klimawandelanpassung wird eine Herausforderung nicht nur hinsichtlich der Prävention (Verkehrs- bzw. Energiewende), sondern ebenso hinsichtlich des Umgangs mit den derweil unabwendbaren Folgen. Wenn die Städte mit starker Hitze und Starkregenereignissen bzw. Flut umgehen müssen, ist das nicht nur eine technische Herausforderung, sondern macht etwas mit der Benutzbarkeit der Stadt – und zwar aus gesundheitlicher Perspektive (Haftenberger und Zeiher 2023; Böhme et al. 2012). Schon heute dienen sozioinfrastrukturelle Orte als Kälte- oder Wärmestuben, als stundenweise Aufenthaltsmöglichkeit für Menschen. Häufigere Extremwetter setzen Menschen körperlich unter Stress, der demographische Wandel tut sein Übriges, um daraus mehr als ein paar Einzelfälle zu machen – Gesundheit im Sinne des Copings mit Extremwetter wird zu einer Daseinsvorsorge-Aufgabe; wird zur sozialen Infrastruktur auf Gemeindeebene.

Der Band schließt mit einer Dokumentation von Krüger und Orymek zu den beiden Planspielen, welche in dem Feld der sozialen Infrastrukturplanung auf Gemeindeebene stattfanden; die Planspiele schlossen die Reallaborphase ab; die über die Planspiele zur ländlichen Bildungslandschaft und zur stadtgemeinschaftlichen Kulturpflege gewonnenen Erkenntnisse dienen als Ausblick dieses Bandes. Die letzte Bilderstrecke, dies sei zum Schluss noch erwähnt, dokumentiert fotografisch die vielen Veranstaltungen in Schmölln während der Reallaborphasen sowie Auftaktveranstaltung (2021) und Zwischenbilanz (2022). Auch die Veranstaltungen, mit denen das ISDN-Projekt „auf Reisen“ war und z. B. Impulse auf den Vernetzungstreffen der Kommunen-Innovativ-Projekte 2023 in Jena und 2024 in Wuppertal geben konnte sowie die Tatsache, dass das ISDN-Projekt beim 16. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ebenfalls im Jenaer Volkshaus (2023) ein eigenständiges Side-Event bespielen konnte, werden veranschaulicht. Per Video dokumentierte Veranstaltungen (Auftakt, Zwischenbilanz, Abschlussevent) sind als QR-Code hinterlegt.

Literatur und Quellen

Böhme, Christa; Kliemke, Christa; Reimann, Bettina; Süß, Waldemar (Hg.) (2012): Handbuch Stadtplanung und Gesundheit. 1. Auflage. Göttingen: Hogrefe AG.

Coelen, Thomas; Heinrich, Anna Juliane; Million, Angela (Hg.) (2015): Stadtbaustein Bildung. Wiesbaden: Springer VS. Online verfügbar unter: <http://gbv.eblib.com/patron/FullRecord.aspx?p=2094097>.

Frey, Kilian; Burger, Andreas; Dziekan, Katrin; Bunge, Christiane; Lünenbürger, Benjamin (2020): Verkehrswende für alle. So erreichen wir eine sozial gerechtere und umweltverträglichere Mobilität. Positionspapier des Umweltbundesamts. Hg. v. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2020_pp_verkehrswende_fuer_alle_bf_02.pdf, zuletzt geprüft am 18.03.2024.

Haftenberger, Marjolein; Zeiher, Johannes (2023): Gesundheitliche Auswirkungen des Klimawandels – Hitze als Herausforderung für ältere Menschen in Berlin. Version 1, September 2023. Berlin: Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege; Abteilung Gesundheit Referat I A.

Krüger, Arvid (2019): Neue Steuerungsmodelle der Stadterneuerung. ... und daraus folgende Anforderungen an die Städtebauförderung, die Kommunen und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft. Weimar: Bauhaus-Universität Weimar.

Krüger, Arvid (2024a): Bahnhofsviertel als Gebietskulisse der Klimaanpassung. Der Fall Gößnitz (Thüringen). In: Raumplanung (226/2), S. 60–64.

Krüger, Arvid (Hg.) (2024b): Thüringen-Reader (Band II) Energie Wohnen Mobilität. Universität Kassel. Kassel: KOBRA, Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv (ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit).

Libbe, Jens; Köhler, Hadia; Beckmann, Klaus J. (2010): Infrastruktur und Stadtentwicklung. Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung; [Forschungsprojekt]. Berlin: Difu (Edition Difu – Stadt, Forschung, Praxis, Bd. 10).

Liebmann, Heike (2008): Eine Zwischenbilanz des Bund-Länder-Förderprogramms Stadtumbau Ost. Ein Programm auf Erfolgskurs? In: Uwe Altröck (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2008. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin: Technische Uni Berlin (Jahrbuch Stadterneuerung, 2008), S. 159–170.

Mack, Wolfgang; Raab, Erich; Rademacker, Hermann (2003): Schule, Stadtteil, Lebenswelt. Eine empirische Untersuchung. Opladen: Leske und Budrich (DJI-Reihe, Bd. 18: Jugend).

Nelle, Anja (2012): Städtebauförderung unter Schrumpfungsbedingungen. Stadtumbau Ost in innerstädtischen Altbauquartieren. In: Uwe Altröck (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2012. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin: Univ.-Verl. der Techn. Univ. Berlin (Jahrbuch Stadterneuerung, 2012), S. 157–172.

Rammler, Stephan; Schwedes, Oliver (2019): Mobilität für alle! Gedanken zur Gerechtigkeitslücke in der Mobilitätspolitik. 2. Aufl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin. Online verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14779.pdf>, zuletzt geprüft am 18.03.2024.

Stadtgesellschaftliche Kulturpflege – Ein Interview mit Silke Weidner

Arvid Krüger, Silke Weidner

Silke Weidner ist Professorin an der BTU Cottbus-Senftenberg und betreute mit weiteren Kolleg:innen aus Cottbus federführend den Hochschulcampus Kleinstadtforschung (HCKF), der als Netzwerkplattform Forschende zusammengebracht hat, die sich mit der Kleinstadt auseinandersetzen. In diesen Netzwerkdiskussionen prägte sie den Begriff der Stadtgesellschaftlichen Kulturpflege (u. a. in ihrer Keynote auf dem ISDN-Side-Event beim Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Jena 2023). Silke Weidner kommt aus einer Mittelstadt in Franken und lebt in Cottbus und Leipzig.

Arvid Krüger

Liebe Silke, was sind neben dem HCKF deine Bezüge zu Kleinstädten?

Silke Weidner

In der Lehre habe ich viel mit und zu Kleinstädten gearbeitet, nicht nur, um eine wichtige Ergänzung zur verbreiteten Metropolenlehre und -forschung anzubieten. Aus der Lausitz heraus und mit Verantwortung für die Region drängt es sich auch auf, Kleinstädte als Lehr- und Untersuchungsgegenstand zu wählen. Ein weiterer Aspekt ist, dass wir mit unserem Planungsbüro in Leipzig sehr viele INSEKs und Bürgerbeteiligungen usw. als Dienstleister begleiten – häufig und sehr gerne in Kleinstädten. Das Dritte ist, ich komme selbst aus einer inzwischen stark geschrumpften fränkischen (Fast-)Kleinstadt und habe damit ein gewisses Alltagswissen.

Arvid Krüger

Dann würde ich eine Nachfrage zu den INSEKs zwischenschieben, denn das ist das übergreifende Thema unseres Forschungsprojektes in Thüringen. Wie schätzt du aus der Büoperspektive deine Partner auf der anderen Seite, also die Kommunen, ein? Wie gut oder vielleicht auch weniger gut sind diese denn in der Lage, INSEKs wirklich auch als strategisches Dokument einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik jenseits der Fördermittelgenehmigungsfrage zu nutzen?

Silke Weidner

Super unterschiedlich würde ich sagen! Es hängt wie immer vor allem von den Personen ab. Ich glaube inzwischen aber zu ahnen, dass es auch vom Bundesland abhängt. Wir machen z. B. viel in Bayern. Der Freistaat Bayern unterstützt die Kommunen intensiv über seine Regierungspräsidien – nicht nur in Bezug auf die Fördermittel, sondern auch fachlich. Da sitzen häufig anspruchsvolle, gut ausgebildete Personen, die einen inhaltlichen Anspruch

an die Kommunen weitergeben, für deren Erarbeitung der INSEKs (die sie dort einreichen). Das erwähne ich hier positiv: Sie sehen es als ihre Aufgabe, mit dafür zu sorgen, dass Qualität im Ort geschaffen wird.

Arvid Krüger

Das heißt die Regierungspräsidien in Bayern dienen auch tatsächlich als eine Art „Beratungsagenturen“ oder „Transferagenturen“ von Wissen zwischen dem einen oder anderen bayerischen Städtchen?

Silke Weidner

Also ich nehme das zumindest – vor allem im Vergleich zu anderen Bundesländern – so wahr. Ich glaube diese Zwischenebene als Unterstützungsebene ist extrem wichtig bei aller, unbedingter Hochhaltung der kommunalen Selbstverwaltung und Planungshoheit der Kommunen. Wenn Kommunen in ihrem Arbeitsalltag „versinken,“ haben sie oft alleine nicht die Kraft und den Austauschpartner, sind teils bei INSEKs schwächer aufgestellt.

Arvid Krüger

Nun gibt es Regierungspräsidien auch in den anderen Bundesländern. Ich nehme die Thüringen-Perspektive wahr, wo es Landesverwaltungsamt heißt. Hier wird mir gespiegelt, dass dieses sich primär als Aufsichtsinstanz verstehen, weniger beratend, eher als „Kontrollleur,“ was auch eine wichtige Aufgabe ist ...

Silke Weidner

Das sehen die Bayern auch so, am Ende kontrollieren sie. Aber in meinen Fällen agieren sie zunächst mit dem Anliegen, eine Qualität bei den Kommunen herauszukitzeln. Der Freistaat Sachsen hat nun eine Beratungsstelle, die sog. INGE (Integrierte Gemeindeentwicklung), eingerichtet, um die anstehende Welle der INSEKs beratend zu begleiten.

Arvid Krüger

Nun aber wirklich zur Stadtgesellschaftlichen Kulturpflege; wie ist da der Begriff im Kontext der HCKF-Aktivitäten aufgetaucht?

Silke Weidner

Aus dem HCKF kann ich dazu eher anekdotisch etwas passendes herausgreifen. Wir haben zum Beispiel von Forschenden viel gehört zu Rückkehrer:innen, die zum Teil so etwa das machen, was ich mit stadtgesellschaftlicher Kulturpflege meine. Nämlich zwischen den Zeilen Themen setzen und mal Dinge beginnen / anpacken, ohne dass es originäre und institutionelle Daseinsvorsorge ist. Sie organisieren Dinge, die im Alltag fehlen oder besser sein können in den Bereichen Kultur, Soziales, Integration, Bildung. Rückkehrer:innen meint Weggewesene oder auch bewusst neu hinzugezogene, institutionalisiert könnte man auch den „Summer of Pioneers“ oder ähnliches aufführen; Es gibt damit also so eine Art „Eintauchende“, die aus Eigenengagement und -interesse etwas Positives leisten, das auch für andere dienlich ist. Ich möchte die stadtgesellschaftliche Kulturpflege aber nicht ins „Ehrenamt“ schieben, Verwaltung und Politik müssen dies sowie so betreiben!

Arvid Krüger

Aber das heißt dann auch, dass Kultur und zivilgesellschaftliche Fragestellungen wie „Bleiben“, „Zurückkehren“, „Wer kommt und wer geht“ zusammengehören?

Silke Weidner

Diese Verbindung würde ich so bestätigen. Ich würde sagen, wir sprechen über Stadtgesellschaft. Da geht es immer um die Gemeinschaft von Menschen, die irgendwo zusammenleben – also in dem Fall in der Stadt-

gemeinde – und die verschiedene soziale, ökonomische sowie kulturelle Aspekte abdecken, bzw. auch soziale Praktiken, kulturelle Praktiken anwenden. Letztlich sind das ja auch Begrifflichkeiten aus der Politikwissenschaft oder Kulturwissenschaft bzw. aus der Soziologie und da ist Gesellschaft immer implizit.

Arvid Krüger

Ist so auch dieser Begriff der stadtgesellschaftlichen Kulturpflege entstanden oder erklärbar?

Silke Weidner

Das Begriffspaar ist eigentlich bereits in der Auseinandersetzung mit Innenstädten und deren Attraktivitätsverlust bzw. Aufgabe und Anspruch (ein langjähriges Forschungsfeld meinerseits) bei mir in Verwendung gekommen. Es war für mich so eine Art Arbeitstitel, mit dem ich mich immer mal weiter beschäftigen wollte, den ich vertiefen wollte. Du hast mich jetzt durch diese Anfrage dazu gebracht, endlich mal wieder darüber nachzudenken (z. B. auch durch die Keynote 2023 in Jena). Und ich werde das in der weiteren Auseinandersetzung mit Kleinstädten tun! Passenderweise kam ja gerade dieser Tage (Juli 2024) die Meldung aus dem Bauministerium, dass Deutschland mit seinen Kleinstädten auch einen Beitrag zur Entlastung der überlasteten Wohnungsmärkte in den Metropolen leisten soll. Wie auch immer man dazu steht; es ist auf jeden Fall erforderlich, nicht nur quantitativ auf Wohnungsmangel reagieren zu wollen.

Tatsächlich gibt es ja weiterhin Leerstände auf dem Land, aber neben der Frage, ob man da eine Wohnung bekommt bzw. ob eine verfügbar ist, geht es potenziell Interessierten darum, wie das Zusammenleben in so einer Klein- und Mittelstadt ist, welchen Nährboden man dort vorfindet um ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Also anders als in Kleinstädten/Mittelstädten, die Schlafstädte sind, in denen ich mich zum Schlafen aufhalte und woanders hingeh, um Kultur zu erleben, einzukaufen und zu arbeiten.

Und der Pflegebegriff in dem Begriffspaar heißt, dass über einen längeren Zeitraum etwas angepasst und behutsam gemacht werden muss, ob seitens Bürgermeister:in oder „Kümmerer“-Person – den Begriff des Kümmerers mag ich allerdings nicht so gerne. Personen, die neben dem rein quantitativen, neben dem rein institutionellen, auch auf das Zusammenleben im Quartier achten. Du benutzt gerne den Begriff der Sozio-Infrastruktur auf der Quartiersebene. Das ist, glaube ich, der richtige Begriff, denn er adressiert nicht nur das Institutionelle, sondern ist als gemeinschaftsbezogene Aufgabe gedacht. In vielen aktuellen Projekten in Klein- und Mittelstädten, die sich mit Praktiken der Transformation oder des Umbaus beschäftigen, wird klar, dass oft ganz viel Potenzial bereits vorhanden ist, aber jemand kommen oder loslegen muss, der dieses hebt, aufdeckt, dieses Potential an Kultur, an Gemeinsinn usw. Das meine ich mit der Forderung „Man braucht eine stadtgesellschaftliche Kulturpflege“. Ganz eng verbunden damit ist bei meiner Forderung, das Thema „Demokratie hochhalten“.

Arvid Krüger

Ich würde erstmal noch auf einen anderen Teil eingehen wollen, nämlich auf den Teilbegriff der „Pflege“. Ich musste an einen ganz alten Begriff denken, der sich alltagssprachlich in der Planungspraxis nicht durchgesetzt hat, nämlich den Begriff der Quartierspflege von Detlef Kurth. Vor ziemlich genau 20 Jahren, nämlich auf dem Höhepunkt der Verstetigungsdebatte

der „Sozialen Stadt“, die ja heute auch „Sozialer Zusammenhalt“ heißt, hat er das mal aufgeschrieben.

Da sind wieder sprachliche Querbezüge sichtbar, auch wenn in der Wahrnehmung die „Soziale Stadt“ sehr viel mit Großstadtquartieren zu tun hat, in denen aber auch diese ganzen „hebbaren“ Potentiale schlummern. Wir wissen seit ungefähr einem Vierteljahrhundert, wie man diese Potentiale in solchen Fördergebieten heben kann. Aber dieser Begriff kommt aus einer Zeit, wo sich dies gerade als Planungsinstrument und Planungspraxis konsolidiert hat. Ist so eine stadtgesellschaftliche Kulturpflege etwas, wo bestimmte Aktivitäten in einer Kleinstadt verstetigt werden? Aktivitäten, die vielleicht auch durch solche Eventformate wie „Summer of Pioneers“ aber auch durch temporäre Formate wie Städtebauförderung oder ISEK-Schreiben und -Umsetzen geprägt sind? Auch das sind ja Aktivitäten, die zu verstetigen sind. Siehst du Zusammenhänge zwischen planungswissenschaftlichen Diskursen um Verstetigung und dem Begriff der stadtgesellschaftlichen Kulturpflege?

Silke Weidner

Zusammenhänge sehe ich auf jeden Fall. Wenn man den Begriff der Quartierspflege von Detlef Kurth hernimmt, könnte man schon vermuten, dass er ähnliches meint. Bei Kleinstädten brauche ich den „räumlichen Grenzzieher“ Quartier allerdings nicht. Verstetigung ist immer etwas schwierig, weil sie muss definierbar sein und direkt anschließen. Ich diskutiere gerade mit dem Ministerium, was alles unter Verstetigung zu verstehen ist. Ist es vielleicht schon Verstetigung, wenn man es (durch eine Aktion/Aktivität) geschafft hat, dass Menschen ein Problem als Problem erkennen und sich von da an damit beschäftigen? Oder muss Verstetigung – ganz anders – heißen, dass ich so und so viele Besucher, Kunden, Arbeitsplätze bieten kann. Für mich könnte es auch immer wieder was anderes sein. Kulturpflege hat ja bzgl. Bedarfen und Möglichkeiten auch so ihre Aktualitäten. Zum Beispiel Sportvereinsarbeit: Da bin ich möglicherweise auch ein bisschen konservativ, aber ich sehe in manchen Städten, dass die Vereinsarbeit, zum Beispiel im Sportverein, stadtgesellschaftliche Kulturpflege sein kann. Ich bin dabei natürlich nicht bei dem Kulturbegriff im Sinne von künstlerischer Hochkultur. Und wenn es der Fußballverein ist, weil er viele Menschen verschiedener Hintergründe – Thema Integration – zusammenbringt, könnte er dazu beitragen, dass einerseits ein Gemeinschaftsgefühl andererseits aber auch eine Streitkultur gepflegt wird. Deswegen bin ich etwas breiter mit meinem Begriffsverständnis von Verstetigung, als es Anwendung findet.

Arvid Krüger

Vielleicht bleiben wir dann kurz beim Sportverein. Sportvereine, gerade auf dem Land, sind oft auch die pflegenden Akteure bestimmter Gebäudestrukturen: zum Beispiel eines „Sportfunktionsgebäudes“, in dem man auch mal den 30. Geburtstag eines langjährigen Jugendtrainers feiern kann oder in dem man auch mal ein kleines Heimatdorffest machen kann. Da ergibt es Sinn, Kulturpflege weit über den Kulturbegriff hinauszudenken, weil die baulichen Artefakte, an denen so etwas stattfinden kann, eben auch sehr häufig etwas mit Sportvereinen oder auch Feuerwehrvereinen zu tun haben. Feuerwehrhäuser, die erstmal ganz basale Daseinsvorsorge sind, damit die Gerätschaften in der Nähe sind, wenn es brennt. Aber sie sind natürlich auch für das Thema Heimat, Feierlichkeiten, Dorfgemeinschaft nutzbar und wichtig. Viele Dorfgemeinschaften sind heute Teil einer entsprechen-

den Kleinstadtgemeinde und da sind in der Fläche des Gemeindegebiets genau die Gebäude dafür, in denen das passieren kann. ...

Silke Weidner

Treffpunkte sind das, Orte der Zusammenkunft zufälliger und geplanter Art; als Gebäude aber natürlich auch als Plätze und Flächen. Viele Vereine nutzen selbst immer die gleichen Flächen am Waldrand oder auch am Marktplatz. Nochmal zu den „Pioneers“: Die lange Tafel auf dem Marktplatz wäre auch ein solcher Ort. Und da wird deutlich, warum ich Verstetigung so schwierig finde. Das klingt nach einem Schema, nach einem Leitfaden und einer Checkliste, die hilft „zu verstetigen“. Aber vielleicht habe ich ja auch einfach mit dem Begriff Schwierigkeiten.

Arvid Krüger

Ich habe mit dem Begriff sehr lange nichts zu tun gehabt und finde gerade deine Schwierigkeit für mich besonders anregend, weil für mich Verstetigung eigentlich immer das standardmäßige Anpassen an Aufgaben bedeutet. Dass Verstetigung gar nicht darin besteht, dass irgendjemand dauernd irgendeinen Leitfaden benutzt, sondern dass es ein verändertes Bewusstsein in einer Verwaltungsstelle X, in einem Hauptamt einer Gemeinde, bei einem Ortsteilbürgermeister:in entsteht. Dass bei denen irgendwie klar ist, dass das, was da als bauliches Ding da ist, eben jenen zweiten und dritten Zweck hat. Das Feuerwehrgebäude ist eben nicht nur dazu da, dass die Feuerwehr als Fahrzeug da rumsteht, sondern dass man auch darin feiern kann. So etwas erkannt zu haben, nachdem quasi einmal so ein Prozess in der Logik des sozialen Zusammenhalts vielleicht erfolgt ist, das wäre für mich eine Verstetigung. Das ist eine Institutionalisierung in Normalität, also eine Normalisierung von etwas.

Silke Weidner

Ich habe gar nichts gegen Leitfäden, für mich ist nur im Moment der Begriff der Verstetigung das Gegenstück bzw. die Reibungsfläche zu „Wir dürfen jetzt mal experimentieren“. Wenn wir dann gleich wieder über Verstetigung sprechen, dann nehme ich dem Experimentierfeld sofort seine Daseinsberechtigung. Denn es könnte ja rauskommen, dass das, was ich als gut und richtig erachtete, eigentlich falsch ist, und warum soll ich dann überhaupt verstetigen. Aber möglicherweise ist das einfach eine andere Lesart und für mich in Zeiten der großen Transformation irgendwie kontrovers.

Arvid Krüger

Da ist was dran. Diese stetigen institutionellen Strukturen, zum Beispiel Verwaltung mit all den Querbezügen zu einer kommunalen Demokratie, sollen ebenso dafür da sein, Experimente zulassen zu können. Du hattest vorhin schon den Querbezug zur Demokratie gesetzt, vielleicht nehmen wir nun diese großen Begriffe Demokratie und Heimat auf, denken an die Kleinstadt gerne in Thüringen, Sachsen, Bayern und Brandenburg, indem man von Leipzig, Cottbus und Schmöln aus mal einen Radius zieht: Wo liegen denn da die Querbezüge zu Begriffen und Herausforderungen von Heimat und Demokratie, wenn man über stadtgesellschaftliche Kulturpflege in solchen Kleinstädten redet?

Silke Weidner

Jetzt wird's fast philosophisch. Wir wissen, dass das Thema Heimat natürlich leider irgendwie verdorben ist, der Begriff politisch oft missverwendet wird. Stadtgesellschaftliche Kulturpflege soll meines Erachtens Potenziale aufdecken und einen gewissen Nährboden anlegen. Nährboden ist gutes Substrat, mit dem man arbeiten kann, auf dem etwas gedeiht. Es kann aber

auch vergifteter Boden sein – das muss man im Blick haben. Gerade in heutigen Zeiten, mit diesen politischen und undemokratischen Entwicklungen in vielen Städten kann es also auch ganz schwierig sein, den Ansatzpunkt für eine in unserem Sinne stadtgesellschaftliche Kulturpflege zu finden, befürchte ich. Wenn man sieht, wie Bürgermeister:innen oder Landrät:innen aufgeben, ist das wirklich eine immens große Herausforderung für die verantwortlichen Leute vor Ort, die etwas machen wollen oder sollen. Sie brauchen dringend zivilgesellschaftliche Unterstützung. Mein Bezug bleibt der Ortsbezug. Die Leipzig-Charta sagt u. a., dass wir gar nicht vorgeben können, wie stadtgesellschaftliche Kulturpflege am jeweiligen Ort aussieht. Man muss erkennen, was an Bevölkerungsstruktur, an Kultur, an Tradition und vielleicht an Heimtbezügen konkret existiert, was als Ansatzpunkt vorhanden ist. Das muss ich als Planer:in zunächst verstehen, damit ich sehen kann, wo diese „Pflege“ ansetzen kann. Ein Verständnis dafür, was da ist, was Menschen, die da sind, für wichtig oder vielleicht auch lückenhaft erachten. So würde ich jetzt den Bezug zu stadtgesellschaftlichen Belangen auch in der Planung zumindest schaffen.

Zur Demokratie: Ich finde schon, dass Streitkultur und Gemeinsinn Elemente von demokratischem Zusammenleben sind, die wir hier und da, in der Großstadt mehr als in der Kleinstadt, ein bisschen aus den Augen verlieren können. Denn dort scheint mir die Blasenbildung eine andere zu sein, mehr Masse lässt homogenere Untereinheiten zu. Denn dort gibt es logischerweise auch Blasen, aber das Aufeinandertreffen dieser ist enger, häufiger und damit vielleicht auch direkter – Blasen haben somit höhere Fragilität. Das erzeugt nicht per se mehr Demokratie, und es macht die Demokratie auch nicht besser oder belastbarer – aber die Notwendigkeit der Auseinandersetzung miteinander scheint größer. Das kann ich aus dem Büroalltag, den Arbeitsprozessen bei der INSEK-Erstellung eher beschreiben als aus der Forschung. Somit ist auch dies wieder eher eine anekdotische oder eruierende Wahrnehmung.

Arvid Krüger

Auch Schüler:innen in INSEKs einzubinden, ist in einer Kleinstadt viel einfacher und fruchtbarer, weil die dort auch den Untersuchungsgegenstand überblicken.

Silke Weidner

In der Großstadt mit Schulklassen über die Weiterentwicklung der Gesamtstadt sprechen ist – zum Beispiel schon in Cottbus – schwierig; hier stellen wir das in der Strukturwandeldiskussion bspw. fest. Das Bild der sich wandelnden Lausitz ist für die Diskussion in einer Schulklasse in einem Cottbusser Quartier viel zu groß, die Lebenswelt ist nicht in der Lausitz oder der Gesamtstadt verortet, sondern in sehr ausgewählten Teilbereichen. Damit springe ich leider ein bisschen, aber das sind solche Andockpunkte, wo es in der Kleinstadt auch eher Chancen für stadtgesellschaftliche Kulturpflege gibt.

Arvid Krüger

Das ist definitiv nachvollziehbar, was die Größe betrifft. Für mich, der ursprünglich aus der Großstadtforschung kommt, ergibt sich so diese Korrelation zwischen der Kleinstadtebene und der Quartiersebene. In einer Großstadt würde ich Beteiligungsprozesse mit den Akteuren des Quartiers oder den Jugendlichen der Schule im Quartier machen. In der Kleinstadt ist es dann die gesamtstädtischen Ebene; es sind dann interessanterweise die

gleiche Anzahl von Einwohner:innen. Vielleicht müssten wir auch stärker in solchen Logiken von Einwohnermengen als Flächengrößen denken. Wenn ich irgendwo 20.000 bis 30.000 Leute „auf einem Haufen“ habe, kann dieser „Haufen“ ein Großstadtquartier oder eine Kleinstadt mit ein paar eingemeindeten Dörfern sein.

Silke Weidner

Das stimmt, aber ich denke, es ist dennoch nicht vergleichbar. Wenn du das Quartier nimmst, hast du immer noch z. B. die Reflexionsfläche Innenstadt. Das wissen wir auch ein bisschen aus der Handelsforschung. Diese Identitätslast, die bspw. die Innenstadt für die Gesamtstadt trägt, die ist raus, wenn du nur die Quartiersebene in den Blick nimmst. In der Kleinstadt hast du das große Ganze im Kleinen, also das „kleine Ganze“. Es gibt ein paar Unterschiede, auch wenn es quantitativ vergleichbar ist.

Arvid Krüger

Ja, es sind zwei unterschiedliche Haufen, das ist klar. Ein anderer wichtiger Unterschied sind die überquartierlichen Akteure im „Großstadthaufen“, die in der Lage sind, ganz unterschiedliche Arten von sozialer Infrastrukturplanung zu betreiben. Wohlfahrtsverbände sind z. B. großstadtweite Akteure und ganz anders aufgestellt. Vieles an sozioinfrastruktureller Planung in Großstädten findet für ein Quartier statt, aber nicht zwingend im Quartier. Und die Anlaufstelle im Nachbarquartier ist leichter erreichbar als die Anlaufstelle in der Nachbarstadt.

Deswegen würde ich jetzt noch kurz zum Thema der sozialen Infrastruktur in Kleinstädten kommen. Wir haben vorhin schon Orte identifiziert, in denen stadtgesellschaftliche Kulturpflege stattfindet. Die ungewöhnlichen Orte, das Feuerwehrhaus oder das Sportvereinsfunktionsgebäude. Aber es gibt auch die „normalen“ Orte. Es gibt Schulen und Begegnungsstätten. Wie sollten sich deiner Meinung nach die Betreiber, die Planungsakteure solcher sozialen Infrastrukturen mit dem Begriff einer stadtgesellschaftlichen Kulturpflege auseinandersetzen?

Silke Weidner

Ich würde sagen, dass sie alle absolut wichtige Puzzleteile für das Gesamte darstellen. Sie haben jeweils ganz spezifische Aufgaben zu erfüllen, die wichtig sind und ihren Teil für das große Ganze leisten. Sicher wäre es gut, wenn sie in einen Austausch treten. Es wäre noch besser, wenn man es schaffen würde, auch diese konkreten sozialen Infrastrukturen kulturell zusammenzubringen und an mancher Stelle zu unterstützen, so dass sie auch ein bisschen über die eigene Zielgruppe hinaus wirken können. Das sehen wir inzwischen in den Großstädten, wo Museen, Theater usw. sich in den öffentlichen Raum ausweiten, rauswollen aus ihrem „closed shop“ – damit können sie Zugangsbarrieren verringern und stadtgesellschaftliche Kulturpflege machen. Vielleicht finden/fänden diese Vertreter:innen den Begriff sogar gut! Sie versuchen nicht nur, die Leute zu erreichen, die ein Ticket bei ihnen lösen. Das hat das Victoria Albert Museum in London vor vielen Jahren vorgemacht, das macht das Theater in Cottbus bspw. mittlerweile auch, das machen viele Institutionen in Städten. Natürlich hat nicht jede Kleinstadt ein großes Theater oder Museum, aber es gibt andere Institutionen und Akteure, die Außenwirkung erreichen und stadtgesellschaftliche Kulturpflege durch Bildung und Vermittlung von Werten bspw. betreiben könnten.

Arvid Krüger

Das betrifft die gemeindliche Ebene. Es gibt jedoch eine zweite Ebene der Infrastrukturplanung, die Kleinstädte betrifft. Und deshalb würde ich jetzt auch noch mal in diese Richtung fragen wollen. Die Raumordnung verteilt soziale Infrastruktur idealtypisch im Raum, etwas holzschnittartig ausgedrückt. Aber so würde man sich das zumindest auf einem weißen Blatt Papier vorstellen. Meistens vollzieht die Raumordnung eher das nach, was ist, und entwickelt daraus Bestandsallokationsmuster weiter. Aber welche Aufgabe würde denn der Raumordnung zukommen, wenn es um Impulse für eine stadtgesellschaftliche Kulturpflege vor Ort geht? Oder ist vielleicht diese Fallhöhe zu groß, was die Maßstabsebene von Raumordnung und Kleinstadt betrifft?

Silke Weidner

Ich habe das nicht beforscht, ich würde aber aus dem Gefühl heraus sagen: letzteres. Die Raumordnung ist vielleicht eine Ebene zu hoch, mit ihren Grundsatzaussagen und Zuordnungen aber auch vielen übergeordneten Zielaussagen. Gleichzeitig würde ich schon sagen, dass die Raumordnung ein bisschen gefragt ist, weil wir ja auch schon mal die Ankerfunktion von Kleinstädten im peripheren Raum diskutiert hatten. Wir haben immer vom Bezug von Großstadt und Kleinstadt gesprochen, aber was ist mit dem Bezug von Kleinstadt und ländlicher Gemeinde bzw. Dorf? Oft gehen diese Diskussionen sträflich schief. Da wird zwischen Stadt und Land so unterschieden, als ob eine Mittelstadt gleichzusetzen ist mit dem ländlichen Raum. Im Kontext der Raumordnung ist die Kleinstadt in unterschiedlicher Ausprägung ein Anker für ein oft ziemlich großes Gebiet. In der Peripherie, also im wirklich ländlichen Raum, kann die Kleinstadt schon das große Aha-Erlebnis sein – im Vergleich zum Dorf mit Kultur und sozialer Infrastrukturausstattung. Da ist die Raumordnung dann schon gefragt, um das in der Fläche zu gewährleisten. Aber das Ausformulieren und das Nuancen setzen, der Ortsbezug bzw. Nährboden wie ich vorhin sagte, liegt meines Erachtens außerhalb des raumordnerischen Grundrasters. Das ist aus meiner Sicht ziemlich „kommunal“. Als Kommune würde ich Ausgestaltungsspielraum einfordern, damit ich so agieren und reagieren kann, wie es mein Ort bzw. meine Gemeinde braucht und auch leisten kann.

Arvid Krüger

Zum Schluss vielleicht nochmal kurz zum Hochschulcampus. Du sagtest, ihr wart mehr ein Netzwerkknoten. Ich habe mir mal den Luxus gegönnt durch die Überschriften der Schriftenreihe zu scrollen, habe dann so Begriffe gepaart wie „Ankerstadt“ und „Bleibenslebensweisen“, „Citta Slow“ und „Well-Being.“ Warum und mit welchem „Gefühlshaushalt“ geht jemand in eine Kleinstadt, bleibt dort, geht „aufs Land“? Über die Bedeutung der Jugendlichen und auch von Rückkehrer:innen hatten wir schon gesprochen. Ist das bereits ein erster Querschnitt durch stadtgesellschaftliche Kulturpflege, wenn man diese Begriffe sieht?

Silke Weidner

Es wäre ein sehr guter Zufall, wenn das so wäre. Wie ich vorhin gesagt habe, wir haben diese bearbeiteten Themen nicht kuratiert, sondern die Forschenden haben von sich aus gesagt: Dazu will ich was machen. Es kann natürlich dennoch in Teilen passen – dann aus dem Zufall heraus.

Arvid Krüger

Weitere Themen wie das „Wohnen im Speckgürtel“ hattet ihr auch als Thema in der Schriftenreihe. Das finde ich faszinierend, weil man beim Reden über Kleinstädte und den ländlichen Raum oft vergisst, dass viele metro-

politane Umlandgemeinden Kleinstädte sind. Das merkt man spätestens dann, wenn man anfängt die Fallhöhe der Verwaltungsressourcen zwischen der Metropole und der ein oder anderen Umlandgemeinde einer Metropole wahrzunehmen. Dann gibt es noch besondere Kleinstadt-Quartiere, die auch in Eurer Schriftenreihe vorkommen, sowohl die historischen Stadtquartiere aber auch die Kleinstadtbahnhöfe. Auch Fragestellungen nach einer kommunalen Aufgabenerfüllung ergeben sich.

Silke Weidner

Da würde ich sagen, dass der Ansatz für stadtgesellschaftliche Kulturpflege in den Kleinstädten im Metropolenraum ein völlig anderer ist. Da muss man zunächst die Leute erreichen, die etwas mit diesem Stadtalltag zu tun haben (wollen). Viele Menschen wohnen dort zum Teil nur deshalb, weil es in der Metropole zu teuer ist bzw. keine Wohnungen zu finden sind. Das zeigt umso mehr – wir waren vorhin schon bei Leitfäden – dass man kein gutes Pflichtenheft für stadtgesellschaftliche Kulturpflege schreiben kann. Vielleicht muss es so holprig bleiben, wie es ist und so undefiniert. Man wirft es in Diskussionen ein und gibt jedem mit: Denkt doch mal drüber nach, was an Aufgaben in dieser Stadt in diese Richtung gehen könnte. Also aus meiner Sicht wird kein Aufgabenfeld definierbar sein.

Wichtig als Begriff ist dann noch der „Ressourcentopf.“ Es braucht einen Netzwerkknoten mit der Stadtgesellschaft als Zielgruppe. Um Pflege – eben auch stadtgesellschaftliche Kulturpflege – leisten zu können, braucht man ein Personal- und Zeitbudget. Und natürlich auch ein bisschen Geld.

Bildessay: „Dritte Orte“ der soziokulturellen Begegnung

Fotos: Lena Knacker



Ø1 Ostthüringenhalle aus den 1980er-Jahren – für Sport und Veranstaltungen

Ø2 Aktueller Standort des Knopf- und Regionalmuseums Schmölln



Ø3 Amtshaus in Gößnitz: Kultur- und Veranstaltungszentrum



Ø4 Renaissanceschloss in Ponitz



Ø5 Musikschule Schmölln



Ø6 Jugendclub und Schülerfreizeitzentrum



Ø7 BASE – die Basis der Schmöllner Jugendarbeit





08 Ev. Luth. Stadtkirche St. Annen in Gößnitz

09 Ev. Luth. Friedenskirche in Ponitz



Ein Governance-Vorschlag für die sozioinfrastrukturelle Planung in der Kleinstadt

Arvid Krüger

Vorbemerkung: Dieser Text ist experimentell. Basierend auf der Dissertation des Autors (Krüger 2019) und früheren Forschungszusammenhängen wird die Übertragbarkeit planungstheoretisch entwickelter Verfahren und Instrumente der Stadtplanung von großstädtischen auf kleinstädtische Raumzusammenhänge geprüft. Das dient primär dem Transfer von Forschungsergebnissen in eine spezifische Anwendungssituation.

Im ländlichen Raum ist die Planung und Steuerung sozialer Infrastruktur regelhaft ein Mehrebenenprozess in der kommunalen Familie, denn zumeist sind es die Landkreise, welche insbesondere die in den Sozialgesetzbüchern geregelte Daseinsvorsorge verantworten (vgl. z. B. Krüger/Müller 2018, Krüger 2022). Demgegenüber steht die kommunale Planungshoheit, also die Kompetenz der lokalen bzw. gemeindlichen Ebene, die Orte mit sozioinfrastrukturellen Angeboten zu beplanen bzw. in der Bestandsentwicklung weiterzubringen. Daraus ergibt sich eine ständige Dialognotwendigkeit zwischen der Landkreis- und der Gemeindeebene über die Ausgestaltung und Allokation soziokultureller Angebote. Diese gemeinsame Verantwortung für die raumkonkrete Ausgestaltung der Daseinsvorsorge ist auch im Forschungskontext in Schmölln immer wieder diskutiert worden (siehe hierzu Beitrag von Krüger/Orymek in diesem Band).

Im Rahmen dieser Reallaborarbeit wurde eine zunächst nicht eingängige Analogie in der Mehrebenensteuerung erwogen, nämlich der Vergleich zwischen kleinstädtischen Gemeinden und Landkreis im ländlichen Raum einerseits und der Großstadt und dem Quartier andererseits. Denn ein Kernelement der großstädtischen Stadterneuerung ist nun mal, auf der Quartiersebene raumwirksame Entscheidungen zu ermöglichen, die ansonsten „fern“ im Rathaus der Großstadt getroffen werden würden. Man kann sich auch leicht vorstellen, dass die Distanzen zwischen Stadtrandquartier und Großstadtmitte sowie zwischen Kleinstadt und Kreisstadt durchaus vergleichbar sein könnten.

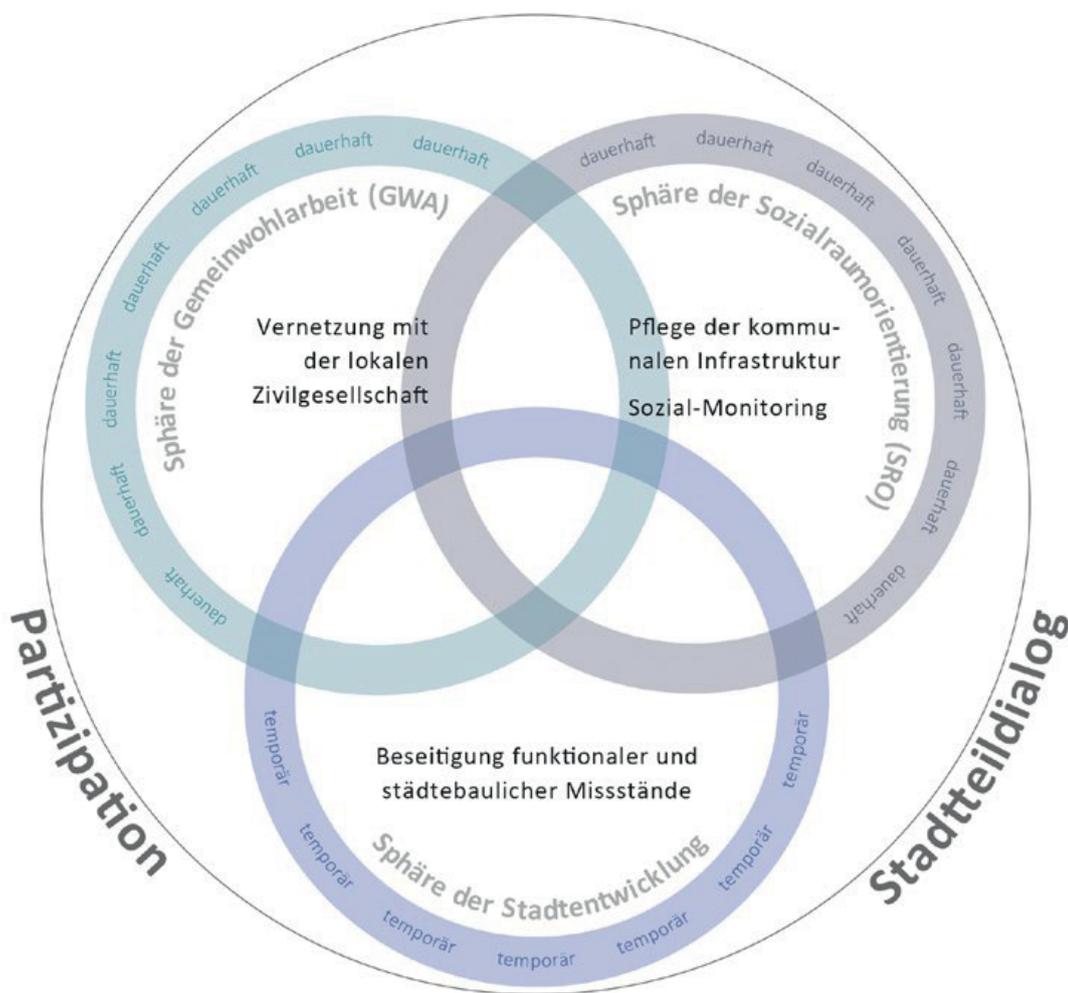
Vor diesem Hintergrund wurde im Reallabor ein Gedankenexperiment angeregt, dass hier schriftlich erfolgen soll. Lassen sich die von Krüger 2019 entwickelten neuen Steuerungsmodelle der Stadterneuerung für Großsiedlungen (der Großstadt) für die sozioinfrastrukturelle Planung auf klein-

städtischer Ebene übertragen und weiterentwickeln? Ergeben sich ähnliche Querschnittsgremien und Andockstellen in der Mehrebenensteuerung, wenn man „Quartier“ und „Gesamtstadt“ durch „Kleinstadt“ und „Landkreis“ ersetzt? Und, ergeben sich daraus Potenziale für die effektivere Nutzung von Planungsinstrumenten der Stadterneuerung und Bestandsentwicklung im ländlichen Raum – eine Frage, die sich bereits in der Überschrift des ISDN-Projekts findet, da schließlich das ISEK ein eben solches Instrument ist.

Der Beitrag selbst ist auch in einem experimentellen Format gehalten. In Kursiv werden Textabschnitte aus Krüger (2019) mit geringfügiger redaktioneller Bearbeitung übernommen, insbesondere die Ausführungen zu einem möglichen Anwendungsfall aus der dort geführten Synthesediskussion: „Den Schluss der Arbeit bilden ... die Folgerungen, die sich auf verschiedenen Ebenen bewegen, so wie auch die Zugänge zum wohnungswirtschaftlichen Quartiersmanagement in Großsiedlungen eben verschiedene waren. Die Synthese der Fälle erfolgt ... sowohl in Bezug auf die drei Zwischenfazite der planungsgeschichtlichen und -theoretischen Auseinandersetzungen als auch auf die Ermöglichung eines ‚idealtypischen‘ anwendungsorientierten Modells der Planungssteuerung.“ (Krüger 2019, 13). Die drei untersuchten Fälle von Quartiersmanagement in den Großsiedlungen Steilshoop (Hamburg), Scharnhorst (Dortmund) und Neu-Hohenschönhausen (Berlin) wurden in der Arbeit von 2019 in unterschiedliche Kontexte gesetzt und Schlussfolgerungen vordergründig für Planungstheorie und Planungsinstrumente gezogen. Der Fokus liegt hier jedoch auf dem in den Kapiteln 8.3 bis 8.5 (Krüger 2019, 314 ff.) idealisierten Anwendungsmodell für Großsiedlungen, das hier nun wiederum auf seine Eignung für den kleinstädtisch-ländlichen Kontext abgeklopft wird. Diese Abschnitte werden dann kommentierend weiterentwickelt: mit Bezug auf die Möglichkeiten und Grenzen eines verkontinuierlichten Dialogs zwischen Landkreisebene – hier Altenburger Land – und Kleinstadtebene – hier Schmölln.

Das Sphärenmodell für großstädtische Stadterneuerung

In der Monografie (Krüger 2019) sollte kein neues Anwendungsmodell der Planungssteuerung – weder für Großsiedlungen noch für Großstädte, auch nicht verallgemeinert für alle Raum- bzw. Quartierstypen – entworfen werden, deswegen wurden eher Gremien und Aufgabenfelder beschrieben. *Unter Gremien werden dabei institutionalisierte Strukturen verstanden, die eben einer bestimmten Aufgabe nachkommen; als die vier relevanten Aufgabenfelder einer Quartierssteuerung werden dabei die alltägliche Abstimmungsarbeit (Koordination und Kommunikation), die stetige Entwicklung und Weiterentwicklung des quartiersbezogenen Leitbilds, der stetige Diskurs mit der Bürgerschaft (kommunikative Aufgabe) und die planungsmethodische Leistung der Projektentwicklung verstanden. Außerdem greift dieses Anwendungsmodell frühere Überlegungen des Autors zur modularen Stadterneuerung (Krüger 2008) auf, indem kontinuierliche und temporäre Elemente der Stadterneuerung in den Sphären abgebildet werden: Sozialraumorientierung (SRO) als per se kontinuierliches Element, die Sphäre der wohnungsbezogenen Erneuerung als*



01 Abstrahiertes Sphärenmodell eines Quartiersmanagements (Krüger 2019)

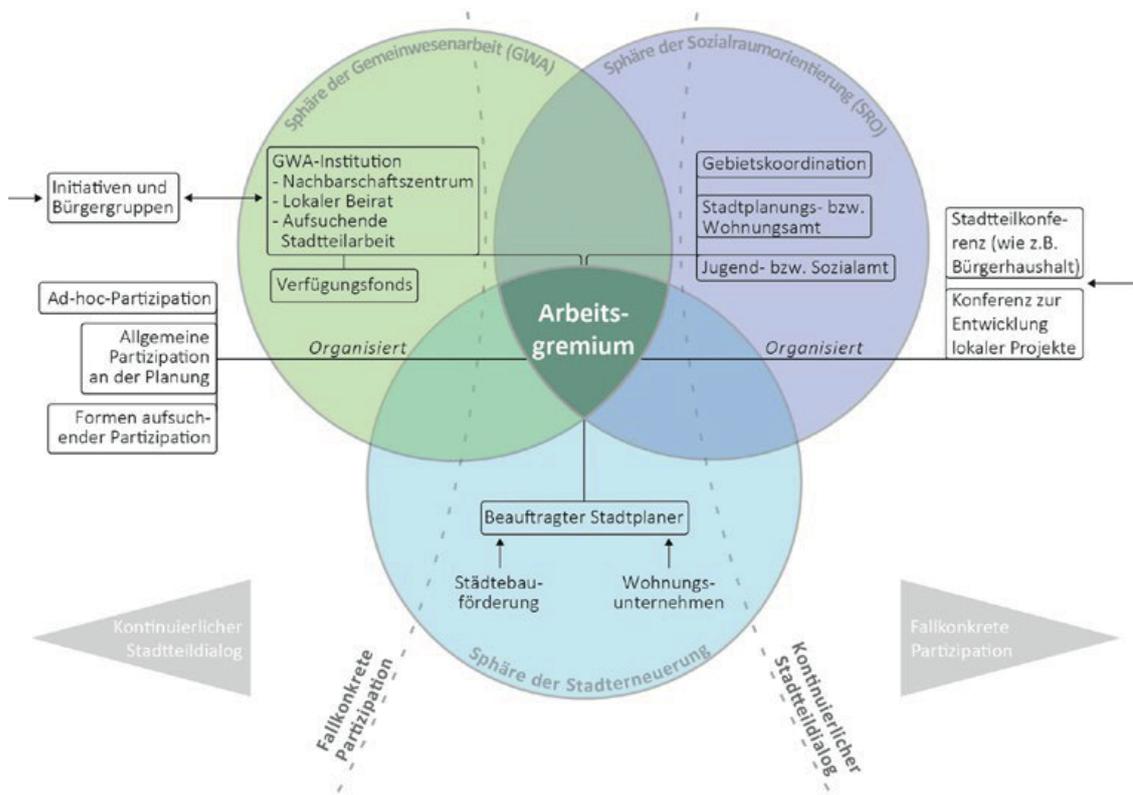
temporäres, wenn auch wiederkehrendes Element der Stadterneuerung. Die Sphäre der Gemeinwohlarbeit (GWA) umfasst sowohl temporäre als auch kontinuierliche Elemente; Ersteres in Form von Projekten, die immer wieder neu entstehen. Zweiteres in der Art und Weise der kontinuierlichen Bürgerbeteiligung und Netzwerkarbeit mit bzw. in der lokalen Zivilgesellschaft. Die dritte Sphäre ist jene der originären Stadterneuerung.

Grundlogik des Sphärenmodells ist, dass sich die Sphären der SRO, der GWA und der Stadterneuerung in einer Netzwerkstruktur überlappen. Es zeigt sich, dass das Zusammenspiel der drei Sphären das eigentliche Quartiersmanagement ausmacht, auch wenn Teile der Sphären nicht das (großstädtische) Quartiersmanagement im engeren Sinne waren. Dieses wird letzten Endes durch ein Arbeitsgremium repräsentiert, wie es in den Quartieren existiert hat. In der Sphäre der GWA ist auffällig, dass dort die fallkonkrete Bürgerbeteiligung gebündelt wird. Auch wenn das Gros eines ständigen Dialogs mit der Bürgerschaft von dem Netzwerk insgesamt verantwortet wird, so handelt es sich doch meist um die Anwendung der Instrumente der GWA. Dagegen wird die institutionalisierte Beteiligung der Zivilgesellschaft ‚am anderen Ende‘ des Sphärenmodells der Sphäre der SRO zugeordnet. Im kleinstädtischen Kontext entspricht dies der Anbindung der kommunalen Verwaltung an die kommunale Politik, wo durch die Mehrebenenlogik von Stadt-/Gemeinderat, Kreistag und Ortsstrukturen (Beiräte, Ortsteilbürgermeister etc.) die Artikulationsbedarfe der lokalen

Zivilgesellschaft recht unmittelbar in die Politik kanalisiert werden können (Görmar et al. 2020). Und auch wenn in der zweidimensionalen Grafik nun unterschiedliche Bereiche an den entgegengesetzten Enden stehen, kann man sich – wie bei einer Weltkarte – gut vorstellen, dass hier die graphische Darstellung ‚rund‘ wird, sich also an beiden graphischen Enden unter dem Stichwort ‚Beteiligung‘ zusammenführen lässt.

Zunächst soll daher beschrieben werden, wie in diesem Modell die Bürgerschaft eingebunden werden kann und mit welchem methodischen Design Bürgerbeteiligung stattfinden kann. *Dies ist nicht als zwingend notwendige Struktur zur Absicherung eines Quartiersmanagements zu verstehen, sondern als planungstheoretische Option. Es ist wie beim tatsächlichen Vorgehen sehr genau darauf zu achten, wie mit den bestehenden Netzwerkstrukturen der Beteiligung umgegangen wird und dass keine neuen Gremien auf bestehende Partizipationsinstrumente ‚aufgepfropft‘ werden. „Das Gelingen einer Politik und eines Verwaltungshandelns, das sich auch am Stadtteil/Quartier orientiert, wird sichtbar, wenn auf lokaler Ebene ein wachsender Grad an Vernetzung erkennbar ist, d.h. verschiedene lokale Akteure dauerhaft zusammenarbeiten, es Personen oder Stellen gibt, die vor Ort die Verbindungen zwischen den verschiedenen Akteuren herstellen/herstellen helfen und so die Initiativen ‚in Bewegung‘ halten, und die außerdem Schnittstelle nach außen sind, die verschiedenen Verwaltungsressorts als fachkompetente Netzwerkpartner:innen im Stadtteil sichtbar sind, die Kommunikationswege/Schnittstellen zwischen Verwaltung und lokaler Ebene klar und direkt sind.“ (SenStadt 2009, B10).*

Die Institution in der Sphäre der GWA bekommt die Aufgabe einer lokalen Agentur für Bürgerbeteiligung. Es ist kein spezifisches Stadterneuerungsthema, sondern ein regelhafter Teil der Alltagslogik eines Quartiers bzw. einer Kleinstadt. Der dahinterstehende Wandel des Ideenguts ist in der Bürgerkommune Lichtenberg abzulesen (das Fallbeispiel Neu-Hohenschönhausen befindet sich im Berliner Bezirk Lichtenberg), die deutlich stärker an der eher diffusen lebensweltlichen Vorstellung von Beteiligung an Stadtentwicklung ansetzt als an einer präzisen und damit auch selbst beschränkenden Verortung in der Erneuerung. In der Konzeption von 2005 ist dieser Wandel bereits skizziert: „Das einzelne soziokulturelle Zentrum ist nicht vorrangig ein Ort, sondern eine Methode der Bündelung von ideellen und materiellen Ressourcen, von Kommunikationsmöglichkeiten, Informationen und Angeboten. [Sie sind] ... nicht mehr primär an einer Stadtteilarbeit mit sozial schwachen oder schwierigen Lebenslagen orientiert, sondern sie haben das Ziel, die Lebensqualität in einem Gemeinwesen so zu fördern, dass auch Schwächere mitgetragen werden können.“ (BVV Lichtenberg von Berlin 2005). Mit diesem Schwenk übernehmen diese seit 2010 Aufgaben im Feld Bürgerbeteiligung, die anderswo von einem Quartiersmanagement erbracht werden. Dieses Aufgabenspektrum ist verallgemeinerbar. In der Kleinstadt könnte man es schlicht Kommunalpolitik nennen – denn hier ist der zivilgesellschaftliche Diskurs fast immer in irgendeiner Art und Weise unmittelbar mit lokaler Politik verbunden; sei es, weil in den Gemeindeparlamenten mehr und mehr Wählervereinigungen sitzen, die sich teilweise unmittelbar aus zivilgesellschaftlichen Gruppen speisen; sei es, weil Bürgermeister:innen auf Kleinstadtebene für ihre Bewohnerschaft aufgrund der Stadtgröße recht direkt erreichbar sind.



Ø2 Synthese der Quartierssteuerung von Steilshoop, Scharnhorst und Neu-Hohenschönhausen (Krüger 2019, 289)

Arbeitsgremium in der Kleinstadt – Die Bürgermeisterei?

Damit soll dann auch zu der Frage überleitet werden, welche Gremienstrukturen sich denn als Institutionen eignen, diese Kombination der Sphären von GWA, SRO und Stadterneuerung zu instrumentieren. Damit soll kein Standardschema neu modelliert werden, sondern Anforderungen an Gremien gestellt werden, die in neuen Fällen von sich in Anspruch nehmen, ein gemeinsam handelndes wohnungswirtschaftliches Quartiersmanagement zu sein. Zuerst benötigt es ein zentrales Gremium für die Vernetzung der Sphären. Das Vernetzungsgremium wird von mir ganz schlicht als Arbeitsgremium bezeichnet und sollte, wenn möglich, von Informalität und Vertrauen zwischen den Akteuren geprägt sein.

Daher kann hier nicht festgelegt werden, aus welchen Ressorts die Vertreter der SRO kommen sollten. Es muss an dieser Stelle auch offenbleiben, ob eine Kommune per se eine GWA-Institution analog der Stadtteilzentren der Bürgerkommune Lichtenberg besitzt. Wichtig ist in der SRO eine koordinierende Rolle, weil sie für die zentralen netzwerklichen Infrastrukturbestandteile in der Kleinstadt zuständig ist.

Die Sphären der SRO und der Stadterneuerung umfassen dabei die folgenden Bereiche:

- Vertreter der SRO als solche auf der kommunalen Ebene (für den ländlichen Raum müssten diese sowohl auf der gemeindlichen wie auf der landkreislichen Ebene identifiziert werden).

- SRO-Beauftragte aus den Fachressorts, und zwar so, dass möglichst alle infrastrukturellen Stakeholder durch entsprechende Ressortvertretungen repräsentiert sind (wie die Ressorts Jugend, Kultur, Weiterbildung, Migration, Gleichstellung, Soziales etc.), diese werden mutmaßlich zumeist von der Landkreisebene kommen.
- Vertreter der Wohnungsunternehmen – sowie andere, wichtige Infrastrukturen betreibende öffentliche oder genossenschaftlich verfasste Unternehmen (Stadtwerke)
- Kommunales Bauamt bzw. deren Beauftragte für Stadtentwicklungskonzepte und -projekte

Im kleinstädtischen Kontext ist es angemessen, bei der Akteursauswahl für einen Moment die Sphären der Stadterneuerung und der SRO zusammenzudenken. Es wird im ländlichen Raum oftmals keine großen gemeinwohlorientierten Unternehmen geben, die im Vergleich zu großstädtischen Wohnungsunternehmen als Motoren der Quartiersentwicklung fungieren. Allerdings, sofern doch vorhanden wie in Schmölln, ist ihre Rolle nicht zu unterschätzen. In manch großstädtischer Siedlung besitzt ein kommunales Unternehmen 1/3 der Bestände der Siedlung; die Rolle eines kommunalen Wohnungsunternehmens in der Kleinstadt wird nicht diese quantitative Dimension bekommen; nichtsdestoweniger zeigt sich am Beispiel der Schmöllner Wohnungsverwaltung (Blum 2024), dass die Motoren-Rolle sehr wohl erfüllt werden kann und z. B. in der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Räumen für zivilgesellschaftliche Begegnung auch über den Einzelfall von Schmölln und seinem kommunalen Wohnungsunternehmen hinaus von hoher Relevanz ist; explizit sei auf genossenschaftlich organisierte Akteure des ländlichen Raums ebenso wie auf Stadtwerke bzw. zweckverbandlich organisierte Akteure verwiesen, deren Einbringungspotenzial als Motoren kleinstädtischer Stadtentwicklung ortsspezifisch zu eruieren ist. Ein weiterer, neuer Akteur aus dieser Gruppe ist die DBInfraGO, gerade dann, wenn es diesen Motor am wichtigen Ort Bahnhof braucht (Krüger 2024b).

Sphäre der GWA

Die Sphäre der GWA ist in Kleinstädten anders als im Großstadtquartier. Es wäre hier müßig, das Spektrum zwischen der Anonymität der Großstadt und der schon vor über hundert Jahren analysierten Blasiertheit des Großstädters entsprechend des Soziologen Georg Simmel (Siebel 2017) auf der einen Seite und des Jeder-Kennt-Jeden-Klischee in der Kleinstadt durchzudeklinieren. Verwiesen sei lediglich auf den Umstand, dass es eine Aufgabe kleinstädtischer GWA sein kann, teilörtliche Zivilgesellschaftsstrukturen in der Gesamtstadt abzubilden. Auch hier soll das Stichwort StadtLand (Schiffers 2020) nur angedeutet werden, aber jenseits der Verwaltungslogiken von Stadtgemeinde, Dorfgemeinde, Ortsteil, erfüllter Gemeinde o. ä. besteht der Alltag doch darin, dass es städtische und dörfliche Strukturen in der Kleinstadt genannten Kommune gibt, die auszutarieren sind. Aber dieses Austarieren ist bereits Alltag des Interagierens kleinstädtischer Kommunalpolitik. Und, wichtiger als die Zuordnung der Akteure zu den Imagos von Stadt und Dorf ist die Unterscheidung zwischen Haupt- und Ehrenamt (Görmar et al. 2020). Auch

das soll hier nur angedeutet werden, denn in der großstädtischen Wohlfahrtsarbeit wiederum ist dies eine intensiv diskutierte Unterscheidung – die dem Autor auch manchmal auf dem Land hilfreich erscheint, wenn es darum geht, Notwendigkeiten staatlicher Ressourcen eben für hauptamtliches Agieren im Rahmen der Daseinsvorsorge bereitzustellen, statt sich nur darüber zu freuen, was in Einzelfällen dann doch alles vom Ehrenamt geleistet werden kann.

Dies jedoch wäre eine andere Debatte – Quintessenz für die Sphäre der GWA in der Übertragung dieses Steuerungsmodells auf kleinstädtische sozio-infrastrukturelle Governance ist, dass ihre Zusammensetzung sehr ortsspezifisch erfolgt und dass deren Repräsentanz eng an den Institutionen der gemeindlichen Demokratie erfolgen sollte, also: Stadt-/Gemeinderat, Bürgermeisterei und etwaige Repräsentationen teilörtlicher Bezüge. Dies auch allein schon deswegen, weil die Anzahl der Menschen, die sich hier im Ehrenamt engagieren, begrenzt ist.

Das Aufgabenfeld dieser Sphäre ist also im Prinzip mit jenem zu füllen, was in die Aufgabenfelder eines Quartiersmanagements der Programmatik der Sozialen Stadt fällt, sofern nicht originär planerische Leistungen damit gemeint sind. Vom niedrighwelligen Betrieb der Anlaufstelle bis hin zu Verfügungsfonds und dem Gespür für die jeweils fallkonkret angemessenen Instrumente der Bürgerbeteiligung; all dies kann und sollte in der Sphäre der Gemeinwesenarbeit liegen. Zur Herangehensweise gehört: Wie, wo, wann und in welchem Kontext findet eine Bürgerversammlung statt, um unterschiedlichen Milieus die Gelegenheit zu geben, an genau jener Debatte um genau diese Stadtentwicklungsfrage teilzunehmen? Die Kreativität ergibt sich dabei nicht aus dem Benutzen unterschiedlicher Methoden der Debatte (oft reicht ein klassisches Town-Hall-Meeting oder eine klassische Bürgerversammlung), sondern in dem individuellen Setting der Termine sowie ihrer Vor- und Nachbereitung im Quartier. Fortschritt in den Methoden der Bürgerbeteiligung besteht eben nicht darin, noch buntere Karten mit noch hipper benannten Methoden durchzuführen. Die Ankündigung eines Pecha Kucha kann in der Quartiersarbeit auch exkludierend wirken, wenn in der Bürgerschaft kaum jemand weiß, was das ist. Daher sollte mehr Aufwand in das Setting von Diskursen mit der Bürgerschaft gesteckt werden, weniger in die Methoden.

Agendasetting zu anderen Gelegenheiten ist ohnehin ein nicht zu unterschätzendes Leitmotiv für das Design solcher Diskursgremien. Wenn es z. B. von der lokalen Politik oder der kommunalen Verwaltung angesetzte Hearings zu Planungsvorhaben gibt (das kann auch eine banale Ausschusssitzung des kommunalen Parlaments sein), dann mag es die effektivere Beteiligungsmethode sein, Bürgergruppen des Quartiers zu ermöglichen, sich auf diesen Hearings zu äußern, statt eine Bürgerversammlung zum selben Thema zu organisieren. Hier kommen auch die Potenziale zielgruppenorientierter Beteiligung ins Spiel. Meiner Kenntnis nach verbietet keine Kommunalordnung einem Ausschuss des Stadtrats, sich zu einem bestimmten Vorhaben die Meinung einer Jugendgruppe aus der Nachbarschaft dieses Vorhabens einzuholen. Rolle des Arbeitsgremiums wäre es dann, dieser Jugendgruppe den Weg in diese Sitzung zu bahnen und dafür zu sorgen, dass der Diskurs in diesem Gremium wertschätzend stattfindet.

In einem Großstadtquartier ist die Aufgabe in der kommunalen Sozialraumorientierung zuvorderst die lokale Erfassung von Benachteiligungsmechanismen im Quartier. Das gelingt besonders gut durch die Logik des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und der Fokussierung auf die Bevölkerungsgruppen unter 27 Jahre: also Kinder und Jugendliche sowie junge Eltern. Denn in diesen Altersgruppen entscheidet sich, ob Benachteiligungsmechanismen intergenerativ weitergegeben werden. Es muss dann allerdings gelingen, fallspezifische Informationen (die dem Datenschutz unterliegen) in fallunspezifisches Wissen zu übersetzen. Im Übrigen verweist der KJHG-Begriff des Fallunspezifischen auf raumbezogene Phänomene, sprich auf die Nachbarschaft. Was der Stadtplanung also das Quartier, ist der Jugendhilfe das fallunspezifische Phänomen.

Es darf nicht vergessen werden, die Lebenslagen der Über-28-Jährigen und dort gerade der Senioren zu kennen. Das geschieht aber weniger durch das gesammelte Wissen eines Amtes, sondern hier sind vielfältige Informationsgebende vorhanden: Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen, die Wohnungsunternehmen, Sozialämter und auch die Zivilgesellschaft selbst: Es sind zumeist Ältere, die Beteiligungsangebote im Quartier annehmen. Hier ist es also eher das gemeinsame Vorgehen aller Beteiligten des Arbeitsgremiums erforderlich.

Hier liegt eine eigentliche Tradition des Intermediärs auf Stadtteilebene. Aus der Geschichte der Stadterneuerung lässt sich nicht genug betonen, wie wichtig es ist, diese Intermediären im Stadtteil zur Verfügung zu haben: „Stadtteilzentren [sind] als Orte der Integration, des Engagements, der Teilhabe weiter[zum]entwickeln: ... Mit Quartiers- und Stadtteilmanagement kooperieren, hier v.a. Verknüpfung von Fachkompetenzen mit stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen, Einbringung stadtteilbezogener Lösungspotenziale in die quartiersbezogenen Verfahren, Übernahme der Trägerschaft von Quartiersverfahren, Beitragen zur besseren Partizipation im Quartier, Förderung von Integration und stadtteilbezogener Gesundheitsförderung, Einbeziehung in Umsetzungs- und Verstetigungsprozesse“ (SenStadt 2009, D58).

Die unter 27-Jährigen einer Kleinstadt sind diejenigen, die am Ende ihres Heranwachsens entscheiden, ob sie bleiben, gegebenenfalls später zurückkommen oder nicht (Porsche et al. 2020, Weber/Fischer 2010). Ihre Lebenslage ist also gravierend für die demographische Zukunft. Eine diesbezüglich orientierte Sozialraumorientierung hat aber nicht die Aufgabe, alles daran zu setzen, die Abwanderung in der Gruppe der 16-27-Jährigen zu verhindern. Denn manche Studienangebote gibt es nur anderswo, manch eigene Milieus, manch Ausleben eigener Identität gibt es nur in der Großstadt. Die Frage, die man in Großstadtquartieren nach den Benachteiligungsmechanismen stellt, ist in Kleinstädten vielleicht die Frage nach der prospektiven Erinnerung an das Aufwachsen dort. Welchen Stellenwert haben Jugendliche, die öfter als andere Altersgruppen durch simples Abhängen hier und da den öffentlichen Raum – am Bahnhof oder am Markt – beleben? Welche Priorität besitzt der Zustand jener Orte, die für Jugendliche da sind,

also die jugend- und bildungsinfrastrukturellen Standorte? Welche Mobilitätsangebote gibt es für ein selbständiges Unterwegssein im Stadtlandkontext flächengroßer Gemeinden? Hier geht es oft nicht unmittelbar um Benachteiligungsmechanismen im sozialpolitischen Sinne, sondern um Ermöglichungslogiken.

Demgegenüber lassen sich bei Älteren sehr wohl Benachteiligungsmechanismen als Analyseprinzip für die Stadtentwicklung nutzbar machen. Einsamkeit, gesundheitliche Versorgung und mit dem Alter möglicherweise Einschränkungen der Alltagsmobilität im Sinne von Aktionsradien bilden im ländlichen Raum oft einen gravierenderen Rahmen für die Lebensqualität (Porsche et al. 2020) als in der Großstadt, wo zumeist vielfältigere Angebote auch seniorenorientierter kollektiver Mobilität und Wohlfahrtsarbeit existieren. Eine kleinstädtische SRO sollte den Anspruch formulieren, die über verschiedene Politikfelder und Infrastruktursektoren und damit aufwand erhöhender Weise auch auf unterschiedlichen administrativen Ebenen verteilten Aspekte potenzieller Benachteiligungsmechanismen für das Altern im ländlichen Raum für ihren jeweiligen kommunalen Kontext bündeln zu können – und „von unten“ auch bündeln zu dürfen.

Sphäre der Stadtentwicklung

Aus den 2019 untersuchten Großsiedlungen ergab sich die Empfehlung, dass die Sphäre der Wohngebietserneuerung entweder direkt durch die Wohnungswirtschaft oder durch einen von ihnen Beauftragten bespielt wird. Beide Varianten, auch als Mischform, kamen in der Empirie vor. Für den ländlichen Raum stellt sich hier eher die Frage nach der Einbindung jener öffentlichen Akteure in Unternehmensform, die in dem Feld der Infrastrukturbereitstellung unterwegs sind, sei es als Wohnungsunternehmen, als Volks-/Raiffeisenbank, als Stadtwerk oder als originäres Infrastrukturunternehmen (wie DBInfraGO). All diese Beispiele finden sich in dem ISDN-Projekt (Überblick: Krüger 2024a).

Ob diese Akteure dann eher im Sinne der Sozialraumorientierung einen bestimmten Sektor sozioinfrastruktureller Planung darstellen, ob Akteure wie Wohnungsunternehmen, Genossenschaftsbanken, aber auch DBInfraGo als Bereitsteller sozioinfrastrukturell nutzbarer Orte auftauchen oder ob sie tatsächlich als Motoren der Stadtentwicklung agieren, mag für die planungstheoretische Abgrenzbarkeit beider Sphären voneinander im ländlichem Raum einen interessanten Diskursgegenstand darstellen, erscheint aber für die mögliche Alltagspraxis einer solchen Planungssteuerung wenig relevant. Entscheidend ist, auch diese Akteure ebenso wie abstrakte Fragestellungen, die sich aus dem Sozialgesetzbuch ergeben (z. B. Einsamkeit, Bildungsferne), zu verräumen.

Ebenfalls eine deutlich stärkere Rolle als in der Planungssteuerung der großstädtischen Großsiedlung spielt die Umfassendheit der Planungsinstrumente nach Baugesetzbuch. Während in den fertig gebauten Großstadtquartieren vergangener Jahrzehnte das Allgemeine Baurecht jenseits § 34 BauGB kaum eine Rolle spielt, weil es um die Weiterentwicklung der Bestände im engeren Sinne geht, sind Kleinstädte darauf angewiesen, klein-

räumig unterschiedliche Entwicklungen idealtypisch mit dem gesamten Instrumentenkasten des BauGB zu steuern. Doch wenn man als Kommune per städtebaulichem Vertrag in einem Neubauprojekt am Kleinstadtrand Investoren dazu verpflichten möchte, sozioinfrastrukturelle Angebote baulich zu manifestieren, braucht es – zumeist auf Ebene der Landkreisverwaltung zu erwerbende – Angebote, die diese Bauten füllen. Wie am Beispiel des Gößnitzer Bahnhofsumfelds gezeigt (Krüger 2024a), bietet sich eine Angebotsbauleitplanung an. Hinzu kommt, dass die aktuelle Novelle des Baugesetzbuchs (Bundesregierung 2024) mit dem § 1c ein Angebot unterbreitet, vorhandene Konzepte im Sinne einer Begründung für den Bebauungsplan zu verlinken.

Jenseits der Debatte um administrative Ressourcen, um dies auch tatsächlich durchführen zu können, ist es hilfreich, wenn die sozioinfrastrukturellen Verwaltungsstellen proaktiv in den Planungsprozess einbezogen werden, statt sich „nur“ im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu äußern, um dann – zugespitzt – festzustellen, dass die vorgesehenen Räumlichkeiten für soziokulturelle Angebote nicht bespielt werden können, weil der entsprechende Fachsektor hier nicht „mitspielt.“ Der schönste Neubau für eine Arztpraxis bleibt leer, wenn der entsprechende Sektor keinen Arztsitz bereitstellt. Dafür braucht es einen Dialog. Die positiven, wenn auch anwendungsbezogenen Erfahrungen Schmöllns bezüglich des Gesundheitsbahnhofs Nöbdenitz (siehe Beitrag von Knacker in diesem Band) sind es gerade deswegen wert, in einer solchen Kommunikationslogik wie dem Arbeitsgremium sektorübergreifend verstetigt zu werden.

Instrumentenbaukasten: Gremien und Aufgabenfelder im Anwendungsmodell		
Gremium	Aufgabe	Abstufungen
		1 pragmatisch – diskursiv 2 groß – klein 3 professionell – zivilgesellschaftlich
Arbeitsgremium	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung der Sphären, • Informalität der Kommunikation bei Formalisierung der Kooperation, • qualitative Erfassung lokaler Benachteiligungsmechanismen, • gemeinsame Verantwortung für das Design der planungsfallkonkreten Partizipation. 	1 <u>pragmatisch</u> – <u>diskursiv</u> 2 groß – <u>klein</u> 3 <u>professionell</u> – zivilgesellschaftlich
Beauftragter für Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung des Know-Hows der Stadterneuerung im Gesamtprozess, • als Teil des Bauamts, als Stabsstelle beim Bürgermeister, unterstützt durch Dienstleister (Planungsbüros), • planungsmethodische Hilfe bei der Projektentwicklung. 	kein Gremium im eigentlichen Sinn 3 <u>professionell</u> – zivilgesellschaftlich
GWA-Institution	<ul style="list-style-type: none"> • vor Ort in die Zivilgesellschaft eingebettet, nur gegebenenfalls als professionalisierte Institution, • als Teil der kleinstädtisch geprägten kommunalen Demokratie zu begreifen und mit deren demokratischen Gremien strukturell verlinkt, • institutionelle Neutralität gegenüber Akteuren der baulichen Quartiersentwicklung 	kein Gremium im eigentlichen Sinn 3 <u>professionell</u> – zivilgesellschaftlich

Zivilgesellschaft, Gruppen und Initiativen	<ul style="list-style-type: none"> • funktionieren je nach ihrer eigenen Logik und ihrer eigenen Aufgabenstellung, • Multiplikatorenrolle fürs Arbeitsgremium, • Anbindung an die GWA-Institution im Sinne kooperativer bzw. koproduktiver Planungsprozesse. 	<ol style="list-style-type: none"> 1 <u>pragmatisch</u> – <u>diskursiv</u> 2 <u>groß</u> – <u>klein</u> 3 <u>professionell</u> – <u>zivilgesellschaftlich</u>
Ad-hoc Gremien der planungsfallkonkreten Partizipation	<ul style="list-style-type: none"> • je nach konkretem Planungsfall temporär durch das Arbeitsgremium installiert, • Nutzung der allgemeinen Methoden der Bürgerbeteiligung in der Planung, • nach Möglichkeit in den institutionellen Strukturen kommunaler Demokratie (Gemeinde-/Stadtratsalltag) eingebettet. 	<ol style="list-style-type: none"> 1 pragmatisch – <u>diskursiv</u> 2 <u>groß</u> – klein 3 <u>professionell</u> – <u>zivilgesellschaftlich</u>
Leitbildkonferenz (jährlich)	<ul style="list-style-type: none"> • Jahresversammlung im Sinne üblicher Town-Hall-Meetings, • Diskurs zum Monitoring der SRO und zur Fortschreibung des ISEKs, • Aktualisierung der Leitbilder i. S. d. perspektivischen Inkrementalismus. 	<ol style="list-style-type: none"> 1 pragmatisch – <u>diskursiv</u> 2 <u>groß</u> – klein 3 <u>professionell</u> – <u>zivilgesellschaftlich</u>
Sektorale Netzwerke (z. B. nach § 78 KJHG)	<ul style="list-style-type: none"> • Ergänzungen des kontinuierlichen Stadtteildialogs, • z. T. Rolle als Impulsgeber/-nehmer für / aus Leitbild- und Projektentwicklungskonferenz. 	<ol style="list-style-type: none"> 1 <u>pragmatisch</u> – <u>diskursiv</u> 2 <u>groß</u> – klein 3 <u>professionell</u> – <u>zivilgesellschaftlich</u>

Ø3 „Instrumentenbaukasten“: Gremien und Aufgabenfelder im Anwendungsmodell
 Unterstrichen: trifft zu; Grau eingefärbt und unterstrichen: trifft teilweise zu (Eigene Darstellung)

Gelingensbedingungen – Worauf muss sich welche Sphäre einlassen?

Zusammenfassend sollen für dieses anwendungsorientierte Modell Gelingensbedingungen dargestellt werden, unter denen ein konzertiertes Zusammenwirken der drei Sphären ermöglicht werden kann. Zentrale erste Gelingensbedingung ist, dass innerhalb aller Ressorts der kommunalen Familie eine Akzeptanz des Arbeitsgremiums als lokale Steuerungsinstanz gewährleistet werden muss, beispielsweise durch Selbstverpflichtungen der jeweiligen Abteilungs- bzw. Amtsleitungen. Die Verwaltungsmitarbeiter, die Teil des Arbeitsgremiums sind, sollten sich auf diese Aufgabe einlassen dürfen. Das beinhaltet sowohl das dafür notwendige Zeitbudget (Stellenanteil) als auch die kommunikativen Fähigkeiten für eine nichthierarchische Zusammenarbeit. Davon hängt direkt auch die konkrete verwaltungsseitige ‚Bestückung‘ des Arbeitsgremiums ab.

Ein ex ante erzeugter Konsens über die Prozeduren der Mittelvergabe ist insofern eine Gelingensbedingung, als dass hier eine Abspracheplattform zur Verfügung gestellt wird. Das Ganze funktioniert, wenn folgendes beachtet wird: Die bürokratische Seite der Projektentwicklung liegt bei der Verwaltung, die zivilgesellschaftliche Seite der Projektentwicklung liegt bei der Zivilgesellschaft. Das bedeutet für die Verwaltung, sich auf diesen Prozess einzulassen. Diese Einlassung bedeutet, die vor Ort unter Aktivierung und Einbeziehung von Bürgerschaft entwickelten Handlungsroutinen als hand-

lungsleitend zu akzeptieren. Der Mehrwert für die Verwaltung ist, dass spezifisches Knowhow und ein erweitertes lokales Monitoring – ebenfalls nach eigenständigen Handlungsrouninen funktionierend – verknüpft werden kann mit den Entscheidungsprozessen des Bezirks zur Ausstattung des Quartiers mit kommunaler sozialer Infrastruktur, wozu auch Projektförderung aus öffentlichen Mitteln gehört. Hier kann, ökonomisch gesprochen, ein positiver externer Effekt, Beratung in den Themenfeldern Sozialraumorientierung und Bürgerkommune geleistet werden.

Ist die Intermediärsrolle im Quartiersmanagement eine disziplinäre Angelegenheit der GWA oder der Stadtplanung oder eine interdisziplinäre Angelegenheit? Erstaunlicherweise waren die Befunde in den betrachteten Großsiedlungen seinerzeit unterschiedlich. Schlussfolgerung war seinerzeit die Zuordnung des aus der Stadterneuerungsgeschichte bekannten Intermediärs im Sinne der GWA in eine nicht-staatliche Sphäre. Die vollständige, weiter oben beschriebene abstrakte Intermediärsrolle entsteht tatsächlich erst durch das Zusammenspiel der Akteure dieser drei Sphären.

Der Vorteil – und die Herausforderung – dieser Zuordnung für Großstädte ist, dass es für einen Anwendungsfall die Freiheit gibt, den Intermediär so zu finanzieren, wie es ortsspezifisch zu ermöglichen war. Die so entstandenen Institutionen der GWA-Sphäre im Kontext eines wohnungswirtschaftlichen Quartiersmanagements kann so ein kontinuierliches Grundmodul (Krüger 2008) oder so ein Quartierspfleger (Kurth 2004) sein – doch man muss sich dies dann auch leisten können, wenn es als eine kommunale Regelaufgabe angesehen wird.

Für Kleinstadt- und Landkreisverwaltung bedeutet dies, mit der Zivilgesellschaft eine gegenseitige Akzeptanz dafür zu schaffen, dass spezialisierte Verwaltung zwar nicht (mehr) überall vor Ort in Präsenz quasi im Wortsinne sitzt (vgl. Krüger/Müller 2018), sondern die administrative Zuständigkeit für mehrere territoriale Einheiten die notwendige Kehrseite einer gewissen fachlichen Spezialisierung ist (Krüger 2022); in Zeiten digitalen Arbeitens mit Videokonferenztools o.ä. aber ein Austausch mit den Menschen vor Ort ebenso möglich ist wie in der ländlichen Zivilgesellschaft das Homeoffice ein ebenso normales Phänomen ist wie derweil in anderen raumkategorialen Teilen der Gesellschaft. Umgekehrt ist es auf Seiten der administrativen Strukturen notwendig zu akzeptieren, dass die insbesondere raumbezogene Perspektive vor Ort vorhanden ist – und Bedarfsartikulation an sozioinfrastruktureller Steuerung aus der lokalen Ebene heraus einen selbstverständlichen Handlungsauftrag für eine spezialisierte, daher interterritorial agierende Verwaltung ist. Es bedarf also der Schaffung beidseitig akzeptierter Andockstellen zwischen lokaler Zivilgesellschaft und spezialisierter Verwaltung. In Bezug auf die Großsiedlungen der Großstädte wurde die Sphäre der GWA daher auch als lokale Agentur für Bürgerbeteiligung bezeichnet.

Wenn es also darum geht, der GWA als eigenständige Disziplin in die städtebaueingeförderte Stadterneuerung einzubetten, geht es zuallererst darum, wiederum Andockstellen zu schaffen, mit denen eine kommunal verankerte GWA mit den Verfahren und Instrumenten des Bund-Länder-Programms kompatibel agieren kann. Eine lokale, bereits ohne Stadterneuerung vor-

handene Institution der GWA sollte im Grunde als lokale Agentur für Bürgerbeteiligung in einem Stadterneuerungsprozess fungieren.

Es gibt also ein strukturelles Dreieck zwischen

- kommunalem Bauamt bzw. einer Stabsstelle, falls Stadtentwicklungspolitik unmittelbar in der Bürgermeisterverantwortung liegt (Sphäre der Stadterneuerung)
- der kommunalen wie landkreislichen sozioinfrastrukturellen Sektorverwaltung (Sphäre der SRO)
- und der kleinstädtisch-dörflichen Zivilgesellschaft (Sphäre der GWA).

Es kann hinsichtlich der Partizipation möglich sein, sowohl der Input-Legitimation in der Sphäre der GWA als auch der Output-Legitimation in der Sphäre der Erneuerung ihre eigenständige Relevanz zukommen zu lassen. Gerade, weil Bürgerbeteiligung in jenen Quartieren, welche einer sozialen Stadterneuerung bedürfen, eben aktivierend (empowering) sein muss, ist es die Domäne der GWA, die Input-Legitimation zu verantworten.

Dem kommunalen Bauamt kommt dabei eine Sonderrolle zu, denn ihm obliegt nicht die sektorfachliche Zuständigkeit für sozioinfrastrukturelle Steuerung, sondern die sektorübergreifende Aufgabe, eine integrierte sozioinfrastrukturelle Planung durch die Steuerung der entsprechenden Allokationsmechanismen der sozioinfrastrukturellen Standorte – von Kita bis Vereinshaus, von Beratungsstelle in der VHS bis Seniorentagesstätte, von „Kulturscheune“ (oder anderen Orten kommunaler Kultur und Heimatpflege) bis Schulcampus letztendlich zu ermöglichen.

In puncto Bürgerbeteiligung ist das kommunale Bauamt idealtypisch in der Rolle des Adressaten von Bürgerbeteiligung. Hier sollten die Anregungen, Einwendungen und in weitere Formate gegossene Ideen der Zivilgesellschaft ankommen, um sie in rationalen, demokratisch legitimierten Abwägungsprozessen zu verarbeiten. Mit dem kommunalen Gemeinde-/Stadtrat – und wahrscheinlich selbst in der lokalen Zivilgesellschaft verankerten Gemeinde-/Stadtratsmitgliedern – gibt es bereits ein Gremium, das dieser Frage nach Output-Legitimation nachkommen kann. Die Frage nach der Input-Legitimation wäre in diesem kleinstädtischen Modell in der Zivilgesellschaft auszutragen. In den großstädtischen Großsiedlung ist das mit der Verantwortung der Sphäre der GWA für die Methoden und Formate der Bürgerbeteiligung verbunden. Nach Auffassung des Autors obliegt es ortsspezifisch der jeweiligen Gemeinde, eine geeignete Balance zwischen Hauptamt (Verankern professioneller Methoden der Planungskommunikation und -partizipation) und Ehrenamt (gewachsene Strukturen der Beteiligung in ländlich-kleinstädtischen Milieus) zu finden. Relevant ist lediglich, dass es personelle Übersetzungsstrukturen aus den ehrenamtlichen Teilen der Zivilgesellschaft in die hauptamtliche Tätigkeit des Arbeitsgremiums gibt. Denkbar wäre hier eine Beauftragtenposition und/oder eine Mitnutzung der administrativen Strukturen des Stadt-/Gemeinderats, wenn zivilgesellschaftliche Positionen ohnehin recht zügig ihren Weg in die kommunalpolitischen Debatten finden. Das hängt aber spezifisch von der lokalen kommunalpolitischen Kultur ab.

In den Großstädten wurde dies die Institutionalisierung der quartiersindividuellen Interdisziplinarität genannt; in Kleinstädten mag das in der eigentlich trivialen Aussage münden, dass es auf „den Bürgermeister“ ankommt (Görmar et al. 2020). Gemeint ist damit, dass die politische Führungsperson einer Kleinstadt (bzw. Gemeinde) sich auf ganz eigene Art in ihrer jeweiligen Stadtgesellschaft (bzw. ländlichen Gesellschaft) legitimieren muss – im Vergleich zur Großstadt. Damit bleibt sozusagen gar keine andere Möglichkeit, als die Verantwortung für das Arbeitsgremiums mindestens in die Nähe der kleinstädtischen Bürgermeisterei zu verorten. Das kann eine Stabsstelle sein, aber auch eine Routine des Treffens von Verwaltungsführungskräften. Dadurch ist auch gewährleistet, dass Inputs aus der Sphäre der GWA bzw. der Zivilgesellschaft in diesem Arbeitsgremium erstmal ohne Ansehen der Zuständigkeit verarbeitet werden können, selbst wenn die Zuständigkeiten nicht auf kommunaler, sondern beispielsweise auf landkreislicher Ebene liegen oder gar bei einem der weiteren gemeinwohlorientierten Akteure in öffentlichem oder genossenschaftlichem Besitz (s. o.).

*Ein weiterer – aus Sicht der Kommune nicht zu unterschätzender – Aspekt ist die flexible Zuständigkeit des Arbeitsgremiums für quartiersbezogene Angelegenheiten. So wie das Finanzressort für alle Ressorts mit zuständig ist, so wie ein Bürgerhaushaltsverfahren alle Ressorts umfassen kann (je nach Themensetzung durch die Bürgerschaft), so ist auch das Arbeitsgremium erst einmal allzuständig. Das bedeutet einen wichtigen Hinweis für sowohl die kommunale als auch für die Stadterneuerungspraxis. Eine solche Struktur ist nur **ein einziges Mal** pro Quartier sinnvoll. Das ist ein gewichtiger Unterschied zur Praxis der Frühphase der Sozialen Stadt oder gar der Behutsamen Stadterneuerung der 1990er-Jahre bei der Einrichtung von Stadterneuerungsgebieten. Ihre Strukturen sind per se zusätzlich im Quartier gewesen. Und aus diesem Grund ist auch keine präzisere Benennung einer Governance-Struktur als dieses Arbeitsgremium an dieser Stelle möglich. Gelingensbedingung ist, dass Erneuerungsstrukturen und kommunal getragene Strukturen verwoben sein müssen, um **eine** Governance-Struktur für das Quartier zu besitzen.*

Dieses Arbeitsgremium darf weder überfordert werden noch darf es ‚abgehoben‘ agieren. Es wäre als allein stehende Struktur daher nicht hinreichend. Das gilt insbesondere für die Aufstellung und Fortschreibung von Leitbildern und Zielen der Quartiersentwicklung, wie sie üblicherweise in den ISEKs kodifiziert werden. Dieses muss weiterhin auf einem breiten Diskurs unterschiedlicher Akteure des Quartiers basieren – professionell Tätigen, aus der Zivilgesellschaft sowie aus der nichtorganisierten Bürgerschaft.

Fazit: Die raumbezogene Betrachtung der soziokulturellen Infrastruktur als Systematisierung ressortübergreifenden Handelns

Insgesamt kommt es also darauf an, in der Logik des perspektivischen Inkrementalismus sowohl eine Diskursebene (Perspektive) als auch eine Projektentwicklungsebene (Inkrementalismus) abbilden zu können. Der entscheidende Faktor ist der Rückbezug

der sozioinfrastrukturellen Angebote zum Raum. Angebote müssen verortet sein, wenn sie etwas zur Kleinstadtentwicklung oder -erneuerung beitragen wollen. Das ist insbesondere relevant, um soziale Infrastruktur intersektoral weiterentwickeln zu können. Sie über ein Quartiersmanagement mit den drei Sphären räumlich zu strukturieren, im Raum zu clustern und bestimmte Orte auch städtebaulich als Orientierungspunkte für das Gemeinwesen zu fassen, ist Teil der Aufgabe eines solchen Quartiersmanagements. Das ist die städtebauliche Komponente der Sozialen Stadt.

Der Nachteil an kommunalem Handeln und auch an ISEKs ist, dass Intersektoralität in der Infrastrukturplanung durch das Nebeneinander-Stellen von Sektoren für ein Gebiet entsteht und auch über diesen Zustand nicht hinauskommt; nicht hinauskommen kann, da insbesondere für das kommunale Agieren das sektorale Agieren ein Erfolgsfaktor ist. Nicht umsonst gibt es unangefochten Fachdezernenten und Fachausschüsse in den Gemeindeparlamenten. Ein mit den drei Sphären agierendes Stadtentwicklungsmanagement kann dieser intersektoralen Logik eine Logik der städtebaulichen Cluster gegenüberstellen. Wo wird was im gemeindlichen Raum – Kernstadt, Ortsteile, Dörfer etc. – benötigt? Wenn das Arbeitsgremium diese Frage – diskursfähig mit der Zivilgesellschaft vor Ort – beantworten kann, dann kann es etwas erreichen.

Wenn man diese Gedanken fortführt, dann ergeben sich die Rückbezüge zur Quartierspflege nach Kurth (2004) und Modularisierung der Stadterneuerung nach Krüger (2008). Denn dann sind folgende Elemente eines Erneuerungsprozesses im Sinne der Städtebauförderung immer dabei:

- „Quartierspflege bedeutet die präventive Instandhaltung und Bewirtschaftung des Bestandes sowie ein kontinuierliches Quartiersmanagement zum Aufbau selbst tragender Strukturen in den Nachbarschaften. ... Quartierspflege ist zugleich eine Nachsorgestrategie für die anderen Erneuerungsansätze“ (Kurth 2004, 107).
- „Dieses Grundmodul eines Quartiersmanagements soll primär die Schaffung, Verstetigung und Aufrechterhaltung der institutionellen Kapazität eines Quartiers leisten. Es bildet das Fundament eines Erneuerungsprozesses, an welches die einzelnen Projekte der Erneuerung andocken“ (Krüger 2008, 151).

Prävention und Nachsorge sind dabei die Logiken, aus denen Kontinuität in beiden Begrifflichkeiten erwächst. Angesichts dieses Doppelcharakters ist es wichtig, dass sowohl der kontinuierliche (kommunal finanzierte) Teil als auch der temporäre Teil dieser Art von Stadterneuerung vor Ort in einer institutionellen Hülle gebündelt wird. Dieser Bündelungseffekt ist eigentlich durch die Aufteilung zwischen einer regionalisierten, weil fachlichen spezialisierten Ebene – Landkreisverwaltung – und einer lokal agierenden Gemeindeverwaltung schon tradierter Weise intendiert; hier findet sich dafür der Begriff der kommunalen Familie. Es kommt drauf an, in Zeiten der Transformation und in Zeiten einer anderen Verwaltungsstruktur diese Hülle wieder mit institutionellem Leben zu füllen. Für die Verwaltungsarbeit bereits abgeschlossene und vollzogene Digitalisierungsprozesse helfen dabei. Es muss spürbar sein, dass die Fachkräfte der Verwaltung auch dann Ortsnähe besitzen, wenn sie nicht vor Ort sitzen oder / und für mehrere Orte

zuständig sind. Denn egal, welche Ebene am Ende welchen Part der sozio-
infrastrukturellen Daseinsvorsorge einer Kleinstadt verwaltet, die Gestal-
tung der sozioinfrastrukturellen Daseinsvorsorge muss einer Gemeinde
mit eigenständiger Verwaltung einschließlich Bauamt als Teil einer kommu-
nalen Stadtentwicklungspolitik ermöglicht sein. Das übersetzte Sphären-
modell mit einem bei einem hauptamtlichen Bürgermeister angesiedelten
„Arbeitsgremium“ als Schnittstelle bietet dafür eine aus dem Instrumen-
tenkasten der Stadterneuerung entlehnte Möglichkeit.

Literatur und Quellen

Blum, Kristian (2024): Wohnen in Schmölln. Die Perspektive eines
kleinstädtischen öffentlichen Wohnungsunternehmens; in: Krüger (Hg.):
Thüringen-Reader II: Energie – Wohnen – Mobilität. KOBRA
(Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv). Kassel: Universität
Kassel, S. 65–68.

Bundesregierung (2024): Pressemitteilung „Für einfacheres Bauen –
Novelle des Baugesetzbuches“ anlässlich des Kabinettsbeschluss.
Pressemitteilung vom 04.09.2024, gefunden in: <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2024/09/baugb-novelle.html;jsessionid=C119B81886289B66FEB6FF51A40EC2D6.live891>
(zuletzt geprüft am 30.09.2024).

BVV Lichtenberg von Berlin (Hg.) (2005): Lichtenberg auf dem Weg zur
Bürgerkommune. Konzeption des Bezirksamts Lichtenberg zur
Gemeinwesenentwicklung auf dem Weg zur Bürgerkommune. Berlin:
BVV Lichtenberg von Berlin (DS 1322/V (Anlage)).

Görmar, Franziska; Graffenberger, Martin; Haunstein Stefan;
Lang, Thilo. (2020). Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter
den Bedingungen von Peripherisierung. Abschlussbericht im Auftrag
des vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Berlin:
vhw-Schriftenreihe, (18), 95.

Krüger, Arvid Hg. (2024a): Thüringen-Reader II: Energie – Wohnen –
Mobilität. KOBRA (Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv).
Kassel: Universität Kassel.

Krüger, Arvid (2024b): Bahnhofsviertel als Gebietskulisse der Klima-
anpassung, Der Fall Göbnitz (Thüringen); in Raumplanung 226/2-2024,
S. 59–64.

Krüger, Arvid (2022): Die Problematik fragmentierter Verwaltungs-
strukturen, (Un-)Überwindbare Hürden für Daseinsvorsorge und
Stadtentwicklung im ländlichen Raum?; in: BMBF-FONA-Homepage der
Förderschiene „Kommunen Innovativ“; [https://kommunen-innovativ.de/
die-problematik-fragmentierter-verwaltungsstrukturen](https://kommunen-innovativ.de/die-problematik-fragmentierter-verwaltungsstrukturen)

Krüger, Arvid (2019): Neue Steuerungsmodelle in der Stadterneuerung –
und daraus folgende Anforderungen an Städtebauförderung, die
Kommunen und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft. Weimar:
Bauhaus-Universität Weimar.

Krüger, Arvid (2008): Erneuerung der Erneuerung. Die Rolle der Stadterneuerung im Kontext von Benachteiligungsphänomenen. ISR-Impulse Nr. 10. Berlin: Technische Universität Berlin.

Krüger, Arvid; Müller, Maximilian (2018): Land ohne Landkreise – Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Thüringen; in: BBSR/DGD (Hg.): Mal über Tabuthemen reden – worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird; BBSR, Bonn, S. 106–115.

Kurth, Detlef (2004): Strategien der präventiven Stadterneuerung. Weiterentwicklung von Strategien der Sanierung, des Stadtbbaus und der Sozialen Stadt zu einem Konzept der Stadtpflege für Berlin. IRPUD. Dortmund: TU Dortmund.

Porsche, Lars; Steinführer, Annett; Sondermann, Martin (Hg.). (2020). Kleinstadtforschung in Deutschland: Stand, Perspektiven, Empfehlungen. Hannover: ARL.

Schiffers, Bertram (2020): Stadt-Land-Beziehungen und Planungsstrategien in Thüringen – ein kleiner Einblick zur Halbzeit der IBA Thüringen. In: Nicole Uhrig (Hg.): Zukunftsfähige Perspektiven in der Landschaftsarchitektur für Gartenstädte. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 271–277.

SenStadt (Hg.) (2009): Handbuch zur Sozialraumorientierung. Grundlage der integrierten Stadt(teil)entwicklung Berlin. Ergebnisbericht 2009. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Siebel, Walter. (2017). Stadtkultur ist eine Kultur der Differenz. Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18, 113.

Weber, Gerlind; Fischer, Tatjana (2010): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum in der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen-Agenda-21-Prozesse. Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung. Wien: Universität für Bodenkultur.

Lena Knacker

In Schmölln sind sowohl in der Kernstadt als auch in den Ortsteilen Kindertagesstätten vorhanden, die jeweils verschiedene Konzepte umsetzen. Gemeinsam haben die Kitas, dass sie in der Trägerschaft der Stadt Schmölln liegen. Lediglich die Kindertagesstätte „Johanniter“ am Pfefferberg 10 in der Kernstadt Schmölln befindet sich in freier Trägerschaft. In der Kernstadt bestehen neben dieser Kita noch drei weitere Einrichtungen: die Kita „Kastanienhof“ in der Schulstraße, die Kita „Am Finkenweg“ und die Kita „Bummi“ im Saarer Weg 3a.

Auf die Ortsteile Schmöllns sind sechs weitere Kitas verteilt. In Nöbdenitz ist die Kita „Nemzer Rasselbande“, in Lumpzig die Kita „Zwergenrevier“, in Weißbach die Kita „Seepferdchen“, in Dobitschen die Kita „Rosengarten“ und in Altkirchen sind die Kitas „Sternchen“ und „Spatzennest“ vorhanden. Zudem wurden in Großstöbnitz und Lohma Interims-Kitas eingerichtet, die jeweils an bestehende Kitas angegliedert wurden und die zeitweilige Nachfrage durch steigende Geburtenzahlen decken sollten. Die Kita in Lohma wurde bereits wieder geschlossen.

In Altkirchen wird derzeit ein Neubau errichtet. Dieser soll die bestehenden zwei Einrichtungen zusammenführen und zusätzliche Plätze schaffen. So werden in der Kita in Altkirchen und Röthenitz derzeit 15 Krippenkinder im Alter von einem bis drei Jahren betreut und 35 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schulalter. Die neue Einrichtung soll 70 Plätze bieten und voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2023 fertiggestellt werden.

Im Folgenden soll genauer betrachtet werden, wie solche Entscheidungen der Weiterentwicklungen des Kita-Netzes getroffen werden, welche Akteure beteiligt sind und welche Methoden eingesetzt werden. Dadurch sollen Erfolgsfaktoren für die Ausgestaltung und Entwicklung eines kommunalen Kita-Netzes herausgestellt werden.

Akteure

Die Entwicklung des Kita-Netzes wird vor allem von der Stadt Schmölln durch die Kitaverwaltung entschieden. So fungieren in der Verwaltung zwei Sachbearbeiter:innen als Ansprechpartner:innen, die für die Abrechnungen der Elternbeiträge und der Zuwendungen beim Land zuständig sind. Des Weiteren kümmern sie sich um die

Finanzierung und Beschaffung. Das Fachgebiet Personalwesen, welches auch beim Hauptamt angesiedelt ist, ist verantwortlich für das Personal der Kitas. Zudem werden von der Kitaverwaltung in regelmäßigen Abständen Telefonkonferenzen oder Präsenztermine umgesetzt, um gemeinsam Aufgaben zu verteilen, sich untereinander abzustimmen und auszutauschen. Dadurch treten auch die Kitaleitungen in Kontakt zueinander und können Netzwerke bilden.

Es werden noch weitere Abteilungen der Stadtverwaltung in die Kita-Netz-Planung und Kita-Entwicklung integriert. Durch den Wandel der pädagogischen Arbeit werden die Erzieher:innen und Pädagog:innen zunehmend durch die IT-Abteilung in die IT-Strategie der Stadt eingebunden. Durch die Digitalisierung ist auch eine bessere Vernetzung der Kitas gegeben. Die Finanzverwaltung der Stadt verbucht die Rechnungen und auch der städtische Bauhof wird zur Grünflächenpflege einbezogen. Die vorhandenen Ressourcen der Stadt werden genutzt, um das Kita-Netz zu stärken. Daneben werden auch externe Dienstleister beauftragt zur Unterhaltsreinigung, Planer:innen, die Bauvorhaben verwirklichen und andere Fachbehörden, zum Beispiel der Brandschutz, der sicherstellt, dass gesetzliche Änderungen berücksichtigt und Auflagen erfüllt werden. Zur Unterstützung der pädagogischen und konzeptionellen Arbeit wird die Fachberatung des Landkreises genutzt.

Die Kitaleitungen sind in der Umsetzung ihrer Konzeptideen auf die Mitarbeit der Eltern angewiesen. Elternengagement oder auch ehrenamtliches Engagement spielen eine große Rolle, um in den ausgelasteten Kitas Projekte umzusetzen. Des Weiteren sind Kooperationspartner im Sozialraum von Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit Schulen, Sportvereinen und Kirchen bietet beidseitige Chancen und die Institutionen profitieren gegenseitig voneinander.

Prozessablauf

Die Kita-Netz-Entwicklung wird von zwei Faktoren beeinflusst. Zum einen bestimmt die Geburtenrate den Bedarf an Plätzen, die vorhanden sein müssen. Diese Bedarfe sollen durch das Kita-Netz bestmöglich gedeckt werden. Das Angebot wird somit durch die Nachfrage bestimmt. Zum anderen haben die vorhandenen Gebäude und Möglichkeiten vor Ort Einfluss auf die Weiterentwicklung des Kita-Netzes. So wurden vor einigen Jahren aufgrund geburtenstarker Jahrgänge Kita-Außenstellen geschaffen, um die Bedarfe zu decken. Hierzu wurden kommunale Liegenschaften in Lohma und Großstöbnitz als Übergangslösungen genutzt. Die Außenstelle in Lohma wurde mittlerweile wieder geschlossen, da im Ortsteil selbst keine Nachfrage bestand und die Bedarfe der Kernstadt durch die anderen Kitas gedeckt werden konnten.

Die Stadtverwaltung schätzt Kitas ab einer Größenordnung von 70 Plätzen als wirtschaftlich ein. Ab 100 bis 120 Plätzen wird es für die Erzieher:innen und die Leitung schwierig. Die dörflichen Kitas liegen unter der Größenordnung von 70 Plätzen. Aufgrund dessen kann die Überlegung der Zusammenlegung von Standorten angestellt werden.

Die Trägerschaft der Kita in Dobitschen wird von der Stadt Schmölln übernommen, obwohl die Gemeinde Dobitschen Eigentümer des Gebäudes ist und sie auch nicht im Gemeindegebiet liegt. Jedoch war die Gemeinde Dobitschen finanziell nicht in der Lage, die Trägerschaft der Kita zu übernehmen. Aufgrund dessen wurde eine Zweckvereinbarung mit den anderen Gemeinden geschlossen, um den Standort aufrecht zu erhalten. Die Stadt Schmölln betreibt und unterhält die Kita. Dies ist für die Stadt kostenneutral, da ungedeckte Personal- und Betriebskosten von den Gemeinden zurückgefordert werden. Die Stadt Schmölln fungiert somit als Servicepartner.

Auch der Neubau in Altkirchen wird von der Stadt Schmölln als Träger unterhalten. Der Neubau wurde schon durch den Gemeinderat der Gemeinde Altkirchen angeregt, um die zwei Kitas zu vereinen. Zunächst sollte das Projekt mit der AWO als Träger umgesetzt werden. Jedoch wurde nach einer Ausschreibung und Abstimmung im Stadtrat die Stadt Schmölln als Träger festgelegt. Durch den Neubau sollen 20 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Es ist der erste Kitaneubau der Stadt Schmölln nach der Wende.

Die Konzepte der Kitas unterscheiden sich voneinander. So werden verschiedene Schwerpunkte in der pädagogischen Ausrichtung gesetzt. Die Kita „Seepferdchen“ in Weißbach ist eine anerkannte Kneippkinder-Einrichtung und liegt am Rande des Ortes. Angepasst an die Lage der Kita, die umgeben von vielen Wiesen und Plantagen ist, wurde das Kneipp-Konzept erarbeitet. Ziel der Kita ist es, den Kindern naturverbundene Inhalte und Werte zu vermitteln und Achtsamkeit und Nachhaltigkeit zu fördern. Die Kita „Rosengarten“ in Dobitschen hat hingegen seit vielen Jahren eine Kooperationsvereinbarung mit der Regelschule vor Ort und setzt ein bewegungsfreundliches Konzept um. So wird in der Turnhalle Eltern-Kind-Turnen angeboten und durch den Kontakt zu den nahegelegenen Vereinen SV Osterland Lumpzig und SV Starkenberg werden weitere Angebote geschaffen. Ziel ist es, das Angebot für Eltern im ländlichen Raum auszuweiten und dadurch die Fahrtwege zu verkürzen. In den Kitas in Altkirchen werden derzeit verschiedene Projekte begleitend zu dem Neubau vor Ort durchgeführt. Der Baufortschritt wird betrachtet und die verschiedenen Arbeiten und Handwerke den Kindern nähergebracht. Für die neue Kita ist ein generationenübergreifender Ansatz geplant. Ehrenamtliches Engagement von Senior:innen soll genutzt werden, um für Jung und Alt eine Bereicherung zu bieten. Dadurch soll die Kita besser in das Dorf integriert werden und gemeinsame Angebote für alle Generationen geschaffen werden.

Alle Kitas haben jedoch gemein, dass die Lage im Dorf genutzt wird und auch das Dorfleben davon profitiert. Durch Auftritte an Dorffesten und die Durchführung von Projekten im Ort werden die Dorfbewohner:innen einbezogen. Auch besteht der Wunsch, dass ehrenamtliches Engagement einen noch größeren Stellenwert einnimmt und einrichtungsfremde Personen durch verschiedene Aktivitäten mit den Kindern die Kitas unterstützen. Die Zusammenarbeit mit den Schulen ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. So entsteht der Neubau in Altkirchen in der Nähe der Grundschule. Gegenseitige Besuche werden durchgeführt zum Schnupperunterricht oder für Vorlese-tage. In Dobitschen gibt es ebenfalls einmal im Monat ein Angebot in Zusammenarbeit mit der Regelschule. Es finden Schulpraktika statt, die auch

einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. In Weißbach sind aufgrund der Lage Schnuppertage und gegenseitige Besuche mit den Grundschulen nur schwierig zu organisieren. Für die Vorschule organisieren sich die Eltern eigenverantwortlich.

Die Auswahl der Kita wird von den Elternteilen jedoch nicht nach der jeweiligen Konzeption getroffen. Der wichtigste Faktor stellt die geringe Entfernung dar. Die Kita soll in der Nähe des Arbeits- oder Wohnortes liegen. Häufig ist auch die Nähe zur späteren Grundschule entscheidend, da die Kinder schon Kontakte sammeln und mit ihren Freund:innen in die gleiche Schule wechseln sollen. Deshalb werden auch Kinder aus der Kernstadt in dörfliche Kitas gebracht, damit sie in kleinen Einrichtungen betreut werden und im Anschluss die Grundschule in Altkirchen besuchen. Die Öffnungszeiten der Kitas können ebenfalls die Auswahl der Kita beeinflussen. So haben die Einrichtungen in der Kernstadt längere Öffnungszeiten als die Kitas auf dem Dorf.

Methoden

Die Kita-Netz-Entwicklung wird durch die Stadtverwaltung Schmölln vorangetrieben. Durch das Trägerkonstrukt mit gemeindeeigenen Kitas ist die Organisation einfacher. Das Personal kann flexibel eingesetzt werden und auch das Qualitätsmanagement und die Buchhaltung sind durch mehrere Kitas effizienter zu organisieren. Die Stadt kann Einfluss auf die Kitas nehmen und ist nicht abhängig von freien Trägern, die ihre Konzepte umsetzen. Es werden die Ressourcen der gesamten Stadtverwaltung genutzt. Eine Zweckvereinbarung bestimmt die Trägerschaft der Kita der Gemeinde Dobitschen. Die Stadt Schmölln fungiert hier als Servicepartner.

Zudem werden Reserven an kommunalen Liegenschaften vorgehalten, um schnell auf einen Anstieg der Geburtenzahlen reagieren zu können und Außenstellen zu errichten. So ist, im Gegensatz zu den Kitas in Gößnitz, auch in den Einrichtungen in Schmölln ein Puffer vorhanden, um Zuzüge und Geburtenzahlanstiege abzufangen. Die Kita-Netz-Planung orientiert sich somit an den vorhandenen Bedarfen. Jedoch wird auch die Wirtschaftlichkeit betrachtet und Überlegungen zur Zusammenlegung von Kitas angestellt. Sanierungsmaßnahmen der Kitas und Anpassungen werden im Rahmen der jährlichen Überprüfung festgelegt.

Treffen und Konferenzen der Kitaleitungen fördern den Austausch untereinander und die Netzwerkbildung. Durch den Rückgriff auf die Fachberatung des Landes können pädagogische Fragestellungen geklärt werden. Bei der Umsetzung der Konzepte wird, vor allem in den dörflichen Kitas, die Umgebung einbezogen. Die Lage wird bei der Erstellung der Konzepte berücksichtigt, sodass sich die Kitas in ihren konzeptionellen Ausrichtungen unterscheiden.

Auch die Zusammenarbeit mit Partnern im Sozialraum stellt ein vielfältiges Angebot sicher. Kitas bringen sich damit auch als größere Infrastruktureinrichtungen in den Dörfern in das Dorfleben ein.

Herausforderungen

Eine Herausforderung, die sich im Zusammenhang mit der Kita-Netz-Entwicklung stellt, ist auf städtischer Seite der Sanierungsstau der Einrichtungen. Diese wurden in der Nachkriegszeit in den 50er- bis 70er-Jahren errichtet und weisen nun einen hohen Unterhaltungsaufwand auf. Es besteht ein Sanierungsstau, der vor allem die energetische Sanierung der Gebäude mit dem Austausch der Heizungsanlagen und einer Verbesserung der Dämmung umfasst. In der Kita Nöbdenitz ist zudem kein Fahrstuhl vorhanden. Vor allem weil sich die Küche im zweiten Stockwerk befindet, wäre hier ein Umbau notwendig. Im Hinblick auf die Barrierefreiheit sind somit auch bauliche Anpassungen der Einrichtungen notwendig.

Eine weitere Problematik, die von der Stadtverwaltung angegangen werden muss, ist der Abgleich von Dienstanweisungen für städtische und dörfliche Kitas. So brachten die Ortsteile andere Dienstanweisungen mit als die Kernstadt-Kitas. Durch die Eingemeindung müssen diese nun zusammengeführt werden, um gleiche Standards einzuführen, das Qualitätsmanagement sicherzustellen und strukturiertes Arbeiten zu ermöglichen.

Die Fluktuation der Fachkräfte stellt für die kommunalen Kitas derzeit noch kein großes Problem dar. Durch die besseren Konditionen des öffentlichen Dienstes, gibt es noch viele Bewerbungen und es besteht kein Mangel an Fachkräften. Die nachlassende Qualität der Fachkräfte ist hingegen eher eine Herausforderung.

Aus Sicht der Kitaleitungen bestehen Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen. Für Kitaleitungen der dörflichen Einrichtungen ist es im Vergleich zu Kitas in der Kernstadt schwieriger, Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Institutionen einzugehen. Durch den abgelegenen Standort finden sich in der Nähe nur wenige Kooperationspartner:innen. So ist auch nur zu den nahegelegenen Grundschulen Kontakt möglich und Besuche von abgelegeneren Kitas mit viel Aufwand verbunden. Zudem wurde durch die Corona-Pandemie der Kontakt zur Dorfgemeinschaft und lokalen Akteuren eingeschränkt und in der pädagogischen Arbeit vernachlässigt.

Reflexion und Ausblick

Durch die Betrachtung der Fallstudie „Kitas auf dem Dorf“ wurde deutlich, dass keine strategische Kitaplanung in der Kleinstadt vorgenommen wird. Die Planungen richten sich nach den aktuellen Entwicklungen, auf die durch die Trägerschaft der Stadt Schmölln und das Vorhalten von kommunalen Liegenschaften kurzfristig reagiert werden kann. Mit dem Neubau in Altkirchen sind die Planungen der Stadtverwaltung abgeschlossen. Dadurch wird eine ausreichende Anzahl von Kitaplätzen sichergestellt. Die Außenstelle in Großstöbnitz wird jedoch vermutlich in Zukunft eingestellt werden, da der Bedarf nicht ausreicht und die Gruppenstärke somit nicht mehr erreicht wird. Zudem ist die Zusammenführung der zwei kleineren Standorte in Lumpzig und Dobitschen perspekti-

visch denkbar. So könnten durch eine Erweiterung des Standortes in Lumpzig auch Plätze für die erfüllte Nachbargemeinde geschaffen werden. Das neben der Kita Lumpzig liegende alte Rathaus bietet Potenzial für die räumliche Erweiterung. Derzeit werden dort bereits Räumlichkeiten zwischengenutzt. Da bis 2023 jedoch der Grundschulstandort in Dobitschen bestehen bleibt, ist die Beibehaltung der Kita in Dobitschen zunächst sinnvoll.

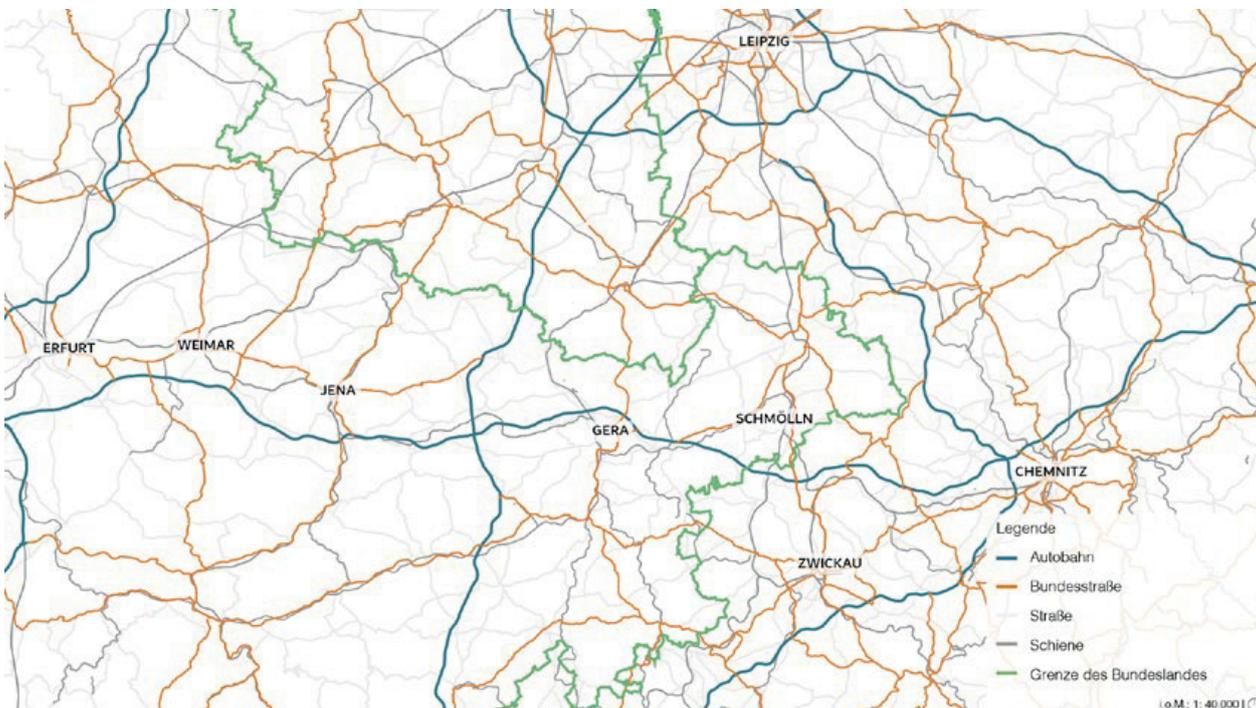
Die pädagogische Arbeit der Kitas wird zudem durch verschiedene Kooperationen und ehrenamtliches Engagement gestützt. Dadurch können Kitas das Dorfleben bereichern.

Innenstädte in Kleinstädten – Welche Funktion übernimmt das Zentrum von Schmölln?

Hilal Imanci, Lena Knacker,
Sina Kupillas, Saskia Ulrich

Innenstädte sind das Zentrum des öffentlichen Lebens. Sie zeichnen sich durch eine hohe Bebauungsdichte, Funktionsmischung sowie eine hohe Konzentration an Versorgungseinrichtungen aus (vgl. Hilpert et al. 2018: 111 ff.; vgl. Pesch 2018: 1002). Darüber hinaus bilden sie Identifikationsorte für die Bürgerschaft. Dies ist unter anderem auf historische, repräsentative Bauten und öffentliche Plätze zurückzuführen (vgl. Pesch 2018: 1001). Neben ihrer wirtschaftlichen Funktion erfüllen Innenstädte somit auch eine soziale, politische und kulturelle Funktion als zentrale Orte des Gemeinwesens (vgl. BMI 2021: 5). Im Rahmen des Zentrale-Orte-Systems, welches als wichtiges Instrument der Raumordnung zu einer ausgewogenen Versorgungs- und Siedlungsstruktur beiträgt, nehmen Innenstädte eine zentrale Funktion ein. Als Orte, an denen Daseinsvorsorgeeinrichtungen konzentriert auftreten, bilden sie nicht nur für die Kommune, sondern auch für das dazugehörige Umland ein Versorgungs- und Ankerpunkt (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG). Infolgedessen kommt Innenstädten in Kleinstädten eine zentrale Bedeutung für die Sicherung der Daseinsvorsorge zu (vgl. ebd.).

Der Funktions- und Strukturwandel stellt Innenstädte jedoch vor große Transformationsherausforderungen. Die Digitalisierung, der demografische Wandel und die wachsenden Anforderungen an den Klimaschutz und Nachhaltigkeit wirken sich auf die Innenstädte aus (vgl. Pfnür, Rau 2024: 1). Der Onlinehandel bildet eine zunehmende Konkurrenz für den stationären Einzelhandel, was zu Umsatzeinbußen und Schließungen führt. Steigende Leerstände bringen das Risiko eines Trading-Down-Effektes mit sich, sodass ein großer Handlungsdruck auf den Innenstädten lastet (vgl. BMI 2021: 5; vgl. Pfnür, Rau 2024: 1). Mit Blick auf die sich verändernden Bedürfnisse der Gesellschaft, unter anderem durch den demografischen Wandel, muss die Innenstadt mit ihren Angeboten reagieren (vgl. Hilpert et al. 2018: 113 f.). Sowohl in ökonomischer als auch sozialer und ökologischer Hinsicht sollten die Angebote der Innenstadt angepasst werden. Dies beinhaltet unter anderem ein diverses Einzelhandelsangebot, sowie Angebote für möglichst alle Gruppen, unabhängig vom Alter, der Herkunft oder anderen Merkmalen. Darüber hinaus sollten grüne Naherholungsstandorte oder ähnliche Angebote auch aus ökologischen und klimatischen Gründen eine größere Rolle spielen. Eine lebendige Nutzungsvielfalt wird angestrebt (vgl. BMWSB 2023: 6 f.).

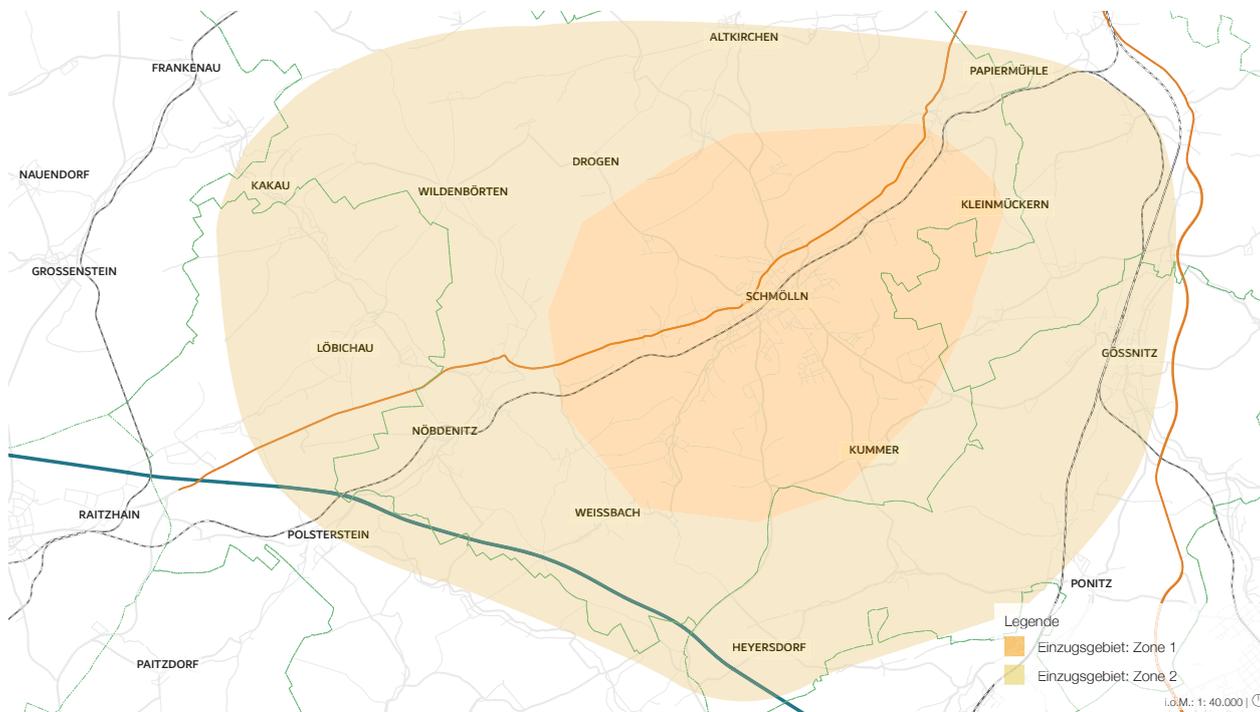


Ø1 Überregionale Verortung Schmöllns

(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)

In der Stadtentwicklung spielt die Gestaltung und Weiterentwicklung der Innenstädte eine wichtige Rolle, die sich in verschiedenen Planungsinstrumenten niederschlägt. So existieren Innenstadtkonzepte sowie kommunale Stadtentwicklungskonzepte, die einen Schwerpunkt auf die Innenstädte legen. Einzelhandels- und Zentrenkonzepte helfen, die Einzelhandelsentwicklung kommunal zu steuern und Marketingstrategien setzen ihren Fokus auf Innenstädte, um deren Attraktivität und Bekanntheit zu steigern und Kaufkraft zu generieren (vgl. Pesch 2018: 1005f.). Bund und Länder unterstützen Kommunen bei der Stabilisierung und Entwicklung ihrer Innenstädte durch das Städtebauförderprogramm „Lebendige Zentren“. Dieses fasst die vorherigen Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zusammen (vgl. BMWSB o. J.). Die Erhaltung des baukulturellen Erbes, die Sicherung und Sanierung erhaltenswerter Gebäude und Ensembles, die Qualifizierung des öffentlichen Raums, die Verbesserung der Mobilität und die Entwicklung von einem Quartiers- oder Citymanagement sowie Anpassungen an den innerstädtischen Strukturwandel sind somit zentrale Handlungsfelder, die gefördert werden können (vgl. BMWSB o. J.). Stadt- und Ortskerne sollen dadurch zu „attraktiven, multifunktionalen und identitätsstiftenden Standorten für Arbeiten, Wirtschaft, Wohnen, Bildung und Kultur“ (BMWSB o. J.) werden.

Im Rahmen des Forschungsprojektes „ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit“, sowie des begleitenden Studierendenprojektes „Schmölln im Wandel – Daseinsvorsorge einer Kleinstadt“ wurde die Innenstadt der Kleinstadt Schmölln genauer untersucht. Durch Bestandsanalysen und eine Befragung von Besucher:innen der Innenstadt wurde herausgestellt, welche Funktion die Innenstadt derzeit erfüllt und welche Nutzungen für Kleinstädte von hoher Relevanz sind. Der folgende Beitrag zeigt die gewonnenen Erkenntnisse auf.

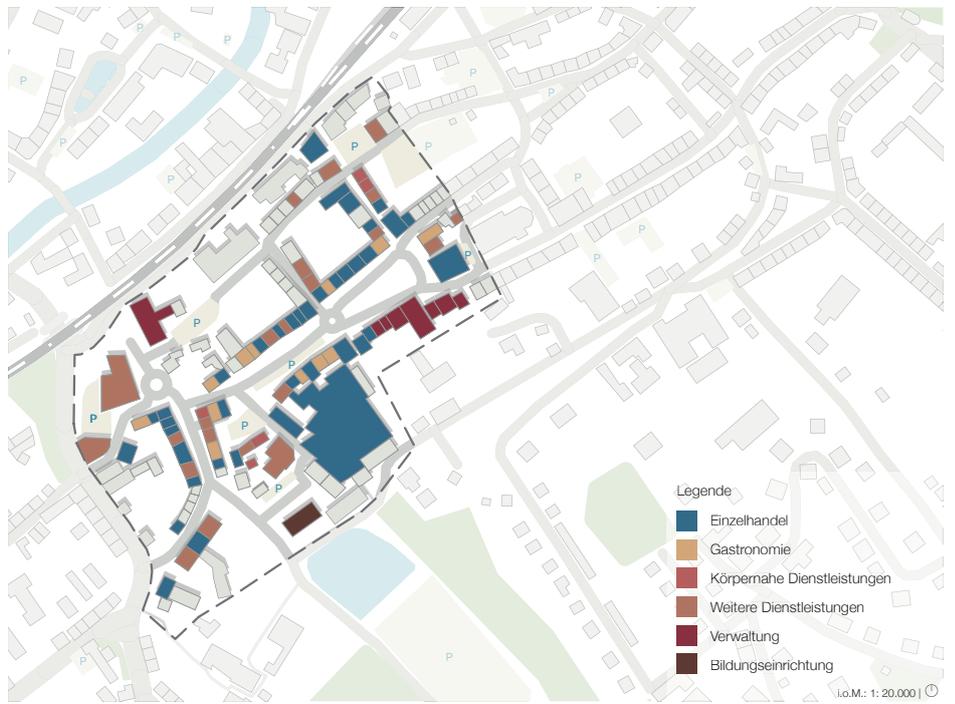


Ø2 Einzelhandelsrelevanter Einzugsbereich Schmöllns
 (Eigene Darstellung, auf Basis von Schmölln 2016: 44; Kartengrundlage:
 © OpenStreetMap contributors 2023)

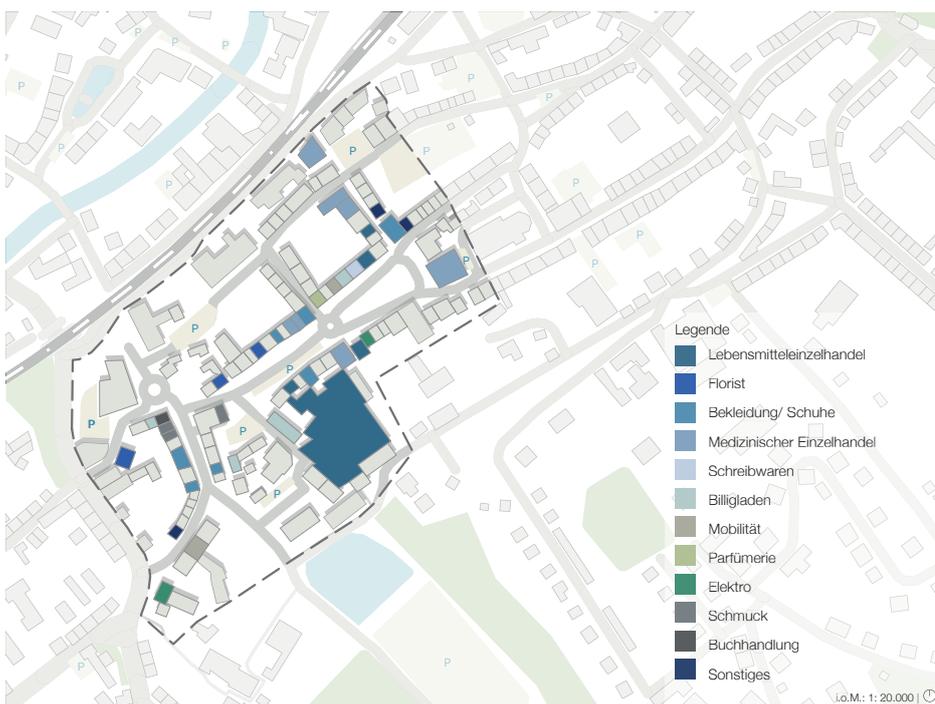
Bestandsanalyse der Innenstadt Schmöllns

Ob eingemeindet oder nicht, Schmölln bzw. seine Innenstadt sind das Zentrum des südlichen Altenburger Lands. Zudem bildet Schmölln gemeinsam mit Gößnitz einen interkommunalen Verbund. Vor allem hinsichtlich der mittelzentralen Funktion im Städteverbund ist die Sicherung der Daseinsvorsorge durch die Kernstadt Schmölln von zentraler Bedeutung. Die Innenstadt hat nicht nur die Aufgabe der Versorgung der ansässigen Bewohner:innen, sondern des gesamten mittelzentralen Einzugsbereiches (vgl. Flex, Terfrüchte 2018: 2970f.). Gerade im Hinblick darauf, dass die Mittelzentren eine wichtige Aufgabe bei der Sicherung der Daseinsvorsorge in ganz Deutschland übernehmen (sie sind für eine räumlich ausgeglichene Versorgung zuständig), muss die Innenstadt von Schmölln als Hauptversorgungszentrum des Mittelzentrums viele Funktionen in sich vereinen (vgl. Friedrich et al. 2021: 6).

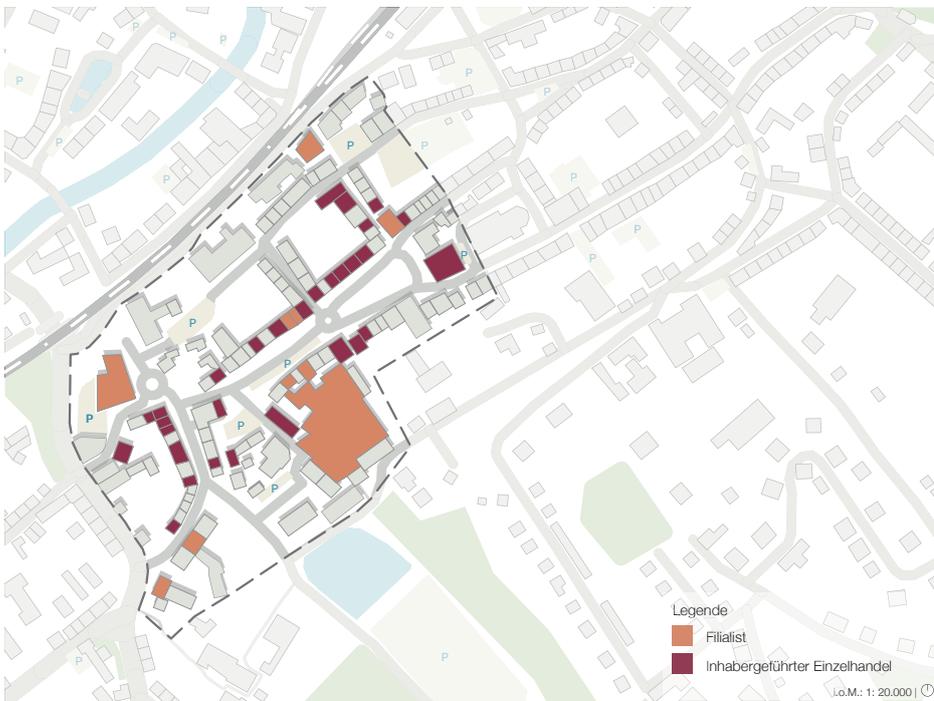
Bei näherer Betrachtung der im Rahmen des Einzelhandelskonzeptes analysierten Einzugsbereiche fällt auf, dass die Stadt Schmölln, auch bedingt durch ihre Teilfunktion als Mittelzentrum und die Eingemeindungen, einen relativ großen Einzugsbereich zu versorgen hat. Dieser wird in die Zone 1, den Naheinzugsbereich und die Zone 2, den erweiterten Einzugsbereich differenziert und wurde anhand verschiedener Kriterien festgelegt. Neben der Zeit- und Wegedistanz sind auch Kundenbefragungen sowie die regionale Einzelhandelssituation in die Abgrenzung eingeflossen (vgl. Schmölln 2016: 44f.). Das Naheinzugsgebiet umfasst dabei im Vergleich zum erweiterten Einzugsgebiet ein höheres Konsumentenpotenzial, da Einzelhandelsstandorte in Meerane, Altenburg und Gera im erweiterten Einflussbereich verstärkt eine Konkurrenz bilden (vgl. Schmölln 2016: 4 f.).



Ø3 Innerstädtische Nutzungen (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)



Ø4 Innerstädtischer Einzelhandel (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)



Ø5 Innerstädtische Filialisierung (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)

Die Innenstadt Schmöllns befindet sich südlich der Bahngleise mit dem historischen Marktplatz als Zentrum. Rund um den Marktplatz befinden sich zahlreiche Einzelhändler:innen sowie Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe und der Sitz der öffentlichen Verwaltung. Bei näherer Betrachtung des Einzelhandels wird deutlich, dass ein hoher Anteil an medizinischem Einzelhandel vorhanden ist. Auch auf Bekleidung und Schuhe spezialisierter Einzelhandel ist häufig vertreten.

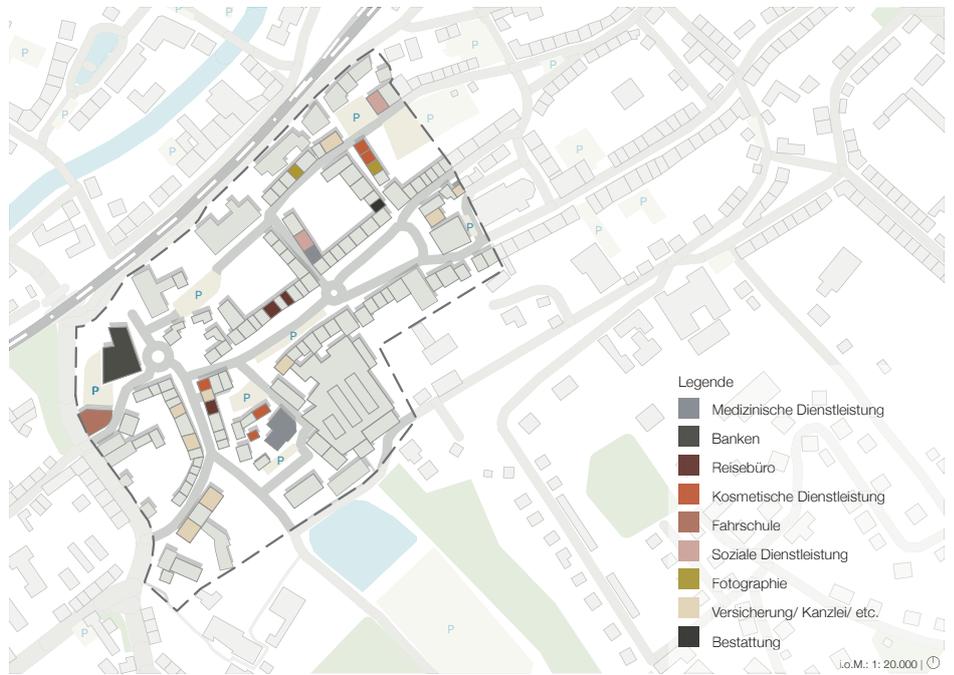
Die Differenzierung des Einzelhandels in inhabergeführte und filialisierte Betriebe zeigt einen wesentlichen Unterschied in der Verteilung. In der Innenstadt von Schmölln ist eine deutliche Dominanz des inhabergeführten Einzelhandels zu erkennen. Eine Besonderheit stellt die große Supermarktfiliale dar, die direkt am Marktplatz liegt.

Im Dienstleistungsbereich sind vor allem Versicherungen und körpernahe Dienstleistungen, wie Friseure, identifiziert worden. Darüber hinaus ist ein vermehrtes Aufkommen von Reisebüros zu verzeichnen.

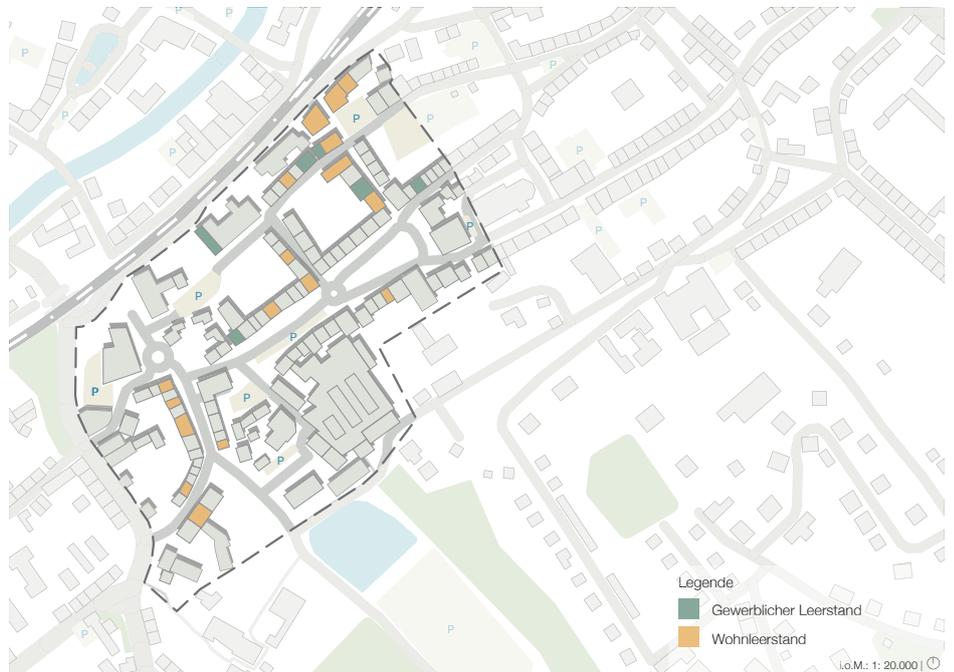
Die Beschäftigung mit dem Leerstand bildet die Grundlage für die Analyse der innerstädtischen Potenzialflächen, die in einem weiteren Schritt umgenutzt werden können. Auffällig ist, dass neben dem gewerblichen Leerstand, der im gesamten Innenstadtbereich vorhanden ist, auch ein hoher Wohnungsleerstand besteht.

Wie schon bei den Gewerbe- und Wohnungsleerständen dient auch die Untersuchung der Baulücken der Analyse weiterer Flächenpotenziale. Hier zeigte sich, dass es wenige bis keine hochwertigen Grünflächen für die Naherholung gibt, dafür aber viele Baulücken, die häufig zu Parkplätzen umfunktioniert wurden.

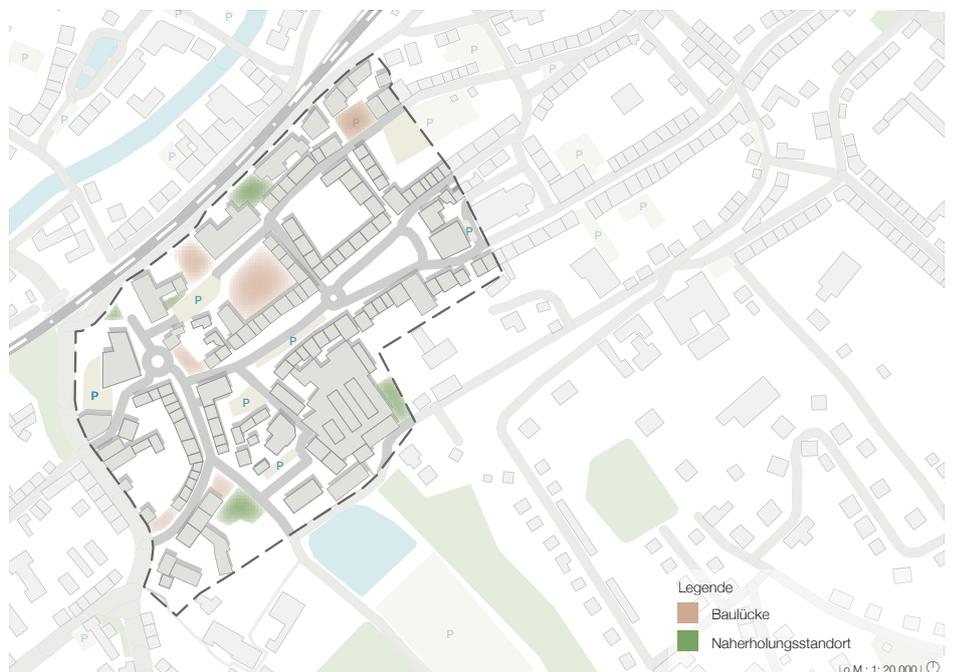
Ø6 Innerstädtische Dienstleistungen (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreet Map contributors 2023)



Ø7 Innerstädtischer Leerstand (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)



Ø8 Innerstädtische Baulücken (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)



Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse der Innenstadt Schmöllns

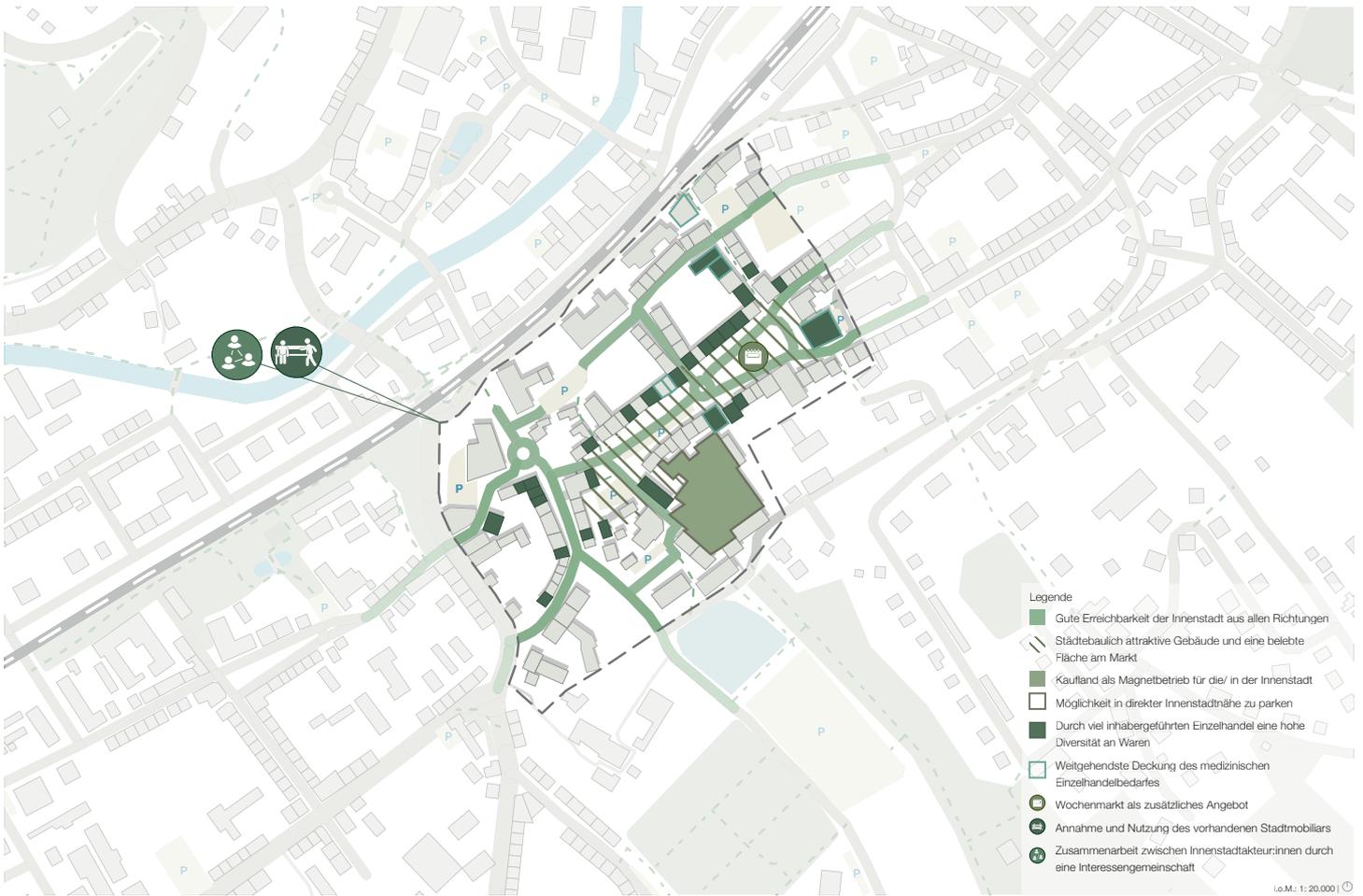
Aufbauend auf der Bestandsaufnahme wurde zur näheren Untersuchung der Innenstadt Schmöllns eine SWOT-Analyse durchgeführt. Diese setzt sich aus den Stärken, den Schwächen, den Chancen und den Risiken zusammen, die im Raum sowie durch die Einflüsse auf den Raum festgestellt werden konnten.

Eine Stärke, die als sehr wichtig eingestuft wurde, ist die gute Erreichbarkeit der Innenstadt aus allen Richtungen. Durch die Anbindung an verschiedene Verkehrsmittel ist die Grundlage dafür gegeben, die Angebote in der Innenstadt unabhängig von Alter, Einkommensklasse und ähnlichen Faktoren zu nutzen (vgl. Kühn 2011: 4 ff.). Ein weiterer Faktor, der sich positiv auf die Innenstadt auswirkt, ist der Marktplatz. Dieser zeichnet sich durch städtebaulich attraktive Gebäude und eine starke Belegung insbesondere an Markttagen aus. Der ansässige Einzelhandel und die Marktstände begünstigen sich wechselseitig. So verstärkt der Wochenmarkt die Frequentierung des Marktplatzes, sodass Menschen in die Innenstadt kommen und die Einzelhändler:innen davon profitieren. Durch den ansässigen Einzelhandel besuchen aber auch mehr Personen an Markttagen die Stände (vgl. Manfrahs 2020: 198).

Die Supermarktfiliale „Kaufland“ ist in zweierlei Hinsicht positiv zu bewerten. Zum einen ist sie ein Magnetbetrieb in und für die Innenstadt und zieht Menschen in das Zentrum von Schmölln. Zum anderen bietet sie durch das Parkdeck die Möglichkeit, in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt zu parken und ermöglicht eine bequeme Anreise mit dem PKW (vgl. Einzelhändlerin, persönliches Interview, Schmölln, 09.05.2023; vgl. BBSR 2017: 81). Darüber hinaus ist in Schmölln eine große Warenvelfalt zu verzeichnen. Diese lässt sich auf die Vielfalt des inhabergeführten Einzelhandels zurückführen. Somit wird in der Innenstadt eine Spezialisierung auf bestimmte Sortimente sowie eine Variation im Angebot erreicht (vgl. Hahn, Neiberger 2020: 176, 190). Im Hinblick auf den Einzelhandel kann die weitgehende Abdeckung des medizinischen Einzelhandelsbedarfes ebenfalls als Stärke angesehen werden. Diese Abdeckung wird beispielsweise durch das Vorhandensein eines Sanitätshauses sowie von Optikern und Hörgeräteakustikern, aber auch von Apotheken erreicht. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung in Schmölln von großer Bedeutung (vgl. Absatzwirtschaft 2011; vgl. LEG Thüringen mbH 2021: 4 ff.).

Die Annahme und die aktive Nutzung des vorhandenen Stadtmobiliars sowie die Zusammenarbeit zwischen den Innenstadttakteur:innen durch eine Interessengemeinschaft sind ebenso Vorteile, die die Schmöllner Innenstadt bietet. Die Zusammenarbeit fördert die Belegung der Innenstadt beispielsweise durch die Organisation verschiedener Events (vgl. Beilhammer 2016; vgl. Einzelhändlerin, persönliches Interview, Schmölln, 09.05.2023).

Neben den Stärken weist die Innenstadt auch Aspekte auf, die als nachteilig für die Innenstadt angesehen werden können. Hierbei wird eine Unterteilung in räumlich definierbare und in räumlich nicht definierbare Schwächen vorgenommen.

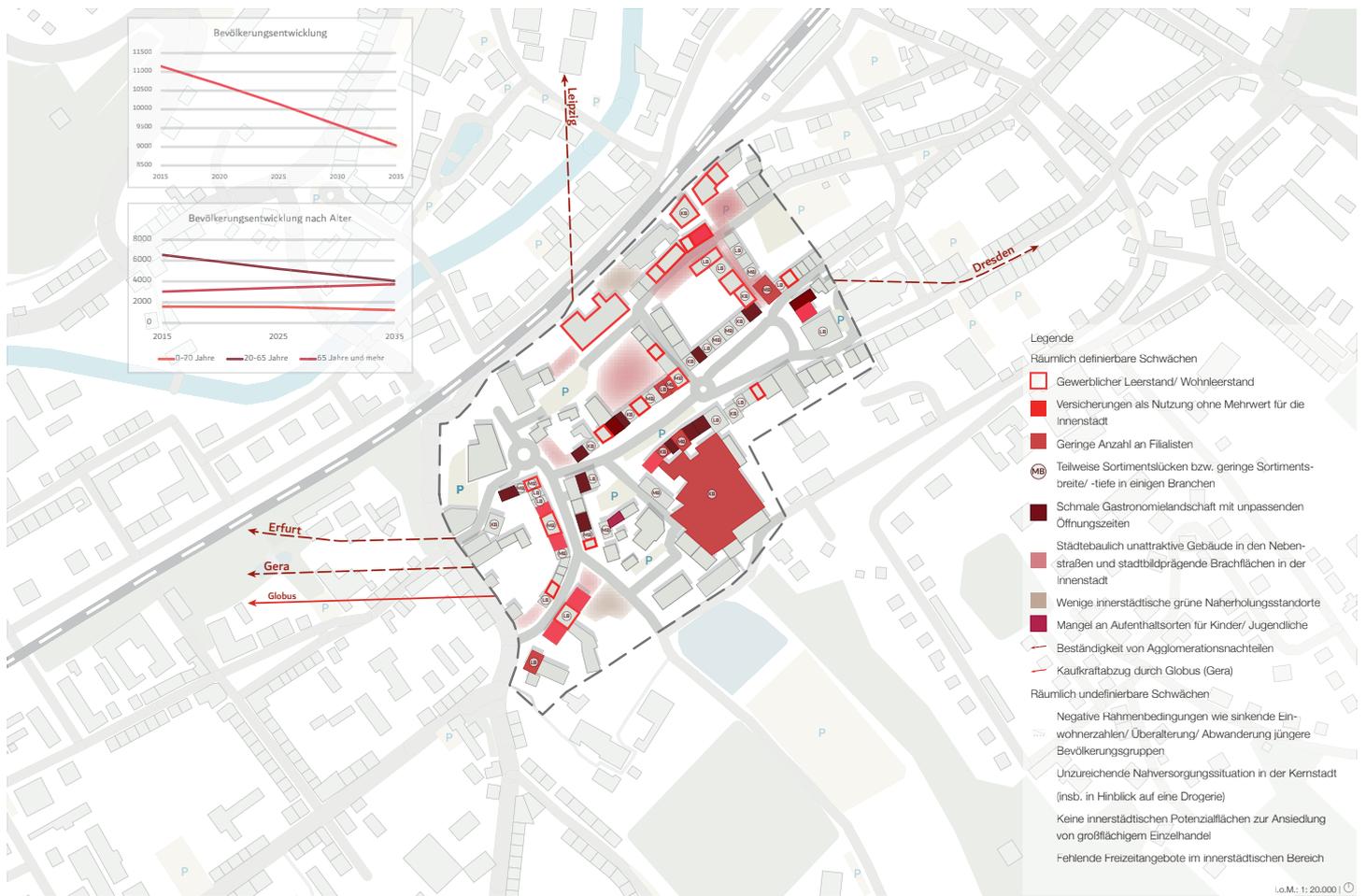


09 Stärken der Innenstadt

(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)

Erstere lassen sich vor allem mit Blick auf den Leerstand beschreiben. Dieser ist negativ zu bewerten, da er das Nutzungsangebot nicht erweitert und folglich keinen Mehrwert für die Innenstadt darstellt (vgl. BMVBS 2010: 28). Auch Versicherungen sind als Nutzung ohne Mehrwert für die Innenstadt zu betrachten (vgl. Hilpert et al. 2018: 111ff.). Die geringe Anzahl an Filialisten führt dazu, dass Magnetbetriebe und damit eine weitgehende Stabilität in der Innenstadt beziehungsweise nicht gegeben sind (vgl. Hahn, Neiberger 2020: 190, 211). Des Weiteren ist auffällig, dass Sortimentslücken beziehungsweise eine geringe Sortimentsbreite und -tiefe in einigen Branchen vorliegen. Dies kann sich negativ auf die Innenstadt auswirken (vgl. Liebig 2023). Die schmale Gastronomielandschaft, die sich eher als imbissartige Gastronomie darstellt und unterschiedliche Öffnungszeiten aufweist, ist im Hinblick auf die Nutzungsmischung der Innenstadt ebenfalls als nachteilig zu erachten (vgl. Einzelhändlerin, persönliches Interview, Schmölln, 09.05.2023; vgl. Hilpert et al. 2018: 112). So ist beispielsweise an Wochenenden keines der Cafés mit Außensitzmöglichkeiten am Nachmittag geöffnet.

Wie bereits erwähnt, ist die Attraktivität ein wichtiger Faktor, der sich auf die Belebung der Innenstadt auswirkt (vgl. Hahn, Neiberger 2020: 76). Infolgedessen können die städtebaulich unattraktiven Gebäude in den Nebenstraßen sowie die stadtbildprägenden Brachflächen in der Innenstadt als Schwäche angesehen werden, da die Nebenstraßen dadurch wenig



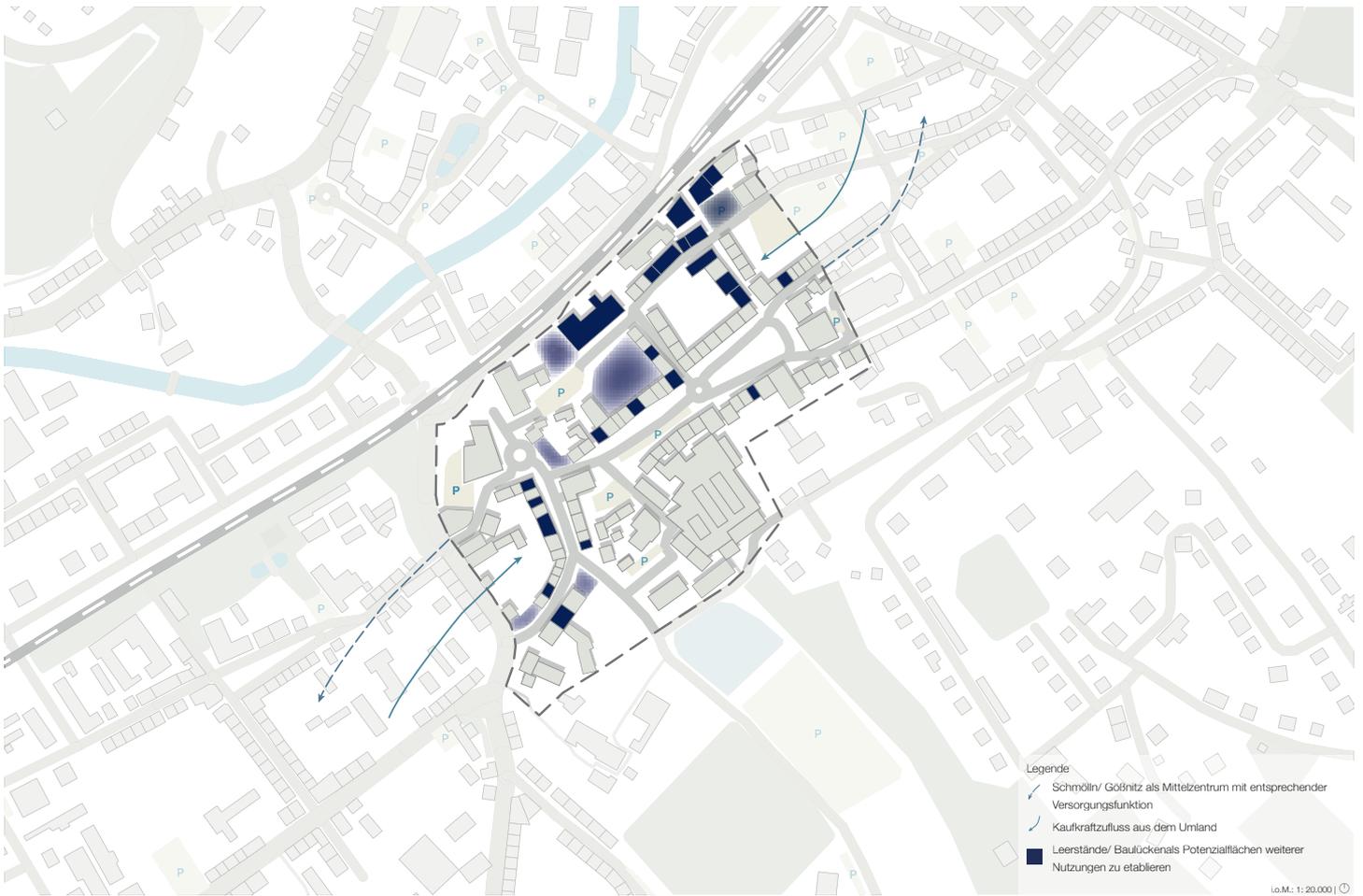
10 Schwächen der Innenstadt

(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)

attraktiv erscheinen und zusätzlich ein negatives Bild erzeugen. Den gleichen Effekt haben die wenigen innerstädtischen Naherholungsstandorte (vgl. Hilpert et al. 2018: 112). Zudem fehlen Aufenthaltsangebote für Kinder und Jugendliche, sodass ein Mangel an soziokulturellen Angeboten in der Innenstadt besteht.

Sowohl Agglomerationsnachteile durch die Nähe zu größeren Städten als auch der Kaufkraftabzug durch die Supermarktfiliale „Globus“ in Gera sind Schwächen der Innenstadt. Durch diese Raumkonkurrenz kann die Innenstadt an Kaufkraft verlieren (vgl. Wieland 2014: 17, 75; vgl. Einzelhändlerin, persönliches Interview, Schmölln, 09.05.2023). Als räumlich nicht definierbare Schwächen lassen sich die negativen Rahmenbedingungen wie sinkende Einwohnerzahlen, Überalterung und die Abwanderung der jüngeren Bevölkerungsgruppen identifizieren. Diese können aufgrund der damit einhergehenden Effekte als Schwäche betrachtet werden (vgl. LEG Thüringen mbH 2021: 4 ff.; vgl. Steinführer 2022).

Darüber hinaus besteht eine unzureichende Nahversorgungssituation in der Innenstadt, die sich zum Beispiel im Fehlen eines Drogeriemarktes zeigt. Nahversorger wie Lebensmitteleinzelhändler oder Drogerien sind sichere Frequenzbringer. Fehlen diese in der Innenstadt, ist die Innenstadt folglich benachteiligt (vgl. Kühn 2011: 12). Hiermit einhergehend können auch die fehlenden innerstädtischen Potenzialflächen zur Ansiedlung



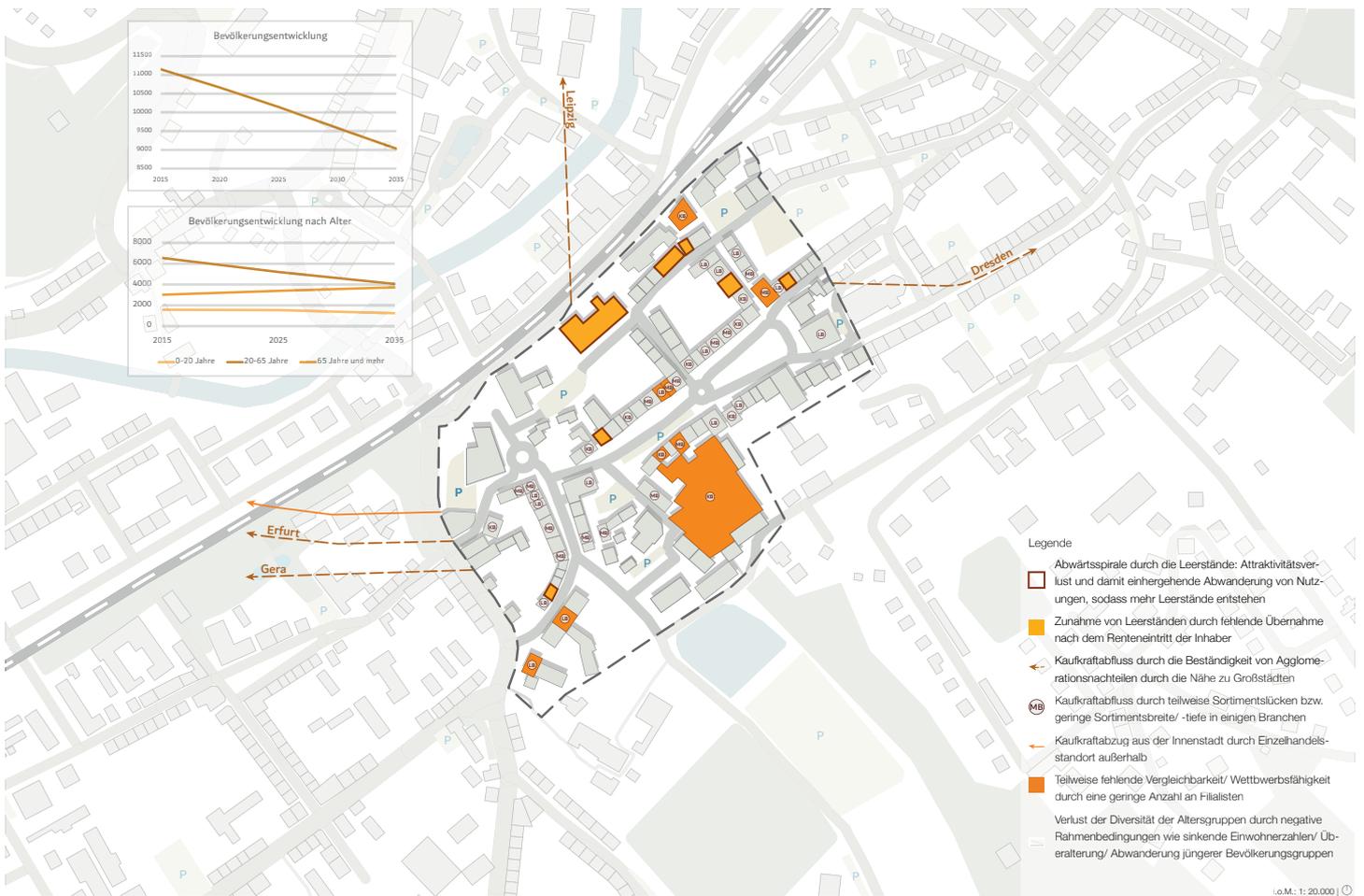
11 Chancen der Innenstadt

(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)

von großflächigem Einzelhandel und die fehlenden Freizeitangebote als Schwäche betrachtet werden. Ersteres führt dazu, dass beispielsweise die Funktion als Mittelzentrum nicht vollständig wahrgenommen werden kann, da beispielsweise kein Platz für einen Tierbedarfshandel vorhanden ist (vgl. Schmölln 2016: 135 ff.). Zweiteres zeigt, dass die Innenstadt kein umfassendes Angebot besitzt, da auch Freizeitangebote zu einer Innenstadt gehören (vgl. Hilpert et al. 2018: 112).

Die zuvor genannten Stärken und Schwächen bieten eine Grundlage, um Chancen für die Innenstadt von Schmölln abzuleiten. Eine Chance für die Innenstadt von Schmölln besteht durch die Einstufung der Städte Schmölln und Göbnitz als Mittelzentrum. Dadurch haben die Städte eine Versorgungsfunktion für die umliegenden Gemeinden, wodurch ein Kaufkraftzufluss generiert werden kann (vgl. BBSR 2019: 6). Die ländliche Lage ebendieser Städte kann zusätzlich dazu beitragen, einen Kaufkraftzufluss aus dem Umland zu erzielen (vgl. Schmölln 2016: 62 ff.). Weiterhin bestehen durch die Gewerbe- und Wohnungsleerstände sowie Baulücken Potenzialflächen, auf denen neue Nutzungen etabliert werden können (vgl. Hilpert et al. 2018: 113 ff.).

Neben den Chancen lassen sich aber auch einige Risiken aus den bestehenden Schwächen ableiten. Die bestehenden Leerstände können eine Abwärtsspirale befördern. Leerstände in der Innenstadt führen zu einem



12 Risiken der Innenstadt

(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2023)

Attraktivitätsverlust, der mit der Abwanderung von Nutzungen einhergehen kann. Dadurch würde auch die Anzahl der (gewerblichen) Leerstände steigen. Daneben können Leerstände auch durch die fehlende Nachfolge nach dem Renteneintritt der Inhaber:innen entstehen. Inhabergeführte Geschäfte, von denen es in Schmölln viele gibt, sind davon besonders betroffen. Diese Bildung von Leerständen und der Attraktivitätsverlust der Innenstadt stellen ein großes Risiko für Innenstädte im Allgemeinen und somit auch für die Innenstadt Schmöllns dar (vgl. BMVBS 2010: 28).

Als ein weiteres Risiko kann der Kaufkraftabfluss identifiziert werden. Dieser wird zum einen durch die weiterhin bestehenden Agglomerationsnachteile aufgrund der Nähe zu größeren Städten wie Leipzig, Gera oder Erfurt verursacht. Zum anderen tragen die analysierten Sortimentslücken beziehungsweise die geringe Sortimentsbreite und -tiefe in einigen Branchen zum Kaufkraftabfluss bei. Auch der Einzelhandelsstandort in Stadtrandlage an der Ronneburger Straße kann eine Konkurrenz zur Innenstadt bilden. Der Kaufkraftabfluss hat negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation sowie auf die Frequentierung der Innenstadt (vgl. Hahn, Neiberger 2020: 190). Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Städten im Umland resultiert aus der geringen Anzahl an Filialbetrieben. Gerade im Bereich der mittelzentralen Angebote sind diese häufig von großer Bedeutung. Das Vorhandensein gewisser Filialen macht eine Stadt auch im Vergleich zu anderen Städten als Einkaufsstandort attraktiv (vgl. Der Handel

2011; vgl. Hahn, Neiberger 2020: 21; vgl. Domino Immobilien Dienstleistungen GmbH 2007). Fehlende Laufkundschaft kann somit auch den Marktbetrieb beeinflussen (vgl. Beverungen et al. 2023: 2).

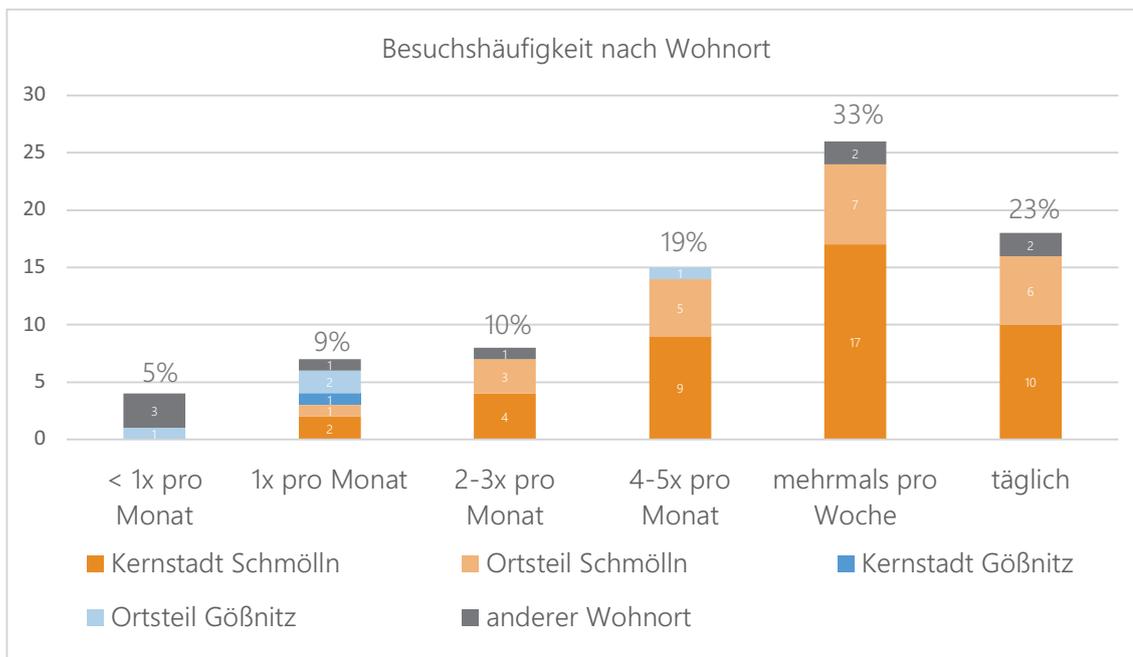
Abschließend besteht, wie bereits beschrieben, auch das Risiko des Verlustes der Altersgruppenvielfalt durch negative Rahmenbedingungen. Dies erfordert insgesamt eine starke Veränderung der Innenstadt sowie eine konkrete Spezialisierung auf Altersgruppen, birgt aber auch die Gefahr, dass die Innenstadt dann weniger attraktiv für Hinzuziehende wird (vgl. Absatzwirtschaft 2011; vgl. CIMA Beratung + Management GmbH 2022: 7 ff.).

Marktplatzbefragung zur Nutzung und Bewertung der Innenstadt

Um weiterführende Informationen zur Funktion der Schmöllner Innenstadt zu erhalten, wurde im Rahmen des Forschungsprojektes ISDN eine Befragung von Nutzer:innen der Innenstadt durchgeführt. Die Befragung fand im Kontext eines Marktfestes statt und sollte Aufschluss über die Nutzung und Bewertung der innenstädtischen Angebote geben. Insgesamt wurden während des Marktfestes 78 Fragebögen beantwortet. Von den Befragten sind 50 Personen (64 %) weiblich und 27 (35 %) männlich sowie eine Person divers (1%). 25 Personen sind jünger als 20 Jahre (32 %). In der Altersgruppe 20–39 Jahre wurden 18 Personen (23 %) und in der Altersgruppe 40–59 Jahre wurden 22 Personen (28 %) befragt. Die Altersgruppe 60 Jahre und älter ist durch 13 Personen (17 %) vertreten. Zusätzlich wurde der Wohnort abgefragt, um eine differenzierte Auswertung der einzelnen Fragen vornehmen zu können. Die meisten Befragten (42 Personen, 54 %) wohnen in der Kernstadt von Schmölln, aber auch 22 Personen aus den Ortsteilen Schmöllns wurden befragt. Aus Gößnitz sind lediglich fünf Personen vertreten. Eine Person (1 %) aus der Kernstadt Gößnitz und vier Personen (5 %) aus den Ortsteilen wurden befragt. Zudem haben neun Befragte (12 %) einen anderen Wohnort (Leipzig, Sachsen, Altenburg, Verwaltungsgemeinschaft Oberes Sprottental) in der Region.

Im Hinblick auf die Besuchshäufigkeit zeigt sich, dass die meisten Befragten (33 %, 26 Personen) mehrmals pro Woche das Zentrum von Schmölln aufsuchen. 18 Befragte (23 %) gaben sogar an, dass sie das Zentrum täglich besuchen. Lediglich vier Personen (5 %) gaben an, dass sie weniger als einmal monatlich in das Zentrum von Schmölln kommen. Dies verdeutlicht, dass die Innenstadt ein wichtiges Alltagsziel ist.

Betrachtet man die Besuchshäufigkeit in Abhängigkeit zum Wohnort, so wird deutlich, dass das Zentrum von Schmölln auch von Personen aus Leipzig, Altenburg und der Verwaltungsgemeinschaft Oberes Sprottental regelmäßig aufgesucht wird. Die Befragten aus Gößnitz gaben jedoch an, das Zentrum weniger häufig zu besuchen. So gab nur eine Person an, vier bis fünfmal pro Monat in das Zentrum von Schmölln zu kommen, alle weiteren Personen aus Gößnitz besuchen das Zentrum lediglich einmal oder weniger als einmal pro Monat.



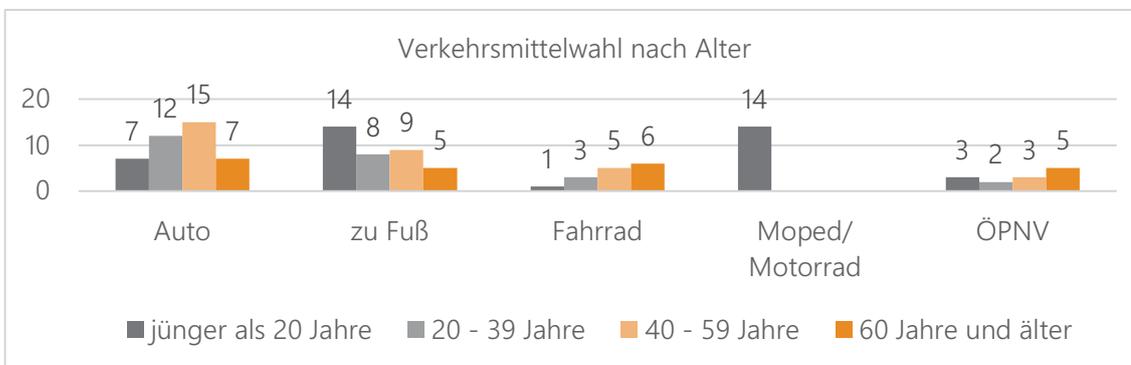
13 Besuchshäufigkeit nach Wohnort (Eigene Darstellung)

Die Besuchshäufigkeit wurde zudem im Hinblick auf die unterschiedlichen Altersgruppen betrachtet. Hierbei wird deutlich, dass in der Altersgruppe der 60-Jährigen und älteren Personen mit sechs Personen die Mehrheit das Zentrum täglich besucht. Die Antwortmöglichkeiten weniger als einmal pro Monat oder einmal im Monat wurden von dieser Altersgruppe nicht gewählt. In der Altersgruppe der 20-Jährigen und jüngeren Personen sowie in der Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen wurde am häufigsten die Antwort „mehrmals pro Woche“ gewählt. Die 40- bis 59-Jährigen gaben hingegen am häufigsten an, dass sie vier bis fünfmal im Monat in das Zentrum von Schmölln kommen.

Auch die Verkehrsmittelwahl für den Zentrenbesuch wurde untersucht. Der motorisierte Individualverkehr nimmt hierbei den größten Anteil ein. 41 Personen (53%) fahren mit dem Auto und 14 Personen (18%) mit dem Moped oder Motorrad. Danach folgt der Anteil der Fußgänger. 36 Personen (46%) kommen zu Fuß in das Zentrum von Schmölln. 15 Personen (19%) fahren mit dem Fahrrad in das Zentrum und mit 13 Personen (17%) der geringste Anteil kommt mit dem ÖPNV in das Zentrum.

Bei der Betrachtung der Verkehrsmittelwahl in Abhängigkeit zum Wohnort wird deutlich, dass die meisten Personen, die in der Kernstadt wohnen (30 Personen) zu Fuß in das Zentrum laufen. Mit dem Fahrrad fahren lediglich Personen, die in der Kernstadt oder den Ortsteilen Schmöllns wohnen. So gaben neun Personen aus der Kernstadt und sechs Personen aus den Ortsteilen Schmöllns an, mit dem Fahrrad in das Zentrum zu fahren. Von den Befragten, die in Gößnitz oder aus anderen Wohnorten in der Umgebung kommen, wird der motorisierte Verkehr bevorzugt. Dies liegt vermutlich an der größeren Distanz.

Auch im Hinblick auf die Altersgruppe lassen sich Unterschiede in der Verkehrsmittelwahl ausmachen. In der Altersgruppe der unter 20-Jährigen



14 Verkehrsmittelwahl nach Alter (Eigene Darstellung)

wurden das Moped/Motorrad sowie das Zufußgehen als häufigstes genannt (jeweils 14 Personen). In den anderen Altersgruppen ist jeweils das Auto das bevorzugte Verkehrsmittel. Das Fahrrad wurde bei der Befragung am häufigsten in der Altersgruppe der 60-Jährigen und älteren Personen gewählt.

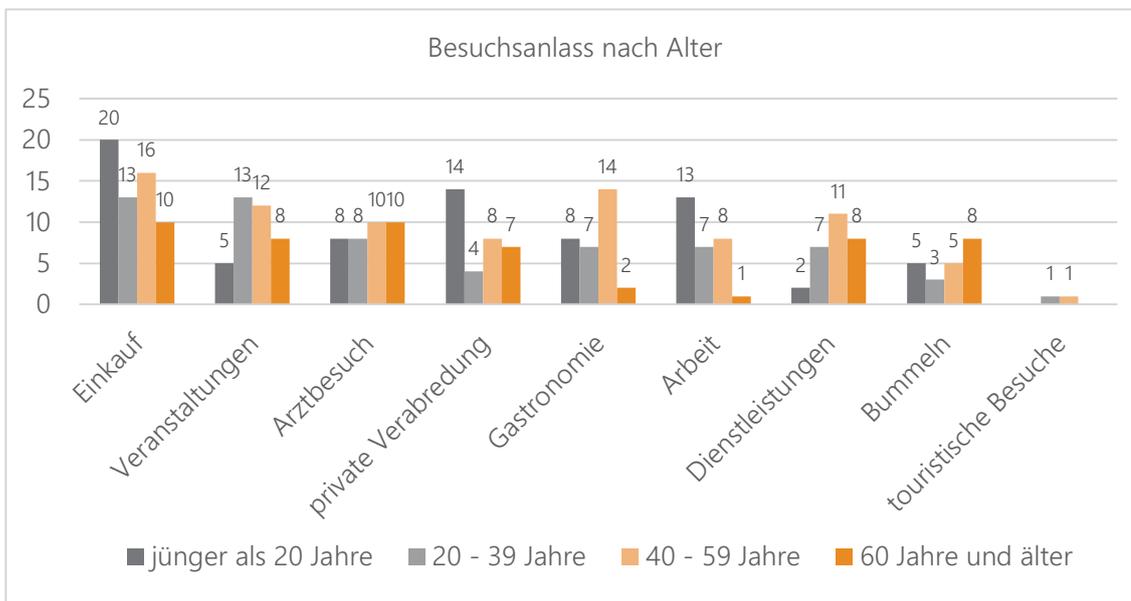
Grund für den Zentrenbesuch ist vor allem die Erledigung von Einkäufen. 59 Personen (76%) gaben an, dass sie zum Einkaufen und zum Besuch von Geschäften in das Zentrum kommen. Aber auch Veranstaltungen (38 Personen), Arztbesuche (36 Personen), private Verabredungen (33 Personen), Gastronomiebesuche (31 Personen), Arbeit und Ausbildungen (29 Personen) sowie die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (28 Personen) sind Anlässe für einen Besuch des Zentrums. Zum Bummeln kommen 21 der 78 Befragten (27%) in das Zentrum. Touristische Besuche wurden lediglich von zwei Personen als Besuchsgrund angegeben.

In jeder Altersgruppe wird Einkaufen als häufigster Anlass zum Besuch des Zentrums genannt. In der Altersgruppe der unter 20-Jährigen wird als zweithäufigster Grund das Wahrnehmen von privaten Verabredungen angegeben. 14 Personen der unter 20-Jährigen nutzen das Zentrum als Treffpunkt, um Kontakte zu pflegen.

Des Weiteren werden von 13 Personen der jüngsten Altersgruppe auch die Arbeit und Ausbildung als Besuchsanlass angeführt. Vermutlich beziehen sich diese Angaben auf den Schulbesuch. In der Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen ist neben dem Einkaufen der Besuch von Veranstaltungen der häufigste Grund (jeweils 13 Personen) für einen Zentrenbesuch.

Personen, die aus einem anderen Wohnort der Region kommen, besuchen das Zentrum am häufigsten, um durch die Geschäfte zu bummeln (5 Personen). Sie verabreden sich aber auch privat, besuchen Veranstaltungen, nutzen Dienstleistungen oder gehen einkaufen (jeweils 3 Personen).

Die Aufenthaltsdauer des Besuches beträgt am häufigsten eine bis zwei Stunden. 41% der Befragten antworteten, dass sie sich bis zu 2 Stunden für gewöhnlich im Zentrum aufhalten. 19 Personen (24%) gaben eine kurze Aufenthaltsdauer bis zu einer Stunde an. Genauso viele Personen bleiben bei einem Besuch etwa zwei bis drei Stunden im Zentrum. Eine längere



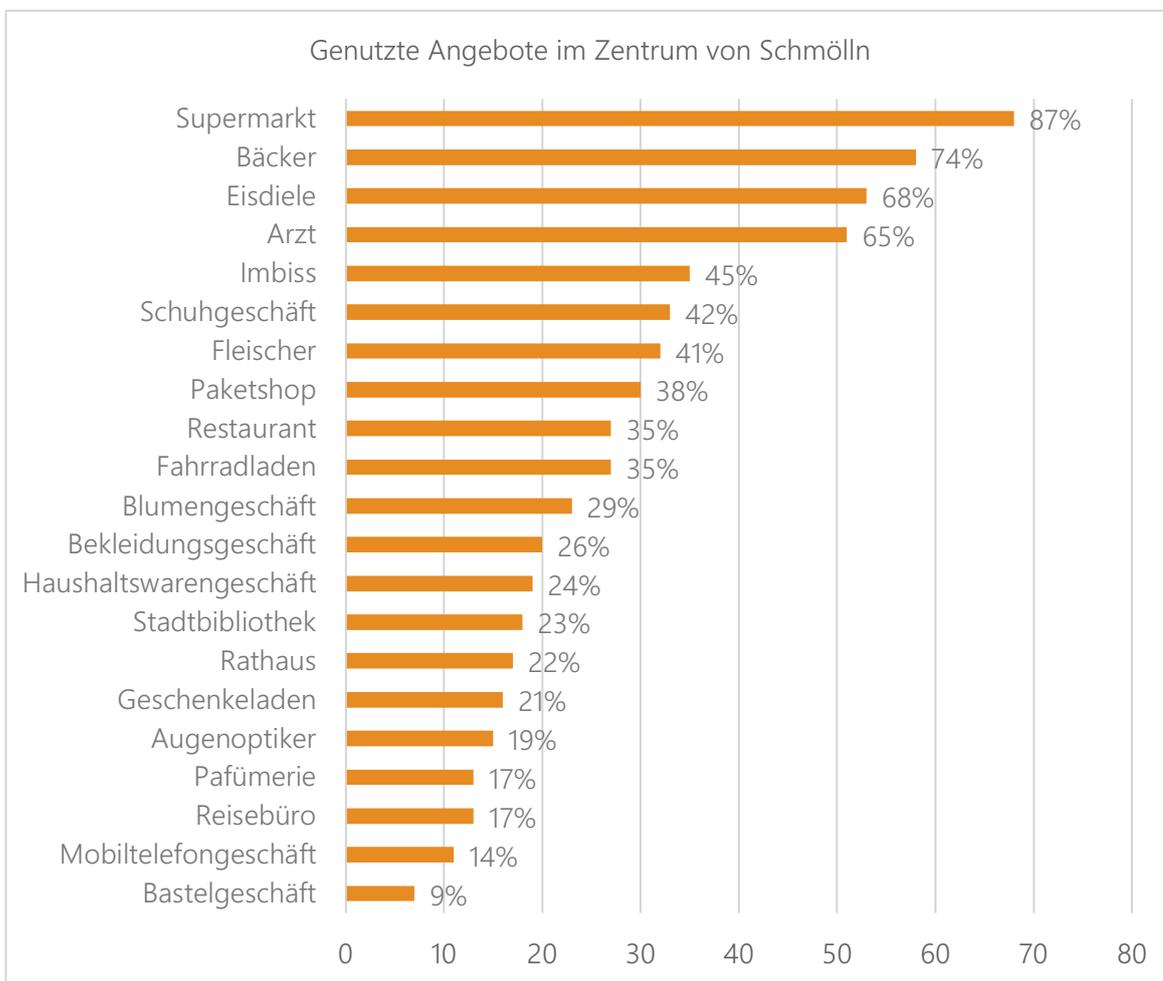
15 Besuchsanlass nach Alter (Eigene Darstellung)

Zeit wird hingegen in der Regel nicht im Zentrum verbracht. Lediglich sechs Personen (8%) gaben an, dass sie sich 5 Stunden und länger im Zentrum von Schmölln aufhalten.

Angebote, die üblicherweise bei einem Besuch des Zentrums am häufigsten genutzt werden, sind der Supermarkt (68 Personen, 87%), die Bäckerei (58 Personen, 74%), die Eisdiele (53 Personen, 68%) und Ärzt:innen (51 Personen, 65%). Das Bastelgeschäft wurde hingegen von lediglich sieben Personen (9%) genannt und auch das Mobiltelefongeschäft (14%) und das Reisebüro (17%) sowie die Parfümerie (17%) werden nur wenig besucht.

In der Altersgruppe der unter 20-Jährigen wird der Supermarkt sowie die Eisdiele am häufigsten genannt. Bei einem Besuch des Zentrums suchen 21 der Befragten unter 20-Jährigen normalerweise den Supermarkt und die Eisdiele auf. Das Bastelgeschäft sowie das Mobiltelefongeschäft wird von dieser Altersgruppe nicht besucht und auch das Reisebüro, das Bekleidungsgeschäft, die Parfümerie und das Rathaus wurden lediglich von jeweils einer Person als genutztes Angebot angegeben. In der Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen werden das Bastelgeschäft und Reisebüro (jeweils von einer Person) am seltensten angegeben. In der Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen wird neben dem Supermarkt die Bäckerei als am häufigsten genutztes Angebot angegeben (jeweils 19 Personen). Danach folgen die Angebote Ärzt:in (15 Personen), Eisdiele (14 Personen), Restaurants (12 Personen) und Fleischerei (10 Personen). In der Altersgruppe der 60-Jährigen und älteren Personen wurde im Vergleich zu den anderen Altersgruppen das Mobiltelefongeschäft häufiger (von 6 Personen) als besuchtes Angebot benannt.

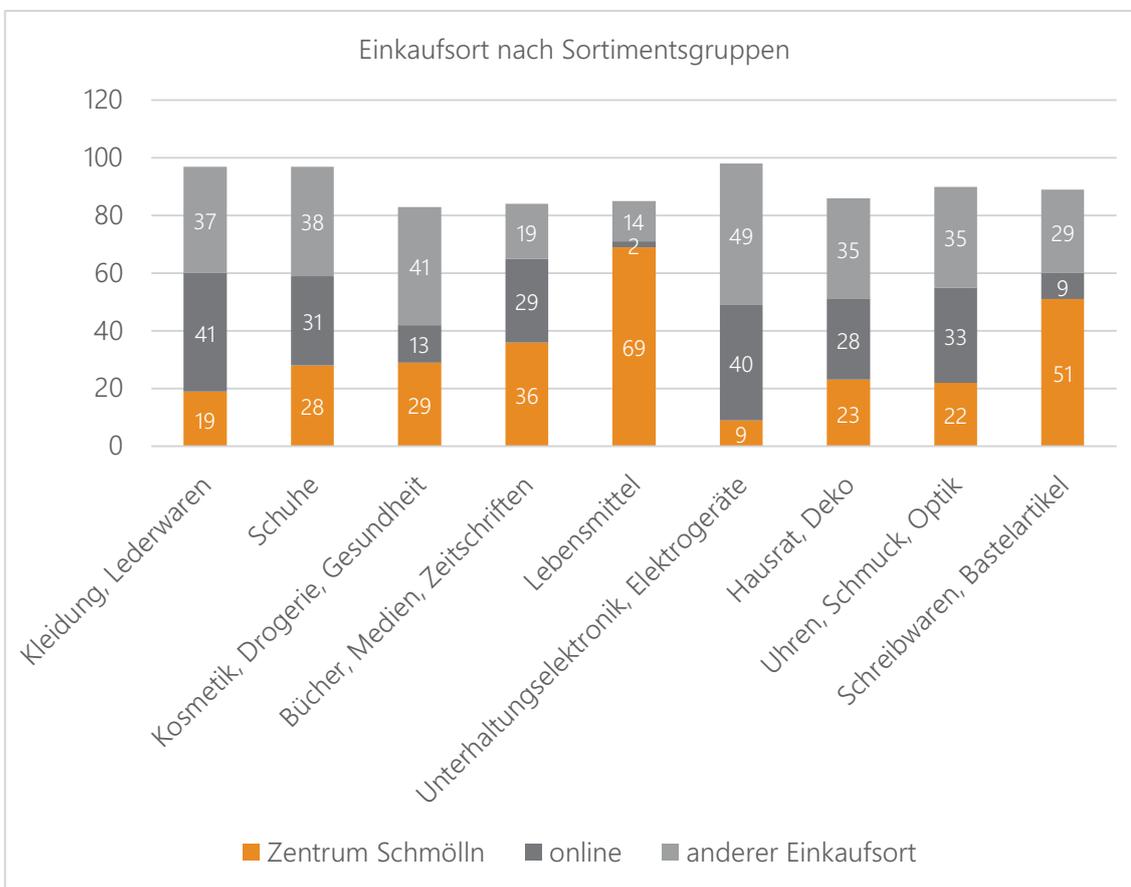
Die Angabe der Geschäfte, die bei einem Wegfall am meisten vermisst würden, überschneidet sich zu großen Teilen mit den üblich genutzten Angeboten. Auch hier wurde der Supermarkt (54 Personen, 69%), die Bäckerei (43 Personen, 55%), die Eisdiele (42 Personen, 54%), Ärzte (41 Personen,



16 Genutzte Angebote im Zentrum von Schmölln (Eigene Darstellung)

53%) und aber auch der Imbiss (25 Personen, 32%) und das Schuhgeschäft (24 Personen, 31%) am häufigsten genannt. Diese Einrichtungen wurden von den Befragten als zentrenrelevant eingeschätzt. Das Bastelgeschäft wurde hingegen von nur vier Personen (5%) genannt und auch die Parfümerie nur von neun Personen (12%).

Zudem wurde abgefragt, welches Angebot derzeit im Zentrum von Schmölln fehlt. Hier wurde mit Abstand am häufigsten von 41 Personen (53%) ein Drogeriemarkt genannt. Daneben wurde mehrfach der Wunsch nach einem Kino (14 Personen, 18%), einem Elektrofachgeschäft (10 Personen, 13%), einem Café (sieben Personen, 9%) und einer Fastfood-Kette (sechs Personen, 8%), geäußert. Weitere Angebote, die gewünscht werden, sind ein Club/ eine Disko, ein Bekleidungsgeschäft (jeweils vier Personen, 5%), ein Spielwarengeschäft (drei Personen, 4%) sowie ein Schreibwarengeschäft, ein Kulturhaus, Bowling und ein Biergarten (jeweils zwei Personen, 3%). Die genannten Angebote lassen sich untergliedern in die Ergänzung von Geschäften, von Freizeitangeboten, von Gastronomie, beziehungsweise Treffpunkten und der Ergänzung von Dienstleistungen. Am häufigsten wurde die Ergänzung von Geschäften gewünscht (66 Angaben). Es wurden aber auch 25 Angebote zur Ergänzung des Freizeitangebotes und 17-mal die Einführung von Gastronomiebetrieben genannt. Fehlende Angebote im Bereich der Dienstleistungen wurde lediglich zweimal benannt. Hier wird eine Ergänzung der ärztlichen Versorgung angestrebt.



17 Einkaufsort nach Sortimentsgruppen (Eigene Darstellung)

Eine weitere Frage bezog sich auf die Einkaufsorte, an denen bestimmte Sortimentsgruppen gekauft werden. Es wurde abgefragt, ob das Zentrum von Schmölln, Online-Shops oder andere Einkaufsorte bevorzugt bei der Besorgung gewählt werden. Hierbei stellte sich heraus, dass Lebensmittel und auch Schreib- und Bastelwaren überwiegend im Zentrum von Schmölln gekauft werden. Aber auch Bücher, Medien und Zeitschriften werden häufig im Zentrum von Schmölln besorgt. Kleidung und Lederwaren werden hingegen am häufigsten online gekauft. In den anderen Kategorien Schuhe, Unterhaltungselektronik, Hausrat, Deko, Uhren, Schmuck und Optik werden andere Einkaufsorte bevorzugt. Lediglich neun Personen gaben an, dass sie Unterhaltungselektronik im Zentrum von Schmölln kaufen.

Bewertung der Innenstadt Schmöllns aus Sicht der Nutzer:innen

Zuletzt wurden noch Fragen zur Bewertung des Zentrums gestellt. So konnten einzelne Aspekte mit Schulnoten bewertet werden: die Sortimentsauswahl, das Einkaufserlebnis, die Familienfreundlichkeit, die Sauberkeit, die Parkplatzsituation, die Einbindung von Grün, das Vorhandensein von Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten sowie die Beschilderung und Ausschilderung. Es zeigte sich, dass alle Aspekte zumeist im mittleren Bereich mit der Note gut bis befriedigend bewertet wurden. Von allen Kriterien wurde das Vorhandensein von Ruhemöglichkeiten und Erholungspunkten am schlechtesten bewertet. Durchschnittlich

bewerteten die Befragten dieses Kriterium mit einer 3,0. 5 Personen (6%) werteten die Ruhemöglichkeiten als mangelhaft und vier Personen (5%) benoteten sie sogar mit ungenügend. Die Beschilderung und Ausschilde- rung wurden am besten von allen abgefragten Kriterien bewertet mit durch- schnittlich einer 2,2. Die meisten Personen bewerteten die Beschilderung als gut (37 Personen, 47%). 16 Personen (21%) werteten die Beschilderung sogar als sehr gut. Die älteren Befragten werteten insgesamt positiver als die jüngeren Altersgruppen.

Auch wurde eine Bewertung von Aussagen zum Angebot im Zentrum von Schmölln vorgenommen. Es konnte angegeben werden, ob die Aussagen zustimmen, teils/teils oder nicht zustimmen. Hierbei wurde deutlich, dass der Großteil die Geschäfte am Markt als vielfältig bewertet und auch die Öffnungszeiten der Geschäfte gut aufeinander abgestimmt empfindet. Le- diglich 7 Personen aus der Kernstadt stimmten nicht zu, dass die Öffnungs- zeiten der Geschäfte einheitlich genug sind. Die Bewertung des alters- gruppenspezifischen Angebotes fiel hingegen negativer aus. 33 Personen (42%) stimmten nicht zu, dass ein ausreichendes Angebot für die Alters- gruppe zur Verfügung steht. Auch hier wertete die älteste Altersgruppe am positivsten. Keiner der Befragten im Alter von 60 Jahren und älter wählte die Option „stimme nicht zu“ bei der Aussage, dass für die Altersgruppe ge- nügend Angebote verfügbar sind. Aus der Altersgruppe der unter 20-Jäh- rigen gab die Mehrheit hingegen an, dass es nicht genügend Angebote für die Altersgruppe gibt. Bei der Einschätzung der Aussage zum Angebot des Wochenmarktes wählte die Mehrheit der Befragten die Option „teils/teils“, 20 Personen (26%) stimmten zu, dass das Angebot des Wochenmarktes vielfältig ist und 12 Personen (15%) stimmten nicht zu. Die Option „stimme nicht zu“ wurde von der Altersgruppe der 60-Jährigen und älteren Perso- nen nicht gewählt. Jedoch beantworteten 32% der Befragten diese Frage nicht, da sie das Angebot des Wochenmarktes vermutlich nicht nutzen und somit auch keine Bewertung abgeben können.

Das ergänzende Online-Angebot der Geschäfte wurde hingegen als nicht ausreichend bewertet. 38 Personen (49%) stimmten nicht zu, dass es aus- reichende digitale Angebote der Einzelhändler:innen gibt. Über alle Al- tersgruppen hinweg wird diese Meinung vertreten. In einer weiteren Frage wurde die Nutzung des Online-Angebotes abgefragt. Hier gaben 37 Perso- nen (47%) an, dass sie Online-Angebote des lokalen Einzelhandels nutzen würden. Jedoch gaben auch 18 Personen (23%) an, dass sie zusätzliche Online-Angebote nicht nutzen würden. Von den 60-Jährigen und älteren Personen gab die Mehrheit an, dass sie ein Online-Angebot der Einzel- händler:innen nicht nutzen würden. Auch in der Altersgruppe der unter 20-Jährigen gaben mit 7 Personen fast ein Drittel der Befragten an, dass sie Online-Angebote nicht annehmen. In der Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen und der Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen wurde hingegen am häufigsten angegeben, dass ein ergänzendes Online-Angebot genutzt werden würde.

Insgesamt zeigt die Befragung, dass das Zentrum von Schmölln vor allem die Versorgungsfunktion für die Kernstadt und die Ortsteile übernimmt. Je- doch wird das Zentrum auch von Personen aus anderen Wohnorten der Region aufgesucht. Diese besuchen das Zentrum häufig, um durch die

Geschäfte zu bummeln. Die Innenstadt wird zumeist mehrmals die Woche aufgesucht. Sie wird vor allem für Erledigung von Einkäufen und für Arztbesuche genutzt. Der Besuch von Veranstaltungen und private Verabredungen sind weitere Gründe für den Besuch des Zentrums. Somit übernimmt das Zentrum nicht nur eine Versorgungsfunktion, sondern bildet einen Treffpunkt, der das Miteinander und die Kommunikation stärkt.

Vor allem Jugendliche nutzen die Innenstadt als Treffpunkt. Am häufigsten werden der Supermarkt, die Bäckerei, die Eisdiele und Ärzt:innen aufgesucht. Auf ein spezielles Sortiment beschränkte Geschäfte wie der Basteladen oder die Parfümerie werden hingegen nur wenig aufgesucht. Zudem hat sich gezeigt, dass Kleidung und Lederwaren überwiegend online besorgt werden. Im Zentrum von Schmölln werden vor allem Lebensmittel, Schreibwaren und Bastelartikel sowie Bücher, Medien und Zeitschriften nachgefragt. Die Zufriedenheit mit dem Angebot und der Gestaltung des Zentrums lässt sich insgesamt mittelmäßig bewerten. Von über der Hälfte der Befragten wird eine Drogerie vermisst. Die älteren Befragten bewerten das Zentrum positiver.

Erfolgsfaktoren der Innenstadt Schmöllns und Übertragbarkeit auf andere Kleinstädte

Durch die Bestandsanalyse und die Umfrage wurde deutlich, dass die Innenstadt Schmöllns im Vergleich zu anderen Kleinstädten nur wenige Leerstände verzeichnet. Vor allem der großformatige Supermarkt, der direkt an den Marktplatz angrenzt und in die Bebauungsstruktur integriert ist, fungiert als Frequenzbringer und belebt die Innenstadt. Zusätzlich werden von der Stadtverwaltung in Kooperation mit den Einzelhändler:innen verschiedene Marketingstrategien, wie beispielsweise Events oder der Online-Marktplatz als Werbemaßnahme, zur Stärkung der Innenstadt umgesetzt. Trotz zunehmenden Online-Handels kommen die Bewohner:innen in die Schmöllner Innenstadt, um vor allem Lebensmittel, Schreib- und Bastelwaren sowie Bücher, Medien und Zeitschriften zu besorgen. Sie entscheiden sich aufgrund des persönlichen Kontaktes für den Einkauf im stationären Handel. Dort suchen sie die persönliche Beratung, da das Onlineangebot oft auch eine Überforderung darstellen kann. Auch die Corona-Pandemie hat zu einem Umdenken geführt. Viele Bürger:innen wollen nun vor Ort einkaufen, um ihre lokalen Händler:innen zu unterstützen.

Die Innenstadt ist aber nicht nur Ort des Konsums und Handel, sondern umfasst auch soziale Funktionen. Das Zentrum von Schmölln hat einen großen Stellenwert für die Bevölkerung und wird von vielen sogar täglich aufgesucht, da es auch zur Freizeitgestaltung genutzt wird. Insbesondere für Jugendliche bildet die Innenstadt häufig ein Treffpunkt zum Aufenthalt mit Freunden.

Vor allem im ländlichen Raum sind Innenstädte von besonderer Bedeutung. Da sie auch die Nahversorgung der umliegenden kleineren Gemeinden übernehmen, werden Innenstädte zu einem wichtigen Alltagsziel der Bevölkerung. Innenstädte in Kleinstädten müssen demnach nicht nur eine

Versorgungsfunktion übernehmen, sondern auch soziale Funktionen. Um Innenstädte zukunftsfähig weiterzuentwickeln, ist es daher wichtig, die Aufenthaltsqualität zu steigern, Verweil-Orte zu schaffen und verschiedene Erlebnisse / Aktivitäten zu bieten.

Eine strategische Standortplanung von großformatigen Supermärkten kann dazu beitragen, die Frequentierung zu steigern. So muss berücksichtigt werden, dass keine Raumkonkurrenzen durch stadtrandnahe, dezentrale Handelsbetriebe entstehen. Auch die veränderten Rahmenbedingungen durch den demografischen Wandel und Klimawandel müssen in Planungen berücksichtigt werden. Angebote und Freiflächengestaltung sollten auf diese Transformationsherausforderungen abgestimmt werden.

Literatur und Quellen

Absatzwirtschaft (2011): Einzelhandel vernachlässigt Bedürfnisse von Senioren. URL: <https://www.absatzwirtschaft.de/einzelhandel-vernachlaessigt-beduerfnisse-von-senioren-195127/>, zuletzt geprüft am 25.07.2023.

[BBSR] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren. Bonn: BBSR-Online-Publikation Nr. 08/2017.

[BBSR] Bundesinstitut für Bau -; Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2019): Zukunft Kleinstadt. Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Beilhammer, Marius (2016): Stadtgestaltung mit Stadtmobiliar: Parkpfosten und Wartehäuschen. URL: <https://www.architektur-welt.de/stadtgestaltung-stadtmobiliar-parkpfosten-wartehaueschen-fahrradstaender/>, zuletzt geprüft am 25.07.2023.

Beverungen, Daniel; Becker, Jörg; Gadeib, Andera; Schmitz, Gertrud (Hg.) (2023): Interaktive Einkaufserlebnisse in Innenstädten. Digitale Dienstleistungen Mit der Smartmarket²-Plattform. Berlin, Heidelberg: Springer.

[BMI] Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2021): Innenstadtstrategie des Beirats Innenstadt beim BMI, Die Innenstadt von morgen – multifunktional, resilient, kooperativ. Berlin: Referat SW III 5 – Lebendige Zentren, Nationale Projekte des Städtebaus.

[BMVBS] Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010): Reurbanisierung der Innenstadt. Bonn: BMVBS-Online-Publikation 19/2010.

[BMWSB] Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): Positionierung der Expertengruppe Lebendige Zentren – „Nutzungsvielfalt in Innenstädten und Zentren“. Berlin: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

[BMWSB] Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (o. J.): Lebendige Zentren. URL: https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Programme/LebendigeZentren/lebendigezentren_node.html, zuletzt geprüft am 30.07.2023.

Burg, Stefanie; Fahle, Bernd (2014): Unternehmung Innenstadt. Management der Innenstadtentwicklung von Mittelstädten. Berlin: Hiller Medien.

CIMA Beratung + Management GmbH (2022): cima.monitor. Deutschlandstudie Innenstadt 2022. Kennziffern, Trends und Erwartungen. URL: https://cimamonitor.de/wp-content/uploads/2022/12/deutschlandstudie_innenstadt_2022.pdf, zuletzt geprüft am 23.08.2024.

Der Handel (2011): Filialisten drängen in die Innenstädte, URL: <https://etailment.de/news/stories/Filialisten-draengen-in-die-Innenstaedte-12444>, zuletzt geprüft am 23.08.2024.

Domino Immobilien Dienstleistungen GmbH (2007): Filialisierung in den Innenstädten - Warum eigentlich die Aufregung?! URL: <https://www.domino-dortmund.de/konkret/filialisierung-innenstaedte>, zuletzt geprüft am 23.08.2024.

Flex, Florian; Terfrüchte, Thomas (2018): Zentraler Ort, In: [ARL] Akademie für Raumforschung und Landschaftsplanung (Hg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 2969–2979.

Friedrich, Julian; Dietrich, Pascal; Furkert, Matthias (2021): Zentrale Orte in Deutschland. Analysen zur Ausstattung, Konzeption, Lage und Dynamik. Bonn: BBSR-Analysen Kompakt 11/2021.

Hahn, Barbara; Neiberger, Cordula (Hg.) (2020): Geographische Handelsforschung. 1. Auflage 2020. Berlin, Heidelberg: Springer.

Hilpert, Markus; Völkening, Niklas; Beck, Christin (2018): Innenstädte im ländlichen Raum. In: Standort 42, S. 111–116.

Kühn, Gerd (2011): Einzelhandel in den Kommunen und Nahversorgung in Mittel- sowie Großstädten. Berlin: Difu-Papers.

LEG Thüringen mbH (2021): Stadt Schmöln. Bevölkerungsentwicklung und Bedarfsermittlung für Wohnbauflächen. URL: <https://ris.schmoelln.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=7179&token=84dde6268f06eba666b31ba8b70b37cdb46cde5e>, zuletzt geprüft am 25.07.2023.

LEG Thüringen mbH (2022): ISEK - Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schmöln/Göbnitz 2023. Erfurt: LEG Thüringen mbH.

Liebig, Rebecca (2023): Sortimentstiefe: Definition, Abgrenzung und Beispiele. URL: <https://www.einzelhandel-news.de/sortimentstiefe/>, zuletzt geprüft am 25.07.2023.

Manfrahs, Frank (2020): Immer was los: Innenstadt-Belebung durch den Aufbau zugkräftiger Veranstaltungen. In: Manfrahs, Frank (Hg.), Citymanagement. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 185–204.

Pesch, Franz (2018): Innenstadt, In: [ARL] Akademie für Raumforschung und Landschaftsplanung (Hg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 1001–1007.

Pfnür, Andreas; Rau, Jonas (2024): Transformation der Innenstädte – Empirische Studie bei privaten Haushalten. Teil I: Nutzungskonzepte deutscher Innenstädte. In: Andreas Pfnür (Hg.), Arbeitspapiere zur immobilienwirtschaftlichen Forschung und Praxis, Band Nr. 52, Darmstadt: Technische Universität Darmstadt.

Schmöln (2016): Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Stadt Schmöln, Erfurt: BBE Handelsberatung GmbH.

Steinführer, Annett (2022): Dörfer und Kleinstädte im Wandel.
URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/laendliche-raeume-343/312690/doerfer-und-kleinstaedte-im-wandel/>,
zuletzt geprüft am 25.07.2023.

Wieland, Thomas (2014): Räumliches Einkaufsverhalten und Standortpolitik im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Agglomerations-effekten. Theoretische Erklärungsansätze, modellanalytische Zugänge und eine empirisch-ökonomische Marktgebietsanalyse anhand eines Fallbeispiels aus dem ländlichen Raum Ostwestfalens/Südnie-dersachsens. Mannheim: Verlag MetaGIS Infosysteme.

Abbildungsquellen:

OpenStreetMap contributors 2023: openstreetmap.org/copyright

Lena Knacker

Durch die in den 90er Jahren umgesetzte Kreisgebietsreform wurden die Landkreise Altenburg und Schmölln zum Landkreis Altenburger Land vereinigt. Dies hatte zur Folge, dass auch die Strukturierung der Volkshochschule einer Neubewertung unterzogen werden musste. In beiden Städten waren gut funktionierende Volkshochschulen mit einem Teilnehmenden- und Dozentenstamm vorhanden, doch es musste überdacht werden, ob der Standort in Schmölln weitergeführt oder im Sinne der Zentralisierung geschlossen werden sollte. Letztlich wurde der Standort in Schmölln beibehalten.

In der Fallstudie wird im Folgenden aufgezeigt, welche Gründe für die dezentrale Struktur der Volkshochschule sprachen und welche Funktion der Standort der Volkshochschule in Schmölln heute übernimmt. Die Frage der Dezentralisierung oder Zentralisierung von Bildungsinfrastruktur soll in dieser Fallstudie genauer betrachtet werden, um das Thema Weiterbildung in der dezentralen Reallaborphase aufgreifen zu können.

Akteure

An der Debatte um den weiteren Umgang mit dem Standort der Volkshochschule in Schmölln war der damalige Bürgermeister maßgeblich beteiligt. Dieser kannte aus persönlichen Erfahrungen die Vorzüge der Weiterbildungseinrichtungen und setzte sich für den Erhalt des Standortes ein. Auch der Landrat, der selbst Einwohner Schmöllns war, unterstützte diese Ansicht. Daneben waren auch die Leitungen der Volkshochschulen beteiligt. Diese befürworteten die Beibehaltung des Standortes in Schmölln aufgrund der identitätsstiftenden Wirkung.

Das Personal der Volkshochschule setzt sich aus pädagogischem und Verwaltungspersonal, das ortsübergreifend an beiden Standorten arbeitet, zusammen. Auch die Kursleitenden können für beide Standorte eingesetzt werden.

Die Kursteilnehmer:innen stammen überwiegend aus der näheren Umgebung der Volkshochschulstandorte. Ein beachtlicher Anteil der Teilnehmenden stammt aus Altenburg, Schmölln und der näheren Umgebung. In

Meuselwitz, Lucka und Langenleuba-Niederhain am Rande des Altenburger Landes ist die Anzahl der Teilnehmenden hingegen gering. Online-Kurse werden von Teilnehmenden aus aller Welt besucht. Auch hat sich gezeigt, dass im Jahr 2019 der Anteil der Kursteilnehmenden in Relation zur Einwohnerzahl in Schmölln deutlich höher war als in der Stadt Altenburg. In Altenburg ist ein größeres Angebot zur Freizeitgestaltung durch beispielsweise das Theater oder Kino vorhanden, das mit den Volkshochschulangeboten in Konkurrenz tritt. Es lässt sich folgern, dass Personen, die nicht zielgerichtet das Angebot der Volkshochschule besuchen möchten, sondern lediglich eine Aktivität zur Gestaltung ihrer Freizeit suchen, in Altenburg nicht so häufig an Volkshochschulkursen teilnehmen, wie in Schmölln.

Projekttablauf

Ende der 90er Jahre standen nach der Fusion der Landkreise Altenburg und Schmölln die Stadt Schmölln und der Landkreis Altenburger Land vor der Frage, wie mit dem Standort der Volkshochschule in Schmölln weiter umgegangen werden sollte. Eine Schließung des Standortes in Schmölln und Zentralisierung der Volkshochschule in Altenburg wurde abgelehnt. So wären die Einsparungspotenziale, die durch einen Zusammenschluss der Volkshochschulen entstehen, sehr gering gewesen. Die Räumlichkeiten in Schmölln werden vor allem für Kursangebote genutzt. Diese Fixkosten zur Nutzung von Räumlichkeiten würden auch bei einem Zusammenschluss bestehen bleiben.

Eine Schließung des Standortes in Schmölln hätte zudem eine Reduktion des Kursangebots zur Folge gehabt. Räumlichkeiten in Schulgebäuden sind nur zu bestimmten Zeiten nutzbar, sodass Vormittagskurse nicht umgesetzt werden könnten und auch die Anzahl an Turnhallen für Sportangebote ist begrenzt. Das Vorhalten von Kursräumen ist somit für das bedarfsgerechte Angebot notwendig.

Ein weiterer Faktor, der gegen die Schließung des Standortes in Schmölln sprach, war der vorhandene Teilnehmendenstamm. Durch eine Schließung hätte neben dem Kursangebot somit vermutlich auch die Nachfrage abgenommen und Einnahmen wären ausgeblieben.

Der Standort der Volkshochschule in Schmölln wechselte in den letzten Jahren mehrmals. Eine Zeitlang wurden Räumlichkeiten des Verwaltungsgebäudes des Landkreises am Amtsplatz genutzt. Jedoch behinderten sich die Nutzungen gegenseitig und die Räumlichkeiten reichten nicht aus. Auch war die Volkshochschule eine Zeitlang im Wohngebiet Heimstätte in einer Grundschule vertreten. Dieser Standort wurde durch die abgelegene Lage jedoch nicht gut angenommen und da die Grundschule zudem mehr Bedarf anmeldete, musste ein neuer, zentral gelegener Standort gesucht werden. Er sollte fußläufig erreichbar sein und einen Anschluss an den ÖPNV besitzen. Die Stadt Schmölln kam dem Landkreis hierbei entgegen und baute die Alte Schuhfabrik nach den Vorstellungen der Volkshochschule um. Sie erhoffte sich dadurch auch die Räumlichkeiten für kommunale Zwecke als Wahllokal, Beratungsstelle oder Bürgertreff zu nutzen.

Hierzu akquirierte die Stadt entsprechende Fördermittel, sodass seit 2005 der Standort in der Innenstadt in Bahnhofsnähe von der Volkshochschule genutzt wird. Im Vergleich zum Standort in Altenburg ist der Landkreis somit nicht Eigentümer des Gebäudes, sondern mietet das Gebäude der Stadt Schmölln.

Der Zusammenschluss der Volkshochschulen Altenburg und Schmölln erforderte eine Anpassung der personellen Struktur. Die Aufteilung des pädagogischen und des Verwaltungspersonals nach Standorten wurde durch die Fusion aufgehoben; stattdessen erfolgte eine Zuordnung nach den jeweiligen fachlichen Kompetenzen. Die Mitarbeiter:innen wechseln zwischen den Standorten Schmölln und Altenburg. Dadurch hat auch die Digitalisierung der Volkshochschule zugenommen. Der Landkreis unterstützte die Volkshochschule bei dem Intranet, durch das beide Geschäftsstellen miteinander verbunden sind. Am Standort in Schmölln sind jedoch zu regelmäßigen Zeiten die gleichen Personen vor Ort, sodass feste Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung, die in der Regel weniger affin für digitale Medien ist, von essentieller Bedeutung.

Methoden

Das Engagement der Stadt Schmölln, die Immobilie der ehemaligen Schuhfabrik zu betreiben, machte die dezentrale Struktur der Volkshochschule in diesem Umfang möglich. Durch die Zusammenarbeit der Stadt und des Landkreises entstehen verlässliche Strukturen, die finanzierbar sind und beiden Seiten Vorteile bieten. Die Nutzung des Gebäudes durch beide Seiten führt zu einer entsprechenden Auslastung und Fördermittel konnten für die Sanierung gewonnen werden. Zudem macht die Dezentralität des Angebotes die emotionale Identifikation der Bevölkerung mit der Institution Volkshochschule möglich. Durch regelmäßige Sprechzeiten und eine feste Ansprechpartner:innenstruktur wird die Zugänglichkeit vereinfacht. Neben den Volkshochschulen werden auch vorhandene Räumlichkeiten in Schulen, Turnhallen und anderen Veranstaltungsorten genutzt.

Die Struktur der Volkshochschule mit zwei Geschäftsstellen ist jedoch nur durch eine zentrale Steuerung und Entwicklung des Angebotes möglich. Das Leitungsteam arbeitet in der Programmplanung zusammen, sodass nachgefragte Kurse an beiden Standorten angeboten werden und dadurch auch mehr Nutzer:innen gewonnen werden können. Es bleibt jedoch auch Kreativpotenzial erhalten, sodass unterschiedliche Vorgehensweisen evaluiert und der erfolgreichere Weg gewählt werden kann.

Die früher feste Struktur der Mitarbeiter:innen an den jeweiligen Standorten wurde mit der Fusion der Volkshochschulen ebenfalls aufgehoben. Die Mitarbeiter:innen werden nun nach Ihren fachlichen Kompetenzen an den beiden Standorten eingesetzt. Dies ist durch die räumliche Nähe der beiden Standorte möglich. Die Büroräume werden tageweise von unterschiedlichen Beschäftigten genutzt nach dem „Flying Desks“-Modell. Durch die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung ist dieses Modell umsetzbar.

Die Strukturierung der Volkshochschule Altenburger Land mit zwei Standorten bereitet keine größeren Herausforderungen, lediglich die Koordination im Alltag stellt die Beschäftigten manchmal vor Schwierigkeiten. So sind noch nicht alle Akten digitalisiert und müssen zwischen den Standorten hin und her getragen werden.

Eine weitere Schwierigkeit ist die Einbindung der Städte und Ortsteile an den Rändern des Landkreises in das Bildungsangebot. Hierzu müssen zunächst Räumlichkeiten für die Errichtung von Außenstellen gefunden werden. Daneben müssen ehrenamtliche Außenstellenleitungen gewonnen werden, die eine kontinuierliche Ansprache vor Ort ermöglichen.

Reflexion und Ausblick

Durch die Betrachtung der Rolle des Volkshochschulstandortes in Schmölln wurde deutlich, dass eine dezentrale Strukturierung im Bereich der Volkshochschulen angestrebt wird. Die Volkshochschule möchte mit den Angeboten im gesamten Landkreis präsent sein. In den Randlagen des Landkreises in Meuselwitz, Lucka und Langenleuba-Niederhain sollen deshalb weitere Angebote geschaffen werden. Hierzu müssen Räumlichkeiten gefunden werden, die von den Städten zu fairen Konditionen zur Verfügung gestellt werden und als Außenstelle genutzt werden können. Die Raumlogik von Außenstellen geht jedoch nur bis zu einem gewissen Ausdehnungsgrad und ist nicht frei von territorialen Bedingungen zu betrachten.

Die dezentrale Struktur der Volkshochschule Altenburger Land mit den zwei Standorten in Schmölln und Altenburg ist zudem nur möglich, da die Standorte in geringer Entfernung zueinander liegen und das Arbeitspendeln der Beschäftigten möglich ist. Dadurch kann die hauptamtliche Mitarbeiterschaft nach ihren fachlichen Kompetenzen an beiden Standorten eingesetzt werden. Weitere Entfernungen zwischen den Standorten würden zusätzliches hauptamtliches Personal notwendig machen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der bei der Einrichtung von Außenstellen beachtet werden muss, ist die Notwendigkeit von ehrenamtlichem Personal. Nur wenn sich Personen finden, die sich mit der Volkshochschule identifizieren und vor Ort Sprechzeiten anbieten und Anmeldungen entgegennehmen, kann eine nachhaltige Struktur erreicht werden, die über einzelne Veranstaltungen hinausgeht und Kontinuität sicherstellt. In Meuselwitz und Langenleuba waren solche Außenstellen in der Vergangenheit bereits vorhanden, konnten jedoch aufgrund der fehlenden Nachfolge an ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen nicht weitergeführt werden. Ohne ehrenamtliches Engagement ist die Umsetzung eines flächendeckenden Angebots nicht umsetzbar.

Bildessay: Innenstadt

Fotos: 01, 02, 04, 06 – Lena Knacker
05 – Stadtverwaltung Schmölln
03, 07, 08 – Thilo Schulte

01 Innenstadt – Blick auf
Kirchturm und Rathaus



02 Marktbrunnen und
Marktplatz





Ø3 Hauptzufahrt für Lieferverkehr, Autos (parkend) und Fahrräder (nicht im Bild) zum Schmöllner Marktplatz



Ø4 Wenn auch wenige – Leerstände in den Nebenstraßen der Kernstädte Schmölln (Foto) und Gößnitz nicht zu übersehen



Ø5 Blick auf den Marktplatz und das Rathaus (rechts)



Ø6 Volkshochschule: Standort in der Alten Schuhfabrik Schmölln

Ø7 Amtsplatz gleich neben dem Markt



Ø8 Großer Supermarkt hinter den Fassaden – unorthodoxer Umgang mit dem baulichen Erbe und Sicherung des Frequenzankers in der Mitte der Stadt



Sozioinfrastrukturelle Ausstattung und Mobilität – Eine jugend- und geschlechterspezifische Perspektive auf kleinstädtische Stadtentwicklung

Lena Knacker, Arvid Krüger,
Marlena Maria Multhaupt,
Cornelia Schwarz

Große Distanzen prägen die Alltagsziele im ländlichen Raum. Um zur Arbeitsstelle und zu Freizeitaktivitäten oder zur Erledigung von Einkäufen und Besorgungen zu gelangen, müssen weite Strecken zurückgelegt werden (Nobis, Herget 2020: 40). So hängt auch der tägliche Aktionsradius von der Siedlungsstruktur ab: „Je disperser die Siedlungsstruktur, desto größer der tägliche Aktionsradius und die Anzahl der Kilometer mit dem motorisierten Individualverkehr“ (ebd.). Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur und ein umfassendes Mobilitätsangebot sowie sozioinfrastrukturelle Ausstattung sind somit notwendig, um die Erreichbarkeit alltäglicher Ziele für verschiedene Zielgruppen im ländlichen Raum sicherzustellen.

Wie sehen die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen im ländlichen Raum aus? Welche Handlungsbedarfe sind notwendig und wie können diese in eine integrierte Strategie für Nachhaltigkeit und Daseinsvorsorge einbezogen werden? – Mit diesen Fragestellungen befasste sich das Forschungsprojekt ISDN am Beispiel der Kleinstadt Schmölln in Ostthüringen. Dabei wurde ein besonderer Fokus auf die Sichtweise der Jugendlichen gelegt. Die soziokulturelle Ausstattung sowie die Mobilität im ländlichen Raum wurden aus deren Perspektive und auch im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit beleuchtet.

Im folgenden Beitrag sollen diese Erkenntnisse dargelegt und in den aktuellen Forschungsstand eingeordnet werden. Nach einer Einführung in den aktuellen Forschungsstand zu Mobilität und sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum, die neben den Transformationsprozessen auch den Zusammenhang von Mobilität und Geschlecht thematisiert, wird die Vorgehensweise im Forschungsprojekt ISDN erläutert. Anschließend erfolgt die Darstellung der Ergebnisse der Bestandsanalyse der sozialen Infrastrukturausstattung und der Mobilitätsinfrastruktur in Schmölln, um darauf aufbauend auf die Freizeitorte der Jugendlichen, deren Mobilitätsbedürfnisse und die sozialen Dimensionen von Mobilität und Erreichbarkeit einzugehen. Abschließend wird aufgezeigt, welche Faktoren für eine bedarfsgerechte Planung der sozialen Infrastruktur und Mobilität zu berücksichtigen sind.

Mobilität und sozioinfrastrukturelle Ausstattung im ländlichen Raum

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie ermöglicht nicht nur die Überbrückung großer Distanzen, sondern bildet gleichzeitig eine Voraussetzung für den Zugang zu allen anderen Daseinsvorsorgeeinrichtungen (Oswalt et al. 2021: 15). Das Raumordnungsgesetz definiert „Daseinsvorsorge als eine Versorgung mit lebensnotwendig eingestuft Gütern und Dienstleistungen in einem Versorgungsraum zu sozialverträglichen Preisen, mit einer bestimmten Qualität und einer akzeptablen Erreichbarkeit“ (BBSR 2017: 6). Damit übernimmt die Mobilität auch in Anbetracht der gesellschaftlichen Teilhabe eine wichtige Funktion (Nobis, Hergert 2020: 40). Sie ermöglicht den regelmäßigen Besuch des Arbeits- oder Ausbildungsplatzes, den Einkauf oder den Transport von Waren, die medizinische Versorgung sowie soziale Kontakte durch den Besuch von Freunden oder Verwandten. Auch die Freizeitgestaltung, wie beispielsweise der Besuch von Restaurants, kulturellen Einrichtungen oder Vereinen wird in großen Teilen durch die Mobilität beeinflusst (Weber 2020: 11 ff.). Eine begrenzte Mobilität bedeutet somit auch eine Einschränkung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Klaas, Kaas Elias 2021: 4). Auch im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung wird betont, dass Mobilität „Teil der Daseinsvorsorge und Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land“ ist (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP 2021-2025: 20).

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird im ländlichen Raum nur von 8 % aller Personen ab 14 Jahren mindestens einmal pro Woche genutzt. Es zeichnet sich ab, dass der ÖPNV im ländlichen Raum überwiegend von jungen Menschen (unter 19 Jahren) genutzt wird. 54 % der ÖPNV-Wege entfallen auf diesen Personenkreis (Nobis, Hergert 2020: 42). Als Gründe für die Nichtnutzung werden beispielsweise die zu großen Entfernungen zur nächsten Bushaltestelle genannt, die fußläufig nicht zu überwinden sind. Das Fehlen von Direktverbindungen, die langen Fahrtzeiten sowie die geringe Taktung führen ebenfalls zu der geringen Nutzung des ÖPNVs (ADAC 2018: 56). Zudem gilt der ÖPNV als unzuverlässig, da es häufig nicht möglich ist, den Zielort in der vorher geplanten Zeit zu erreichen (Gaus, Wittenberg 2023). Aufgrund der geringen Nachfrage ist der Ausbau eines attraktiven ÖPNVs aber kaum wirtschaftlich tragfähig (Steinrück, Küpper 2010: 1). So werden Angebote des ÖPNVs in ländlichen Regionen oftmals ausgedünnt oder bilden nur noch den Schulverkehr ab (Heinrich-Böll-Stiftung, VCD 2019: 20).

Transformationsprozesse auch auf dem Land

Derzeit unterliegt die Mobilität verschiedenen Transformationsprozessen. Der Klimawandel und die Digitalisierung nehmen Einfluss und bedingen die Anpassung des Angebotes (Oswalt et al. 2021: 8). Während der Fokus der Verkehrswende auf Städten und Ballungsräumen liegt, wo die Transformationsprozesse bereits weit fortgeschritten sind, hinkt der ländliche Verkehr aber noch hinterher (ebd.: 19). Dennoch muss auch im ländlichen Raum die Verkehrswende vorangetrieben werden, um die Klimaziele zu erreichen. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen kann die städtische Vor-

gehensweise jedoch nicht eins zu eins auf den ländlichen Raum übertragen werden (Heinrich-Böll-Stiftung, VCD 2019: 20). Aufgrund der dispersen Siedlungsstrukturen und der geringeren Bevölkerungsdichte ist die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr in ländlichen Räumen deutlich höher (Nadler, Fina 2021: 178). Es müssen größere Distanzen zurückgelegt werden, um die alltäglichen Ziele zu erreichen. Mit 14,4 km Länge sind die durchschnittlichen Wege im ländlichen Raum um 2,8 Kilometer länger als in den Metropolen (Nobis, Herget 2020: 43). Etwa 90 % der Haushalte besitzen einen eigenen PKW und auch Personen ohne eigenen PKW richten ihre Mobilität auf das Auto aus. So nutzen 62 % der Personen im ländlichen Raum im Verlauf einer Woche das Auto, obwohl sie keines besitzen (ebd.: 40f.). Allerdings besteht auch im ländlichen Raum Potenzial, die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren und auf den Fuß- und Fahrradverkehr zu verlagern. Etwa 32 % aller Wege liegen unter 2 km, werden jedoch häufig mit dem PKW zurückgelegt (ebd.: 43).

Darüber hinaus wirkt sich die soziokulturelle Ausstattung des Raumes auf die Mobilität aus. Eine Herausforderung ergibt sich durch die vermehrte Zusammenlegung oder Schließung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen (Heinrich-Böll-Stiftung, VCD 2019: 20). Aufgrund sinkender Einwohnerzahlen und damit einhergehender kommunaler Einnahmeverluste können die Daseinsvorsorgeeinrichtungen nicht mehr finanziert werden, was zu einer allmählichen Ausdünnung führt. Zudem ändern sich die Bedarfe. Aufgrund des demografischen Wandels müssen vermehrt Angebote für die älter werdende Bevölkerung berücksichtigt werden, wie beispielsweise medizinische und pflegerische Leistungen (Oswalt et al. 2021: 15; Troeger-Weiß, Anslinger 2015: 20). Disparitäten aufgrund der räumlichen Gegebenheiten ergeben sich auch in den Bedingungen des Aufwachsens und bei den Lebenswelten von Jugendlichen (Ludwig 2021: 21f.). Jedoch gibt es nur wenige Studien, die auf diese sozialen Ungleichheiten eingehen und in den Blick nehmen, wie Jugendliche damit umgehen (Grunert et al. 2023: 143). Vielmehr wird das Thema unter einer „Defizitperspektive“ (ebd.: 143) betrachtet. So werden vor allem die Herausforderungen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben und die Folgen des Bevölkerungsrückgangs in strukturschwachen Regionen untersucht (ebd.). Der demografische Wandel wirkt sich auch auf die Jugendlichen in ländlichen Räumen aus. Beispiele hierfür sind die Vereinzelung, die Schließung von Schulstandorten oder Freizeiteinrichtungen. Oftmals können die Mindestgrößen zur Aufrechterhaltung der Einrichtungen oder des Angebotes nicht mehr erreicht werden, sodass weite Wege zurückgelegt werden müssen oder soziokulturelle Orte für Jugendliche komplett fehlen (Beierle et al. 2016: 4 ff.).

In verschiedenen Studien wurde daher untersucht, ob Jugendliche einen Wegzug nach der Schule oder Ausbildung anstreben. Es zeigte sich, dass ein erheblicher Anteil der Jugendlichen einen Wegzug in Erwägung zieht (Becker, Moser 2013: 91 ff.; Schiffers et al. 2023: 18). Gründe für eine Abwanderung bilden die fehlenden Möglichkeiten für ein Studium oder eine Ausbildung vor Ort und damit fehlende berufliche Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch der Wunsch danach, etwas Neues zu erleben oder der Wunsch nach einem größeren kulturellen Angebot und Freizeitmöglichkeiten (Schiffers et al. 2023: 18). Andere Untersuchungen zeigen jedoch, dass weniger die Anzahl der Angebote im Freizeitbereich für die Jugendlichen relevant

ist als vielmehr die Qualität und Erreichbarkeit (Mey 2021: 377). Die Mobilität bildet daher ein wichtiges Kriterium, welches Einfluss auf die Lebenswelten von Jugendlichen nimmt (ebd.).

Für die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wird der Digitalisierung eine wichtige Rolle zugeschrieben. Durch die Ergänzung digitaler Angebote können mobilitätsunabhängig innovative Dienstleistungen und Produkte erreicht werden (Troeger-Weiß, Anslinger 2015: 20 ff.). Die bereits zu großen Teilen vollzogene Digitalisierung in der öffentlichen Mobilität, hier z. B. die Verlagerung von Ticketing und Verkehrsinformation auf das eigene Mobiltelefon, bietet das Potenzial, mehr Nutzergruppen als bisher zu erschließen. Jedoch ist nicht nur die Digitalisierung von Infrastruktur und Betrieb für die Daseinsvorsorge ländlicher Räume bedeutsam – hier geht es weiterhin um den Erhalt oder die Reaktivierung von Mobilitätsinfrastruktur als solche. Durch die bessere Verknüpfung der Mobilitätsangebote und bedarfsgesteuerten Angebote kann die Erreichbarkeit der verschiedenen Einrichtungen verbessert werden (Oswalt et al. 2021: 11; Troeger-Weiß, Anslinger 2015: 22). Man kann davon ausgehen, dass gerade junge Menschen darauf Wert legen, Mobilität am Heimatort über das eigene Smartphone organisieren zu können.

Zudem ist es notwendig, auch transformatorische Diskurse wie den um die 15-Minuten-Stadt (Moreno et al. 2021, Gower / Grodach 2022) auf den ländlichen Raum zu übertragen; nicht, weil die 15'-Stadt im ländlichen Raum genauso funktionieren kann wie in den Arrondissements von Paris, sondern weil bestimmte Transformationen für den ländlichen Raum funktionieren müssen, um in einer Demokratie gesellschaftlich mehrheitsfähig sein zu können (Boussauw et al. 2023). Das Ideal der 15'-Stadt auf die polyzentrische und klein- und mittelstadtgeprägte bundesdeutsche Raumrealität flächendeckend zu übertragen, erfordert das kreative Nachdenken über die Funktionen einer 15-Minuten-Stadt. Eine Viertelstunde zu Fuß rund um den Verkehrsplatz, z. B. den oft vorhandenen Bahnhofplatz, benennt dabei die eigentliche städtebauliche Dimension (Krüger 2024). Idealtypisch unterstützt der qualitätsvolle, öffentliche Raum die eben genannte Logik alltäglicher Mobilität. In diesem Sinne werden dann auch die kleinen Bushaltestellen rund um die Schulen zu einer wichtigen Gestaltungsaufgabe.

Während in Ballungsräumen ein Schwerpunkt der Herausforderungen auf den überbelasteten Infrastrukturen, Sanierungsstau und Emissionsbelastungen liegt, ist in ländlichen Räumen vor allem die Sicherstellung eines adäquaten und attraktiven Mobilitätsangebotes und dessen finanzielle Absicherung von Bedeutung (Gipp et al. 2020: 16). Auch die Zentralisierung und Dezentralisierung von Angeboten wird im ländlichen Raum im Zusammenhang mit Erreichbarkeitsfragestellungen diskutiert (Grunert, Ludwig 2023: 114). Aktuelle Themen in der Debatte um die Verkehrswende sind die Ausgestaltung der letzten Meile oder die Etablierung von Sharing-Angeboten (Schwedde, Ringwald 2021: 43 f., 47 f.). Im ländlichen Raum müssen neben dem Ausbau und der Förderung des ÖPNVs sowie des Radverkehrs aber vor allem auch alternative Antriebe und der Ausbau erneuerbarer Energien weiterentwickelt werden, denn aufgrund der großen Distanzen wird das Auto weiterhin ein wichtiges Verkehrsmittel bleiben (Heinrich-Böll-Stiftung, VCD 2019: 20 f.). Die regionalplanerischen 15 Minuten liegen auf der Schie-

ne. Wenn die metropolitane 15'-Stadt eine Ausprägung der Verkehrswende im hochurbanen Stadtraum ist (und zugleich die Schaffung polyzentrischer Raumlogiken innerhalb der Metropole befördert), so lässt sich die Mobilitätswende in ländlichen Räumen vor allem durch eine um Kleinstadtbahnhöfe herum verortete und somit dezentralisierte ländliche 15'-Stadt voranbringen (Birk, Eltner, Larisch 2024).

Wohnen, Freizeit, Schule, Mobilität

Dass Mobilität und Wohnen einen Zusammenhang bilden, muss nicht extra betont werden (Krüger 2024); doch der Zusammenhang zwischen diesem Themenfeld und dem Geschlecht verdient weitere Ausleuchtung, gerade wenn man Alltagsmobilität in den Blick nimmt: Wege zur Arbeit – bzw. aus unserem Blickwinkel zur Schule – für Besorgungen (Lebensmittel) oder in der Freizeit. Seit mehreren Jahrzehnten gehört es zur akademischen Allgemeinbildung, dass die Wege einer „Frau“ im Alltag andere sind als die eines „Mannes“, wobei sich die Geschlechtsbezeichnungen nicht auf das tatsächliche Geschlecht beziehen, sondern von Frauen bzw. Männern dominierte Lebenssphären bezeichnen, die sich nach den Zielorten unterscheiden (Flade 2010; Bauer, Frölich von Bodelschwingh 2017). Ursprünglich in eine – weibliche – innerhäusliche und eine – männliche – außerhäusliche Sphäre unterteilt, hat sich derweil durchgesetzt, eine viele unterschiedliche Orte umfassende Nah- und Alltagsmobilität als weiblich zu konnotieren und eine meist nur zwischen Wohn- und Arbeitsort stattfindende Mobilität (das klassische Pendeln) als männlich zu konnotieren. Damit kommt eine unterschiedliche Wirkung verschiedener Mobilitätsbarrieren zum Tragen; so benennt Flade (2010) die Verfügbarkeit eines Fahrzeugs und die Kategorien der Zeitverwendung nach Küster (in Flade), also (1) die persönliche Zeit, (2) die an andere Personen gebundene Zeit und (3) die an Institutionen gebundene Zeit. Während man bei (2) recht schnell an das „Elterntaxi“ denkt, also die Notwendigkeit, die Kinder zu Freizeitaktivitäten zu fahren, gehört zu (3) auch das Warten auf den Bus. Zudem benennt Flade als Problematik Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum: „Die davon betroffenen Personen nehmen Umwege in Kauf oder verzichten, soweit es möglich ist, auf die Unternehmung“ (ebd.: 286). Auf diese Barrieren wird in Bezug auf Jugendliche zurückzukommen sein. Beleuchtung, Einsehbarkeit, Orientierungsmöglichkeiten oder auch die Nutzung der Erdgeschosszonen zur Schaffung sozialer Kontrolle können zu einem subjektiven Sicherheitsgefühl und zur Vermeidung von Angsträumen beitragen (Bauer et al. 2006: 17; Bauer, Frölich von Bodelschwingh 2017: 27).

Wenn man nun Gender Mainstreaming in der Mobilität betreiben will (vgl. Martens, Sabine 2002, Protze 2009: 129ff.; Romeo et al. 2022: 86f.), ist nicht nur am faktischen Vorhandensein von Infrastruktur anzusetzen, sondern auch an Fragestellungen von Wahrnehmung und Benutzbarkeit. Ein Handbuch der Stadt Berlin (Protze 2009) benennt diesbezüglich folgende Aspekte:

- Bequeme Verknüpfung der Verkehrsträger, kurze Reisedistanzen zu (geschlechtsspezifisch) wichtigen Infrastrukturen wie Schulen, Krankenhäusern oder Friedhöfen (in Bezug auf Schmölln denke man an die Anbindung des Friedhofs durch die Buslinien F/H)

- Hohe Sicherheit und hohe Taktung des öffentlichen Verkehrs
- Verknüpfung von Fahrradrouen und öffentlichen Verkehrszugängen
- Gut ausgeleuchtete und sichere Bus- und Schienenhaltestellen
- Kurze Distanzen zwischen ÖPNV-Halten und bebauter Umgebung zur Erhöhung der sozialen Kontrolle des öffentlichen Raums
- Flexible Busstopps auch jenseits ausgewiesener Halte in den Nacht- bzw. Dunkelstunden.

Auch wenn es sich hier um ein Handbuch für Deutschlands bevölkerungsreichste Gemeinde handelt, sollten sich doch, zumindest assoziativ und als Idealbild, Folgerungen für den Schüler:innenverkehr im ländlichen Raum ableiten lassen – denn die Schule ist nun mal der primäre Zielort für Jugendliche im ländlichen Raum, wenn sie den Bus benutzen.

Zumindest die Ausleuchtung der Bushaltestellen, an denen Jugendliche morgens einsteigen, könnte einer Überprüfung unterzogen werden (im Winter liegen Schulwege im Dunkeln). Die Möglichkeit, hier auch sicher ein Fahrrad abzustellen, mit dem man vielleicht bequemer den Weg vom Wohnort zu einer ggf. zentraler im Dorf gelegenen Bushaltestelle zurücklegt, kann ebenfalls durch eine minimale Intervention im öffentlichen Raum geschaffen werden. Und erst recht sollten die Bushaltestellen an einem Schulcampus ein gut gestalteter öffentlicher Raum sein.

Der Blick auf die Zielorte ist in Bezug auf die geschlechtsspezifische Mobilität besonders aufschlussreich. Dabei geht es in einer Stadtentwicklungspolitik gerade nicht um Frauen versus Männer, sondern um die Gestaltung öffentlicher Räume, so dass auch „Sinnes- und Mobilitätsbeeinträchtigte, Senior:innen, Migrant:innen“ (Protze 2009: 131) davon profitieren. Der Verweis auf die Anbindung eines Friedhofs und eine damit verbundene Senior:innenfreundlichkeit des Busverkehrs wurde oben schon gestreift. Doch hier liegt der Fokus auf Jugendlichen, also auf den unterschiedlichen Mobilitätsmustern von Jungen und Mädchen im öffentlichen Raum. Dabei lässt sich auf stadtsoziologische Forschung bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückblicken; schon früh wurden kindliche Räume in einen Spielraum und einen Streifraum unterteilt (nach Muchow, in Flade 2010: 293f.), wobei letztgenannte Räume jene eher unbekannteren Terrains sind, die zu erkunden Teil des Heranwachsens an sich ist.

„Während sich die Spielräume 9 bis 14-jähriger Mädchen und Jungen als ähnlich erwiesen, waren die Streifräume der Jungen doppelt so groß. Die rund 60 Jahre später durchgeführte Untersuchung von Kustor ... bestätigte, dass der Lebensraum von Mädchen auch heute noch weniger ausgedehnt ist als der von Jungen“ (ebd.: 294). Inwieweit die inzwischen vollzogene Digitalisierung kindlichen Alltags hier Veränderung hervorgebracht hat, wäre eine aktuelle Untersuchung wert. Spielplätze gelten ohnehin als gendered spaces (ebd.: 294). Dass das Berücksichtigung findet, zeigt sich im Alltag der Jugendarbeit in Schmölln (siehe Beitrag in diesem Band). Weiterhin dürfte gelten, dass Jungen mehr an Gruppensport interessiert sind, während Mädchen eher individuell Sport treiben (ebd.: 294). Jedoch werden die kommunal geförderten Sporteinrichtungen häufig aufgrund ihrer Fokussierung auf Sportarten wie Fußball oder Basketball überwiegend von Jungen genutzt. Eine stärkere Berücksichtigung vielfältiger Bedürfnisse und

der Geschlechtergerechtigkeit wäre hier notwendig (Bauer et al. 2006: 17; Damyanovic et al. 2007: 99).

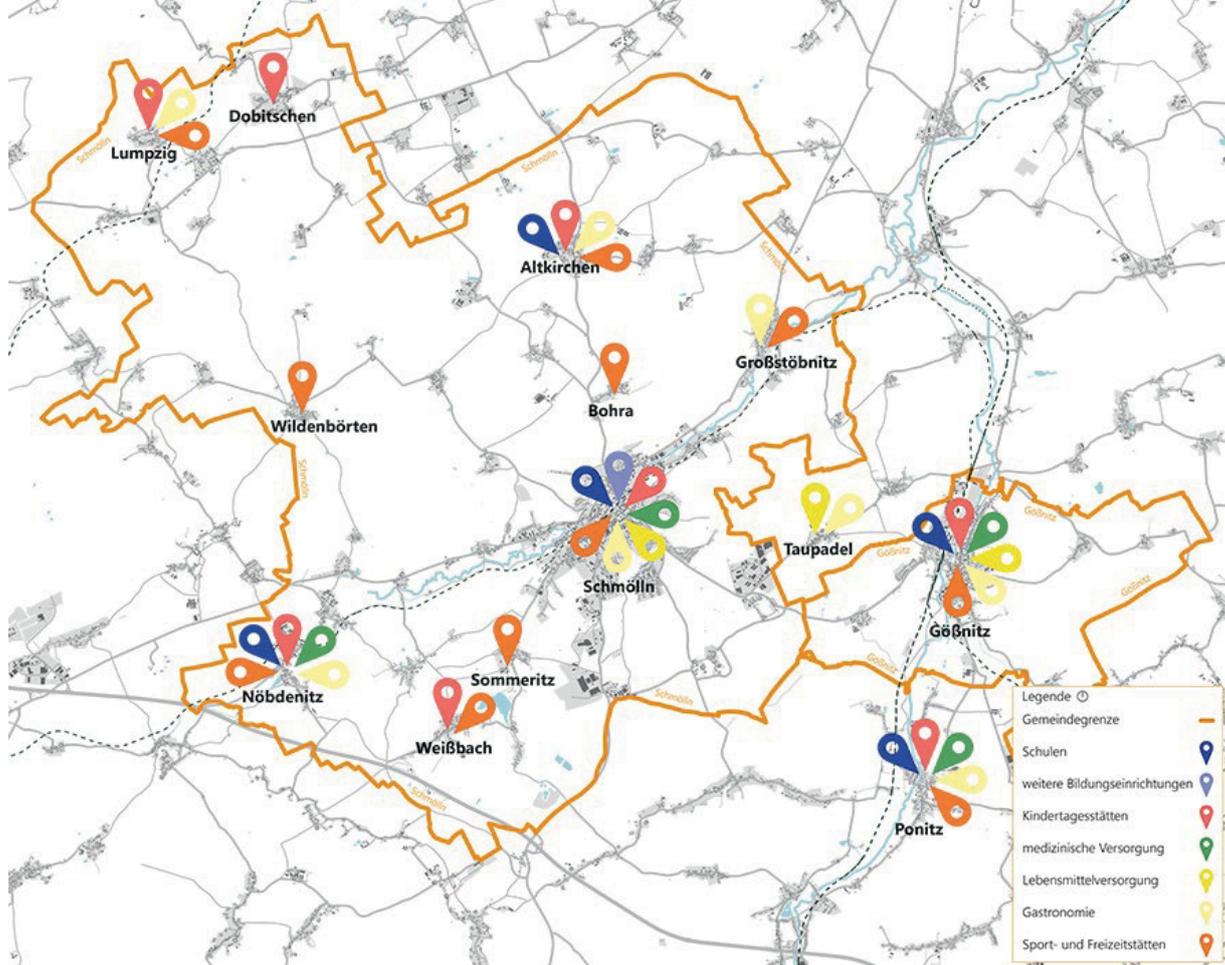
Zudem benötigen Jungen in größeren Gruppen mehr Platz, wogegen sich Mädchen zwischen 10 und 13 Jahren eher in kleinen oder Zweiergruppen mit geringerem Raumbedarf zusammenfinden (Flade 2010: 294). Zudem streifen Jungen eher weitere Wege mit dem Rad umher, wogegen die Mobilität der Mädchen eher der Zielerreichung dient. Auch darauf wird zurückzukommen sein.

Methodisches Vorgehen im Forschungsprojekt ISDN

Das Forschungsprojekt „ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit“, welches durch die Universität Kassel und die Stadt Schmöln durchgeführt wurde, beschäftigte sich mit der Weiterentwicklung integrierter Handlungskonzepte. Durch die Arbeit in verschiedenen Arbeitspaketen und die Durchführung von Reallaboren wurde untersucht, wie die Themen Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in die alltäglichen Stadtentwicklungsprozesse einer Kleinstadt integriert werden können (Stadtverwaltung Schmöln 2024a). So bildeten die Themen interkommunale und innovative Bildungslandschaft, Stadt der kurzen Wege in der Fläche sowie Stadt und Dorf als gleichberechtigte Komponenten von Heimat Arbeitspakete, die als entscheidende Bestandteile der Daseinsvorsorge in den Blick genommen wurden. Das Reallabor IV „Ländliche Bildungslandschaft und sozialraumorientierte Infrastrukturplanung“ stellte eine Verknüpfung der verschiedenen Arbeitspakete dar und untersuchte die Sichtweise verschiedener Zielgruppen und ihrer Bedarfe, um die Verteilung und Erreichbarkeit soziokultureller Angebote im Gemeindegebiet zu analysieren. Durch die Betrachtung sollten Erkenntnisse für eine Neuinterpretation zentraler Orte sowie zu bedarfsgerechter Planung abgeleitet werden.

Ein Fokus wurde in diesem Reallabor auf die Sichtweise von Jugendlichen gelegt, da für sie durch die derzeitige Fokussierung des Verkehrs im ländlichen Raum auf das Auto die Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen eine besondere Herausforderung darstellt. Die räumliche Verteilung der Angebote der Daseinsvorsorge und die damit verbundenen Anforderungen an ihre individuelle Mobilität in der Kleinstadt Schmöln und Umgebung wurde thematisiert. Hierzu diente auch die Mitwirkung der wissenschaftlichen Projektleitung am projektorientierten Schulunterrichts der Sekundarstufe I am Roman-Herzog-Gymnasium in Schmöln. Die Schüler:innen erhielten eine Einführung in die Thematik des Forschungsprojektes und bekamen die Aufgabe, sich in Gruppen mit der soziokulturellen Ausstattung ihres Wohnortes und ihrem Mobilitätsverhalten zu beschäftigen sowie die Ergebnisse innerhalb eines Monats in einem Hefter zu sammeln.

Diese Hefter orientierten sich an vorgegebenen Fragestellungen. Durch den einheitlichen Aufbau konnten sie besser miteinander verglichen und ausgewertet werden. Neben einer Vorstellung und Bewertungen des Wohnortes, die alle Schüler:innen einzeln vornahmen, erstellten sie in der Gruppe gemeinsam eine Übersicht über Orte, die für Freizeitaktivitäten, Bil-



Ø1 Soziostrukturelle Infrastruktur in Schmölln, o. M.
 (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

dungs- und Kulturangebote, zur Geselligkeit oder zum Sport treiben aufgesucht werden, um die zentralen Orte in der Lebenswelt der Jugendlichen zu erforschen. Diese soziokulturellen Angebote wurden zudem von den Jugendlichen bewertet und ihre Nutzungshäufigkeit sowie Erreichbarkeit wurde aufgezeigt. Eine weitere Aufgabe war es, die Unterschiede innerhalb der Gruppe in der Nutzung der Angebote und Einrichtungen herauszustellen und zu begründen. Auch der Besuch größerer Städte in der Umgebung wurde thematisiert. Die Jugendlichen zeigten auf, welche Aktivitäten sie in Altenburg, Gera, Leipzig, Jena, Erfurt und Weimar unternehmen, die es in Schmölln, Gößnitz und den dazugehörigen Ortsteilen nicht gibt. Des Weiteren wurde ausgeführt, welche Auswirkungen der Moped- oder Auto-Führerschein auf das Freizeitverhalten der Jugendlichen hat. Zuletzt notierten die Jugendlichen noch Lösungsmöglichkeiten für die zuvor genannten Probleme und gaben Anregungen zur Verbesserung der soziokulturellen Ausstattung und Mobilität für Jugendliche im eigenen Wohnort.

Sozioinfrastrukturelle Ausstattung Schmöllns und der Umgebung

Insgesamt bieten Schmölln und Umgebung eine Vielzahl an Daseinsvorsorgeeinrichtungen in den Bereichen Bildung, Betreuung, Gesundheit und Pflege. Diese Angebote sind vornehmlich in den Kernstädten zu finden. Neben der Grundschule „Am Finken-

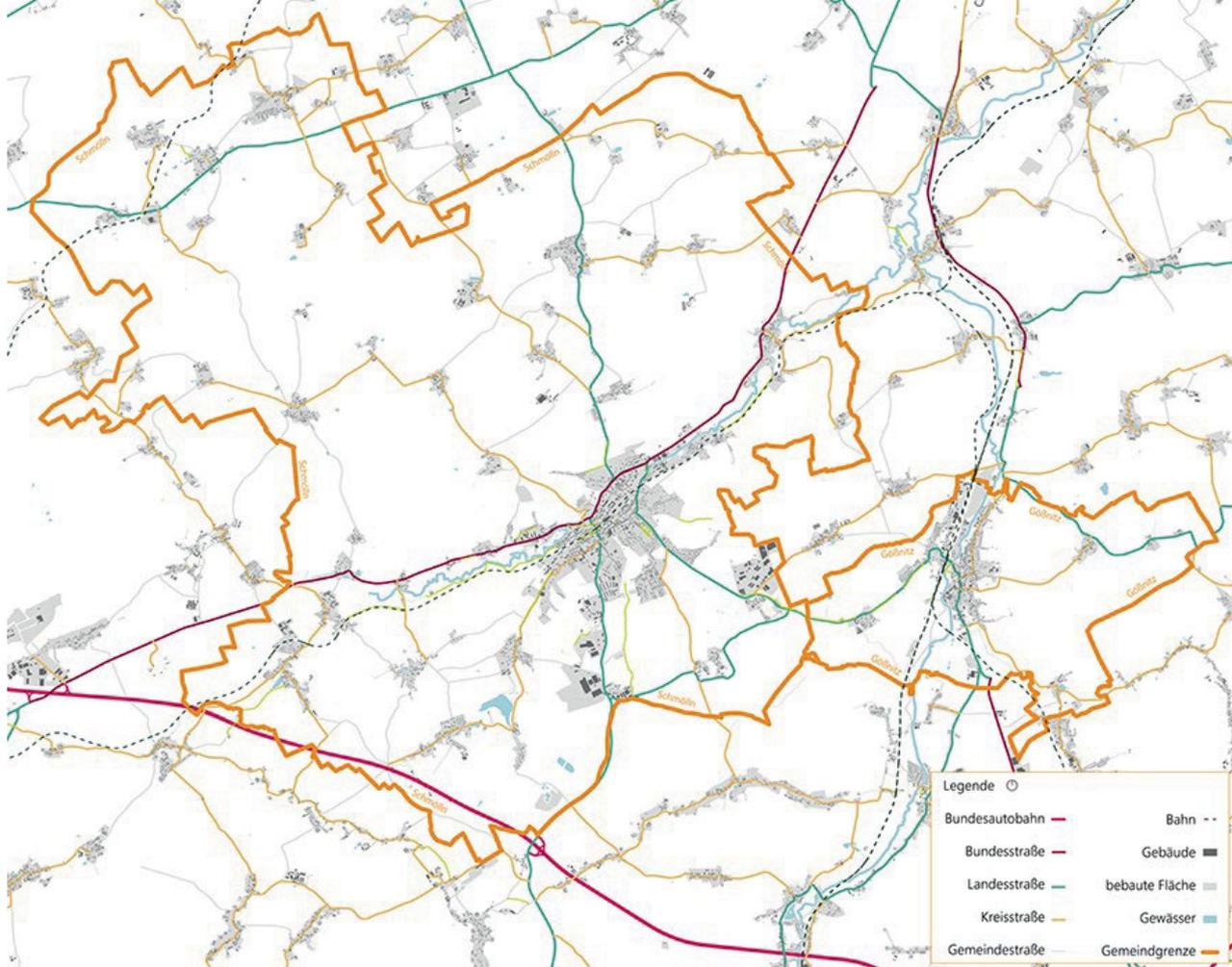
weg“ und der Regelschule „Am Eichberg“ befindet sich das „Roman-Herzog-Gymnasium“ in der Kernstadt. Zusätzlich sind in der Kernstadt ein Förderzentrum, eine Musikschule sowie eine Zweigstelle der Volkshochschule Altenburg vorhanden. In den Ortsteilen von Schmölln existiert in Altkirchen eine Grundschule und in Nöbdenitz eine Regelschule (Stadtverwaltung Schmölln 2024b). Eine weitere Grund- und Regelschule befindet sich als gemeinsamer Schulcampus in Gößnitz, dazu gibt es eine Grundschulfiliale in Ponitz. Die Kindertagesstätten sind dezentraler im Raum verteilt. Neben den vier Einrichtungen in der Kernstadt sind auch in den Ortsteilen Nöbdenitz, Altkirchen, Lumpzig, Weißbach und Dobitschen Kindergärten zu finden. In Gößnitz befinden sich weitere Kindergärten, ebenso in der Gemeinde Ponitz. Insgesamt stellt sich die Situation mit Grundschulen und Gymnasium in der Schmöllner Kernstadt als teilweise zentralisiert dar, teilweise als dezentralisiert. Die Dorflagen Altkirchen, Nöbdenitz, Ponitz und die Stadt Gößnitz bilden gewissermaßen einen Kranz an Schulstandorten (Grund- und Regelschulen) rund um Schmölln.

Auch die medizinische Versorgung ist in der Kernstadt Schmölln zentriert. Hier befinden sich neben zwei Apotheken auch ein Sanitätshaus, Pflegedienste, zwei Pflegeheime und physio- und ergotherapeutische Angebote. Darüber hinaus sind in der Kernstadt mehrere allgemein- und zahnmedizinische sowie weitere fachärztliche Einrichtungen ansässig. Gebündelt treten diese Angebote am Medizinischen-Versorgungszentrum (MVZ) und am Ärztehaus in der Walter-Kluge-Straße auf. Nöbdenitz stellt aufgrund des Gesundheitsbahnhofs (siehe Beitrag in diesem Band) einen weiteren Cluster für die medizinische Versorgung dar. In den übrigen Ortsteilen Schmöllns ist keine Gesundheitsinfrastruktur vorhanden. Lediglich in Dobitschen befindet sich eine Zahnarztpraxis.

In einigen dörflichen Ortsteilen sind gastronomische Angebote (Altkirchen, Taupadel, Löbichau, Lumpzig, Nöbdenitz, Großstöbnitz) vorhanden. Teilweise können die Räumlichkeiten für Festlichkeiten gemietet werden, so z. B. im Gasthof Großstöbnitz (Stadt Schmölln 2019: 27). Einzelhandels- und Lebensmittelgeschäfte sind in den dörflichen Ortsteilen nicht vorhanden. Lediglich in Taupadel befindet sich ein Lebensmittelgeschäft außerhalb der Kernstätte. Dort hat sich ein kleiner Supermarkt angesiedelt, der rund um die Uhr geöffnet ist (immer (K) auf o. J.).

Wie in einer Fallbringerstudie im ersten Forschungsjahr ersichtlich wurde, ist die Kinder- und Jugendarbeit in Schmölln und der Umgebung gut aufgestellt. Neben einem offenen Kinder- und Jugendtreffpunkt in der Kernstadt Schmölln, der verschiedene Bildungs- und Beratungsangebote bereithält, existiert auch eine mobile Jugendarbeit, die vor allem im ländlichen Raum tätig wird. An unterschiedlichen Standorten bietet sie Bildungs-, Freizeit- und Beratungsangebote an. In Kooperation mit Schulen finden auch auf den Schulhöfen Angebote statt. Neben diesen Angeboten existieren auch selbstverwaltete Jugendclubs. In Gößnitz, Dobitschen, Ponitz, Nobitz und Jückerberg sowie in den Kernstädten Schmölln und Gößnitz haben sich Jugendliche zusammengeschlossen.

Des Weiteren verfügt Schmölln über eine Vielzahl an Sportanlagen, die sich über das gesamte Gemeindegebiet verteilen. So befinden sich neben der



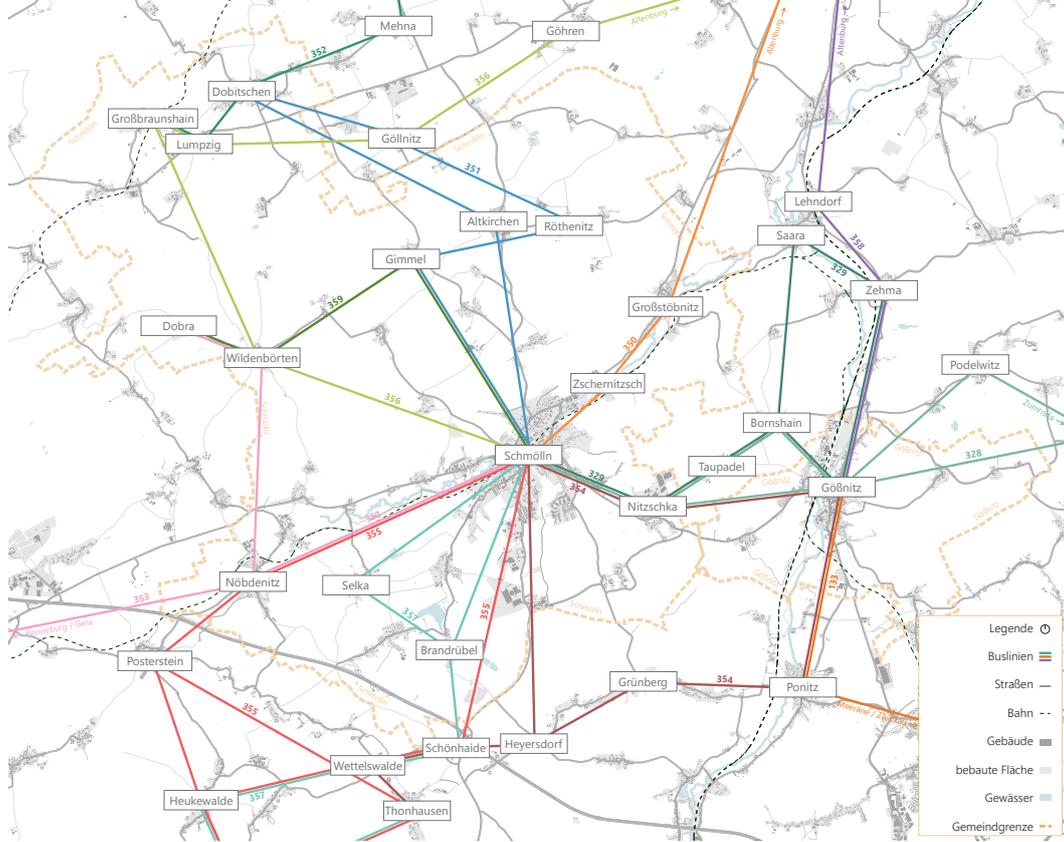
02 Straßennetz in Schmölln und Göbnitz, o. M.

(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

Kernstadt in den dörflichen Ortsteilen Wildenbörten, Lumpzig, Weißbach, Großstöbnitz, Bohra, Altkirchen, Nöbdenitz und Sommeritz Sportstätten. Dazu zählen unter anderem eine Kletterhalle, Turnhallen, Fußball- und Volleyballplätze, Kegelbahnen, ein Tennisplatz sowie eine Leichtathletikanlage (LEG Thüringen 2022: 77 ff.). Weitere Freizeiteinrichtungen sind das Freizeitbad Tatami und das Freibad in Altkirchen.

Für das gesellschaftliche Miteinander ist auch die Vereinslandschaft von großer Relevanz. Die am häufigsten vertretenen Vereinsformen in Schmölln, Göbnitz und Umgebung sind Sportvereine, gefolgt von Kultur-, Feuerwehr- und Kleingartenvereinen sowie sozialen Vereinen (ebd.: 76 f.). Die Vereine übernehmen auch eine zentrale Funktion bei der Durchführung von Veranstaltungen. So organisiert der Ortsverschönerungsverein in Nöbdenitz beispielsweise traditionell eine Frühlingswanderung oder Adventskaffees (Stadtverwaltung Schmölln o. J.).

Insgesamt ist somit eine Vielzahl an sozioinfrastrukturellen Angeboten in Schmölln, Göbnitz und Umgebung vorhanden. Die Angebote sind vornehmlich in den Kernstädten konzentriert. Dennoch sind auch dezentrale Angebote in den Ortsteilen vorzufinden und Vereinstätigkeiten sowie die mobile Jugendarbeit tragen zum sozialen Miteinander und zur gesellschaftlichen Integration bei. Verwiesen sei auch auf die Fallbringerstudie Jugendarbeit in diesem Band.



Ø3 Busverbindungen in Schmölln und Gößnitz, o. M.
 (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

Mobilität in Schmölln

Die Mobilität im Raum Schmölln-Gößnitz ist vorrangig durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) geprägt. Mit Blick auf die ökologische und soziale Verträglichkeit wird hier Handlungsbedarf sichtbar. Grundlage der folgenden Analyse bildet das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) der Städte Schmölln und Gößnitz, erstellt von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen im Jahr 2022. Neben den beiden Bahnstrecken (Thüringer RE1/RE3 sowie S5/S5x) wird der lokale ÖPNV durch den Busverkehr dominiert. Eine Plusbuslinie verbindet Schmölln mit Altenburg im Stundentakt, ebenfalls existieren zwei Buslinien innerhalb des Schmöllner Stadtgebiets im Taktverkehr, der Rest verkehrt rein bedarfsorientiert, also Schüler- und Berufsverkehr. Der Bahnhof Schmölln fungiert als Knotenpunkt, an dem Bahn- und Busverbindungen gebündelt werden und ein Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln möglich wird. Neben zwei Stadtverkehrslinien (F, H) innerhalb des Stadtgebiets von Schmölln und der Plusbuslinie 350 verbinden zehn Buslinien (133, 328-329, 351-358; MDV 2021) die umliegenden Dörfer mit den beiden Städten und darüber hinaus mit Altenburg, Gera und Ronneburg. Der ÖPNV leidet in den ländlichen Räumen unter moderaten Auslastungsproblemen, was ein Risiko für das Ziel einer nicht-MIV-basierten Mobilität in der Region darstellen könnte (LEG Thüringen 2022: 92). Er bietet jenseits der Linien F, H und 350 aufgrund der fehlenden Verlässlichkeit des Taktverkehrs aber kein attraktives Angebot.

Neben einem Radverkehrskonzept werden auf regionaler Ebene eine Reihe weiterer informeller Planungen und Konzepte, vom Lärmaktionsplan hin

zum ÖPNV-Projekt „Schmölln macht mobil“ umgesetzt. Der Lärmaktionsplan sieht im Verkehrsbereich verschiedene Maßnahmen zur Vermeidung von Lärmbelastungen vor, darunter die Weiterentwicklung des ÖPNVs und den Ausbau des Radwegenetzes (LEG Thüringen 2022: 22). Das Projekt „Schmölln macht mobil“, welches im Rahmen des ersten Förderjahres des Forschungsprojektes ISDN durch eine Fallbringerstudie untersucht wurde, wurde vom Mitteldeutschen Verkehrsbund in Zusammenarbeit mit der Stadt Schmölln initiiert. Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderten Programms erarbeiteten sie in Zusammenarbeit mit verschiedenen Forschungsinstituten und anderen Landkreisen im Länderdreieck Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ein entsprechendes Konzept, was seit 2013 umgesetzt wird. Ziel ist die Optimierung des ÖPNVs im Schmöllner Raum sowie die Abkehr vom Schülerverkehr hin zum „Jedermannverkehr“. Wesentliche Schwerpunkte sind dabei die verkehrliche Anbindung der Versorgungseinrichtungen der Bereiche Bildung, Verwaltung und medizinische Versorgung sowie eine verbesserte Anbindung der Gewerbegebiete. Damit bildet das Projekt einen Schnittpunkt zwischen den Themenfeldern Mobilität, Demografie, Arbeit und Wirtschaft (ebd.: 24). Ergebnis war die Einführung der zusätzlichen Buslinien F und H.

Das Klimaschutzkonzept „Schmölln – klimaaktiv“ wurde zwischen 2014 und 2015 erarbeitet. Es analysiert übergreifend für die Städte Schmölln, Gößnitz und ihre Ortsteile die „notwendigen Akteure sowie Energieverbrauch, Wärmeversorgung, Verkehr und die allgemeine stadtplanerische Ausgangssituation“ (ebd.: 26). Das Endprodukt bildet ein Maßnahmenkatalog, der „Potenziale und konkrete Einsparzielstellungen für Energie und CO₂-Ausstoß verknüpfen“ soll (ebd.: 25). Zu den Maßnahmen zählt z. B. die Reduzierung des im Gebiet erzeugten Verkehrs. Für das Thema des CO₂-Ausstoßes werden aber bundesweite Rahmenbedingungen relevanter sein.

Die Erstellung des ISEKs war durch die Einbindung der Bürger:innen in Form von verschiedenen partizipativen Beteiligungsformaten gekennzeichnet. Dabei stellte sich heraus, dass insbesondere in der Kernstadt Schmölln die Bürger:innen sehr zufrieden mit der stadtplanerischen Gesamtsituation sind. In Gößnitz wird die allgemeine Zufriedenheit geringer eingeschätzt, was auf einen Handlungsbedarf für die Stadtentwicklung und -politik hinweist (ebd.: 92). Besonders positiv wurde in beiden Städten allerdings die attraktive Lage in Bezug auf die Verkehrsanbindung, sowie die Einbettung in die Landschaft und Natur hervorgehoben. Diese Ergebnisse ließen sich durch die im Rahmen des Forschungsprojektes durchgeführte Schüler:innenbefragung bestätigen (siehe Unterschiedliche Mobilitätsbedarfe – Soziale Dimensionen von Mobilität und Erreichbarkeit).

Eins der vier behandelten thematischen Handlungsfelder bildete der Themenraum Wohnen und Mobilität/Verkehr. Als Stärke nehmen die Bürger:innen die S-Bahn-Anbindung nach Leipzig und die Park&Ride-Möglichkeiten an den Bahnhöfen wahr, auch wenn diese aktuell nur am Bahnhof Schmölln ausgebaut sind. Sie erwähnten außerdem die positiven Auswirkungen des Projekts „Schmölln macht mobil“ (ebd.), also die Buslinien F und H. Dabei ist klar, dass die Buslinien zumindest den im Stadtgebiet wohnenden Gymnasiast:innen in den Nachmittagsstunden eine eigenständige Mobi-

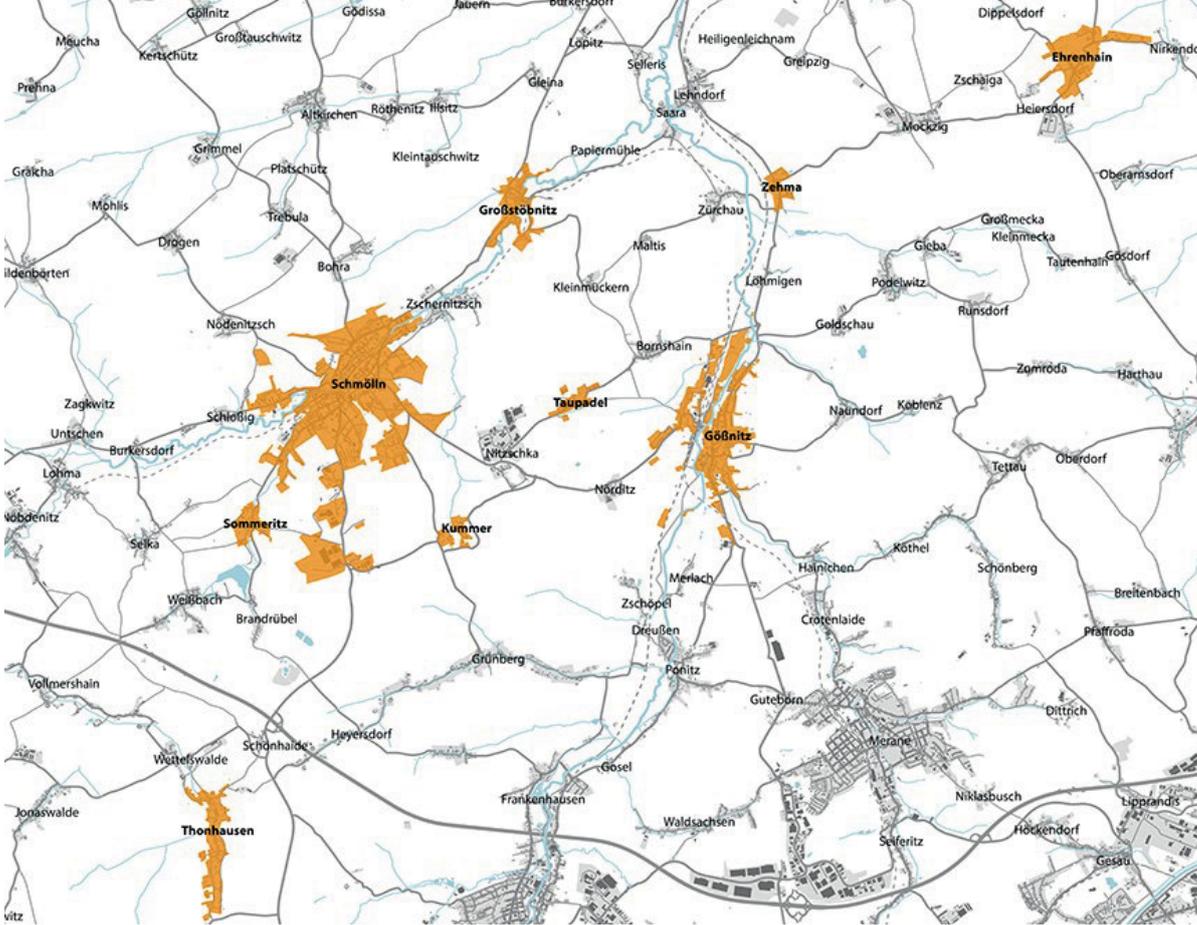
lität ermöglichen. Bemängelt wurde, dass die ÖPNV-Anbindungen in den Abendstunden unzureichend wären, die Bahnhöfe und Haltestellen nicht durchgängig barrierefrei sind und die Radwege im Gemeindegebiet, insbesondere in Gößnitz, Lücken aufweisen.

Im Regionalplan Ostthüringen wird als übergeordnetes Ziel für die zukünftige Entwicklung der Region der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur formuliert (ebd.: 14). Ein zentraler Aspekt ist die Forderung nach einer raschen Realisierung des zweigleisigen Ausbaus und der Elektrifizierung des Schienenteilsabschnitts Weimar – Jena – Gera – Gößnitz, wie im Bundesverkehrswegeplan 2030 festgeschrieben (ebd.). Dieses Vorhaben wird derzeit durch die Deutsche Bahn umgesetzt (Deutsche Bahn AG 2024). Der Ausbau der Strecke Leipzig – Hof – Karlsruhe durch die Deutsche Bahn führt dazu, dass die Bahnhöfe Gößnitz und Ponitz auf zeitgemäßes Niveau gebracht werden, was den grundlegenden Bahnbetrieb betrifft (z. B. neue, barrierefreie Bahnsteige und Zugänge).

Ziele der Stadtentwicklung werden im ISEK in verschiedenen Handlungsfeldern, darunter „Mobilität und Verkehr“, beschrieben (LEG Thüringen 2022: 103). Die formulierten Maßnahmen zielen neben bedarfsgerechten Angeboten in den Bereichen Freizeit, Kultur, Bildung und Sport auf leistungsfähige Mobilitätsmodule ab. Dabei referiert das ISEK allgemein gültige Ziele, die auf Schmölln-Gößnitz anwendbar, aber nicht spezifisch für diese formuliert sind. Das sind u. a.

- Ausbau der Bahnhöfe zu intermodalen Mobilitätsknoten
- Bereitstellung von Ladeinfrastruktur
- Nichtmobilitätsbezogene Nutzungen wie Cafés an Bahnhöfen (am Bahnhof Schmölln bereits vorhanden)
- Barrierefreiheit der Bahnhalte (z. T. durch abgeschlossene und laufende Baumaßnahmen der Deutschen Bahn realisiert)
- Erprobung eines Rufbuskonzepts für die Anbindung der Dörfer und bedarfsgerechte Auswertung des Taktbusverkehrs (abhängig von Finanzierungssituationen des Landkreises und Freistaats)
- Erhöhung des Modal-Split-Anteils des Radverkehrs (Lückenschließungen entlang übergeordneter Hauptverkehrsstraßen)
- Erhöhung der Verkehrssicherheit und Reduzierung der Lärmbelastung der nahen Autobahn

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die regionale Mobilitätsinfrastruktur insgesamt solide ist, jedoch besonders im Bereich des ÖPNV noch Verbesserungsbedarf besteht. Die Ziele im Handlungsfeld „Mobilität und Verkehr“ konzentrieren sich auf eine nachhaltige Entwicklung der Mobilität und einen bedarfsorientierten Ausbau der Infrastruktur, um die Anforderungen der Bevölkerung angemessen zu erfüllen (LEG Thüringen 2022: 110). Die Maßnahmen besitzen einen primär technischen Charakter und werden den Raumeindruck vor allem auch deswegen nur kaum ändern, da insbesondere die Bahnhöfe Schmölln, Gößnitz und Nöbdenitz bereits als besondere Orte im Gemeindeverbund definiert sind: Nöbdenitz mit seinem Gesundheitsbahnhof, Schmölln als Bahn-Bus-Mobilitätsknoten und Gößnitz als Umsteigeknoten zwischen RE1 und S-Bahn.



04 Wohnorte der befragten Jugendlichen, o. M.,
(Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

Unterschiedliche Mobilitätsbedarfe – Soziale Dimensionen von Mobilität und Erreichbarkeit

Im Rahmen des projektorientierten Schulunterrichts der Sekundarstufe I wurden die räumliche Verteilung von Angeboten der Daseinsvorsorge und die damit verbundenen Anforderungen an die individuelle Mobilität thematisiert. Die Schüler:innen erstellten innerhalb eines Monats Hefter und präsentierten ihre Bezüge zur sozialen Infrastruktur im eigenen Wohnort. Es stellte sich heraus, dass viele der 14- bis 17-jährigen Schüler:innen aus dörflichen Ortsteilen und nur wenige aus den Kernstädten von Schmölln oder Gößnitz stammen.

Die Schmöllner Kernstadt bildet mit dem Gymnasium ein Zentrum für den Alltag der Jugendlichen. Außerdem wurde aufgezeigt, dass hier genügend Einkaufsmöglichkeiten vorhanden sind und eine große Auswahl an verschiedenen Lebensmittelläden vorliegt. Auch das kulturelle Angebot in der Kernstadt wurde von den Schüler:innen positiv bewertet. Vor allem in den Bereichen Sport und Musik seien ausreichend Angebote vorhanden.

Die Schüler:innen zeigten jedoch auch Herausforderungen ihrer – zumeist dörflichen – Wohnorte auf. Am häufigsten wurde das geringe Freizeitangebot kritisiert: Vor allem für junge Menschen bestehen in den Ortsteilen nur wenige Angebote. Sowohl Einrichtungen als auch Vereine werden überwiegend in der Kernstadt besucht. Ein weiterer Kritikpunkt ist das Fehlen von Treffpunkten für Jugendliche. Die Schüler:innen vermissen öffentliche

Plätze, an denen sie sich treffen und gemeinsam Zeit verbringen können. (Beim Besuch vor Ort war auffällig, dass der Marktplatz immer wieder zum ‚Abhängen‘ genutzt wird; ob das zu Konflikten führt, wurde nicht geprüft, erscheint aber naheliegend.) Zudem bemängelten die Schüler:innen die fehlende Grundversorgung durch Lebensmittelläden in den Ortsteilen. Vor allem für Jugendliche stellt dies eine Herausforderung dar, weil sie in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Sie sind auf den ÖPNV oder ihre Eltern angewiesen und können nicht eigenständig weite Strecken zurücklegen. Die Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu Fuß oder mit dem Fahrrad ist somit von besonderer Bedeutung. Da die Jugendlichen verteilt im Gemeindegebiet wohnen, ist es auch zur Pflege sozialer Kontakte notwendig, weite Strecken zurückzulegen. Die Anbindung der Ortsteile durch den ÖPNV wurde von den Schüler:innen häufig kritisiert. Eine zu geringe Taktung des Busses oder die fehlende Anbindung von Ortsteilen wurde beanstandet. Etwa die Hälfte der befragten Schüler:innen besitzt einen Moped-Führerschein, den sie in Thüringen ab 15 Jahren erwerben können.

Die Jugendlichen schätzen an ihrem Wohnort vor allem die Landschaft und Natur. So wurden folgende positive Eigenschaften der Wohnorte genannt: idyllisch, entspannt, landschaftlich schön, sehr ländlich, charismatisch, einladend, ruhig. Auch der soziale Zusammenhalt wurde mehrfach positiv erwähnt, zum Beispiel mit den Hinweisen auf freundliche und aufgeschlossene Menschen, „jeder kennt jeden“, Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe.

Freizeitorte der Jugendlichen

Von den Schüler:innen wurde eine Übersicht über Orte erstellt, die sie in ihrer Freizeit nutzen. Hier wurden Orte verschiedener Kategorien genannt. Die Wertschätzung der Natur und Landschaft durch die Jugendlichen kommt auch in der Nennung öffentlicher Freiräume zum Ausdruck. Genannt wurden der Ernst-Agnes-Turm, der Altenburger Markt, der Park am Inselzoo in Altenburg, der Dorfteich in Taupadel, der Stausee in Brandrübels, der Schafberg oder ein Feldweg nach Zschernitz. Diese Orte werden überwiegend als Treffpunkte mit Freunden genutzt oder auch zum Spazieren gehen und Sport treiben.

Sport stellt insgesamt eine häufige Freizeitbeschäftigung der Schüler:innen dar. Dies zeigt sich in den vielen unterschiedlichen Infrastruktureinrichtungen und Vereinen, die sie frequentieren. Dazu zählen der Sport- und Fußballplatz in Schmölln, der Crimmitschauer Eishockeyverein, der Tennisplatz in Sommeritz, die „Alte Ziegelei“, ein Fitnessstudio in Altenburg, das Freizeitbad Tatami, der Sportverein Gößnitz und das Schwimmbad in Gößnitz. Auch kulturelle Einrichtungen werden von den Schüler:innen aufgesucht, darunter die Musikschulen und Bibliotheken in Schmölln und Gößnitz sowie das Theater in Altenburg. Des Weiteren wurden auch Infrastruktureinrichtungen wie ein Lebensmittelladen, der immerkauf „Dorfkonsum“ in Taupadel, ein Landgasthof und Modegeschäfte in Leipzig genannt. Weitere Orte, die zur Geselligkeit aufgesucht werden, sind die Feuerwehr in Taupadel und Gößnitz sowie die Disco „Stak“ in Schmölln.

Die Schüler:innen listeten darüber hinaus auf, welche Infrastrukturen sie in den nahegelegenen größeren Städten (Altenburg, Gera, Erfurt, Jena, Wei-

mar und Leipzig) nutzen. Es zeigt sich, dass die größeren Städte häufig zur Freizeitgestaltung an Wochenenden besucht werden. Vor allem Tagesausflüge zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, zum Besuch von Zoos und Tierparks oder kulturellen Veranstaltungen werden dorthin unternommen. Ein weiterer Grund des Besuchs ist das Aufsuchen von Geschäften, die es in Schmölln und den Ortsteilen nicht gibt. Einkaufszentren und die Innenstädte bieten eine größere Auswahl an Einzelhändlern und Restaurants. Dazu kommen Besuche von Familienangehörigen, die in diesen Städten wohnen.

Für einen Teil der Jugendlichen war auffällig, dass ländliche wie metropolitane Orte miteinander verbunden werden; der Weg nach Gera ins Shopping-Center, nach Altenburg zur Theater-AG oder nach Leipzig zu (milieunäheren) Freund:innen stand gleichberechtigt neben Aktivitäten in der ein oder anderen Dorfgemeinschaft. Gerade hier liegt das Potenzial der Ausrichtung öffentlicher Mobilitätsangebote auf die Verknüpfung ländlicher und metropolitaner Lebensorte. Wer als Jugendlicher problemlos von der Gemeinde Schmölln nach Leipzig kommt, ist vielleicht später eher bereit, als Fachkraft aus der Metropole in den ländlichen Raum zu pendeln, selbst wenn das ländliche Leben dann nicht mehr zum Lebensstil als erwachsene Person passen mag (gerade mit Blick auf Gender-Aspekte oder andere Diversitäts-Merkmale).

Mobilitätsverhalten der Jugendlichen

Die soziale Infrastruktur wird von den Schüler:innen, sofern sie sich im Wohnort befinden, häufig zu Fuß aufgesucht. Die Nutzung des Fahrrads wird weniger präferiert. Für weiter entfernte Freizeitaktivitäten werden häufig die Eltern um Unterstützung gebeten, mit dem Auto den Fahrdienst zu übernehmen. Die öffentlichen Verkehrsmittel wurden nur selten als bevorzugtes Verkehrsmittel genannt. Kritikpunkte hierbei waren die unzureichende Taktung und die mangelnde Flexibilität.

Die Möglichkeit, dass Jugendliche in Thüringen bereits ab 15 Jahren einen Moped-Führerschein machen können, nutzt fast die Hälfte der befragten Schüler:innen. Hier zeigt sich allerdings eine Disparität zwischen den Jugendlichen, die in der Kernstadt Schmölln wohnen, im Vergleich zu denen, die in den dörflichen Ortsteilen leben: In der Kernstadt besitzt niemand einen Führerschein, während der Anteil der Führerscheinbesitzer in den Dörfern signifikant über dem Klassendurchschnitt liegt. Für die Entscheidung konnten die Jugendlichen mehrere Gründe nennen: Der Führerschein verschafft ihnen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Sie sind nicht mehr auf die Eltern oder den ÖPNV angewiesen, um weitere Strecken zurückzulegen. Durch den Führerschein werden keine Freizeitaktivitäten ausgeschlossen, da auch weiter entfernte Einrichtungen einfacher erreicht werden können. Zudem können die Schüler:innen durch die Fahrt mit dem Moped Zeit einsparen. Sie können ihre Ziele schneller erreichen, ohne Wartezeiten auf Busse oder Bahnen einplanen zu müssen. Als weiterer Vorteil wurde die gewonnene Flexibilität genannt. Dadurch, dass die Schüler:innen nicht mehr auf andere angewiesen sind, um ihre Freizeitaktivitäten zu erreichen, sind auch spontane Unternehmungen möglich. Es ist keine vorherige zeitliche Planung der Hin- und Rückfahrt notwendig.

Unterschiede zwischen den Schüler:innen

Durch die Angaben wurde deutlich, dass zwischen den Schüler:innen zahlreiche Unterschiede bezüglich der Aktivitäten und besuchten Freizeitorde bestehen. Auffällig ist, dass Aktivitäten und Vereine vermehrt in unmittelbarer Umgebung aufgesucht werden, das heißt, der Wohnort beeinflusst die Freizeitgestaltung der Jugendlichen maßgeblich.

Ebenso unterscheidet sich das Mobilitätsverhalten. Schüler:innen mit Führerschein sind flexibler und nehmen häufiger weitere Wege zur Gestaltung ihrer Freizeit in Kauf. Städtische Jugendliche haben in diesem Zusammenhang üblicherweise einen Vorteil, da sie ihre Ziele zu Fuß erreichen können oder aufgrund der guten Busverbindungen in der Kernstadt den ÖPNV nutzen können. Im Gegensatz dazu müssen die dörflichen Jugendlichen oft längere Strecken zurücklegen, um Vereine und Aktivitäten in ihrer Freizeit zu erreichen. Sie sind stärker auf den ÖPNV oder die Unterstützung ihrer Eltern angewiesen und weniger flexibel in der Gestaltung ihrer Freizeit. Neben dem Wohnort und dem Mobilitätsverhalten sind aber selbstverständlich auch Interessen entscheidend, welche Orte von Jugendlichen aufgesucht werden und welche Sichtweise sie auf die verschiedenen Orte haben.

Wünsche und Lösungsvorschläge

Zuletzt wurden auch die Wünsche der Jugendlichen bezüglich der infrastrukturellen Ausstattung erhoben. Neben einem erweiterten Angebot an Freizeitaktivitäten, Veranstaltungen, Vereinen und Treffpunkten, äußerten die Befragten den Wunsch nach einer verbesserten Anbindung der Dörfer an den ÖPNV, der Einrichtung von Lebensmittelläden in den Ortsteilen sowie der Einbindung von Jugendlichen bei der Planung und Gestaltung ihrer Umgebung.

Es wurden auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Die Wiederbelebung von Dorffesten soll die Dorfgemeinschaft stärken und auch in ländlichen Gebieten Veranstaltungen ermöglichen. Die Schüler:innen schlugen zudem gemeinschaftliche Aktivitäten in den Ortsteilen vor, die neben der Verbesserung der Grundversorgung auch soziale Kontakte stärken sollen. Zum Beispiel wurde die Idee einer „Dorfbäckerei“ vorgeschlagen, bei der Bürger:innen backen und Backwaren untereinander austauschen. Ansätze diesbezüglicher Aktivitäten wurden aus Nöbdenitz berichtet. Auch wurde vorgeschlagen, Leerstände in den Dörfern umzunutzen, um die Versorgung sicherzustellen. So könnte beispielsweise der ehemalige Kindergarten in Kummer zu einem Lebensmittelladen umfunktioniert werden.

Für die Kernstadt wurden auch konkrete Verbesserungsvorschläge aufgezeigt. An öffentlichen Plätzen wurde das Sicherheitsempfinden bemängelt, welches durch die Errichtung von Überwachungskameras verbessert werden könnte. Die Bibliothek sollte moderner gestaltet und für Jugendliche durch bessere Aufenthaltsmöglichkeiten, Internetzugang und einem größeren Schul- und Jugendbücher Angebot attraktiver werden. Der Brauereiteich sollte durch Veranstaltungen wie Flohmärkte, Wochenmärkte, Auftritte der Musikschule und Food-Messen häufiger genutzt werden. Weitere Wünsche der Jugendlichen waren die Verschönerung der Wiesen und Freiflä-

chen als Treffpunkte für Jugendliche und Familien, sowie die Verbesserung der Restaurantauswahl und Errichtung einer Drogerie in Schmölln. (In der Zwischenzeit hat in Schmölln ein Drogeriemarkt eröffnet.)

Insgesamt hat der Schulunterricht mit den Jugendlichen deren Sichtweise auf die sozioinfrastrukturelle Ausstattung Schmöllns, Gößnitz und der angrenzenden Ortsteile gezeigt. Die in der Freizeit besuchten Orte und das Mobilitätsverhalten der Jugendlichen konnten herausgearbeitet werden. Zudem wurden Wünsche und Lösungsvorschläge zur Verbesserung der derzeitigen Situation sowie zur Attraktivierung des Angebotes aufgezeigt.

Fazit – Bedarfsgerechte Planung der sozialen Infrastruktur und Mobilität

Kleinstädte im ländlichen Raum stehen vor der Herausforderung, die Verkehrswende voranzutreiben und die Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu sichern. Die Untersuchungen im Forschungsprojekt ISDN haben gezeigt, dass es dazu eine bedarfsgerechte Planung erfordert, die auch Personen berücksichtigt, die aufgrund ihres Alters oder anderer Umstände kein eigenes motorisiertes Verkehrsmittel besitzen.

Zumeist in Großstädten gewonnene Erkenntnisse über die unterschiedlichen Mobilitätsbedarfe von Mädchen und Jungen (genauso wie von Frauen und Männern allgemein) sind auf den ländlichen Raum zu übertragen; nicht, weil die Bedürfnisse der Menschen andere sind, sondern die Art und Weise, wie man bei der kommunal verantworteten Gestaltung des öffentlichen Raums vorgehen kann. Eine Radwegeinfrastruktur (Block/Knacker 2023) zum ziellosen Umherstreifen für Jungen (siehe oben) ist ebenso wichtig wie die Eignung des öffentlichen Raums, um in kleinen Gruppen oder zu zweit in der Nähe von zentralen Haltestellen „abhängen“ zu können (eher Mädchen zugeschrieben, s.o.). Die Gestaltung von Bushaltestellen, sicherlich in graduellen Abstufungen zwischen der Haltestelle am Schulcampus und einer Haltestelle in einem Dorf, ist kein Luxus, sondern ein Fokus auf die Alltagsräume der Jugendlichen, die auf dem Land wohnen. Die Mobilitätsinfrastruktur im ländlichen Raum ist nach wie vor stark auf das Auto ausgerichtet und schränkt Jugendliche dadurch in ihrer Freizeitgestaltung und ihrem Aktionsradius ein. Während Jugendliche, die in der Kernstadt wohnen, Freizeitaktivitäten leichter zu Fuß oder mit dem Bus erreichen können, müssen Jugendliche, die in den dörflichen Ortsteilen wohnen, weite Wege in Kauf nehmen. Somit beeinflussen neben den Interessen und Hobbys auch die unterschiedlichen Wohnorte welche Freizeitaktivitäten die Jugendlichen wahrnehmen und welche Vereine sie besuchen. Der Führerschein wird im ländlichen Raum von Jugendlichen mit Freiheit und Unabhängigkeit assoziiert. Durch ihn sind die Jugendlichen flexibler in ihrer Freizeitgestaltung und nicht auf öffentliche Verkehrsmittel oder die Mitnahme durch die Eltern oder andere Personen im privaten Umfeld angewiesen. Hier spielt auch das Thema Wahrnehmung insofern eine Rolle, dass negative Erlebnisse verbunden mit raumbezogener Unsicherheit langfristige Wirkungen zeitigen können: Den „letzten Bus“ verpasst zu haben, „nach Hause aufs Dorf“ laufen zu müssen, dabei gegebenenfalls Unsicherheit zu emp-

finden, kann abschreckend in Bezug auf das gesamte System öffentlicher Mobilität wirken. Das dürfte nicht nur in der Theorie eher Mädchen als Jungen betreffen, die anekdotische Evidenz aus den Gesprächen mit Schmöllner Gymnasialschüler:innen bestätigte zumindest diese Erwartungshaltung der Forschung an Genderunterschiede. Um die gesellschaftliche Teilhabe für Jugendliche zu erleichtern – denn um diese geht es letztendlich – kann als Ziel festgehalten werden, dass die flexible Anbindung der Ortsteile gerade in den Nachmittagsstunden (nach der Schule) ausgebaut werden sollte. Dieses Teilhaben hat dann auch etwas mit Bindungskraft an die Heimat zu tun.

Es geht nicht nur um den Schulbus zurück nach Hause, sondern um die Möglichkeit, selbstbestimmt im Gemeindegebiet den Nachmittag (mit Freund:innen) zu verbringen. Das Vorhandensein zentraler Haltestellen wie der Bahnhöfe Schmölln (das Gymnasium ist von dort aus fußläufig erreichbar) und Gößnitz, dem Marktplatz Schmölln sowie weiterer Haltestellen entlang von Linien im Stundentakt (F, H, 350) sowohl in dörflichen wie städtischen Teilen der Gemeinde zeigt dabei bereits Orte auf, die für Jugendliche eine solche Funktion bekommen können. Sollte eine Buslinie dereinst stündlich die Kernstädte Schmölln und Gößnitz verbinden, wäre ein reguläres Enden der Linie nicht am Bahnhof Gößnitz, sondern am Schulcampus geboten, um dann auch diesen ganztägig im Stundentakt erreichbar zu gestalten. Es müssen Konzepte gefunden werden, die bedarfsgesteuert und finanziell zu stemmen sind.

Gleichzeitig ist auch die sozioinfrastrukturelle Ausstattung des Raumes immer im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit zu planen. Durch das Netz an Daseinsvorsorgeeinrichtungen entstehen entsprechende Mobilitätsbedarfe. Die Ausbildung von Mobility Hubs an diesen Alltagszielen kann das Mobilitätsangebot erweitern und alternative Mobilitätsformen zum Auto in den Fokus rücken. Vor allem der Radverkehr spielte bei den Jugendlichen in Schmölln und Umgebung eine untergeordnete Rolle. Das Fahrrad wird nur von wenigen Schüler:innen als Fortbewegungsmittel genutzt. Im Hinblick auf die ausbaufähige Radverkehrsinfrastruktur liegen hier Entwicklungsmöglichkeiten, um die Attraktivität des Radverkehrs zu steigern. Auch die Entwicklung hin zu E-Bikes ermöglicht es, die topografischen Herausforderungen leichter zu überwinden und dadurch die Attraktivität in Schmölln, Gößnitz und den dazugehörigen Ortsteilen zu erhöhen.

Die Ergänzung der Angebote durch ehrenamtlich Tätige stellt eine Bereicherung für die Jugendlichen dar. Durch Vereinstätigkeiten wird in den dörflichen Ortsteilen ein soziokulturelles Angebot geschaffen, sodass auch in deren Wohnorten Aktivitäten stattfinden. Es ist daher erforderlich, dass die Kommune in den Ortsteilen Gebäude und öffentliche Räume vorhält, die für die Angebote und Veranstaltungen genutzt werden können, und ein entsprechendes Raummanagement betreibt. Somit besteht auch die Option, dass Einrichtungen, die ihren Standort in der Kernstadt haben, dezentral Angebote in den verschiedenen Ortsteilen anbieten können und die Nutzer:innen kürzere Distanzen zurücklegen müssen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Ob eine entsprechende Nutzerdichte vorliegt, muss durch Veranstaltungen überprüft werden. Mobile Angebote wie die mobile Jugendarbeit tragen zusätzlich dazu bei, dezentral Ange-

bote zu schaffen und die Wegestrecken gering zu halten. Eine bedarfsgerechte Planung der sozioinfrastrukturellen Ausstattung sowie der Mobilität kann daher nur gelingen, wenn beide Handlungsfelder jeweils integriert betrachtet werden. Von zentraler Bedeutung sind dabei der Ausbau alternativer Mobilitätsformen als Ergänzung zum motorisierten Individualverkehr unter Beachtung der Potenziale der Digitalisierung, ein entsprechendes Raummanagement bei der Ergänzung dezentraler Angebote sowie die Gewinnung ehrenamtlichen Engagements.

Literatur und Quellen

ADAC (2018): ADAC Monitor „Mobil auf dem Land“ – Gesamtbericht 26.11.2018, ADAC S. E., Markt- und Meinungsforschung und Komma Forschungs- und Beratungsgesellschaft mbH. URL: <https://www.adac.de/-/media/pdf/motorwelt/adac-umfrage-mobil-auf-dem-land.pdf>, zuletzt geprüft am 28.03.2024.

Bauer, Uta; Bock, Stephanie; Meyer, Ulrike; Wohltmann, Heike (2006): Städtebau für Frauen und Männer, Das Forschungsfeld „Gender Mainstreaming im Städtebau“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau, Bonn: [BBR] Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Bauer, Uta; Frölich von Bodelschwingh, Franciska (2017): 30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung, Erfahrungen und Perspektiven, Berlin: [Difu] Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH.

[BBSR] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2017): Raumordnungsbericht 2017 – Daseinsvorsorge sichern. Bonn: [BBSR] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Becker, Heinrich; Moser, Andrea (2013): Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern – Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Report 12.

Beierle, Sarah; Tillmann, Frank; Reißig, Birgit (2016): Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demographischer Entwicklungen – Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen, Halle / Saale: DJI.

Birk, Maximilian; Eltner, Thomas; Larisch, Christian: Die 15-Minuten-Stadt in Klein- und Mittelstädten; in: Raumplanung 228 / 5-2024, S. 15–22.

Block, Sebastian; Knacker, Lena (2023): Radverkehr als Teil einer kleinstädtischen Verkehrswende – Erkenntnisse des Reallabors des ISDN-Forschungsprojektes, In: Krüger, Arvid (Hg.) Thüringen-Reader (Band II) Wohnen, Energie, Mobilität. Universität Kassel. Kassel: KOBRA (Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv), S. 135–150.

Boussauw, K.; Papa, E.; Fransen, K. (2023): Car Dependency and Urban Form. In: Urban Planning 8(3), S. 1–5.

Damyanovic, Doris; Reinwald, Florian; Gerda, Schneider (2007): „Jung sein – Älter werden am Land“ – Vermittlungsprozess zur Umsetzung von

Gender Mainstreaming (GM) in der räumlichen Planung als Beitrag zur nachhaltigen Gemeindentwicklung mit dem Ziel der Chancengleichheit von Frauen und Männern. In: Damyanovic, Doris; Reinwald, Florian (Hg.) *Wie Gender in den Mainstream kommt ...*, Theoretische und praktische Beiträge zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Landschaftsplanung und räumlichen Planung. Wien: Schriftenreihe des Instituts für Landschaftsplanung, Department für Raum, Landschaft und Infrastruktur, Universität der Bodenkultur Wien, S. 87-114.

Deutsche Bahn AG (2024): Ausbaustrecke Weimar–Gera–Göbnitz. URL: <https://elektrifizierung-wgg.deutschebahn.com/>, zuletzt 02.08.2024.

Flade, Antje (2010). Wohnen, Mobilität und Geschlecht. In: Reuschke, Darja (Hg.), *Wohnen und Gender: Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283-299.

Gaus, Dennis; Wittenberg, Erich (2023): Wenn der öffentliche Nahverkehr unzuverlässig ist, ist auch der Fahrpreis nicht relevant: Interview. In: *DIW Wochenbericht* 14 + 15 / 2023, S. 172.

Gipp, Christoph; Brenck, Andreas; Schiffhorst, Guido (2020): *Zukunftsfähige öffentliche Mobilität außerhalb von Ballungsräumen. Konzeption einer Angebots- und Organisationsmodernisierung, Ergebnisbericht*. Berlin: IGES Institut GmbH im Auftrag des ADAC e. V.

Gower, Alexa; Grodach, Carl (2022). Planning Innovation or City Branding? Exploring How Cities Operationalise the 20-Minute Neighbourhood Concept. In: *Urban Policy and Research*, 40(1), S. 36-52.

Grunert, Cathleen; Ludwig, Katja (2023): „Weil es oft Buskinder sind“ – kulturelle Teilhabe und Jugendarbeit in peripher(isiert)en ländlichen Regionen im Spannungsfeld differenter Regionalisierungsstrategien. In: *Soz Passagen* 15, S. 111-129.

Grunert, Cathleen; Ludwig, Katja; Mey, Günter (2023): Jugendliche in ländlichen Regionen (Editorial). In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research*, 2/2023, S. 143-147.

Heinrich-Böll-Stiftung, [VCD] Verkehrsclub Deutschland e. V. (2019): *Mobilitätsatlas 2019. Daten und Fakten für die Verkehrswende*, Berlin. URL: <https://www.boell.de/sites/default/files/2019-11/mobilitaetsatlas.pdf>, zuletzt geprüft am 27.03.2024.

Immer(K)auf (o. J.): *Jederzeit. Regional*. URL: <https://immer-kauf.com/>, zuletzt geprüft am 16.05.2024.

Klaas, Katharina; Kaas Elias, Alexander (2021): *Verkehrswende im ländlichen Raum*. Berlin: VCD Fact Sheet, 4/2021.

Krüger, Arvid (2024): *Die stadtentwicklungspolitische Begleitung der Verkehrswende – Mit der ISDN zum Bahnhofsviertelbebauungsplan für*

Göbnitz. In: Krüger, Arvid (Hg.) Thüringen-Reader (Band II) Wohnen, Energie, Mobilität. Universität Kassel. Kassel: KOBRA (Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv), S. 231–251.

[LEG Thüringen] Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (2022): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schmölln / Göbnitz 2030. Schmölln: Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen.

Ludwig, Katja (2021): Kindheit, Jugend und regionale Disparitäten, In: Krüger, Heinz-Hermann (Hg.), Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–29.

Martens, Sabine (2002): Ergebnisse der Studie „Gendergerechte Verkehrsplanung in Baden-Württemberg“. Stuttgart: Arbeitspapier, Arbeitsbericht / Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg Nr. 220.

MDV (Mitteldeutscher Verkehrsverbund) (2021): Liniennetz Landkreis Altenburger Land und Region Borna, URL: https://www.mdv.de/site/uploads/lnp_altenburgerland.pdf, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Mey, Günter (2021): Jugendliche in ländlichen Regionen – Jugendforschung in der Peripherie, In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research, 3/2021, S. 375–380.

Moreno, C.; Allam, Z.; Chabaud, D.; Gall, C.; Pratlong, F. (2021): Introducing the 15-Minute City, Sustainability, Resilience and Place Identity in Future Post-Pandemic Cities. Smart Cities, 4/2021, S. 93–111.

Nadler, Robert; Fina, Stefan (2021): Nachhaltige Mobilität als umweltpolitisches Handlungsfeld in Kleinstädten, In: Steinführer, Annett; Porsche, Lars; Sondermann, Martin (Hg.) Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover: Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, S. 177–188.

Nobis, Claudia; Hergert, Melanie (2020): Mobilität in ländlichen Räumen – Betrachtungen aus Sicht der Verkehrswende und der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen, In: Internationales Verkehrswesen (72) 4/2020. Hamburg: Deutscher Verkehrs Verlag Media Group, S. 40–43.

Oswalt, Philipp; Rettich, Stefan; Roost, Frank; Meyer, Lola; Böker, Franziska; Jeckel, Elisabeth (2021): Bauen für die neue Mobilität im ländlichen Raum – Anpassung der baulichen Strukturen von Dörfern und Kleinstädten im Zuge der Digitalisierung des Verkehrs. Bonn: BBSR-Online-Publikation 13/21.

Protze, Käthe (2009). Hausen statt Wohnen: von der Hartnäckigkeit gesellschaftlicher Wertvorstellungen in wechselnden Leitbildern; Vorschlag für einen Blickwechsel. Kassel: Notizbuch 74 der Kasseler Schule / Universität Kassel.

Romeo, Eva F.; Lay, Anne-Séverine; Liechti, Markus (2022): Gendereffekte der Digitalisierung in der Mobilität: Wie die Digitalisierung das Gender Gap

in der Mobilität beeinflussen könnte, In: Laesser, Christian; Bieger, Thomas; Axhausen, Kay W. (Hg.), Schweizer Jahrbuch für Verkehr 2022. St. Gallen: SVWG Schweizerische Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft IMP-HSG Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St. Gallen, S. 81–100.

Schiffers, Birgit; Schumacher, Daniela; Stricker, Lisa (2023): Jung & Engagiert im Ländlichen Raum – Ehrenamtliches Engagement am Übergang zum Erwachsenenalter im Ländlichen Raum Baden-Württembergs, Jugendstiftung Baden-Württemberg, Sersheim. URL: https://www.jugendstiftung.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Jung_und_Engagiert_2023.pdf, zuletzt geprüft am 05.08.2024.

Schwedes, Oliver; Ringwald, Roman (2021): Daseinsvorsorge und Öffentliche Mobilität: Die Rolle des Gewährleistungsstaats. In: Schwedes, Oliver (Hg.), Öffentliche Mobilität. Wiesbaden: Springer, S. 23–51.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP (2021–2025) Mehr Fortschritt Wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag 2021–2025. URL: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, zuletzt geprüft am 27.03.2024.

Stadt Schmöln (2019): Gemeindliches Entwicklungskonzept Dorfregion Schmöln, Schmöln: Wirtschaftsfördergesellschaft Ostthüringen mbH.

Stadtverwaltung Schmöln (2024a): ISDN – Integration von Fragen der Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in die Stadtentwicklung (Projekt-homepage). URL: <https://neu.schmoelln.de/wirtschaft-und-bauen/stadtentwicklung/konzepte-und-projekte/isdn>, zuletzt geprüft am 18.03.2024.

Stadtverwaltung Schmöln (2024 b): Erziehung und Bildung. URL: <https://www.schmoelln.de/leben-und-wohnen/erziehung-und-bildung>, zuletzt geprüft am 16.05.2024.

Stadtverwaltung Schmöln (o. J.): Archiv der Kategorie: Termine. URL: <https://noebdenitz.de/category/termine/>, zuletzt geprüft am 17.05.2024.

Steinrück, Barbara; Küpper, Patrick (2010): Mobilität in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung bedarfsgesteuerter Bedienformen des ÖPNV. Braunschweig: Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie, 02/2010.

Troeger-Weiß, Gabi & Anslinger, Julia (2015): Neue Voraussetzungen für den ländlichen Raum: Demografischer Wandel und Digitalisierung. In: Arend, Heike und Troeger-Weiß, Gabo (Hg.), Starke Wirtschaft – Starke Regionen. Gute Aussichten für das Land Kaiserslautern: Zukunftsinitiative RheinlandPfalz (ZIRP) e. V., S. 20–22.

Weber, Julian (2020): Bewegende Zeiten – Mobilität der Zukunft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

Lena Knacker

Die Jugendarbeit in Schmölln und der Umgebung ist in drei Bereiche untergliedert. So gibt es in Schmölln einen offenen Kinder- und Jugendtreff. Dieser ist an einen Ort gebunden. In der Heimstätte im Finkenweg befindet sich das offene Haus „theBASE“, in dem verschiedene Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche angeboten werden, aber auch persönliche Interessen ausgelebt werden können. Neben diesem gibt es die mobile Jugendarbeit sowie die aufsuchende Jugendsozialarbeit. Die mobile Jugendarbeit kümmert sich vor allem um Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum. An unterschiedlichen Standorten bietet sie Bildungs-, Freizeit- und Beratungsangebote an. Die aufsuchende Jugendsozialarbeit ist Ansprechpartner bei Arbeitslosigkeit, missbräuchlichem Konsumverhalten, Familien- oder anderen Problemen. Die Sozialarbeiter begleiten die jungen Menschen bei Behördengängen oder leisten Unterstützung bei Gesprächen. Die Jugendarbeit betreut in der Fläche insgesamt 142 Ortschaften.

Neben diesen Angeboten sind auch selbstverwaltete Jugendclubs vertreten. In Gößnitz, Dobitschen, Ponitz, Nobitz und Jückelberg sowie in den Kernstädten Schmölln und Gößnitz haben sich Jugendliche zusammengeschlossen. In Postertstein ist zudem ein Freizeittreff vorhanden. Einmal in der Woche werden dort Freizeitangebote in Begleitung des Magdalenenstifts organisiert.

In der Fallstudie soll untersucht werden, welche Funktion die Jugendarbeit in Schmölln übernimmt und wie sie organisiert ist. Zudem soll herausgefunden werden, welche Möglichkeiten der Beteiligung Jugendliche in Schmölln haben und zu welchen Themen eine Einbindung gewünscht ist.

Akteure

Die drei Bereiche der offenen, mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit werden in einem Trägerverbund organisiert. Dieser Trägerverbund bestehend aus der Stadtverwaltung Schmölln und dem Magdalenenstift wurde 2017 im Jugendförderplan festgelegt. Das Personal wird sowohl von der Stadtverwaltung als auch vom Magdalenenstift gestellt. Dadurch besteht in der Jugendarbeit ein intensiver Kontakt zu der Stadtverwaltung und es wird sich über alle Problemlagen ausgetauscht.

Durch den Jugendförderplan, der alle vier Jahre aufgestellt wird, die Ziele und Aufgaben der Jugendförderung darlegt und fachliche Förderschwerpunkte festsetzt, ist auch die Landesebene in die Gestaltung der Jugendarbeit eingebunden. Jedoch liegt bei dessen Aufstellung eine hohe Entscheidungsgewalt bei den kommunalen Akteuren. Durch einen Jugendhilfeausschuss und die AG Jugendarbeit werden Impulse der Kinder und Jugendlichen vor Ort aufgegriffen und in die Erarbeitung des Förderplans einbezogen.

Im Rahmen der Jugendarbeit findet zudem eine Kooperation mit den Schulen statt. Da die Schulsozialarbeiter an den Schulen zum Teil zum Magdalenenstift gehören finden regelmäßige Dienstberatungen und ein Austausch statt. Auch werden gemeinsame Projekte umgesetzt.

Die Kinder und Jugendlichen, die das Angebot der Jugendarbeit nutzen umfassen alle nach KJHG für die Jugendarbeit relevanten Altersgruppen. So kommen Kinder in der Regel ab dem Schuleintritt in das offene Haus. Diese kommen nicht nur aus der Kernstadt, sondern auch aus den umliegenden Orten und haben verschiedene Nationalitäten. Am Tag sind 17 bis 43 Kinder im offenen Haus zu Besuch. Die Jugendsozialarbeit ist in ihrem Angebot auf ab 14-Jährige ausgerichtet, die Probleme mit dem Elternhaus, Freundeskreis, Schule oder Ausbildung haben. Auch Drogenmissbrauch, Schulden, missbräuchliches Konsumverhalten, Gefängnisbegleitung, Begleitung bei Behördengängen und Wohnungsproblematik sind Themen, die dabei angesprochen werden können. Die selbstverwalteten Jugendclubs werden vor allem von 16- bis 27-Jährigen besucht. Die Verwaltung wird durch Clubräte geleistet, die regelmäßig wechseln.

Prozessablauf

Die Jugendarbeit in Schmölln findet in den drei zuvor genannten Bereichen statt. Gemeinsam haben diese, dass das Angebot und die Projekte durch die Nutzer:innen bestimmt wird. So werden im offenen Haus Angebote durch Abstimmungen festgelegt, in der mobilen Jugendarbeit werden Projektwünsche der Jugendgruppen aufgegriffen und auch in der aufsuchenden Jugendarbeit richtet sich die Aufgabenstellung nach den Nutzer:innen.

In Kooperation mit den Schulen finden Schulhofberatungen oder eine Schulhofpräsenz durch die Jugendarbeit statt. Sowohl die Regelschulen als auch das Förderzentrum und das Gymnasium werden in der Hofpause aufgesucht und zu Themen, die mit den Schüler:innen abgestimmt werden, findet eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme statt. Des Weiteren werden nach Bedarf, wenn sie von den Schulsozialarbeiter:innen vor Ort allein nicht geleistet werden können, Projekte umgesetzt. Grundschulen rufen die Jugendarbeit des „theBASE“ nur punktuell für spezielle Projekte ab.

Zudem übernimmt die Jugendarbeit eine Vermittlerfunktion. So macht die Jugendarbeit Verwaltungshandeln für Jugendliche transparent und hilft, in Kontakt mit der Stadtverwaltung zu treten, wenn der Wunsch nach Beteiligung an Prozessen besteht. Sie bringt aber auch die Ideen und Wünsche in

die Gremien ein und kommuniziert die Bedarfe der Kinder- und Jugendlichen in Richtung der Stadtverwaltung.

Auch auf Seiten der Stadtverwaltung rückt die Einbindung von Jugendlichen derzeit in den Fokus. Der Stadtrat soll für junge Menschen geöffnet werden und auch die AG Jugendarbeit für Jugendliche attraktiver werden. Die Ausgestaltung dieser Gremien steht derzeit noch nicht fest. Es müssen noch Wege gefunden werden, dass sich die Jugendlichen auch beteiligen wollen und dass das Verwaltungshandeln für sie interessant gestaltet wird. Derzeit fragt die Stadtverwaltung gezielt nach Wünschen und Bedarfen. In den Ortsteilen haben die Jugendlichen häufig eine niedrige Schwelle ihre Ideen einzubringen, da dort jeder jeden kennt und kürzere Wege sowie flachere Hierarchien in der Gemeindeverwaltung vorliegen.

Jugendliche bringen gezielt Ideen ein und werden von dem Team der Jugendarbeit auch beim Schreiben der Projektanträge eingebunden. So wurde beispielsweise im offenen Haus die Gestaltung des Jugendraums als Rückzugsort für alle über zwölf Jahre von den Jugendlichen geplant und umgesetzt. Die Jugendlichen brachten Ideen zu der Gestaltung der Übernachtungscamps und der Gartenumgestaltung ein und gaben Impulse zum Thema Nachhaltigkeit im offenen Haus. Die Jugendlichen bringen sich somit aktiv in die Gestaltung der Ferienfreizeit und Projektplanung ein.

Themen, die die Jugendlichen im offenen Haus derzeit beschäftigen, sind der Schulabschluss, Angst vor der Zukunft und das Finden von Ausbildungsplätzen in der Region. Auch das Finden von Freiräumen ist bei den Jüngeren ein Thema. In der mobilen Jugendarbeit stehen die Auswirkungen der Corona-Pandemie im Fokus. Die Sicherung und Gestaltung von Treffpunkten, die Stärkung der Jugendclubs und die Entwicklung eines Gruppengefühls nach der Pandemie sind aktuelle Themen. Auch in der aufsuchenden Sozialarbeit spielt dies eine Rolle. Die Jugendlichen wollen wieder am öffentlichen Leben teilnehmen.

Methoden

Die Umsetzung der Jugendarbeit in einem Trägerverbund hat den Vorteil, dass das Team auch aus Personen, die zugehörig zur Stadtverwaltung sind, besteht. Dadurch sind ein intensiver Kontakt und Austausch mit der Stadtverwaltung gegeben.

Bei der Umsetzung von Projekten werden die Jugendlichen und Kinder beteiligt. Es werden Interessen abgefragt und Themenvorschläge entgegengenommen. Im offenen Haus werden den Kindern und Jugendlichen die Vorgehensweisen/Schritte nähergebracht, wie sie ihre Wünsche einbringen können. So finden Abstimmungsprozesse statt und bei komplizierteren Wünschen werden von den Jugendlichen Anträge gestellt und Unterschriften gesammelt, die dann in den Teambesprechungen aufgenommen und darauf an die Verwaltung weitergegeben werden.

Auch wird versucht, die Schwelle für Kinder und Jugendliche möglichst niedrig zu halten, an Projekten oder Angeboten teilzunehmen und sich ein-

zubringen. Hierzu werden von dem Team der Jugendarbeit Schulbesuche veranstaltet. Die Jugendlichen können das Team kennenlernen und sie bekommen einen leichteren Zugang. Daneben trägt eine kontinuierliche Arbeit dazu bei, den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen zu halten.

Die Stadtverwaltung bindet die Jugendlichen auch in die Prozesse der Stadtentwicklung ein. So wurde im letzten Jahr ein Jugendtreff veranstaltet, um die Belange und Wünsche der jungen Menschen zu erfahren und untereinander auszutauschen. Die Stadtverwaltung besucht auch häufiger den selbstverwalteten Jugendclub der Kernstadt, um die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung zu erläutern und konkrete Ansprechpartner vorzustellen. Die Ausgestaltung der Einbindung von Jugendlichen durch Gremien ist derzeit noch nicht erfolgt. Die Jugendarbeit bildet derzeit ein Vermittler zwischen Jugendlichen/Kindern und der Verwaltung und macht einen Austausch auf Augenhöhe möglich.

Jahresberichte und Evaluationen sind weitere Methoden, die in der Jugendarbeit eingesetzt werden. Aus diesen können Weiterentwicklungstendenzen für den Jugendhilfeausschuss oder die Ausschüsse des Kreistages abgeleitet werden, damit sie im Jugendförderplan aufgenommen werden können. Durch diese Vorgehensweise orientiert sich der Jugendförderplan sehr an den kommunalen Interessen. Finanziert werden die Projekte der Jugendarbeit über den Jugendförderplan. Punktuell werden zur Umsetzung von Projekten auch andere Fördermittel beantragt.

Herausforderungen

Eine Herausforderung, die in der Jugendarbeit auftritt, ist die fehlende Akzeptanz der breiten Bevölkerungsschicht für die Bedürfnisse der jungen Menschen. Es muss Vertrauen geschaffen werden, sodass alle gegenseitig aufeinander achten. Gerade im Hinblick auf die Themen Lautstärke und Sauberkeit müssen Anwohner:innen und Jugendgruppen Kompromisse finden.

Zudem haben Jugendliche während der Corona-Pandemie Vertreibungserfahrungen gemacht. Treffen konnten nicht mehr im öffentlichen Raum stattfinden und Jugendliche konnten nicht aktiv sein. Aufgrund dessen müssen Jugendliche wieder motiviert werden, sich in Gestaltungsprozesse einzubringen und Veränderungen vorzunehmen. Die Motivation zur Beteiligung hat sich verringert. Auch ist die Umsetzung von Wünschen der Kinder und Jugendlichen häufig schnell möglich. Eine Herausforderung besteht jedoch auch darin, diese langfristig attraktiv zu halten, damit eine langfristige Nutzung möglich ist.

Reflexion und Ausblick

Insgesamt ist die Jugendarbeit in Schmölln und der Umgebung durch offene, mobile und aufsuchende Angebote gut aufgestellt und ist sowohl in der Kernstadt als auch den ländlichen Regionen präsent. Durch den langfristigen Jugendförderplan ist ein

Rahmen gegeben, der durch die Einbindung der Kinder und Jugendlichen in konkrete Projekte umgesetzt wird. Vor allem die Kontinuität der Angebote stellt ein wichtiges Kriterium dar, damit die Angebote angenommen werden. Hierzu ist eine ausreichende personelle Ausstattung wichtig. Die Kooperation mit Schulen erleichtert den Zugang für Kinder und Jugendliche und die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung als Trägerverbund fördert die Einbindung und Beteiligung von jungen Menschen in Stadtentwicklungsprozessen.

Auch Jugendclubs werden durch die mobile Arbeit unterstützt und gestärkt. In Schmölln wurde der Jugendclub, der durch eine halbe Stelle der Stadtverwaltung geleitet wurde, in eine Selbstverwaltung überführt und auch in Nobitz wurde ein seit Jahren brachliegender Jugendclub durch Selbstverwaltung reaktiviert. Nach der Corona-Pandemie steht nun die Herausforderung der Schaffung von Akzeptanz für die Belange von Kindern und Jugendlichen in der Bevölkerung im Vordergrund. Weitere Themen sind die Sicherung und Gestaltung von Treffpunkten und das Finden von Ausbildungsmöglichkeiten in der Region.

Eine Ausweitung der Angebote wird nicht angestrebt, vielmehr wiederholen sich Prozesse. So wechseln die Kinder und Jugendlichen, die das Angebot nutzen kontinuierlich und Bedarfe ändern sich. Auf diese Rahmenbedingungen muss eingegangen werden und die Arbeit dementsprechend angepasst werden.

Bildessay: Alltagsmobilität in den Straßen von Schmölln

Fotos: 01, 02, 03, 04, 05, 08, 09 – Thilo Schulte
06, 07 – Lena Knacker

01 Straße I – dem Sonnen-
untergang entgegen...



02 Straße II – vielleicht
schneller mit dem Rad?

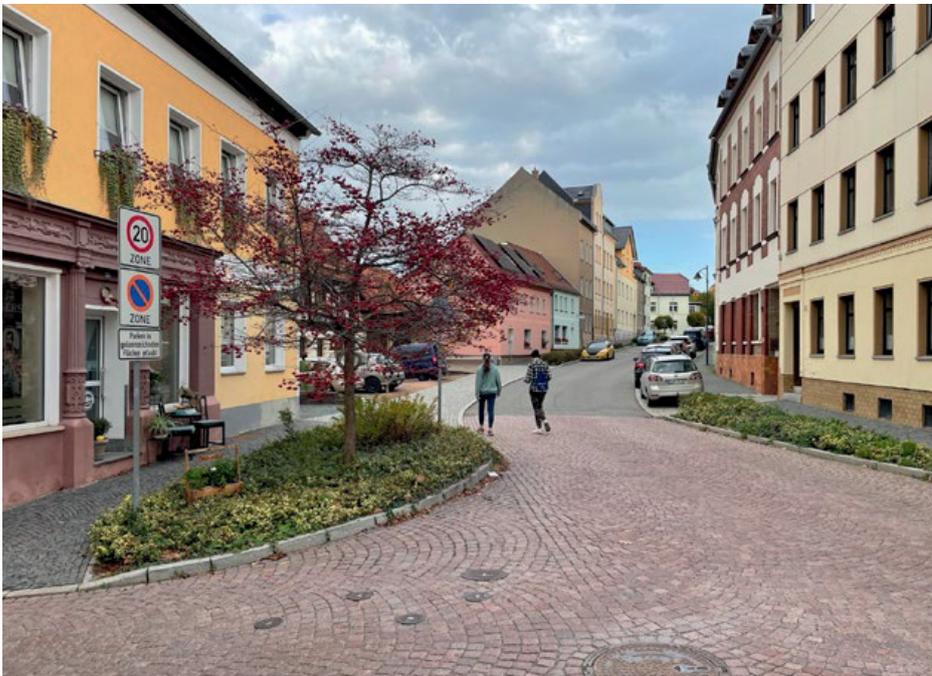


Ø3 Straße III – unter der Bahnbrücke nach rechts...



Ø4 Straße IV – die Häuser bunt, die Autos bunt, das Gras grün...





Ø5 Straße V – sich Verkehrsberuhigung erlaufen können...

Ø6 Straße VI – geht das auch im Dunkeln?



Ø7 Straße VII – Kulturgut: belebender Imbiss



Ø8 Straße VIII – verkehrlich
an alle(s) gedacht?



Ø9 Straße IX – nie weit
bis aufs Feld!



Ein Kommentar zu ländlichen Bildungslandschaften aus der Praxis

Jens Göbel

Jens Göbel arbeitete als Lehrer bereits an verschiedenen Schulen des Altenburger Landes, u. a. war er auch Schulleiter der Regelschule in Gößnitz. Bis 2024 war er Stadtratsmitglied in Schmöln und damit einer der vielen Ansprechpartner des Forschungsprojekts aus der Kommunalpolitik.

Die Staatliche Regelschule Gößnitz ist eine eher kleine Schule. Mit etwa 230 Schüler:innen und etwa 20 Lehrer:innen ist sie gut überschaubar. Jeder kennt jeden, Probleme werden auf kurzen Wegen gelöst. Sie ist eine von vielen kleinen Regelschulen im Altenburger Land. Diese Kleinteiligkeit führt immer wieder zu der Frage, was sich das Altenburger Land leisten kann und will: Kurze Wege, viele Gemeinden mit einem Schulstandort oder Zentralisierung mit der Chance auf vielfältige Angebote. Die vom Kreistag im nächsten Jahr zu beschließende Schulnetzplanung wird die Weichen stellen. Der Lehrermangel ist an allen ländlichen Schulen Thüringens groß, da ist Gößnitz trotz vielfältiger Bemühungen keine Ausnahme. Problematisch ist immer wieder die Aufgabenteilung zwischen Staatlichem Schulamt und Landratsamt. Hier ist viel Kommunikation gefragt, um gegenseitiges Verständnis zu erzeugen.

Eine Besonderheit der Gößnitzer Regelschule ist, dass sie sich mit der Gößnitzer Grundschule ein Gebäude teilt. Wie an so vielen Doppelstandorten, so findet der Austausch zwischen den ansässigen Schulen meist nur morgens zwischen zufälligen Sitznachbar:innen im Schulbus statt. Es gibt in Gößnitz zudem einen gemeinsamen Tag der Offenen Tür.

Die Schüler:innen kommen etwa zur Hälfte aus der Stadt Gößnitz und zur anderen Hälfte aus den umliegenden Dörfern. Diese haben am Morgen eine 30-minütige und am Mittag eine 45-minütige Wartezeit auf den Bus zu überbrücken. Es gibt für diese Zeit eine Aufsicht für die 5. und 6. Klassen ohne Betreuung und Angebote und ein am Mittag geöffnetes Schülercafé, das Schüler:innen der 9. und 10. Klasse in Eigenverantwortung führen. Ein sehr reichhaltiges Angebot an Arbeitsgemeinschaften bietet Möglichkeiten, die Zeit bis zur Busabfahrt zu überbrücken oder einem Hobby nachzugehen.

Die Schule ist ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt, die massiv an Bevölkerung verloren hat. Deshalb haben die Verantwortlichen auf beiden Sei-

ten ein großes Interesse an einer gelingenden Zusammenarbeit. Die Lehrerschaft ist allerdings nicht in der Stadt verwurzelt – wie so viele Fachkräfte im ländlichen Raum pendeln diese an ihren Arbeitsort in der Region. Das ist zu früheren Zeiten ein Unterschied, auf den die wenigsten Institutionen bisher schon strukturell reagiert haben. Ebenfalls nicht untypisch ist der Schulalltag mittels vielen temporären Projekten (Graffiti, Arbeitseinsatz im Freibad, Projekt „Kultour“, Partnerschaft zu Betrieben). Hier geht es „Schule“ wie vielen Strukturen in der sozialen Arbeit – viele Projekte, die auslaufen zu verstetigen, würde die alltäglichen Ressourcen überfordern. Beständig sind lediglich die Teilnahme des Schulchores am städtischen Weihnachtsmarkt und Weihnachtsauftritte des Schulchores in zwei Unternehmen und die Einladung des Bürgermeisters zur Zeugnisausgabe. Hierfür stellt die Stadtverwaltung auch die Stadthalle kostenlos zur Verfügung. Das verbindende kulturelle Highlight des Schuljahres ist das Talentefest der Schüler:innen.

Gremienarbeit findet statt und ist sehr nützlich, über die Gremienarbeit hinausgehende gemeinsame Projekte von Lehrer:innen, Schüler:innen und Eltern gibt es nicht. Aber auch das ist kein Alleinstellungsmerkmal der Regelschule Gößnitz. Ein Förderverein existiert. Ihm gelingt es, einen großen Teil der angebotenen Arbeitsgemeinschaften zu organisieren und finanziell abzusichern.

Die Schule ist ein im Jahr 1998 fertiggestellter Neubau mit einer 2-Felder-Turnhalle und einem großzügigen Mehrzweckraum. Sie wurde am Rande der Stadt erbaut und mit einer neu gebauten Straße für die Busse angebunden. Im Schulhaus befinden sich gut ausgestattete Werken- und Kunsträume, sowie ein Töpfer-Ofen. Die Digitalisierung ist soweit fortgeschritten, dass in jedem Raum ein Monitor oder eine interaktive Tafel angebracht ist und ein schwaches WLAN-Netz im gesamten Gebäude nutzbar ist. Der neue Breitbandanschluss liegt im Keller an, vor 2026 wird aber keine Verlegung in das Gebäude möglich sein.

Viele dieser Beschreibungen können auch von anderen Schulen im Altenburger Land stammen, somit kann die Regelschule Gößnitz als Beispiel für neue Entwicklungen dienen. Erfahrungen, die hier gesammelt werden, können einfach auf andere Schule übertragen werden.

Typisch für unsere Landschulen ist die Art des Übergangs von Klasse 4 in Klasse 5. Die leistungsstärksten Schüler:innen wechseln an die Gymnasien. Alle anderen bleiben fast vollständig zusammen und wechseln gemeinsam an eine der Regelschulen. Jede Regelschule hat 1 oder 2 Grundschulen, aus der die Kinder kommen. Das bedeutet, dass die Kinder sich bereits am ersten Schultag der Regelschule kennen. An der Regelschule Gößnitz lernen Kinder aus der Grundschule Gößnitz und deren Schulteil in Ponitz. In einigen Fällen befinden sich aber die Grundschulen in anderen Dörfern als die Regelschulen. Mit dem Wechsel an die Regelschulen verändert sich die Sozialstruktur. Es ist nicht nur ein Klischee: Der Prozentsatz der Kinder aus problematischen, benachteiligten Haushalten steigt stark. Schüler:innen, die an Regelschulen lernen, haben eine schlechtere Lobby. Lehramtsstudent:innen wollen lieber an die Gymnasien. Gegen dieses Klischee muss immer wieder angekämpft werden, damit der Spruch „Die Regel-

schule ist das Herzstück der Bildung in Thüringen“ (Bildungsminister Helmut Holter z. B. am 09.05.2018 in Meiningen) nicht zur Phrase verkommt. Alles, was für diese Schulart geplant wird, muss also auf diese Schülerschaft abgestimmt sein. Und mehr noch, es muss auf die Generation passen, die gerade die Schule besucht. Das Heranziehen aktueller Studien ist deshalb unabdingbar.

Im Rahmen des ISDN-Projektes in Schmölln und Gößnitz wurden die Besonderheiten des ländlichen Raums untersucht. Auch beim Thema „Bildungslandschaft“ zeigen sich große Unterschiede zum großstädtischen Raum. Interessant sind aber die Überschneidungen. Eine „Nachbarschafts-Schule“, wie sie zum Beispiel in Leipzig schon viele Jahre erfolgreich ist, wäre ein möglicher Ansatz. Ein Netzwerk zu schaffen, ist auf dem Lande deutlich einfacher, da man sich kennt. Und pädagogische Ansätze wie „FreiDay“ oder „Lernen durch Engagement“ können diese Türen öffnen. Wenn Schüler:innen sich Tätigkeiten und Aufgaben in ihrer Umgebung suchen, vertieft sich die Verbundenheit mit der Region und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Demokratisches Denken, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Teilhabe bleiben dann nicht nur abstrakte Begriffe, sondern sie können „begriffen“ werden. Aus diesen Projekten werden sich unweigerlich beständige Formen entwickeln. Es werden sich Fragen nach nutzbaren Räumen ergeben, es werden Fragen zur Notwendigkeit von Schließzeiten gestellt werden. Schüler:innen werden Angebote für Kindergärten, Pflegeheime, Unternehmen, Kommunen unterbreiten und diese werden umgekehrt aktiv. Hier sind natürlich neue Ideen gefragt: Womit locke ich junge Menschen am Nachmittag oder am Abend in das Schulgebäude? Wer hat Lust und Kraft für regelmäßige ehrenamtliche Tätigkeit? Schon jetzt ist es für alle Vereine extrem schwierig, Personen zu finden, die Verantwortung übernehmen. An der Schule ist das am Rückgang der Zahl der angebotenen Arbeitsgemeinschaften gut sichtbar.

Vieles an Vernetzung haben wir uns schon in den Schulalltag geholt: Berufsberatung, medizinische Untersuchungen, Schulsozialarbeit, Projekte mit externen Partnern finden während der Unterrichtszeit statt. Viele Lehrer:innen finden das störend, weil immer wieder Gruppen von Schüler:innen oder einzelne Schüler:innen fehlen. Eine Auslagerung in unterrichtsfreie Zeit wäre eine Variante. Die Musikschule nutzt am Nachmittag und am Abend Räume in der Stadt. Sie könnte auch in der Schule proben. Die Volkshochschule hat früher Kurse in der Regelschule durchgeführt. Das kann wiederbelebt werden. Der Mehrzweckraum kann vielseitig genutzt werden. Mittagessen für Senioren, Vorträge, Kleinkunst ... Schüler:innen können Ergebnisse ihrer Arbeit vorstellen, z. B. die Projektarbeiten. Die Schule hat den Vorteil, dass sie von 14:00 Uhr bis 22:00 ungenutzte Räume anbieten kann. Die Regelschule Gößnitz verfügt, wie jede andere Schule auch, über eine Bushaltestelle – an der auch reguläre Linienbusse enden könnten, wenn sie nach Gößnitz geführt werden.

Eine wichtige Aufgabe bestünde nun darin, zu analysieren: Was kann ein Schul-Campus leisten? Was können die Verantwortlichen, die Behörden und die Zielgruppen leisten? Was passiert dann noch in den Dörfern? Stadtentwicklung mit dem Fokus auf Schulgebäude muss also neu begonnen werden. Dazu braucht es gelebte demokratische Strukturen an Schu-

len, Offenheit auf allen Ebenen, einen Willen und einen langen Atem. Aber vor allem die Erkenntnis, welche gute Voraussetzungen schon vorhanden sind, welche Chancen das Neue bietet und wie es der Gesellschaft im Großen und im Kleinen dienen kann.

Vielleicht lässt sich ja als nächstes ein Konsens finden, dass Grund- und Regelschulen, die im gleichen Schulgebäude arbeiten, sich mindestens zu einem gemeinsamen Schulcampus entwickeln (auch jenseits der Schulform-Frage). In diesem Prozess könnten innovative Ideen erörtert werden. Das Potential der „Macher“ ist begrenzt. Um hier zu einer positiven Stimmung zu gelangen, sollten die Kräfte gebündelt werden. Eine externe Begleitung dieses Vorhabens könnte eine Übertragbarkeit auf andere Schulen erleichtern. Insofern ist die Fortführung im Rahmen eines Stadtentwicklungskonzepts geboten.

Lena Knacker

Aufgrund der geringen Größe der Grundschulen im Landkreis Altenburger Land, wie beispielsweise in Ponitz und Großstechau, an denen aufgrund von Lehrermangel der Unterricht teilweise klassenübergreifend organisiert werden muss, hat der Landkreis als Schulträger nach Möglichkeiten gesucht, diese Schulen zu erhalten.

Um dies umzusetzen, wurden alle Grundschulen in der Umgebung von Schmölln – in Gößnitz, Ponitz, Thonhausen, Großstechau, Altkirchen und Schmölln – in die Betrachtung einbezogen. Diese sollten nach den Vorstellungen eines Schulsprengel-Konzeptes, wie es in Südtirol umgesetzt wird, zu einem integrativen Schulverbund gemeinsam mit dem Förderzentrum in Schmölln zusammengeschlossen werden. Es wurde ein konkretes Konzept mit Bedingungen ausgearbeitet und diskutiert, das im Jahr 2021 in die Erprobungsphase starten sollte. Vom Bildungsministerium wurde das Konzept jedoch abgelehnt.

Die Fallbringerstudie zeigt auf, welche Potenziale in dem Sprengelmodell für den Landkreis Altenburger Land gesehen wurden, welche Umsetzungsschritte vorgenommen wurden und welche Hemmnisse schließlich zum Scheitern des Schulversuches führten. Sie untersucht, welche Maßnahmen notwendig sind, um ein nachhaltiges Schulmodell zu entwickeln.

Akteure

Der Landkreis Altenburger Land initiierte zur Erarbeitung des Konzeptes für einen Schulverbund eine Arbeitsgruppe, die sich regelmäßig traf. Neben der Schulverwaltung mit dem damaligen Fachdienstleiter wurden auch die Schulleitungen einbezogen. Zu Ergebnisprozessen wurden auch die Bürgermeister:innen der damals sieben Kommunen in den strukturellen Prozess involviert. Die Zivilgesellschaft wurde über öffentliche Diskussionsveranstaltungen informiert und in den Prozess eingebunden.

Mit Ausnahme der Restgemeinden der VG Oberes Sprottental, die formal als Verwaltungsgemeinschaft nur noch eine begrenzte Zeit bestehen können, bevor sie sich de facto erfüllende Gemeinden „suchen“ müssen, sind

inzwischen alle betreffenden Schulstandorte innerhalb der Kommunen Schmölln und Gößnitz bzw. der von ihnen erfüllten Gemeinden. Es sind damit perspektivisch mutmaßlich alle Schulstandorte eines intrakommunalen, territorialen Zusammenhangs – oder besser formuliert: ein und derselben StadtLand-Kommune.

Jedoch ist der Schulträger nur bedingt handlungsfähig, da er keinen Einfluss auf die Beschäftigung des Lehrpersonals hat. Die Entscheidungsgewalt liegt bei dem staatlichen Schulamt Ostthüringen, das sich um Personal- und pädagogische Fragestellungen kümmert.

Prozessablauf

Zur Erarbeitung des Konzeptes beschäftigte sich die eingerichtete Arbeitsgruppe mit der Übertragung des Sprengelmodells auf den Thüringer Landkreis Altenburger Land. Hierzu wurden Ziele, die das Grundschulmodell verfolgen soll, aufgestellt und verschiedene Bedingungen erarbeitet. Ein wichtiger Aspekt in dem Konzept war der Inklusionsgedanke. Das Förderzentrum in Schmölln sollte in den Schulverbund einbezogen werden, um Schüler:innen die Möglichkeit zu geben, neben dem Schulalltag auch für eine kurze Zeit in einer kleinen Gruppe im Förderzentrum geschult zu werden.

Zudem sollte die konzeptionelle Ausrichtung der Schulen mehr Beachtung finden. So setzt beispielsweise die Grundschule in Ponitz einen musikalischen und die Grundschule in Altkirchen einen bewegungsfreundlichen Schwerpunkt um. In Altkirchen befindet sich eines von zwei Freibädern. Bei der Wahl einer Schule hätte das Verbundkonzept den Eltern die Möglichkeit gegeben, nach diesen verschiedenen Ausrichtungen und Schwerpunkten zu wählen.

Es wurde somit zum Ziel gesetzt, dass die Grundschulen ihre Eigenständigkeit erhalten und dass durch den Schulverbund der Erhalt und die Weiterentwicklung des wohnungsnahen Bildungsangebotes möglich wird. Durch den Schulverbund wurde auch auf eine bessere Verteilung der Schüler:innen abgezielt. 2019 waren fast 320 Schüler:innen in der Grundschule Schmölln und etwa 40 Schüler:innen jeweils in den Grundschulen in Ponitz und Großstechau vertreten. Die Kapazitäten der ländlichen Schulen mit jeweils etwa sechs Klassenräumen sollten besser genutzt werden und auch der Einsatz der Pädagogen effizienter gestaltet werden.

Durch den Schulverbund sollte ein gemeinsames inklusives Schul- und Unterrichtskonzept erarbeitet werden und eine Minimierung der bürokratischen Hürden erreicht werden. So sollte ein Schulwechsel bei Versetzung oder Problemen einfacher werden.

Ein weiterer Aspekt, der bei der Erarbeitung des Konzeptes eine Rolle spielte, ist die Beförderung von Schüler:innen zum Schulstandort. Die individuelle Beförderung von Schüler:innen zum Unterricht sollte durch den Schulträger ermöglicht und gegebenenfalls bezuschusst werden. Auch sollte die Schulverwaltung unterstützt werden.

Die Einrichtung von mindestens einer Sekretär:innenstelle mit 20 Stunden pro Woche und je nach Größe der Schule mit mehr Stunden in der Woche, strebte eine Entlastung der Schulleitungen an. Eine standortübergreifende Verwaltung sollte sich um allgemeine Belange, die alle Schulen betreffen, kümmern. Es wurde zudem das Ziel gesetzt, dass die Digitalisierung der Schulstandorte vorangetrieben wird, damit vor allem in der Verwaltung die Kommunikation unter den Schulen sichergestellt und einfacher vollzogen werden kann. Eine Initiative „Seniorpartner in Schools“ sollte die Betreuung im Ganztagesbereich absichern und es sollten Schulbudgets zur Verfügung stehen, damit die Schulstandorte eigenständig Honorarkräfte bestellen konnten.

Das Konzept wurde gemeinsam mit den Schulleitungen erarbeitet, sodass die Bedenken aufgegriffen wurden und in der Ausarbeitung Berücksichtigung fanden. Die Erarbeitung verlangte allen Akteuren viel Engagement und Arbeit ab. So fanden die Veranstaltungen mit den Bürgermeister:innen und öffentliche Vorstellungen vor allem in den Abendstunden statt. Auch wurden Termine mit Referenten des Staatlichen Schulamtes Ostthüringen organisiert.

Die Ergebnisse wurden schließlich dem Bildungsministerium vorgestellt. Dieses lehnte das Konzept jedoch aus verschiedenen Gründen ab. So gab es unter den Schulleitungen unterschiedliche bildungspolitische Auffassungen, so dass drei der sieben Schulleitungen der Sprengelidee eher ablehnend gegenüberstanden. Des Weiteren stellte die Einbeziehung des Förderzentrums ein Ablehnungsgrund dar. Die größten Hinderungsfaktoren waren jedoch beamtenrechtliche Personalfragen.

Governance

Das Konzept des Sprengelmodells wurde angestrebt, um in einem Verbund auch die kleineren Standorte zu erhalten. Hierzu wurde zunächst analytisch eine Untersuchung der Kapazitäten der Schulen vorgenommen, um das Konzept auf die bestehenden Standorte anzupassen.

Durch eine Zusammenarbeit der Schulen mit Pendelstrukturen der Lehrenden und eine übergeordnete Verwaltung sowie einer ausgebauten Kommunikation zwischen den Schulen sollte die Schulorganisation effizienter gestaltet werden.

Zudem wurden bei der Erarbeitung des Konzeptes bestimmte Bedingungen festgelegt. Diese sollten sicherstellen, dass die Eigenständigkeit der Schulstandorte beibehalten wird, die Arbeit der Lehrkräfte durch das Pendeln nicht unattraktiv wird und keine Einsparungen beim Personal vorgenommen werden. Gegenstimmen sollten durch diese Anreize umgestimmt und die Attraktivität des Modells gesteigert werden.

Zur Erarbeitung des Konzeptes wurde zudem eine feste Organisationsstruktur etabliert. Eine Arbeitsgruppe, die sich in regelmäßigen Abständen traf, legte Ziele und Umsetzungsschritte fest. Diese Ergebnisse wurden in

einem Abstimmungsgremium mit den Bürgermeister:innen der beteiligten Kommunen diskutiert. So wurden Anregungen und Bedenken der Akteure vor Ort aufgegriffen, sodass die Akzeptanz des Konzeptes gestärkt wurde. Gemeinsam wurden Kompromisse gefunden, die von allen Akteuren angenommen wurden.

Herausforderungen

Eine Herausforderung bei der Erarbeitung eines passfähigen Schulmodells für die Grundschulen rund um Schmölln war, dass es noch keine Erfahrungen mit einem solchen Verbundmodell gab oder auch keine Handlungsleitfäden vorlagen, auf die zurückgegriffen werden konnten. Der Landkreis Altenburger Land übernahm mit der Konzeptidee eine Vorreiter-Rolle. Das Sprengelmodell aus Südtirol lässt sich nicht eins zu eins auf Thüringen übertragen. So sind andere Rahmenbedingungen durch die Struktur der Ortsteile und auch der Lehrer:innenstruktur, die nicht mehr in der Region wohnen, sondern zu ihrem Arbeitsort pendeln, vorhanden.

Eine weitere Herausforderung stellte die Verteilung der Zuständigkeiten im Bereich Schulen dar. Es liegt eine starke Trennung zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten vor. So kümmert sich der Landkreis um die Schulgebäude und das Schulamt um Personal- und pädagogische Fragestellungen. Dies hat zur Folge, dass inhaltliche Reformen nicht standort- und gebäudebezogen gedacht werden und im Gegenzug konkrete Lösungsvorschläge für die Standorte, wie beispielsweise das geplante Verbundmodell, die Personalfragestellungen nicht einbeziehen. Die inneren und äußeren Angelegenheiten können aber nicht entkoppelt voneinander betrachtet werden. Um dieser Problematik zu begegnen, müsste die Kommunikation zwischen dem Landkreis und dem Schulamt verbessert werden.

Auch war eine große Überzeugungskraft notwendig, um das Lehrpersonal von einer Veränderung der vorhandenen Strukturen zu überzeugen, da ein hoher Altersdurchschnitt vorliegt.

Reflexion und Ausblick

Die geplante Erprobungsphase des integrativen Verbundmodells nach dem Sprengel-Prinzip wurde durch das Ministerium abgelehnt, sodass derzeit keine weiteren Veränderungen im Schulmodell geplant sind. Lediglich die Einführung einer Sekretariatsstelle an jeder Grundschule ließ sich umsetzen. So wurde die Grundschule in Ponitz zu einer Filialschule von Gößnitz umstrukturiert und kleinere Veränderungen in den Schulbezirken vorgenommen.

Derzeit liegt lediglich am Standort Ponitz eine Unterauslastung vor, sodass klassenübergreifender Unterricht notwendig ist. Perspektivisch muss jedoch auch eine Lösung für die zwei Grundschulen im Verwaltungsgebiet Oberes Sprottental gefunden werden. Hier muss eine Zusammenführung der beiden Standorte Großstechau und Thonhausen in Betracht gezogen

werden. Die Etablierung eines neuen Standortes im Gebiet des Oberen Sprottentals oder in Nöbdenitz ist denkbar.

Der Schulversuch hat aufgezeigt, dass die Aufgabenteilung in der Organisation der Schulen Veränderungen des Schulmodells verkomplizieren. Eine gute Kommunikation zwischen Schulamt und Schulträger muss gewährleistet sein, damit standortbezogene Lösungen gefunden werden können. Neben dem Schulträger muss die Idee aber auch von den Schulleitungen vor Ort getragen werden. Nur wenn gemeinsame Ziele verfolgt werden, können Projekte umgesetzt werden.

Das Verbundkonzept war somit ein erster Ansatz zur Erhaltung der dörflichen Grundschulen und Sicherung des wohnortnahen Bildungsangebotes. Welche Lösungen für die perspektivische Unterauslastung von den Standorten möglich sind, muss neu erarbeitet werden.

Bildessay: Freiräume der Begegnung

Fotos: 01, 02 – Stadtverwaltung Schmölln,
03, 04, 05, 06, 07 – Arvid Krüger

01 Bewegungsspielplatz
für mehrere Generationen I



02 Bewegungsspielplatz
für mehrere Generationen II





Ø3 Freibad in Altkirchen

Ø4 Freibad in Gößnitz, im Winter





Gesundheitsbahnhof Nöbdenitz – Ein Projekt zur Sicherung der Gesundheits- infrastruktur im ländlichen Raum

Lena Knacker

Der Gesundheitssektor ist ein zentraler Bereich der Daseinsvorsorge. Im Rahmen des Forschungsprojektes ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit wurde daher die „Gesundheitsinfrastruktur als kommunale Aufgabe“ näher untersucht. Um den vielfältigen Herausforderungen wie Fachkräftemangel und demografischem Wandel zu begegnen, sollte der Frage nachgegangen werden, welche Steuerungsmöglichkeiten Kommunen haben, die Gesundheitsinfrastruktur aus eigener Kraft zu sichern und zu verbessern. Ein Beispiel, das bestehende Hemmnisse und Erfolgsfaktoren aufzeigt, ist der „Gesundheitsbahnhof“ in Nöbdenitz. Dieses Projekt soll in folgendem Beitrag vorgestellt werden.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Die Gesundheitsinfrastruktur ist ein bedeutender Bestandteil der Daseinsvorsorge und hat einen großen Einfluss auf die Attraktivität von Regionen. (vgl. BMVI 2016: 72) Sie umfasst neben den Strukturen und Prozessen der Gesundheitsförderung, Krankheitsvorbeugung, der medizinischen und therapeutischen Versorgung sowie der Rehabilitation auch die Einrichtungen der Pflege. (vgl. RKI 2024) Dabei sind eine Vielzahl von Akteuren beteiligt. Während der Bund, die Länder sowie die jeweiligen Kommunen durch staatliche Vorgaben einen Handlungsrahmen vorgeben, gestalten Institutionen und Verbände die Gesundheitsversorgung aus. Die praktische Versorgung erfolgt dann durch Krankenkassen, die Ärzteschaft, unterschiedliche Gesundheitsberufe sowie Krankenhäuser und Apotheken, die ihre Interessen durch entsprechende Verbände vertreten lassen. (vgl. BMG 2020: 18 ff.)

Ländliche Räume stehen bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung vor zahlreichen Herausforderungen. Der demografische Wandel, der mit einer wachsenden Nachfrage des Gesundheitswesens einhergeht, sowie die Abwanderung junger Menschen und der Fachkräftemangel begünstigen eine Unterversorgung, die bereits heute spürbar ist. (vgl. Deisner et al. 2019: 4; Berghöfer et al. 2020: 199) Zudem möchten sich immer weniger Ärzt:innen in ländlichen Regionen niederlassen. (vgl. Knieps et al. 2012: 9) Eine Nachfolgebesetzung von Praxen wird immer schwieriger, da junge Ärzt:innen die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ländlichen Räumen weniger attraktiv empfinden, den organisatorischen Aufwand bei der Füh-

rung einer Einzelpraxis scheuen und eine bessere Work-life-Balance im Fokus steht. (vgl. BMVI 2016: 72)

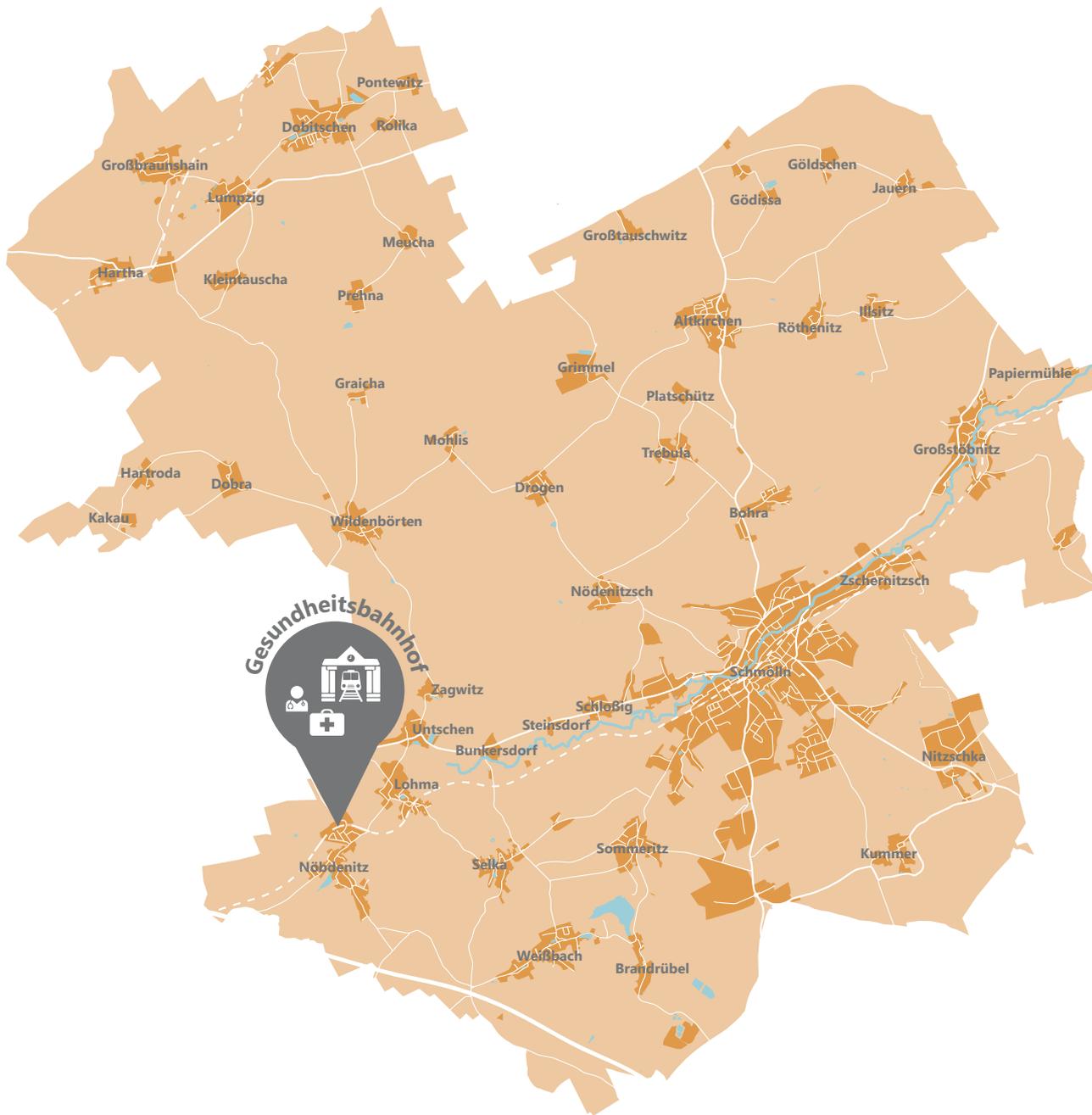
In Thüringen fördert das Land die Niederlassung von Ärzt:innen, Zahnärzt:innen und Apotheker:innen im ländlichen Raum. Da eine Ungleichverteilung besteht, sollten Anreize geschaffen werden, damit auch im ländlichen Raum eine angemessene medizinische und pharmazeutische Versorgung sichergestellt werden kann. (vgl. TMASGFF 2023) Auch wird durch die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen die Möglichkeit für Ärzt:innen geschaffen, in einer „Stiftungs-Praxis“ zu arbeiten. Dadurch können sich Ärzt:innen langsam auf eine mögliche Niederlassung vorbereiten. (vgl. TMASGFF o. J.)

Zusätzlich werden durch die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen „Thüringen Stipendien“ vergeben. So erhalten junge Ärzt:innen eine Förderung, wenn sie sich nach Ende der Weiterbildung für mindestens vier Jahre verpflichten, an der vertragsärztlichen Versorgung in Thüringen teilzunehmen. (vgl. Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen o. J.) Weitere Angebote, die von angehenden Ärzt:innen genutzt werden können, sind die Förderung von Famulatur-Abschnitten und des Praktischen Jahres. (vgl. TMASGFF o. J.)

Somit wirkt die Landesebene in Thüringen bereits durch verschiedene Förderungen darauf hin, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Ärzt:innen für die Tätigkeit in Thüringen und zur Sicherung der Gesundheitsversorgung vor allem in ländlichen Regionen zu gewinnen. Jedoch besteht auch auf kommunaler und Landkreisebene Handlungsbedarf, um die Herausforderungen der Gesundheitsversorgung zu bewältigen und die regionalen Gesundheitsakteure zu koordinieren. (vgl. BMVI 2016: 72) „Landkreise und Gemeinden müssen sich stärker in die Planung und Entwicklung der Versorgungsstrukturen einbringen und diese mit Standort- und Erreichbarkeitsfragen verbinden.“ (ebd.)

Aufgrund dessen werden bereits vielfach Projekte umgesetzt, die der Verbesserung der Gesundheitsversorgung dienen sollen und eine Unterversorgung verhindern sollen. Zu diesen zählen die Implementation von innovativen Versorgungsmodellen durch neue Praxisorganisationsformen, die Förderung der Telemedizin, die Vernetzung der regionalen Ärzt:innen, die Förderung der Ausbildung und Weiterbildung von Ärzt:innen oder auch Werbekampagnen. (vgl. Berghöfer et al. 2020: 199 ff.)

Somit können Kommunen auch selbst tätig werden und durch entsprechende Projekte dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung in ihrer Stadt/ Gemeinde zu sichern. Ein Beispiel hierfür bildet auch der „Gesundheitsbahnhof“ in Nöbdenitz. Zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum wurde im Ortsteil Nöbdenitz an Stelle des früheren Bahnhofsgebäudes ein medizinisches Versorgungszentrum errichtet. Das neue Ärztehaus fungiert damit nicht nur als Infrastrukturstandort, sondern auch als Eingangstor ins Dorf. Im Rahmen des Forschungsprojektes ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit wurde die Planung des „Gesundheitsbahnhofs“ genauer untersucht.



Ø1 Verortung des „Gesundheitsbahnhofs“ in Schmöln, o. M.
 (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

Von der Idee zur Umsetzung – der Projektlauf des „Gesundheitsbahnhofs“

Nöbdenitz liegt im Landkreis Altenburger Land südwestlich der Kernstadt Schmöln. Bis 2019 gehörte die Gemeinde zur Verwaltungsgemeinschaft Oberes Sprotental. Zum Januar 2019 wurde die Gemeinde aufgrund des vom Landtag verabschiedeten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden eingemeindet (vgl. Landratsamt Altenburger Land 2019).

Die Siedlungsstruktur des Ortsteils Nöbdenitz besteht aus mehreren historischen Ortskernen, die durch Einfamilienhausbebauung zunehmend zusammengewachsen sind. Mit dem Bau der Eisenbahnlinie und der Errichtung des Bahnhofsgebäudes als Haltepunkt verstärkte sich im 19. Jahrhundert die Siedlungstätigkeit, sodass sich die Siedlung heute wie ein zu-



Ø2 Marodes Bahnhofsgebäude (Nöbdenitz 2016: 63)

sammenhängendes Band vom Bahnhof bis über den Raudenitzer Berg erstreckt. (vgl. Nöbdenitz 2016: 14) Eine Regelschule, Kindertagesstätte, der Pfarrhof sowie die Kultur- und Bildungswerkstatt befinden sich im Ort. Zudem sind dort verschiedene Dienstleister und Firmen sowie eine Allgemeinarztpraxis zu finden. (vgl. Schmölln o. J. a) Nöbdenitz wird von der Bahnstrecke durchquert. Die Linie RE 3 verkehrt hier zwischen Erfurt, Schmölln und Altenburg.

Bereits vor vielen Jahren entstand die Idee, den Bahnhof in Nöbdenitz umzunutzen und für Gesundheitsberufe zugänglich zu machen. Initiiert wurde das Projekt von einer ortsansässigen Ärztin, die eine Nachfolge für ihre Praxis suchte. Durch ihre Lehrtätigkeit an der Universität Jena und durch Praxisfamulaturen und Praktika hatte sie erfahren, dass junge Fachkräfte nicht abgeneigt sind, im ländlichen Raum in Nöbdenitz zu arbeiten. Aufgrund der Bahn- und Busanbindung, die eine schnelle Erreichbarkeit größerer Städte ermöglicht, einer Kindertagesstätte und einer Schule sowie dem Autobahnanschluss bietet Nöbdenitz gute weiche Standortfaktoren, die für Fachkräfte attraktiv sind. Lediglich das unmittelbare Umfeld der Praxis wirkte abschreckend. Das ehemalige Bahnhofsgebäude, was lange Zeit zentraler Ort des dörflichen Lebens war, verfiel zunehmend und glich einer Ruine. Als Visitenkarte und Eingangstor zur Stadt, machte der Bahnhof einen ungünstigen Eindruck. Zudem lag die Vermutung nahe, dass sich das marode Erscheinungsbild auch negativ auf den Haltepunkt der Deutschen Bahn auswirken könnte. (vgl. Nöbdenitz 2016: 63)

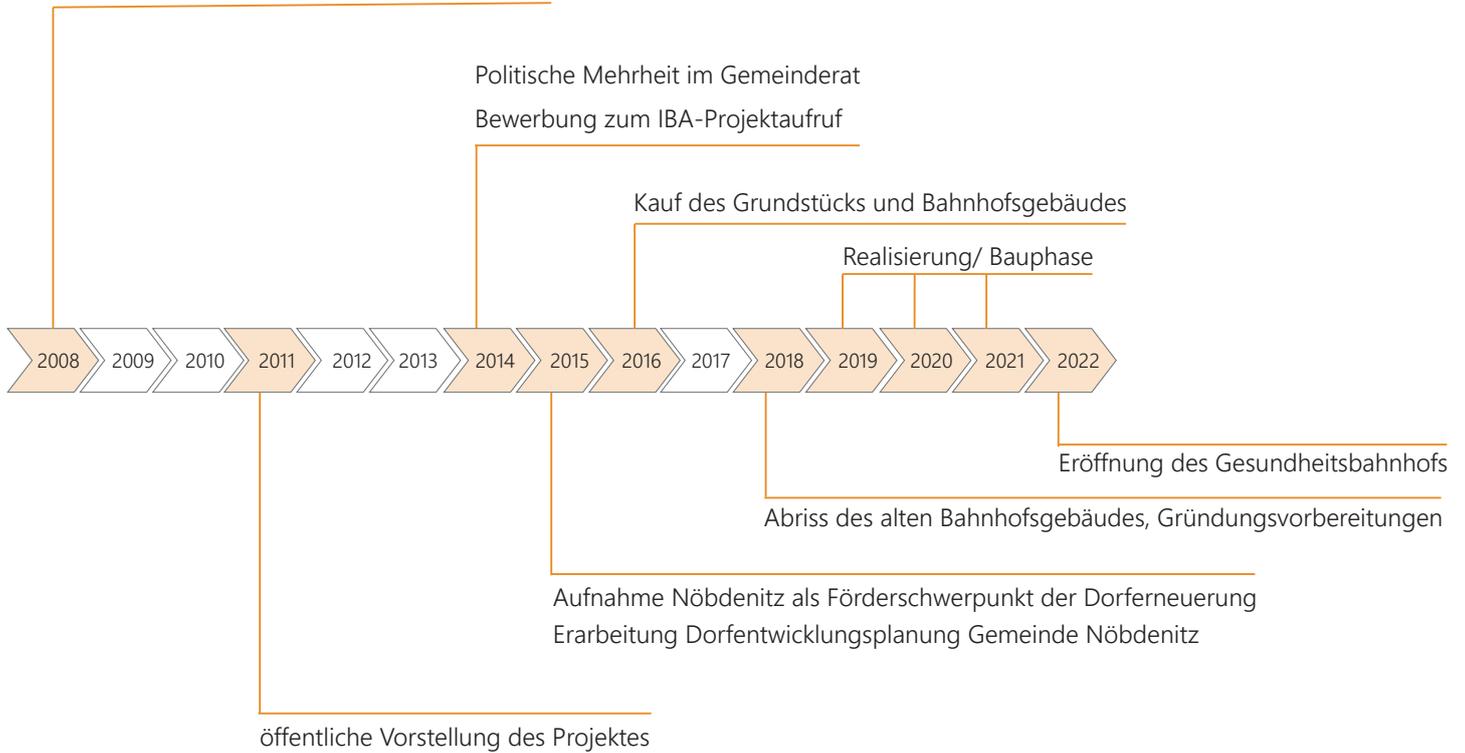
So wurde im Jahr 2008 das Projekt „Gesundheitsbahnhof“ erstmals in den Gemeinderat eingebracht. Das ehemalige Bahnhofsgebäude sollte zu einer Art Ärztehaus umgebaut werden, um die medizinische Versorgung in

der Gemeinde zu bündeln, zu vernetzen und mehr Lebensqualität zu schaffen. Das Angebot der bestehenden Allgemeinanzpraxis sollte durch weitere Angebote verbessert werden. Im Gemeinderat stieß die Idee jedoch zunächst auf wenig Interesse. Die politische Mehrheit fehlte und das Projekt wurde abgelehnt. Im Jahr 2011 erfolgte dann eine erneute Vorstellung des Projektes, sodass die Idee auch in der Bevölkerung immer bekannter wurde. Nachdem sich die Zusammensetzung des Gemeinderates durch Wahlen geändert hatte, wurde die Idee schließlich im Jahr 2014 im Gemeinderat aufgegriffen und schrittweise geplant. Den ersten Schritt bildete die Einreichung der Idee zum damaligen Projektaufruf der IBA Thüringen 2014. Durch die Bewerbung erhofften sich die Initiatoren die Bekanntheit des Projektes zu fördern und sich Unterstützung einzuholen. Jedoch wurde das Projekt nicht in die Auswahl der IBA-Projekte aufgenommen. Dennoch führte der Aufruf dazu, dass die konzeptionelle Idee und Zielvorstellungen niedergeschrieben wurden, was für die Umsetzung des Projektes ohnehin notwendig gewesen wäre.

Im Rahmen der Ausarbeitungen für die IBA beschäftigten sich die Akteure auch mit den Finanzierungsmöglichkeiten des Projektes und fassten den Entschluss, sich für das Förderprogramm Dorferneuerung zu bewerben. Nöbdenitz wurde schließlich als Förderstandort in das fünfjährige Förderprogramm aufgenommen, sodass intensiv an der Umsetzung des „Gesundheitsbahnhofs“ gearbeitet werden konnte. Da in diesem Zusammenhang keine Einzelprojekte gefördert werden konnten, wurde zunächst ein Dorfentwicklungskonzept erarbeitet. Hier zeigt sich ein erster Haken stadtlandorientierter konzeptioneller Stadtentwicklungspolitik. Der Normalfall ist die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für ein Dorf, der mögliche Ausnahmefall ist ein prinzipiell interkommunaler Zusammenhang – also mehrere Dörfer entwickeln zusammen ein gemeinsames Konzept (das in Schmölln hierfür zur Verfügung stehende Beispiel, das GEK Dorfregion (vgl. Schmölln 2019), beinhaltet einen intrakommunalen Teilzusammenhang, nämlich mehrere dörfliche Ortsteile Schmöllns). Was aber nicht vorgesehen ist, ist die stadtentwicklungspolitische Kontextualisierung einzelner multicodierbarer oder monofunktionaler sozioinfrastruktureller Standorte in einen Gesamtzusammenhang einer aus Stadt und Dörfern bestehenden Gemeinde. Denn das eine ist der Zuständigkeitsbereich der ländlichen Förderung, der andere jener der städtebaulichen. Damit war Nöbdenitz noch als Einzelgemeinde darauf angewiesen, um dem Gesundheitsbahnhof ein multicodierbares Standortnetz zu ‚stricken‘ (das im Bestand auch vorhanden ist), sich aber in dem eigenen gemeindlichen Entwicklungskonzept nicht z.B. mit der Gesundheitsversorgung des gesamt kommunalen Zusammenhangs Schmölln-Gößnitz auseinanderzusetzen.

In dem Dorfentwicklungskonzept wurden neben dem „Gesundheitsbahnhof“ als Leitprojekt noch weitere Projekte, wie beispielsweise ein Stützsystem für die 1000-jährige Eiche, Maßnahmen im Abwasserbereich, die Errichtung von Bürgersteigen und Straßenbeleuchtung im dörflichen Ortsteil Untschen und ein Projekt zur Schaffung von altersgerechtem Wohnraum erarbeitet. Ein Planungsbüro wurde mit der Erarbeitung des Konzeptes beauftragt. Außerdem wurde ein Dorfentwicklungsbeirat eingerichtet, dem auch Mitglieder des Gemeinderats angehörten. Dieser beriet über den Ist-Zustand und analysierte, welche Themen schon gut funktionieren, wo Hand-

Aufgabe des Bahnhofsgebäudes durch die DB
Vorstellung der Projektidee im Gemeinderat



Ø3 Zeitschiene Projekttablauf „Gesundheitsbahnhof“ (Eigene Darstellung)

lungsbedarfe liegen und legte Ziele fest. Jedoch bedeutete die Bewerbung für das Förderprogramm auch Mehraufwand für die Gemeinde, der zudem deutlich effizienter hätte bewältigt werden können, wenn der Gesundheitsbahnhof Teil eines gesamtkommunalen ISEKs gewesen wäre (ca. 50 der 90 Seiten des Gemeindeentwicklungskonzepts nehmen Bestandsanalyse und Einführung ein; die kurze und prägnante Projektbeschreibung des Gesundheitsbahnhofs völlig ausreichende 3,5 Seiten (vgl. Nöbdenitz 2016)). Die Bürgerbeteiligung mit Dorfbegehungen und Zuarbeiten für das beauftragte Büro haben Ressourcen der Gemeinde gebunden.

Um das Projekt in die Umsetzung zu bringen, wurde zunächst das Baugrundstück mit dem Gebäude von der Kommune erworben. Eine langjährige Nutzungsvereinbarung oder Eigentum bildete auch eine Voraussetzung für die Förderung. Die Deutsche Bahn hatte in Vergangenheit das Bahngelände an eine Investorengemeinschaft veräußert. Da diese Schulden bei anderen öffentlichen Aufgabenträgern hatte, konnte die Gemeinde das Gebäude zurückerwerben.

Die ursprüngliche Idee bestand darin, das Gebäude zu erhalten, zu sanieren und umzubauen. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies aufgrund der sehr schlechten Bausubstanz nicht wirtschaftlich tragbar war. Die marode Dacheindeckung führte dazu, dass deutliche Feuchtigkeitsschäden an Wänden und Decken vorhanden waren, sodass die Gemeinde gemeinsam mit dem Fördermittelgeber einen Ersatzneubau beschloss (vgl. Nöbdenitz 2016: 64). 2018 wurde das alte Gebäude abgerissen und in den folgenden Jahren ein Neubau in der Kubatur des alten Bahnhofs errichtet.

Neben der Bauphase wurde aber bereits die spätere Nutzung vorbereitet. So wurden Absprachen mit einem Zahnarzt und einem Physiotherapeuten getroffen, die sich vorstellen konnten in dem „Gesundheitsbahnhof“ zu praktizieren. Diese wirkten auch bei der Ausgestaltung und Erstellung der Baupläne mit. Da die Räumlichkeiten jedoch öffentlich ausgeschrieben werden mussten, war keine Zusicherung und rechtliche Absicherung möglich. Die Interessenten sprangen beide ab, unter anderem wegen der langen Umsetzungszeit, sodass während der Bauphase erneut nach späteren Nutzer:innen gesucht werden musste. Es konnte auch kein Baustopp eingelegt werden, da die Fertigstellung an die Fördermittel gebunden war. Für die spätere Nutzung der Zahnarztpraxis wurden schließlich Betreiber:innen gefunden. Jedoch mussten am Neubau dann weitere Umbaumaßnahmen entsprechend ihrer Vorstellungen umgesetzt werden.

Schließlich wurde das gesamte Gebäude an ein nicht krankenhaus-anhängiges Medizinisches Versorgungszentrum vermietet, welches die Räumlichkeiten an die Zahnärzte und weitere medizinische und gesundheitsfördernde Nutzungen vermietet. Im „Gesundheitsbahnhof“ praktizieren neben den Zahnärzten derzeit eine hausärztlich tätige Internistin sowie eine Fachärztin für Allgemeinmedizin und Naturheilverfahren. (vgl. Schmölln o. J. b)

Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in der Planung und Umsetzung

Die Planung des „Gesundheitsbahnhofs“ war mit diversen Herausforderungen verbunden. Die Finanzierung des Projektes stellte dabei die größte Hürde für die Gemeinde Nöbdenitz dar. Um eine Förderung zu erhalten, mussten zunächst die Kosten für die Erstellung des Entwicklungskonzeptes generiert werden. Anschließend musste, auch wenn eine Förderung durch das Programm Dorferneuerung bestand, ein Eigenanteil durch die Kommune aufgebracht werden. Die Gemeinde Nöbdenitz verfügte als selbstständiges Dorf nicht über die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 35 Prozent, sodass nach alternativen Finanzierungsmodellen gesucht wurde. Die Eingemeindung der Gemeinde Nöbdenitz nach Schmölln ermöglichte schließlich die Umsetzung des Projektes.

Die Eingemeindung brachte neben den finanziellen Möglichkeiten auch eine professionelle und spezialisiert aufgestellte Verwaltung mit sich, die maßgeblich zum Gelingen des Projektes beitrug. Bis zum Jahr 2019 war Nöbdenitz als eigenständige Gemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft zugehörig. Die Verwaltungsgemeinschaft übernahm lediglich Ordnungsaufgaben, während die Gemeinde weiterhin für Entwicklungsaufgaben zuständig war. Folglich war es erforderlich die Konzeptentwicklung und Fördermittelakquise durch ehrenamtliche Tätigkeit voranzutreiben. Dies erforderte einen nicht unerheblichen Zeitaufwand.

Die zeitlichen Fristen, die sich aus dem Einsatz von Fördermitteln ergaben, stellten eine weitere Herausforderung dar, die es zu bewältigen galt. Um das Projekt innerhalb der fünfjährigen Förderphase umzusetzen, wurde die Konzeptkonkretisierung und -umsetzung parallel durchgeführt. Dies hatte

zur Konsequenz, dass während der Bauphase noch Modifikationen vorgenommen wurden.

Darüber hinaus hemmte die Lage des Gebäudes in der Nähe einer Bahnanlage die baulichen Maßnahmen. Die Deutsche Bahn AG veräußerte das Gebäude, riss sämtliche technische Anlagen ab und errichtete an anderer Stelle neue Schaltschränke. Allerdings blieb das Gebäude weiterhin rechtlich als Bahngebäude eingestuft, sodass andere Nutzungsmöglichkeiten nicht gegeben waren. Die Erlangung sämtlicher Zustimmungen seitens der Bahn nahm einen langen Zeitraum in Anspruch. Um das Gebäude als „Gesundheitsbahnhof“ nutzen zu können, wurde der Neubau versetzt zu dem alten Gebäude errichtet. Der größere Abstand zu den Gleisen ermöglichte es, Beschränkungen im Bau und späteren Betrieb zu umgehen.

Das Finden von geeigneten Nutzer:innen war zudem eine Schwierigkeit, die sich im Prozessverlauf abzeichnete. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens mussten die späteren Nutzungen benannt werden, deren konkrete Ausgestaltung zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht feststand. Aufgrund der langen Umsetzungszeit sprangen Ärzt:innen ab und eine Zusicherung oder rechtliche Vereinbarung der späteren Nutzung war aufgrund der Notwendigkeit zur öffentlichen Ausschreibung nicht möglich. Des Weiteren führten die Zulassungsbeschränkungen durch die Kassenärztliche und -zahnärztliche Vereinigung zu einer Einschränkung der Nutzer:innen.

Die Projektplanung und -umsetzung des „Gesundheitsbahnhofs“ zeigt neben den Herausforderungen auch verschiedene Schlüsselfaktoren auf, die zum Erfolg des Projekts zur Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur beigetragen haben. Zum einen wurde ersichtlich, dass das Instrument der internationalen Bauausstellung neben den ausgewählten Projektideen durch den Aufruf und die Bewerbungen auch andere Kommunen anregt, Projekte zu entwickeln und zu konkretisieren, sowie Bestands- und historische Analysen durchzuführen.

Die Akteursstruktur stellte ebenfalls einen Faktor dar, der zum Erfolg des „Gesundheitsbahnhofs“ beitrug. Die Initiatoren des Projekts waren während der gesamten Planungs- und Umsetzungsphase involviert und eng mit dem Gemeinderat vernetzt bzw. saßen drin bzw. standen zur Wahl. Auf diese Weise konnte das Projekt schrittweise umgesetzt werden. Von besonderer Relevanz war dabei die Fachkenntnis der Beteiligten im Gesundheitsbereich, welche die Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung und potenziellen Nutzer:innen maßgeblich erleichterte. Die Kassenärztliche Vereinigung unterstützte das Projekt, indem sie den „Gesundheitsbahnhof“ auf verschiedenen Veranstaltungen vorstellte und bewarb. Zudem schaffte sie die notwendigen Voraussetzungen für Bewerber:innen und machte Zulassungen möglich, auch wenn dies zeitweise eine Überschreitung der Anzahl an Arztsitzen im Zulassungsbereich bedeutete. Hier stellte sich als erfolgsverstärkend heraus, dass nach der Eingemeindung Nöbdenitz bei etwaig (und tatsächlich) vorkommenden Interessentenwechseln die Stadt Schmölln als Ansprechpartner auftreten konnte; also eine Gesamtbetrachtung der gesamtkommunalen Arztsitzverteilung Schmölln-Göbnitz in den Blick genommen werden konnte. Ebenfalls wurde nach 2019, also nach



Ø4 Neubau „Gesundheitsbahnhof“ in Nöbdenitz (Arvid Krüger)

der Eingemeindung, deutlich spürbar, dass die professionell aufgestellte Bauverwaltung Schmöllns der notwendige Partner innerhalb des kommunalen Verwaltungsgeschehens wurde, um den Bau als solchen zu bewältigen. Mutmaßlich hätte Nöbdenitz als Teil einer Verwaltungsgemeinschaft hier bei eigenständigem Vorgehen einen privatwirtschaftlichen Dienstleister beauftragen müssen – so aber konnten die vorhandenen kommunalen Verwaltungsressourcen genutzt werden. Die späteren Nutzer:innen wurden in die Planung einbezogen, um diese gezielt auf die spätere Nutzung auszurichten. Die gewählte flexible Bauweise, welche eine Anpassung an geänderte Anforderungen erlaubt, trägt ebenfalls zu einer vorausschauenden Planung bei.

Erkenntnisse und Übertragbarkeit des Projektes auf die Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen

Der „Gesundheitsbahnhof“ in Nöbdenitz demonstriert, dass kommunale Projekte zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum beitragen können. Durch Förderprogramme und eine geeignete Akteursstruktur kann auch Kommunen die Errichtung eines medizinischen Versorgungszentrums gelingen. Dadurch werden geeignete Bedingungen für Ärzt:innen im ländlichen Raum geschaffen. Der Praxisverbund ermöglicht die Schaffung von Teilzeitstellen und eine Reduzierung des organisatorischen Aufwands im Vergleich zu einer eigenen Praxis. Weiche Faktoren wie eine gute Anbindung und die Nähe zu Infrastruktureinrichtungen wie Kitas und Schulen können ebenfalls dazu beitragen eine attraktive Arbeitsumgebung zu schaffen. Es wird somit deutlich, dass Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Daseinsvorsorge-Einrichtungen auftreten und Synergieeffekte entstehen.

Zusätzlich müssen den praktizierenden Ärzt:innen die Vorteile der Arbeit im ländlichen Raum nähergebracht werden. Die Tätigkeit als Landärzt:in weist nämlich andere Qualitäten auf als diejenige in der Stadt. Durch dezentrale Angebote findet eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit den Gesundheitseinrichtung statt. In ländlichen Praxen ist der Kontakt zu den Patient:innen enger und durch die weitere Entfernung zu Fachärzt:innen sind die Praxen nicht nur Überweisungspraxen. Das Land Thüringen sowie die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen bieten durch verschiedene Förderungen hierfür Anreize.

Als wesentliche Erfolgsfaktoren bei der Planung und Umsetzung haben sich die Einbeziehung der Fachbehörden sowie die Nutzung bestehender stadtplanerischer Instrumente erwiesen. Durch Organisation der Akteure in einer Arbeits- und Entscheidungsebene sowie Aufgabenteilung der Akteure nach Kenntnissen und Fähigkeiten wurde eine zügige Planung begünstigt. Förderprogramme und Wettbewerbe haben zusätzlich dazu beigetragen, dass die Planung und Umsetzung beschleunigt wurden. Durch sie wurde die Projektidee konkretisiert. Die Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes regte zur Auseinandersetzung mit konkreten Zielvorstellungen an und förderte eine Diskussion über den Ist-Zustand.

Das Projekt des „Gesundheitsbahnhofs“ verdeutlicht, dass Kommunen sich stärker in die Planungen und Entwicklung der Gesundheitsversorgung einbringen sollten. Durch solche gezielte Projekte kann die Attraktivität der Arbeit im ländlichen Raum für Ärzt:innen gesteigert werden, wodurch die Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen nachhaltig gesichert werden kann.

Literatur und Quellen

Berghöfer, Anne; Auschra, Carolin; Deisner, Jana; Sydow, Jörg (2020): Innovative Modelle zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, In: [ZFA] Zeitschrift für Allgemeinmedizin 96, S. 198–202.

[BMG] Bundesministerium für Gesundheit (2020): Das deutsche Gesundheitssystem, Leistungsstark.Sicher.Bewährt. Paderborn: Bonifatius GmbH.

[BMVI] Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Regionalstrategie Daseinsvorsorge, Leitfaden für die Praxis. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Deisner, Jana; Auschra, Carolin; Berghöfer, Anne, Sydow, Jörg (2019): Medizinische Versorgung im ländlichen Raum – alte und neue Lösungsansätze, In: Ländlicher Raum, Agrarsoziale Gesellschaft e.V. 03/2019, Ostbevern/ Westfalen: MHL Druck GmbH & Co.KG, S. 4–15.

Knieps Franz; Amelung, Volker E.; Wolf, Sascha (2012): Die Gesundheitsversorgung in schwer zu versorgenden Regionen – Grundlagen, Definitionen, Problemanalyse, In: Gesundheits- und Sozialpolitik 6/2012, S. 8–19.

Landratsamt Altenburger Land (2019): Neue Gemeindestruktur im Landkreis Altenburger Land, Pressemitteilung vom 22. Januar 2019. URL: <https://www.altenburgerland.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/neue-gemeindestruktur-im-landkreis-altenburger-land>, zuletzt geprüft am 13.05.2024.

Nöbdenitz (2016): Dorfentwicklungsplanung Gemeinde Nöbdenitz – Nöbdenitz, Lohma, Untschen, Zagwitz und Burkersdorf, Gera: Freiraum- und Stadtplanung, Freiraum- und Stadtplanung Ellen Melzer.

[RKI] Robert Koch-Institut (2024): Versorgung und Inanspruchnahme. URL: https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/V/Versorgung/Versorgung_inhalt.html, zuletzt geprüft am 08.05.2024.

Schmölln (o. J. a): Nöbdenitz – Die Ortsteile. URL: <https://noebdenitz.de/ortsleben/die-ortsteile/>, zuletzt geprüft am 13.05.2024.

Schmölln (o. J. b): Nöbdenitz – Gesundheitsbahnhof. URL: <https://noebdenitz.de/buergerservice/gesundheitsbahnhof/>, zuletzt geprüft am 13.05.2024.

Schmölln (2019): Gemeindeentwicklungskonzept Dorffregion. Schmölln: Wirtschaftsfördergesellschaft Ostthüringen mbH.

Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen (o. J.): Thüringen-Stipendium. URL: <https://www.savth.de/thueringen-stipendium.html>, zuletzt geprüft am 02.05.2024.

[TMSGFF] Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2023): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Niederlassung von Ärzt:innen, Zahnärzt:innen und Apotheker:innen im ländlichen Raum.

[TMSGFF] Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (o. J.): Ärzte für Thüringen. URL: <https://www.tmsgff.de/gesundheits/aerzte-fuer-thueringen>, zuletzt geprüft am 02.05.2024.

Gesundheitsdystopie 2060 – Auswirkungen der Megatrends auf die Kleinstadt Schmölln

Hendrik Hartmann, Hannah
Sandmann, Josefine Wockenfuß

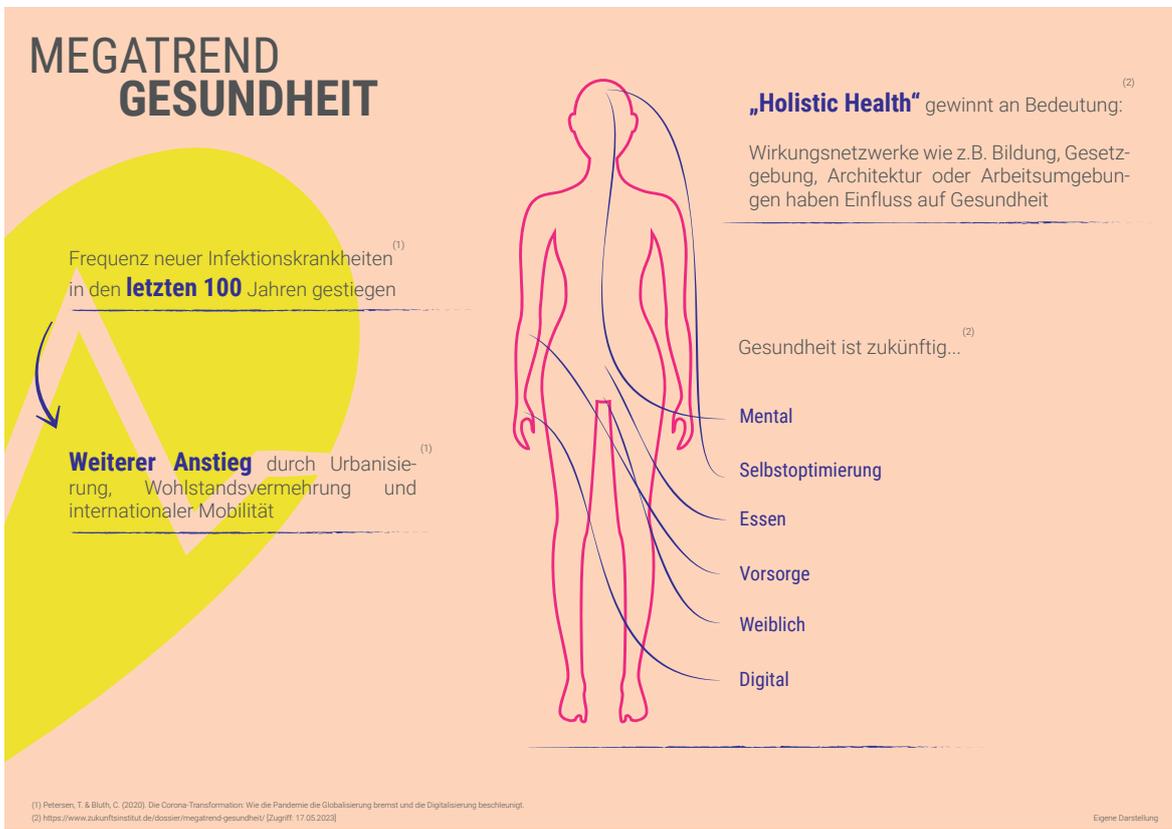
Die Gesundheit des Menschen wird in erheblichem Maße von den wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Lebensbedingungen beeinflusst (vgl. Böhme et al. 2023). Stadtentwicklung und Stadtplanung können somit einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten. Der folgende Beitrag wurde im Rahmen des Studierendenprojektes „Schmölln im Wandel – Daseinsvorsorge einer Kleinstadt“ erarbeitet und zeigt die derzeitigen Megatrends auf, die sich auf die Gesellschaft und Umwelt auswirken. Doch welche Auswirkungen haben diese Megatrends auf die Kleinstadt Schmölln? – Der Beitrag veranschaulicht dies zugespitzt in einer Dystopie, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, bereits heute Maßnahmen zu ergreifen und eine nachhaltige Stadtentwicklung zu betreiben.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert den Begriff Gesundheit als einen „Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen“ (Franzkowiak, Hurrelmann 2022). In Zukunft wird das Thema Gesundheit in allen Lebensbereichen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Megatrends, wie der fortschreitende Klimawandel, die Urbanisierung, die Digitalisierung sowie der Demografische Wandel werden großen Einfluss auf das Gesundheitssystem haben. Auch in der Kleinstadt Schmölln sind die Auswirkungen der Megatrends bereits heute deutlich zu spüren.

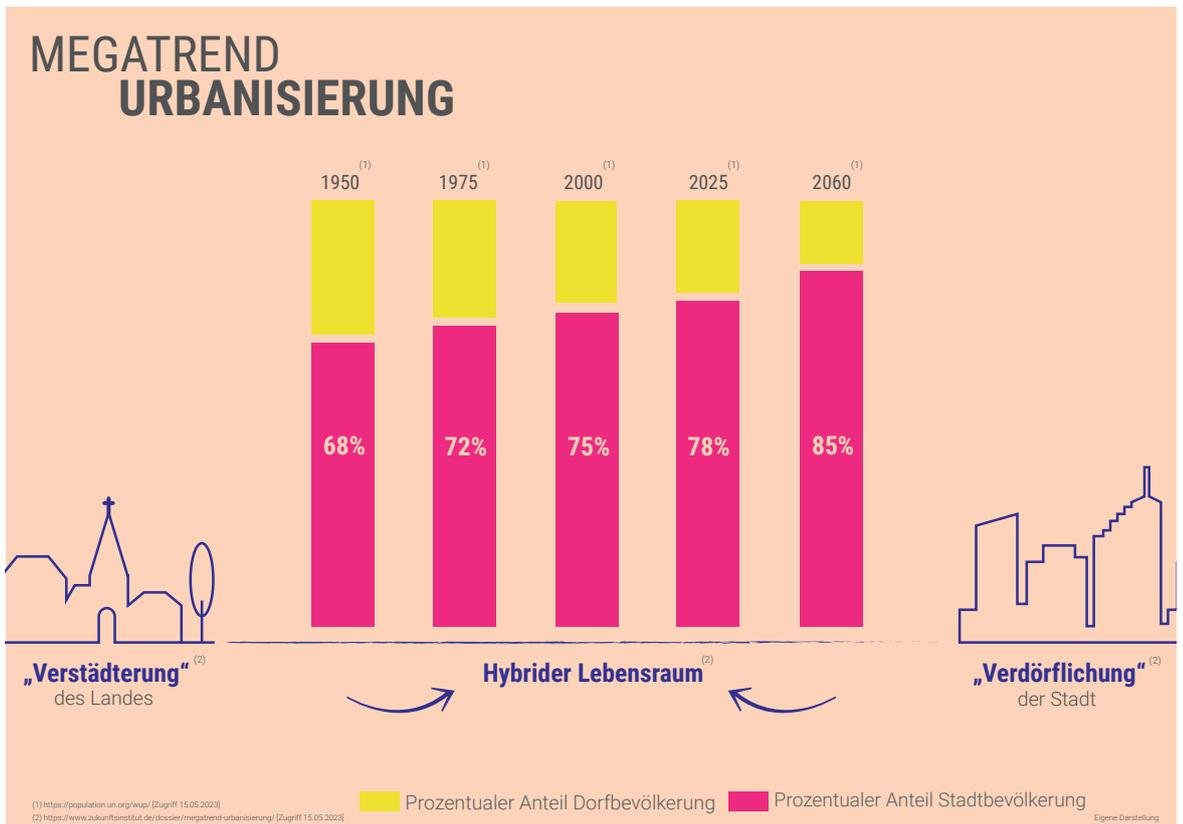
Megatrends

Megatrends beschreiben zukünftige Veränderungsdynamiken und definieren den langfristigen Wandel der Gesellschaft und Umwelt. Sie entwickeln sich nur langsam, haben aber starke Auswirkungen und machen sich weltweit bemerkbar. Dabei sind sie regional unterschiedlich stark ausgeprägt. Sie beeinflussen verschiedene Lebensbereiche, wie beispielsweise Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Technologie (vgl. Zukunftsinstitut 2023a).

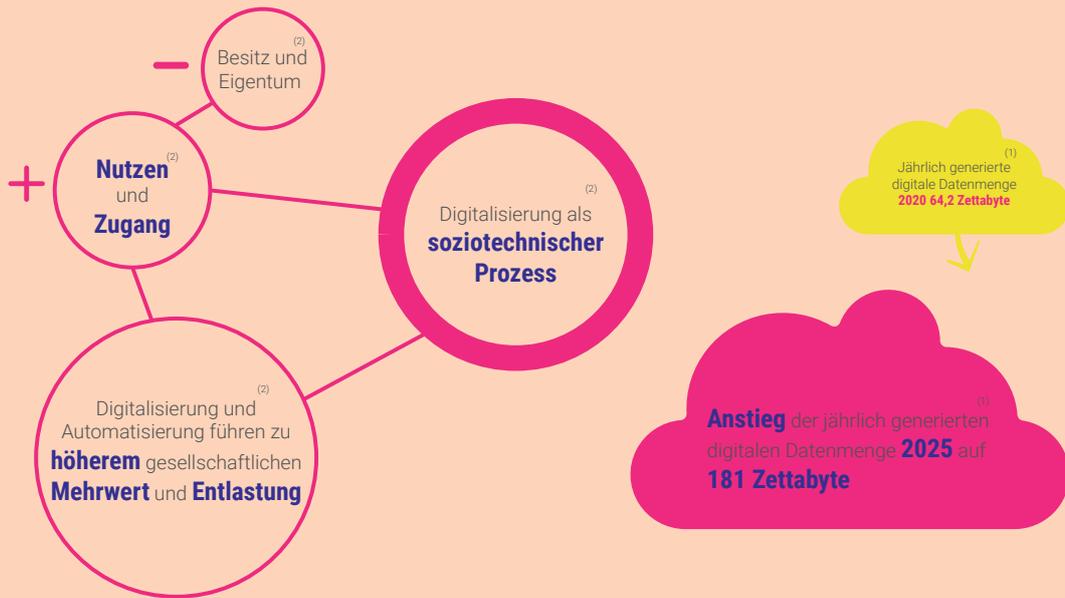
Im letzten Jahrhundert hat die Häufigkeit neu auftretender Infektionskrankheiten stetig zugenommen. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen ver-



Ø1 Megatrend Gesundheit (Eigene Darstellung)



MEGATREND DIGITALISIERUNG



(1) RedGate (Hrsg.) (2021). Was steckt hinter dem explosionsartigen Wachstum der Daten? <https://www.red-gate.com/blog/database-development/whats-the-real-story-behind-the-explosive-growth-of-data> [Zugriff: 18.05.2023]

(2) <https://www.zukunftsinstitut.de/dossier/megatrend-konnektivitaet/> [Zugriff: 17.05.2023]

Eigene Darstellung

Ø3 Megatrend Digitalisierung (Eigene Darstellung)

stärkter Urbanisierung, erhöhtem Fleischkonsum und/oder einer Steigerung des Wohlstandes vermutet. Es ist außerdem davon auszugehen, dass diese Frequenz weiterhin ansteigen wird (vgl. Petersen 2020: 43). Auch zeigen Prognosen, dass Zivilisationskrankheiten wie Diabetes oder auch psychische Belastungsstörungen und Krebserkrankungen zunehmen werden (vgl. Robert Koch-Institut 2016: 35, 43). In der Patientenversorgung werden zukünftig nicht mehr nur kleinteilige Symptome betrachtet. Vielmehr wird eine ganzheitliche Betrachtung stattfinden. Diese sogenannte Holistic Health beschreibt eine Gesundheit, welche von Wirkungsnetzwerken umgeben ist, die Einfluss auf die Gesundheit haben. Hierzu zählen beispielsweise Bildung, Gesetzgebung, Architektur und Arbeitsumgebungen (vgl. Zukunftsinstitut 2023b).

Der ländliche Raum hat als Lebensraum besonders zu Zeiten von Covid-19 an Attraktivität gewonnen (vgl. Zukunftsinstitut 2023c). Jedoch können ländliche Regionen in Zukunft nicht mehr als homogene Einheit betrachtet werden. Eine klare Trennung zwischen Stadt und Land wird nicht mehr gelingen. Vielmehr kann von einem hybriden Lebensraum gesprochen werden, sodass eine „Verdörflichung“ der Stadt und eine „Verstädterung“ des Landes stattfinden wird. Die Urbanisierung wird allerdings weiter zunehmen. Bis zum Jahr 2050 ist mit einem Anstieg der Stadtbevölkerung von bis zu 85% zu rechnen (vgl. United Nations 2018).

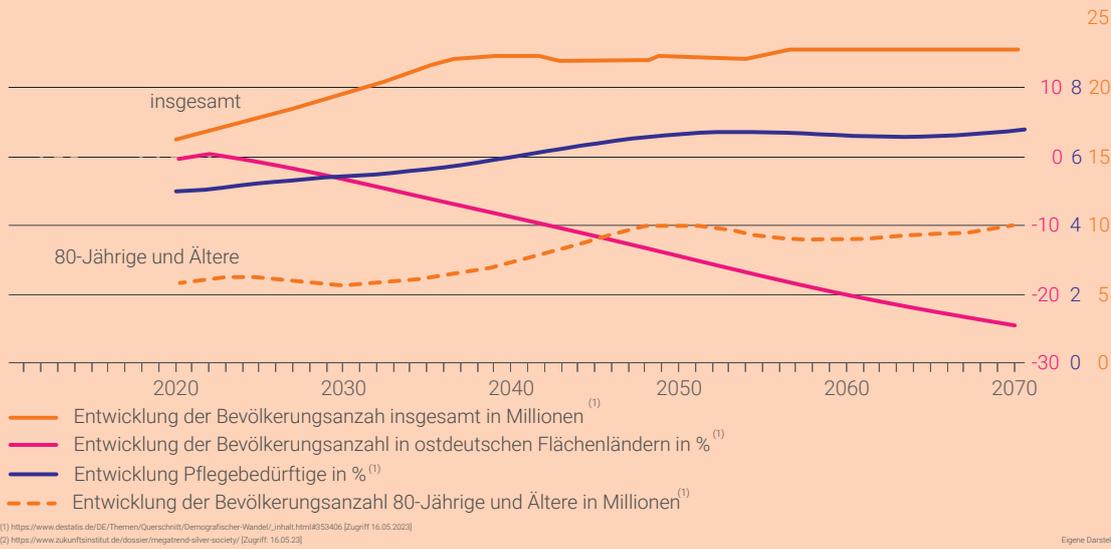
Auch die Digitalisierung ist ein wichtiger Bestandteil in unserer heutigen Welt und wird immer mehr an Bedeutung erlangen, da die Menge der Datenverkehre global weiter zunimmt. Während sie im Jahr 2020 64,2 Zettabyte betrug, wird sie im Jahr 2025 jährlich voraussichtlich auf 181 Zettabyte

MEGATREND DEMOGRAFISCHER WANDEL

„SILVER SOCIETY“⁽²⁾

Achtsamkeit und Lebensqualität⁽²⁾

Entschleunigung⁽²⁾



Ø4 Megatrend Demografischer Wandel (Eigene Darstellung)

MEGATREND KLIMAWANDEL

Anstieg des Jahresniederschlags um 6% zu erwarten⁽¹⁾

Zunahme klimabedingter Risiken⁽²⁾

Klimawandel
*ausgewählte Folgen

bis 2100 Temperaturanstieg um ca. 3,8°C zu erwarten⁽¹⁾

Zunahme klimabedingter Risiken⁽²⁾



steigen (vgl. Hack 2021). Digitalisierung beschreibt dabei die weltweite Ausdehnung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Veränderungen in politischen, sozialen, kulturellen, aber auch wirtschaftlichen Strukturen der Gesellschaft hervorrufen wird (vgl. Bertelsmann Stiftung 2019: 20). Das bedeutet, dass Digitalisierung nicht mehr nur ein rein technologischer, sondern ein soziotechnischer Prozess ist, bei dem der Mensch eine immer wichtigere Rolle spielt. Digitalisierung muss dabei immer im Kontext mit menschlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten stehen. Nutzen und Zugang werden wichtiger als Besitz und Eigentum. Auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz nimmt zu (vgl. Zukunftsinstitut 2023d).

Aktuelle Vorausberechnungen deuten darauf hin, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2040 weiter ansteigen und dann bis 2070 mit leichten Schwankungen stagnieren wird (vgl. destatis 2023). Insbesondere die über 80-Jährigen werden einen großen und weiterhin steigenden Anteil der Bevölkerung ausmachen, was zeitgleich einen Anstieg der Pflegebedürftigen impliziert. Trotz des globalen Anstiegs ist in den ostdeutschen Flächenländern bis 2070 ein drastischer Bevölkerungsrückgang zu beobachten (vgl. ebd. 2023). Grundsätzlich wird unsere Gesellschaft von einer älteren Bevölkerung geprägt werden. Die Menschen werden älter und leben länger, was neue Werte und Lebensformen mit sich bringt. Entschleunigungen vieler Lebensbereiche und ein Trend in Richtung Achtsamkeit und Lebensqualität könnten die Folge sein und auch das „Alter“ könnte künftig positiv gedeutet werden: „Von Wachstum zu Weisheit“ (vgl. Zukunftsinstitut 2023e).

Schon heute sind die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren und sie werden in den kommenden Jahren weiterhin drastisch zunehmen. Hierzu gehört beispielsweise die Zunahme von Extremwetterereignissen. Der Temperaturanstieg sorgt für eine Häufung und Intensivierung extremer Niederschläge. Insbesondere kleinräumige, kurzzeitige Starkregenereignisse oder auch flächenhafter Dauerregen sind zu erwarten. Die Wintermonate werden von einer Zunahme der Niederschläge und die Sommermonate von einer Abnahme der Niederschlagsmengen geprägt sein (vgl. BKK 2022: 22-23). Außerdem ist auch von einer Zunahme klimabedingter Risiken auszugehen. Risiken für die Gesundheit, die Lebensgrundlagen, die Ernährungssicherheit, die Wasserversorgung oder auch die menschliche Sicherheit werden bei einer Erwärmung weiter ansteigen (vgl. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle 2018).

Dystopie

Doch wie wird es in der Kleinstadt Schmölln im Jahr 2060 aussehen? Eine Dystopie zeigt, welche Ausmaße die negativen Entwicklungen der Megatrends annehmen werden. Folgen wie ein Rückgang der medizinischen und sozialen Infrastruktur oder eine drastische Verschlechterung der Lebensumwelt werden Schmölln prägen. Es ist entscheidend, die Wechselwirkungen dieser Trends zu verstehen und zu verbildlichen. Eine Dystopie veranschaulicht die potenziell gravierenden Auswirkungen der durch die Megatrends verursachten Veränderungen. Sie stellt die schwerwiegendsten Auswirkungen pro Megatrend dar. Basie-

Rückgang Versorgungsstrukturen

Durch niedrigere Nutzungsintensität
(dem. Wandel, Urbanisierung)

Durch Schäden an Infrastrukturen (Klimawandel)

Keine Attraktivität für niedergelassene Ärzte:

Nur **MVZ** in **beschränkter Form**

Hypothetisch mehr Versorgungsstrukturen nötig
Nichtnutz von Infrastrukturen

Mehr Pandemien

Neue Krankheiten und Zoonosen
(Beeinflussung durch den Klimawandel)

Austerben

Wegzug jüngerer Generation in Mittel- und Oberzentren (z.B. Gera oder Leipzig)

Höhere Anzahl an **pflegebedürftige** älterer Generation mit **höherem Versorgungsaufwand**

Höherer **gesellschaftlicher Mehrwert** und **Entlastung** durch **Digitalisierung** nicht für **alle**:

Lebensumstände können sich von Menschen, die nicht von Digitalisierung profitieren, verschlechtern



Rückgang dörflicher Strukturen Schmöllns

Kernstadt Schmölln und andere Mittel- und Oberzentren werden **Hybrid**

Drastische Verschlechterung der Lebensumwelt

(Extremwetterereignisse, Temperaturanstieg)

Hochwasser Sprotte + Pleiße

Feldbrände: **Rückgang landw. Erträge** Schmöllns

Rückgang des **geringen Baumbestands**: Verödung Landschaft

Eigene Darstellung

06 Dystopie Schmölln 2060 (Eigene Darstellung)

rend auf den vorangegangenen Analysen und der Recherche zu den Megatrends wurden Annahmen getroffen und ein Worst-Case-Szenario für die Gesundheitsinfrastruktur in Schmölln entwickelt. Durch diese Verknüpfung von Raumanalyse und Megatrends soll eine greifbare Dystopie entstehen, die Handlungsbedarfe aufzeigt und zur Diskussion anregt.

Globale Entwicklungen wirken sich auch auf die Stadt und ihre Bewohner:innen aus. Auch das Wachstum neuer Krankheiten hat durch geringere Nutzungsintensitäten Einfluss auf den Rückgang von Versorgungsstrukturen. Gleichzeitig ist mit einer Abwanderung der jüngeren Generation in die umliegenden Städte und einem Anstieg des Anteils der pflegebedürftigen Bevölkerung zu rechnen. Neben dem Rückgang der Versorgungsstrukturen wird auch ein Rückgang der dörflichen Strukturen Schmöllns stattfinden. Die Kernstadt Schmöllns und ihre unmittelbare Umgebung werden zu einem hybriden Raum.

Die prägendsten Folgen des Klimawandels für Schmölln werden eine Zunahme von Hochwasserereignissen entlang der Sprotte und eine Zunahme von heißen Tagen (Temperatur über 30°C) sein. Hierdurch wird es zu Schäden an Infrastruktur, Mensch und Natur kommen. Der durch die Digitalisierung entstehende höhere gesellschaftliche Mehrwert und die damit verbundene Entlastung wird nicht alle Bewohner:innen Schmöllns positiv beeinflussen. Die Lebensumstände von Menschen, die nicht von der Digi-

talisierung / Automatisierung profitieren, werden sich hierdurch verschlechtern. Für die ältere Bevölkerung stellen die digitalen Entwicklungen zusätzlich eine höhere Hürde dar. Somit ist für 2060 ein Rückgang der Versorgungsstrukturen in Schmöln zu erwarten, bedingt durch geringere Nutzungsintensität oder Schäden an der Infrastruktur durch den Klimawandel.

Insgesamt verdeutlicht diese Dystopie die drängenden Herausforderungen, mit denen der Gesundheitssektor in Zukunft konfrontiert sein wird. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Anpassung und Resilienz zu ergreifen. Nur durch umfassendes und koordiniertes Handeln können die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft minimiert und eine nachhaltige Zukunft sowie Daseinsvorsorge für Schmöln sichergestellt werden.

Literatur und Quellen

Bertelsmann Stiftung (2019). Megatrend-Report #01: The Bigger Picture: Wie Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel uns herausfordern. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Böhme, Christa; Köckler, Heike; Quilling, Eike (2023). Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. In: [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.), Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

[BKK] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hg.) (2022): Starkregen – Herausforderung für den Bevölkerungsschutz Trends, Auswirkungen und Handlungsempfehlungen. Bonn: Schriftenreihe Praxis im Bevölkerungsschutz, BKK.

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, DLR Projektträger (2018): 1,5° C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5° C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Bonn: IPCC-Koordinierungsstelle, DLR Projektträger "Umwelt und Nachhaltigkeit".

Franzkowiak, Peter, Hurrelmann, Klaus (2022). Gesundheit. In: [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.), Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. URL: <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i023-1.0>, zuletzt geprüft am 18.05.2023.

Hack, Ulrike (2021): What's the real story behind the explosive growth of data? URL: <https://www.red-gate.com/blog/database-development/whats-the-real-story-behind-the-explosive-growth-of-data>, zuletzt geprüft am 18.05.2023.

Petersen, Thieß; Bluth, Christian (2020). Die Corona-Transformation: Wie die Pandemie die Globalisierung bremst und die Digitalisierung beschleunigt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Robert Koch-Institut (Hg.) (2016) Gesundheit in Deutschland – die wichtigsten Entwicklungen. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. Berlin: RKI.

Statistisches Bundesamt (2023): Bevölkerung: Demografischer Wandel. URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html#353406, zuletzt geprüft am 16.05.2023.

United Nations (2018): World Urbanization Prospects – The 2018 Revision – Country Profiles. URL: <https://population.un.org/wup/Country-Profiles/>, zuletzt geprüft am 26.12.2023.

Zukunftsinstitut (2023 a): Die Megatrends. URL: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/megatrends>, zuletzt geprüft am 18.04.2024.

Zukunftsinstitut (2023 b): Megatrend Gesundheit. URL: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/megatrend-gesundheit>, zuletzt geprüft am 18.04.2024.

Zukunftsinstitut (2023 c): Urbanisierung. URL: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/megatrend-urbanisierung>, zuletzt geprüft am 15.05.2023.

Zukunftsinstitut (2023 d): Megatrend Konnektivität. URL: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/megatrend-konnektivitaet>, zuletzt geprüft am 15.05.2023.

Zukunftsinstitut (2023 e): Silver Society. URL: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/megatrend-silver-society>, zuletzt geprüft am 16.05.23.

Planspiele zur stadtgesellschaftlichen Kulturpflege – Sozioinfrastrukturelles Planen in der flächengroßen Kleinstadt

Arvid Krüger,
Sarah-Ann Orymek

Hinweis: Die Exkurse zu den Fallbringerstudien basieren auf der Fallstudienauswertung von Knacker und Kuhfuß (siehe Knacker et al. 2023).

Auf Basis der Erkenntnisse aus den Fallbringerstudien (die in Teilen hier im Beitrag, aber auch in anderen Beiträgen aufgegriffen werden, für einen Überblick siehe Knacker et al. 2023) wurden vier Reallaborsituationen entwickelt, wovon eine sich bewusst sektorübergreifend den sozioinfrastrukturellen Herausforderungen widmen sollte, die man eher dem D für Daseinsvorsorge als dem N für Nachhaltigkeit in einer ISDN zuordnen würde. Nicht überraschend zeigten sich aber auch durchaus umfangreiche Bezüge zu den Transformationsthemen der Klimaanpassung, besonders in Sachen Mobilität (siehe unten). Grundgedanke dieses sozioinfrastrukturellen Reallabors war die Idee, die Machbarkeit von Vorhaben sozioinfrastruktureller Projekte und Maßnahmen unter kommunal federgeführter Steuerung auszuloten.

Das Forschungsprojekt nahm daher die „ländliche Bildungslandschaft und sozialraumorientierte Infrastrukturplanung“ in den Fokus, um die systematische Einbettung zielgruppenspezifischer Bedarfe in die kommunale Stadtentwicklungspolitik zu untersuchen und zu ermitteln, wie ein kontinuierlicher Dialog zwischen den Verwaltungsstellen der sozialraumorientierten Arbeit aussehen könnte. Dabei wurden bewusst dörfliche Ortsteile (die Charrette fand z.B. in Lumpzig statt) und spezifische Zielgruppen in den Blick genommen (z.B. Besuch des Forschungsprojekts im Seniorenbeirat und ein Dialogformat mit Jugendlichen des Roman-Herzog-Gymnasiums, siehe hierzu den Beitrag von Knacker et al. in diesem Band).

Das Reallabor wurde mit Planspielen nachbereitet, deren Ziel es war, Möglichkeiten, aber auch Hemmnisse und (änderbare) Restriktionen aus Sicht einer flächengroßen Kommune zu eruieren. Die Planfälle orientierten sich durch die Fallbringerstudien an der vorhandenen Realität, dachten diese aber auf Basis der diskutierten Ideen während des Reallabors fiktiv weiter. Der folgende Beitrag fasst zunächst die methodische Vorgehensweise zusammen. Danach folgt ein Exkurs zu den Fallbringerstudien zu Gemeinschaftseinrichtungen in Lumpzig und der Aufenthaltsqualität von Gewerbegebieten. Anschließend werden die durchgeführten Planspiele und die daraus gewonnen Erkenntnisse dargestellt und in den aktuellen Forschungsstand eingeordnet.

Planspiele simulieren eine reale Situation, um diese besser verstehen und einschätzen zu können und Transparenz in den Entscheidungs- und Interessensstrukturen zu schaffen. Durch Planspiele können Problemstellungen analysiert und Diskussions-, Entscheidungs- und Lösungsansätze entwickelt werden (Reich 2007: 1). In dem Forschungsprojekt wurde die Planspiel-Methodik gewählt, um fiktiv erdachte, konkrete Planfälle, die auf Grundlage der in den vorausgegangenen Workshops und Charrette diskutierten Ideen entwickelt wurden, durchzuspielen. Dafür wurden relevante Akteure der kommunalen sowie der Landkreisebene als auch weitere soziokulturelle Akteure eingeladen. Die Rollen der Teilnehmenden entsprachen dabei ihrer realen Tätigkeit. Allein die Hierarchisierung nach Ebenen wurde aufgehoben. Wenn mehrere Fachpersonen desselben Themas von unterschiedlichen Ebenen teilnahmen, flossen ihre Auffassungen als gleichberechtigte Sichtweise in das Planspiel ein. Die Universität Kassel übernahm die Spielleitung, sowie die Rolle des Fallbringers.

Das Planspiel untergliederte sich in vier Abschnitte. Eingeleitet wurde durch einen Fallbringer (vgl. Förster et al. 2018) mit den verschiedenen Fallbeschreibungen. Dieser schilderte die Situationen mit ihren differenzierten Möglichkeiten. Anschließend führte die Spielleitung in die erste Spielphase ein, in der sich die Anwesenden anhand von Leitfragen mit den einzelnen Beispielen auseinandersetzten und diese für sich reflektierten. In dieser Spielphase ging es um den direkten Bezug des eigenen Ressorts mit den vorgestellten Fällen. Dabei sollten die Teilnehmenden Visionen, Chancen, Bedingungen und Herausforderungen ausarbeiten. Ein Wissenschaftler übernahm gezielt die Rolle der Gesprächsleitung und leitete den Dialog und die Diskussion über die entstehenden Erkenntnisse an. Die zweite Spielphase umfasste Fragestellungen der ersten Spielphase, die aus wissenschaftlicher, rechtlicher und sozialer Perspektive einer genaueren Analyse bedurften. Mit einer abschließenden Schlussfolgerung fassten die Akteure ihre neu erworbenen Erkenntnisse und ihre abschließende Meinung zu den verschiedenen Planungsfällen zusammen.

Im Grunde stand das „Warum“ nicht zur Diskussion. Alle Planfälle stellten fiktive Situationen dar, die nicht auf ihre Machbarkeit überprüft werden sollten, sondern einen neuen Ist-Zustand abbildeten, in dem sich die einzelnen Akteure mit den Fragen des „Was“ (Gestaltung und Nutzung der einzelnen Räumlichkeiten) und des „Wie“ (Verantwortlichkeiten, rechtliche Strukturen, Rahmenbedingungen) auseinandersetzten. Ein Fokus lag ebenfalls auf der Positionierung der einzelnen Akteure mit ihrem Ressort sowie auf einer möglichen Zusammenarbeit.

Die weiteren Schritte erfolgten mit Einbezug von Gesprächspartner:innen, die zu den einzelnen Planspielen nicht anwesend sein konnten, ihr Ressort für die Gestaltung der Infrastruktur aus Perspektive der einzelnen Fälle jedoch eine entscheidende Position spielte und somit nachträglich zu ihrer Stellung und möglichen Hindernissen befragt wurden. Die Aussagen der Akteure wurden in einem Protokoll in den verschiedenen Fällen anhand einzelner Kategorien gegliedert.

Ziel war es, wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die aus verschiedenen Perspektiven analysiert und interpretiert werden können. Ein aktueller Praxisbezug hatte eine sekundäre Relevanz, da dieser von den Beiträgen der Einzelnen abhängt.

Exkurs aus der Fallbringerstudie I: Lumpzig

Die Ortsteile Schmöllns unterscheiden sich in ihrer infrastrukturellen Ausstattung. Ziel einer der Fallbringerstudien war es, den Umgang mit und die Planung von Gemeinschaftseinrichtungen in den Dörfern Schmöllns zu untersuchen und herauszufinden, wie sich diese Projekte in den Gesamtzusammenhang der infrastrukturellen Daseinsvorsorge einordnen lassen. Dies geschah exemplarisch an dem dörflichen Ortsteil Lumpzig, in dem später auch eine Charrette zur Vorbereitung des Planspiels stattfand. Zudem sollte ermittelt werden, welche Funktion die Dörfer im Vergleich zur Kernstadt übernehmen. Das Forschungsprojekt befasste sich daher immer wieder mit dem Dorf Lumpzig, das von der kooperativen Projektleitung als typisch für die Schmöllner Ortsteile eingeschätzt wurde.

Um sich dem Thema der Gemeinschaftseinrichtung zu nähern, wurde eine Analyse der vorliegenden Dokumente durchgeführt. So behandelt das zur Aufnahme in das Förderprogramm Dorferneuerung erarbeitete Dorfentwicklungskonzept Lumpzig eine Vielzahl von Aspekten, darunter die Siedlungsentwicklung, die soziale Infrastruktur, das Thema Bildung und Gesundheit sowie die technische Infrastruktur, die wirtschaftliche Entwicklung und die Dorfökologie (LEG Thüringen 2020: 7). Aufgrund dessen konnte es als Informationsquelle herangezogen werden. Daneben wurden auch Dokumente des Thüringer Rechnungshofs berücksichtigt, die Überlegungen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Optimierung von Dorfgemeinschaftshäusern sowie zur Prüfung deren Wirtschaftlichkeit umfassen (Thüringer Rechnungshof 2014, Thüringer Rechnungshof 2013).

Im Oktober 2018 wurden die Ortslagen Lumpzig, Braunschain, Großbraunschain, Hartha, Kleintauscha und Prehna als Fördergebiet im Förderprogramm Dorferneuerung aufgenommen. In diesem Kontext wurde ein Dorfentwicklungskonzept erarbeitet, das Handlungsfelder aufzeigt, um die Daseinsvorsorge in den Ortsteilen zu erhalten und unter Berücksichtigung des demografischen Wandels weiterzuentwickeln. Im Rahmen dessen erfolgte auch eine Bestandsaufnahme der infrastrukturellen Einrichtungen im Dorf Lumpzig.

Aus der Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass in Lumpzig neben der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde, die freiwillige Feuerwehr sowie verschiedene Vereine vorhanden sind (Sportverein Osterland Lumpzig e. V., Skatverein „Lumpziger Buben“, Feuerwehrverein Lumpzig e. V., Altenburger Bauernhöfe e. V.). Zudem existiert ein Gastronomiebetrieb, die Gaststätte „Lumpziger Gasthof“. Im Bildungsbereich ist ebenfalls eine infrastrukturell-

le Einrichtung vorhanden. In Lumpzig befindet sich die Kindertagesstätte „Zwergenrevier“, die für das Dorf einen Standortvorteil bildet (LEG Thüringen 2020: 23ff.).

Die Bestandsaufnahme diene der Identifizierung verschiedener Handlungsfelder und Leitprojekte, darunter auch im Bereich Dorfgemeinschaft und Basisdienstleistungen. Die sozialen Bedürfnisse aller Altersgruppen sollten durch die Umsetzung verschiedener Maßnahmen befriedigt werden (LEG Thüringen 2020: 52). Die Kita sollte erhalten bleiben und perspektivisch durch eine bauliche Veränderung erweitert werden. Im wörtlichen Sinne naheliegend ist das frühere gemeindliche Rathaus, das sich neben den eher temporär anmutenden Zweckbauten der Kita befindet. Bereits jetzt nutzen einzelne Kitagruppen Räume im alten Rathaus als de facto pragmatische Zwischennutzung. Im Vereinsbereich wird eine Nachwuchsförderung durch Schnupperkurse angestrebt und Aktionen und Treffen sollen das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Daneben wird beabsichtigt, einen Bürgerladen zur Sicherstellung der Nahversorgung zu etablieren und durch Fahr- und Bringdienste für Senior:innen die Nutzbarkeit der Angebote zu erhöhen. Ergänzend dazu ist auch die Einrichtung einer Altentagesstätte geplant (LEG Thüringen 2020: 56 f.).

Ein Projekt, das in diesem Kontext in der Ortslage Lumpzig umgesetzt werden soll, ist die Sanierung des Wohn- und Geschäftshauses in der Ortsmitte und die Umnutzung als Bürgerhaus. Westlich des Ernst-Thälmann-Platzes befindet sich ein sanierungsbedürftiges Wohn- und Geschäftshaus, welches aufgrund seiner Größe und Lage einen ortsbildprägenden Charakter hat. Das zentral gelegene Objekt soll durch das Dorferneuerungsprogramm zu einer Anlaufstelle für die Bürger:innen werden. Durch die Sanierung der Außenfassade, den Abriss des auf dem Grundstück befindlichen Kiosks und einen Innenausbau soll das Gebäude zu einem Bürgerhaus mit Schulungs-, Versammlungs- und Seminarraum umgestaltet werden. Angedacht ist, das Gebäude für verschiedene Veranstaltungen, Workshops und Lesungen, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Angebote sowie zur Vermietung für private Veranstaltungen zu nutzen. Durch das Bürgerhaus soll der Ortskern lebendiger gestaltet werden und eine neue Aufenthaltsqualität erhalten (LEG Thüringen 2020: 66 f.).

Eine Veröffentlichung des Thüringer Rechnungshofes weist jedoch darauf hin, dass bei der Planung von Dorfgemeinschaftshäusern eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden sollte. So werden Bürgerhäuser mit dem Ziel errichtet, die Nahversorgung im ländlichen Raum zu verbessern, soziale und kulturelle Angebote zu schaffen und die Identifikation mit dem Wohnort zu stärken (Thüringer Rechnungshof 2014: 2). Häufig werden jedoch zu hohe Erwartungen an die Nutzung der Bürgerhäuser gestellt. In der Realität zeigt sich, dass ein Dorfgemeinschaftshaus in Thüringen im Durchschnitt lediglich zweimal wöchentlich genutzt wird. Hauptnutzer sind Vereine. Öffentliche oder private Veranstaltungen finden hingegen nur selten statt. Dieser geringen Nutzung stehen hohe laufende Kosten gegenüber (Thüringer Rechnungshof 2014: 4).

Auch wenn die Errichtung von Bürgerhäusern durch Fördermittel unterstützt wird, belasten die Betriebs- und Instandhaltungskosten den kommu-

nen Haushalt erheblich (Thüringer Rechnungshof 2014: 3). Aufgrund dessen sollte der Bedarf für ein neues Bürgerhaus im Vorhinein genau ermittelt werden, um eine möglichst effektive Auslastung zu erreichen. Daneben ist auch auf eine Multifunktionalität der Gebäude zu achten, damit verschiedene Zielgruppen angesprochen werden (Thüringer Rechnungshof 2013: 4). Es ist von Vorteil, das Nutzungskonzept gemeinsam mit vielen Interessensgruppen zu erarbeiten. Auch eine Kooperation mit benachbarten Kommunen sollte in Betracht gezogen werden. Statt eines Neubaus können vorhandene Einrichtungen mit freien Kapazitäten gemeinsam genutzt werden (Thüringer Rechnungshof 2014: 5). Vor der Errichtung eines Bürgerhauses sollten die Bewilligungsbehörden daher die Auslastung vorhandener Objekte und Einzugsbereiche prüfen. So kann eine Überversorgung in der Region vermieden werden (Thüringer Rechnungshof 2013: 5). Ob eine solche Kosten-Nutzen-Analyse in Lumpzig durchgeführt wurde, geht aus dem Dorfentwicklungskonzept nicht hervor. Auch wird der Erarbeitungsprozess des Nutzungskonzeptes nicht genauer erläutert. Es ist fraglich, ob die im Dorfentwicklungskonzept formulierten Ziele und Erwartungen durch das geplante Bürgerhaus erreicht werden können und eine ausreichende Auslastung sichergestellt wird.

Ein weiteres Projekt des Dorfentwicklungskonzeptes, das die infrastrukturelle Ausstattung in der Ortslage Lumpzig betrifft, ist die Sanierung des Objektes im Wiesenweg 1, des ehemaligen Rathauses der Gemeinde. Dieses Gebäude befindet sich in einem sanierungswürdigen Zustand. Aufgrund der Lage nahe der Kirche besitzt es einen ortsbildprägenden Charakter. Es ist geplant, durch die Umnutzung des Gebäudes den angrenzenden Kindergarten räumlich zu erweitern. Durch diese Nachnutzung soll das Ortsbild aufgewertet und die Kindertagesstätte als wichtige infrastrukturelle Einrichtung des Ortes gestärkt werden (LEG Thüringen 2020: 68 f.).

Vorhandene Bildungseinrichtungen bilden ein wichtiges Kriterium für die Attraktivität von Dörfern. Sie fördern insbesondere den Zuzug junger Familien (Krambach 2013: 12). Aufgrund dessen trägt die Maßnahme der Sanierung und Erweiterung des Kita-Gebäudes zum Erhalt des dörflichen Lebens bei. Diese beiden geplanten Projekte in Lumpzig sollen somit die Daseinsvorsorge sicherstellen und zu einer verbesserten sozialen Infrastruktur, welche die Dorfgemeinschaft fördert, beitragen. Dadurch soll Lumpzig als attraktiver Wohnstandort gestärkt werden.

Exkurs aus der Fallbringerstudie II: Gewerbe

Neben den dörflichen Ortsteilen gibt es – seit den 1990er-Jahren – auch eine neue „Siedlungsform“ in der flächengroßen Gemeinde. Diese dient zwar nicht dem Wohnen, ist aber ein Ort, an dem sich ein nicht zu unterschätzender Teil der ansässigen Bevölkerung aufhält: vor allem vor und nach der Arbeit und in etwaigen Mittagspausen. Die Sprache ist von (nichtintegrierten) Gewerbegebieten, die typischerweise in Ostdeutschland insbesondere auf Basis von Planungen der Nachwendzeit entstanden sind, meist in Autobahnnähe liegen, keine Anbindung an bestehende Ortslagen aufweisen und vor allem nach den Anforderungen der Unternehmen konzipiert wurden. So besitzen auch die

Schmöllner Gewerbegebiete rund um den Arbeitsplatz der Beschäftigten nur eine geringe Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit. Im ISDN-Projekt wurden insbesondere das Gewerbegebiet an der Crimmitschauer Straße „Richtung A4“ und das gemeinsame Gewerbegebiet von Schmölln und Gößnitz am Rand des Dorfs Nitzschka betrachtet (gerade letzteres sollte eingedenk der Flächennutzungen eher als Gewerbegebiet beschrieben werden, an dessen Rand sich eine dörfliche Raumsituation befindet). Aber gerade der ländliche Raum profitiert eben davon, flächenintensiven Industrien einen Standort bieten zu können.

Besonders in den Pausen wird die Ausrichtung der Gewerbegebiete auf den motorisierten Verkehr deutlich. Die Arbeitnehmer:innen wollen sich bewegen, doch es sind keine Fuß- oder Radwege vorhanden. An den LKW-geprägten Straßen entlangzulaufen, verschafft keine Entspannung und die Sicherheit ist gefährdet. Aufgrund dessen hatte sich beispielsweise ein Unternehmen zum Ziel gesetzt, eine derzeit nicht genutzte Fläche des Unternehmens umzugestalten, sodass sie mit wenig Aufwand zu einer Aufenthaltsfläche für die Mitarbeiter:innen wird (nähere Angaben erfolgen aus Anonymisierungsgründen nicht).

In das Projekt zur Aufwertung einer Pausenfläche wurde ein interner Arbeitskreis, der sich mit Themen zum Mitarbeiter:innenwohl beschäftigt und in unregelmäßigen Abständen tagt, eingebunden. Der Betriebsrat wurde, wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorsieht, zur Zustimmung befragt – und damit zu einem ungewöhnlichen Akteur in freiraumgestaltenden Prozessen. Um der Enttäuschung vorzubeugen, dass nicht alle Anregungen und Ideen umgesetzt werden können, wurde statt der gesamten Belegschaft lediglich ein Arbeitskreis beteiligt; umgesetzt wurden die Maßnahmen von lokalen Handwerker:innen.

Zunächst wurde eine gepflasterte Fläche als Pausenbereich angelegt, die mit Koniferen und Holzbänken gestaltet wurde. Da sich die Mitarbeiter:innen jedoch vor allem die sportliche Betätigung und Bewegung in der Pause wünschten, kam die Idee auf, zusätzlich noch Wege zu errichten. Diese sollten die Spaziergänge entlang der Hauptstraßen ablösen und die Möglichkeit bieten, auf dem Firmengelände im Grünen spazieren zu gehen.

Die Errichtung von Aufenthaltsflächen ist nicht nur für die Mitarbeiter:innen von Vorteil, sondern auch für die Arbeitgeber. Durch die bessere Aufenthaltsqualität entsteht ein angenehmeres Arbeitsklima, das die Kommunikation fördert und somit kreative Ideen anregt. Gleichzeitig wird durch den Ausbau der Aufenthaltsqualität auch die Attraktivität des Arbeitsplatzes gesteigert. Gerade im Wettbewerb um Fachkräfte, werden solche Standortvoraussetzungen des Arbeitsplatzes zunehmend wichtiger.

Ein Problem stellt jedoch die Flächenknappheit dar. Im Gewerbegebiet Nitzschka ist gerade bei Schichtwechseln eine Parkplatzproblematik vorhanden. So könnte aufgrund fehlender Stellflächen über das Bauen in die Höhe nachgedacht werden. Es muss jedoch auch über eine Weiterentwicklung solcher Stellflächen reflektiert werden, da zukünftig auch sichere Abstellmöglichkeiten für E-Bikes sowie Ladebereiche geschaffen werden müssen.

Um die Problematik der fehlenden Flächen zur Gestaltung von Aufenthaltsflächen zu umgehen, muss geprüft werden, ob Kooperationsmodelle denkbar sind. Obgleich die Unternehmen noch über entsprechende Flächen verfügen, werden diese aber aufgrund der Entwicklungsperspektiven weiterhin im eigenen Besitz gehalten. Unternehmen könnten sich zusammentun und die Ausgleichsflächen, die laut Bebauungsplan nicht bebaut werden dürfen, für Aufenthaltsflächen nutzen, vergleichbar mit Zwischennutzungsprojekten in der Stadt. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde zudem vorgeschlagen, die städtischen Ausgleichsflächen am angrenzenden Wanderweg als Pausenflächen zu gestalten. Neben Aufenthaltsflächen trägt auch die Pausenversorgung zur Aufenthaltsqualität von Gewerbegebieten bei.

Derzeit sind keine Einrichtungen fußläufig erreichbar. Neue Mobilitätsmittel wie beispielsweise E-Bikes können dieses Problem zukünftig vor allem für kurze Entfernungen lösen. Zwar sind teilweise Radwege zur Anbindung des Gewerbegebietes vorhanden, diese sind jedoch wenig attraktiv und weisen hier und da noch Lücken auf. Damit ist auch die Verkehrssicherheit ein Faktor, der die Aufenthaltsqualität von Gewerbegebieten beeinflusst (siehe hierzu den Beitrag von Block und Knacker in Band II, Block / Knacker 2023).

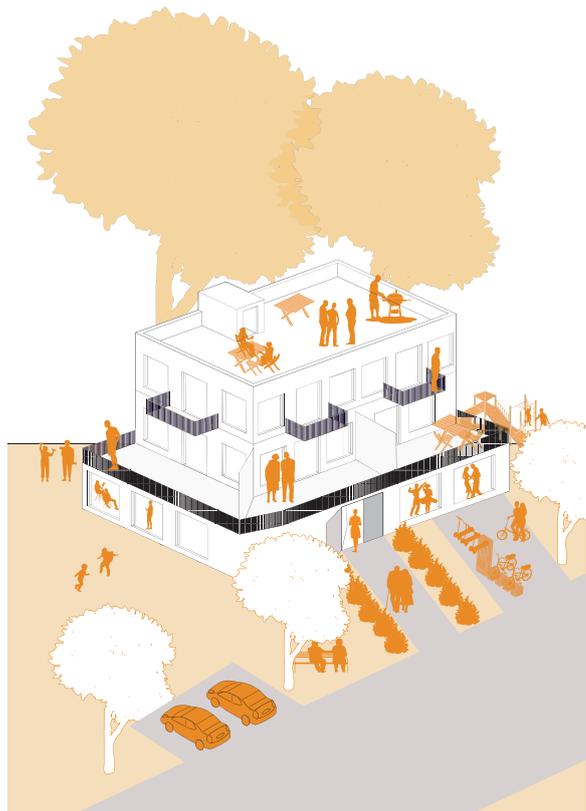
Stadtgesellschaftliche Kulturpflege an ungewöhnlichen Orten des ländlichen Alltags

Gewerbegebiete stellen definitiv einen der ungewöhnlichen Orte dar, an denen über sozioinfrastrukturelle Themen gesprochen wurde, wobei man sich diesem Ort auch aus der raumunspezifischen Sicht der Angebote nach den Sozialgesetzbüchern nähern könnte; als Stichworte sollen Jugendberufshilfe, Eingliederung in den Arbeitsmarkt und generell Integrationsprojekte (denn Arbeit ist ein Faktor für die Integration zugewanderter Menschen) genügen.

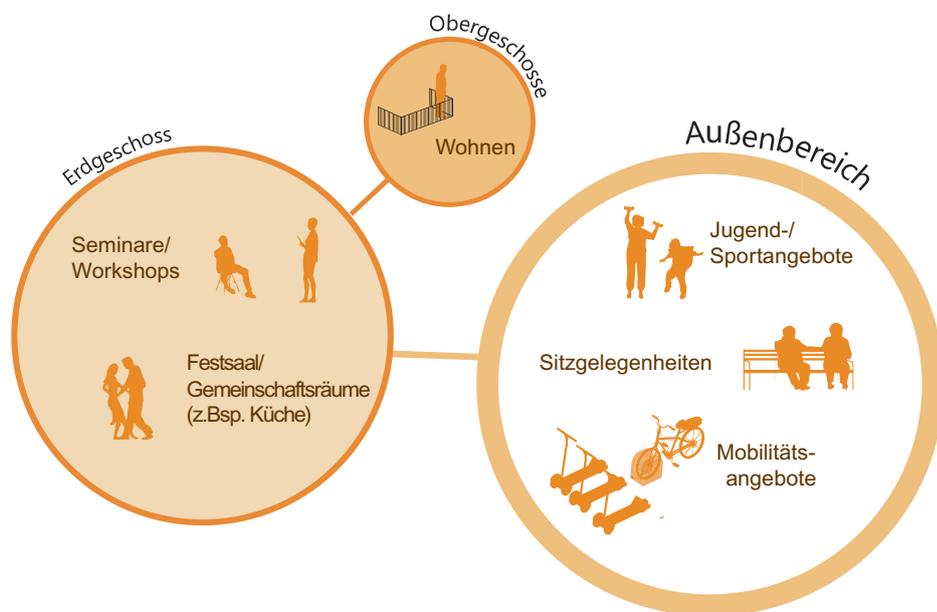
Doch auch dörfliche Lagen sind insofern ungewöhnliche Orte, als dass dort meistens das unspezifische Dorfgemeinschaftshaus, der Heimat- oder Sportverein ansässig sind, die – auch ganz bewusst und berechtigt – ihre Distanz zu den Angeboten nach Sozialgesetzbüchern haben. Oder den Blickwinkel umgedreht: Für sozioinfrastrukturelle Cluster, wie sie in den großstädtischen Sozialen-Stadt-Gebieten schon länger Alltag geworden sind (Böcker 2010, Krüger 2008), einschließlich Bildungslandschaften (Coelen et al. 2015), wären Dörfer eher ungewöhnliche Orte einer sozioinfrastrukturellen Standortwahl (was nicht heißen soll, dass das noch nie vorgekommen ist).

Das erste Planspiel sollte daher der Frage nachgehen, wie soziokulturelle Arbeit verstärkt dort stattfinden kann, wo sich Menschen im Alltag bewegen. Dazu wurden drei verschiedene Planfälle in den Blick genommen, um zu untersuchen, wie Nachbarschaftszentren bespielt und organisiert werden können.

Ø1 Lageplan des Nachbarschaftszentrums Am Kapsgraben
 (Eigene Darstellung, Karten-
 grundlage: © OpenStreetMap
 contributors 2024)

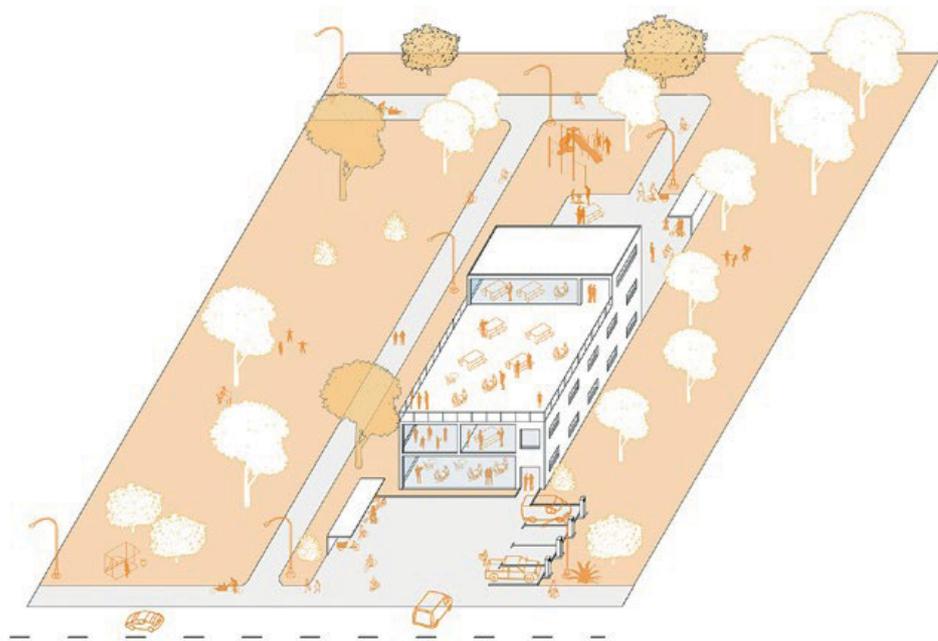


Ø2 Isometrie des Nachbar-
 schaftszentrum Am Kapsgraben
 (Eigene Darstellung)

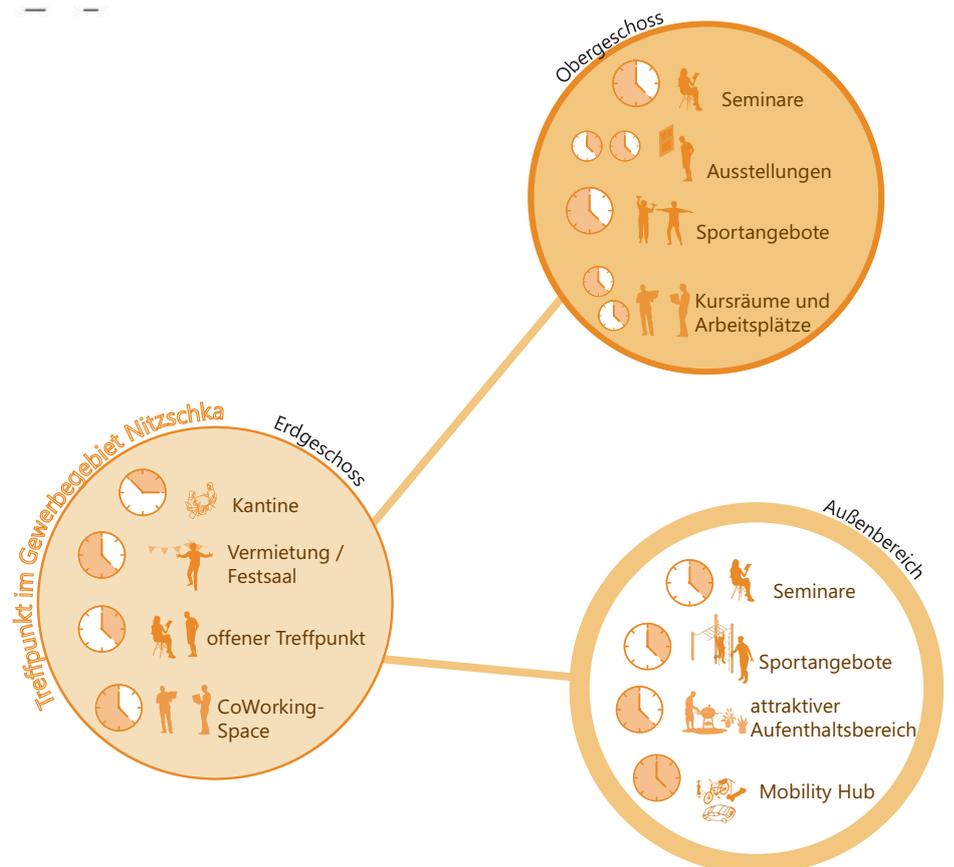


Ø3 Nutzung des Nachbar-
 schaftszentrums Am Kapsgraben
 (Eigene Darstellung)

Ø4 Lageplan Sozialer Treffpunkt im Gewerbegebiet Nitzschka (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)



Ø5 Isometrie des Sozialen Treffpunktes im Gewerbegebiet Nitzschka (Eigene Darstellung)



Ø6 Nutzung des Sozialen Treffpunktes im Gewerbegebiet Nitzschka (Eigene Darstellung)

Im Fall A wird die Etablierung eines Nachbarschaftszentrums „Am Kapsgraben“ dargestellt. Die Besonderheit liegt dabei in der Kombination eines Veranstaltungsortes mit einer Wohnnutzung im Obergeschoss. Das Gebäude ist eigens für die beschriebene Nutzung zu errichten und hinsichtlich der spezifischen Anforderungen und der vielseitigen Bedürfnisse vor Ort zu konzipieren.

Am Kapsgraben entstand 2024 ein Drogeriemarkt und damit eine mittelzentral relevante (und im südlichen Altenburger Land entsprechend einzige) kommerzielle Nahversorgung (dieses Typs). Mit der unmittelbaren Nähe zum Tatami (dem Freizeitbad) und neugebauten Wohnhäusern (siehe den Beitrag von Krüger in Band II, Krüger 2024) ist am westlichen Ortsausgang von Schmölln eine Art „Mini-Suburbia“ entstanden. Diese liegt zwar am Rande der Kleinstadt, ist aber über den Stadtpark an der Sprotte in 15-20 Gehminuten vom Bahnhof oder der Altstadt aus erreichbar. Im Rahmen des Planspiels wurde die Etablierung eines Veranstaltungsorts thematisiert, verbunden mit der Frage, wer so etwas baut, betreibt und was an einem solch dezentralen, aber dennoch im Kernort der Gemeinde vorhandenen Ort benötigt wird.

Nach diesem Vorbild ging es dann um die Schaffung eines sozialen Treffpunkts im Gewerbegebiet Nitzschka und im Anschluss um die Etablierung eines dörflichen Nachbarschaftszentrums in Lumpzig unter Nutzung der dezentral im Dorf verteilten Räumlichkeiten. Der Fall B beschäftigte sich mit der Errichtung eines Sozialen Treffpunktes im Gewerbegebiet Nitzschka. Die Nutzung ist ausgelegt für private (Vermietung), wie auch wirtschaftliche (Kantine, CoWorking-Space) und soziale Anbieter (Kurse, Sportangebote). Gerade das Thema der Pausenversorgung am Arbeitsplatz wird hier aufgegriffen.

Der dritte Fall C sah eine Nutzung bestehender Räumlichkeiten in Lumpzig vor. Aktuelle Belegungen sollten durch Seminare, sowie Jugend- und Sportangebote erweitert, sowie durch das Ausbauen von Wohnmöglichkeiten umrissen werden. Das Planspiel diente der Ermittlung des baulich-räumlichen Steuerungsbedarfs und dessen Verankerung in städtischen, dörflichen und sektoralen Förderlogiken. Die Planfälle wurden von der Universität Kassel mit vereinfachten Planunterlagen vorbereitet. Zudem wurde postuliert, dass die (noch nicht existierende) ISDN die entsprechenden Planfälle konzeptionell hergeleitet hat, also keine konzeptionellen Gründe gegen die Planfälle vorliegen. Die Überlegungen des Planspiels bestanden darin, herauszufinden, wie sich die Planfälle realisieren ließen - und ob sich Änderungen am Regelwerk beschleunigend und/oder vereinfachend auswirken würden.

Die teilnehmenden Akteure waren zum überwiegenden Teil aus der Verwaltung (Bauamt, Stadtrat, Wirtschaftsförderung), sowie aus sozialen Arbeitsbereichen (Hochschule Altenburger Land, Jugendsozialarbeit). Während der ersten Phase erfolgte eine Analyse der drei Fälle anhand der Relevanz aus der aktuellen Situation. Im Fall A wurde die räumliche Nähe zur Stadt als Schwierigkeit in Bezug auf bereits bestehende Angebote identifiziert. Zudem wurde die Kombination von Wohngebäude und Veranstaltungsort kritisch hinterfragt. Auch weil die Lage an der B7 und die Lautstärke durch

Ø7 Lageplan Dritte Orte in Lumpzig (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreet Map contributors 2024)



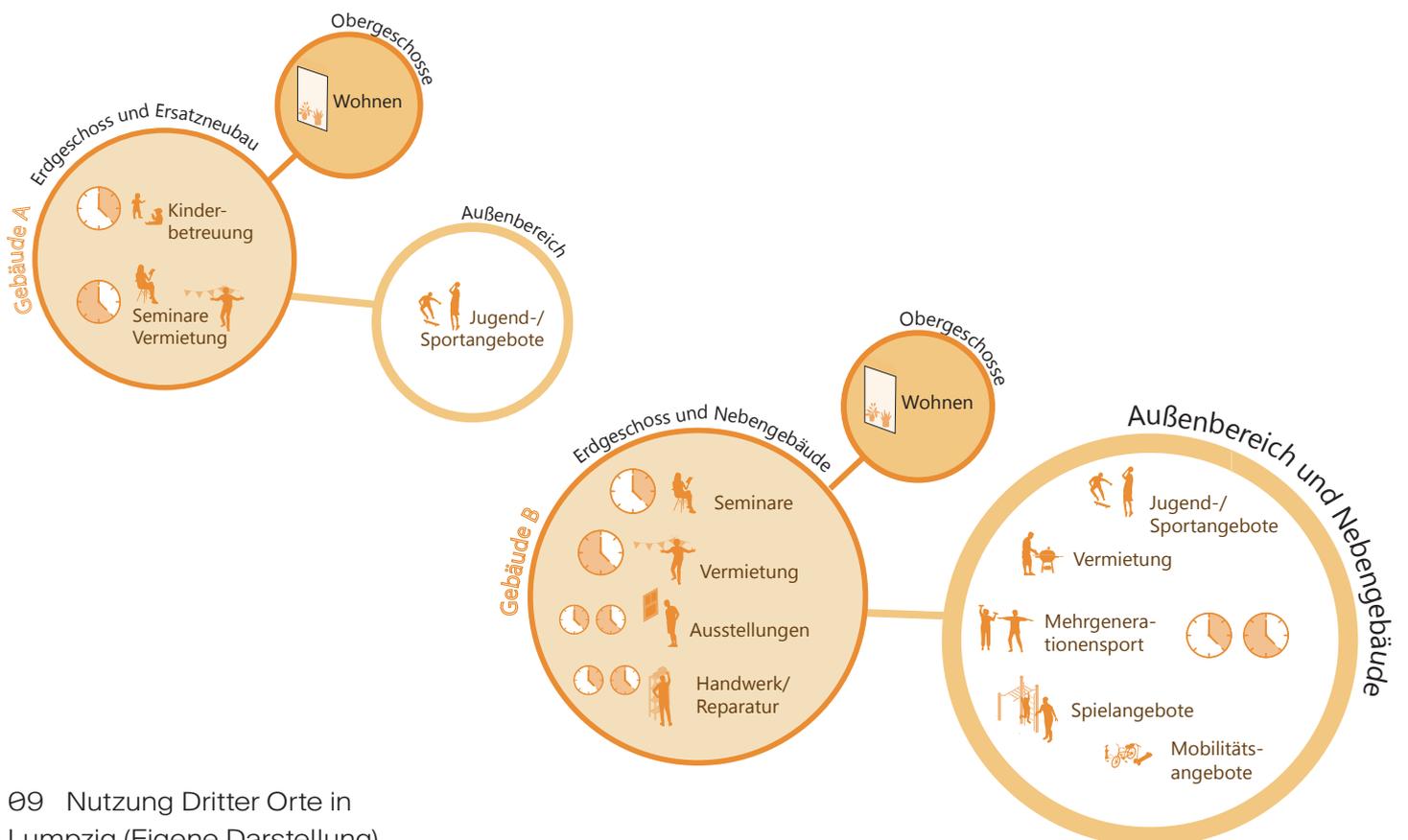
Gebäude A
Altes Rathaus und
KITA-Ersatzneubau



Gebäude B
Alter Konsum



Ø8 Isometrie
Dritte Orte in Lumpzig
(Eigene Darstellung)

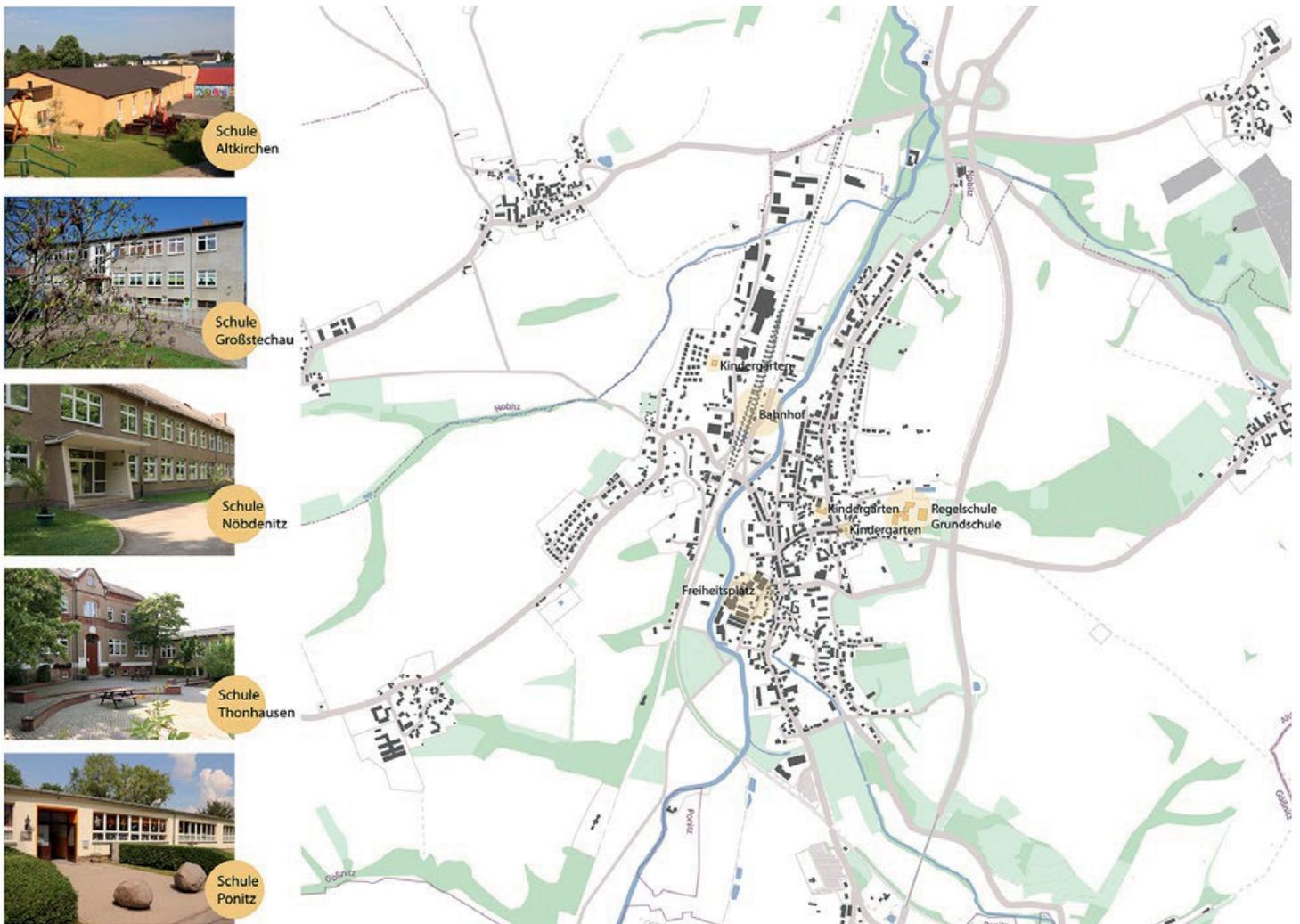


Ø9 Nutzung Dritter Orte in Lumpzig (Eigene Darstellung)

die Veranstaltungen als nicht optimal für die Wohnbebauung angesehen wurden. Das Aufzeigen von bestehenden Bürgerhäusern in der Umgebung führte zu der Wahrnehmung einer Konkurrenzsituation. Ein Diskurs zur aktuellen Frequentierung und Bedarfsanfrage kam nicht auf. Gute Voraussetzungen wurden für die Jugendarbeit gesehen, da durch naheliegende Treffpunkte von Jugendlichen (Stadtpark, Bastei), diese das Gebiet bereits für sich erschlossen haben. Die meisten Wortmeldungen gab es zum Fall B. Die Vielzahl an Angebotsmöglichkeiten, wie Integrationskurse zur Unterstützung der Arbeitsmarktsituation und die Verbindung zwischen Schule und den Betrieben vor Ort, erfuhr positive Resonanz. Das Thema Pausenversorgung und Pausengestaltung wurde als wichtiges Handlungsfeld angesehen. Ein sozialer Treffpunkt könnte durch ein Essensangebot und weitere Angebote zu einer positiven Stadtentwicklung des Gebietes beitragen. Der letzte Fall C offenbarte, dass durch eine entsprechende Kombination von Nutzungen Synergieeffekte entstehen können. Die derzeit vorhandene Kindertagesstätte im Nachbargebäude könnte durch die Etablierung eines Dritten Ortes im Alten Rathaus ihr pädagogisches Konzept erweitern. Auch generationenübergreifende Projekte sind möglich. Ein weiterer positiver Effekt betraf die Lage in Lumpzig, die durch den Ausbau eine Identität in der Dorfgemeinschaft schafft und diese stärkt. In der zweiten Phase führte das Gespräch zur Diskussion über den Betrieb und Besitz der einzelnen Gebäude sowie über die Relevanz einer zentralen Koordination. Deutlich wurde die kommunale und städtische Bedeutung in diesen Themenbereichen, die durch ihre Position zum einen als Ansprechpartner für die Koordination angesehen wurden und durch die Nähe zu den Bürger:innen ihre Bedürfnisse kennen und deren Interessen erkennen können. Die Akteure verdeutlichten aus der Perspektive ihres Ressorts die Bedeutung und Notwendigkeit der einzelnen Planfälle. Dabei konzentrierten sie sich stark auf den Fall B. Das Planspiel zeigt, dass die Errichtung neuer Nachbarschaftszentren immer im Verhältnis zu der bestehenden Nutzung und Auslastung der aktuellen Bürgerhäuser in näherer Umgebung steht. Eine Umnutzung und Erweiterung bestehender Gebäude kann gewinnbringend für die Gemeinschaft sein. Der Betreiber und die Nutzung sollten im Vorfeld geklärt und konzipiert werden. Dabei sollte die Stadtgesellschaft in die Planungsprozesse mit eingebunden werden. Um die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen und Synergieeffekte zu erzeugen, wird eine Kombination von soziokulturellen Angeboten und anderen Nutzungen als Möglichkeit wahrgenommen.

Ländliche Bildungslandschaften

Im zweiten Planspiel wurde die fiktive, den bisherigen Schulnetzplanungen geradezu entgegenlaufende Idee aufgegriffen, den Schulstandort in Gößnitz zu einem Gemeinschaftsschulstandort umzugestalten. Die Intention bestand darin, weiterzudenken, was es bedeuten würde, wenn mindestens für einen großen Teil der kernstädtischen und dörflichen Schüler:innenschaft dies neben dem Gymnasium der einzige Standort für alle ist, der zudem – in welcher Formalisierung auch immer – alle dörflichen Grundschulstandorte vereint. Im Sinne der kurzen Wege für kurze Beine werden die Standorte Gößnitz, Ponitz, Thonhausen, Altkirchen und Nöbdenitz für die Primarstufe genutzt; die Sekundarstufe I findet an den Standorten Gößnitz und Nöbdenitz statt. In den ersten vier

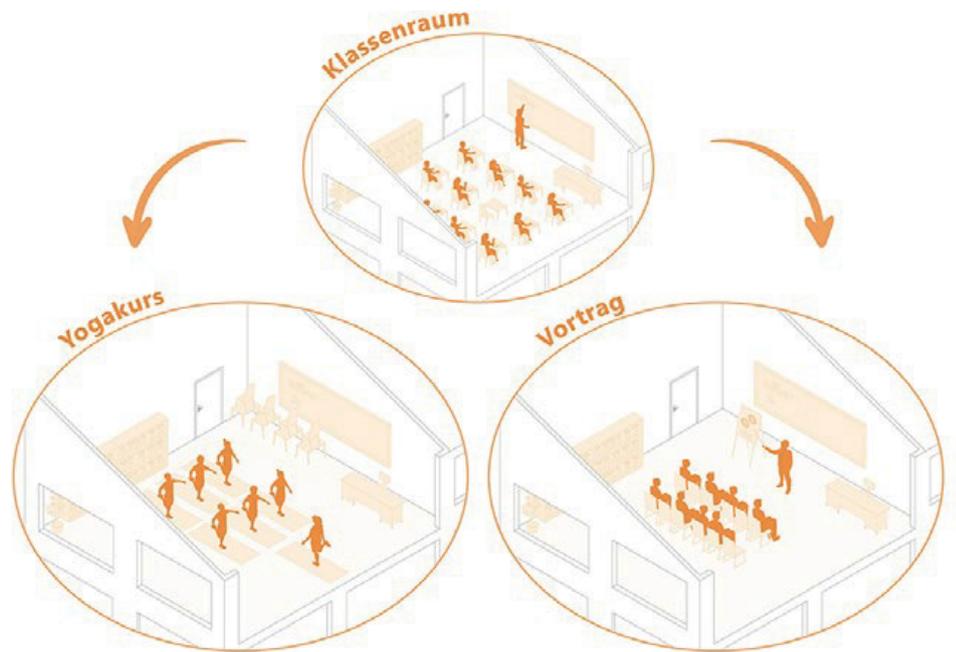


10 Schulen in Göbnitz und Umgebung (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

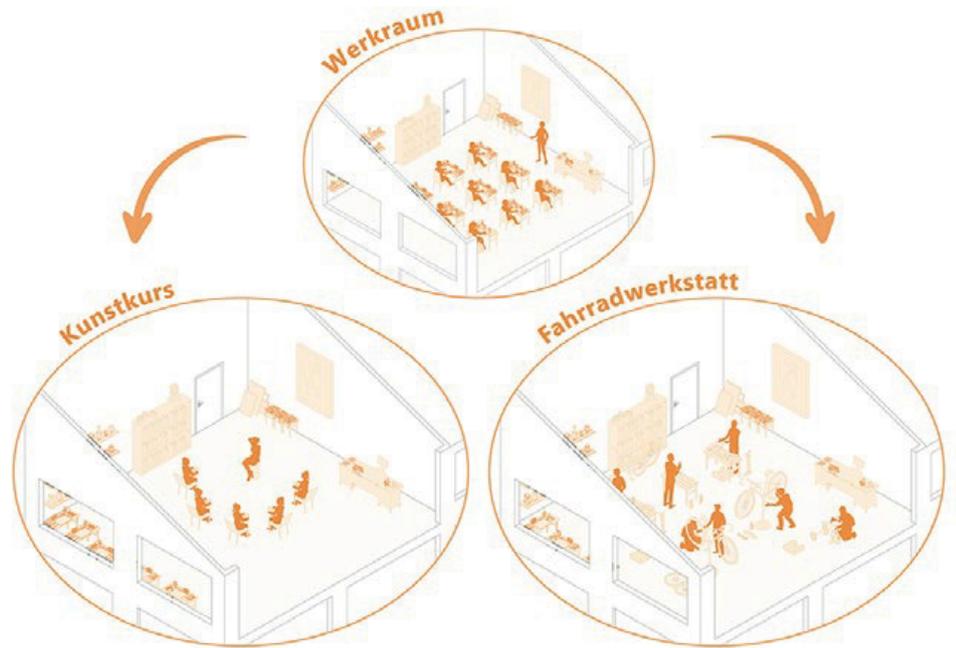
Jahren besuchen alle Schüler:innen die Schule in ihrer Nähe (im nächsten Dorf, in der Kernstadt Göbnitz), ab der fünften Klasse treffen sich alle Tag für Tag auf dem Göbnitzer Campus. Diese fiktive Überlegung diente als Voraussetzung für die Diskussion über die Auswirkungen auf den Schulstandort, den Campus, die Räume und Freiräume („Schulhof“) – und was gegebenenfalls anders wäre als an den etablierten großstädtischen Bildungsstandorten (Coelen et al 2015).

Das Planspiel thematisierte bewusst nicht den eigentlichen Bildungsbereich - schulsystematische Diskussionen waren sozusagen tabu. Stattdessen fokussierte sich das Planspiel auf eine mit dem System Schule verbundene Kultur-, Jugend- und Jugendsozialarbeit, die prinzipiell an allen Schulstandorten möglich ist. Der Fokus lag auf den dörflichen Sozialraumstrukturen im interkommunalen Raum Schmölln-Göbnitz-Sprottental. Das Planspiel umfasste sowohl die möglichen Entwicklungspotenziale innerhalb des Standortes Göbnitz (der Einfachheit halber wurden die Potenziale an den anderen Standorten abstrakt als „Dorfstandort“ zusammengefasst) als auch den Stadtraum rund um die Schule (z. B. Buswendeschleife, Freibad nebenan). Es galt zu eruieren, welche Angebote wo angesiedelt werden sollten und welche Bau- und Umbaubebedarfe erforderlich wären, die ggf. eine Stadtentwicklung leisten kann.

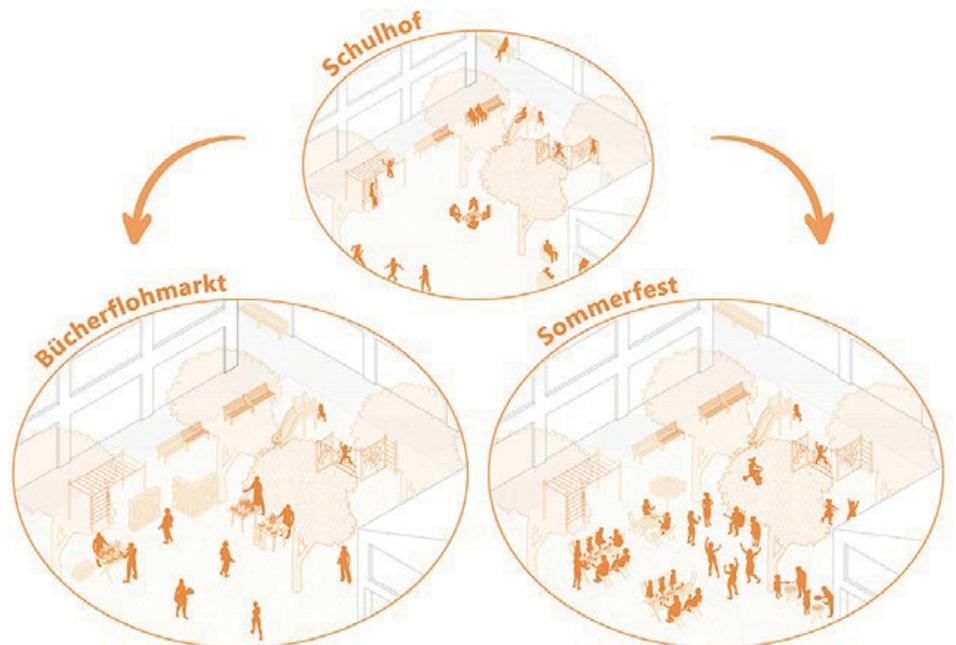
11 Nutzungsmöglichkeiten von Klassenräumen
(Eigene Darstellung)



12 Nutzungsmöglichkeiten von Werkräumen
(Eigene Darstellung)



13 Nutzungsmöglichkeiten des Schulhofs
(Eigene Darstellung)



Der Schulstandort Gößnitz bietet durch seine räumliche und soziale Struktur die Möglichkeit, das bestehende System neu zu denken. Dabei spielten zwei Teilbereiche eine Rolle, die einzeln betrachtet und thematisiert wurden.

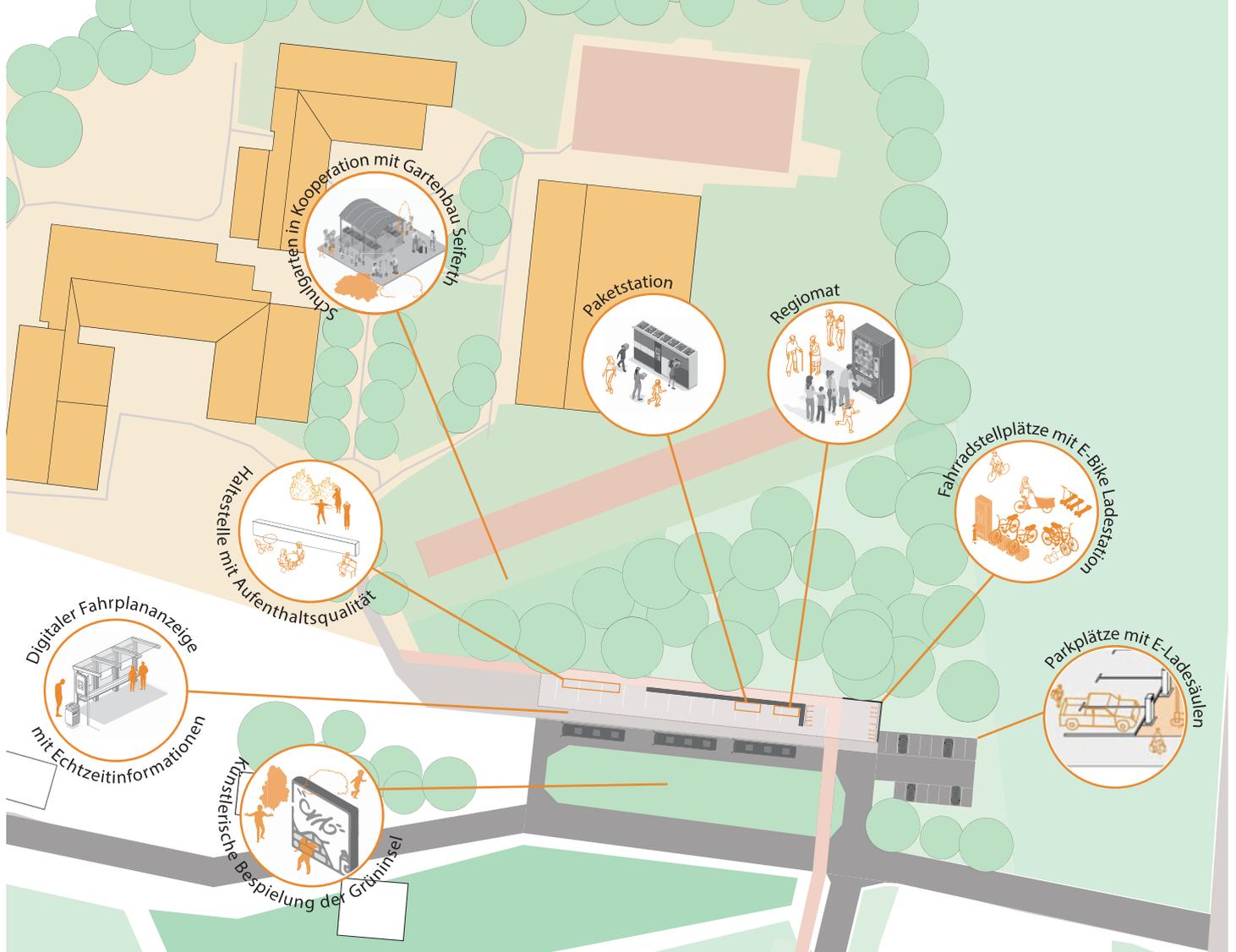
Zum einen stand das Schulgelände mit dem angrenzenden Schulhof im Fokus. Die Erweiterung der Nutzung vom Schulbetrieb von privaten und sozialen Akteuren kann zu einer Belebung des Schulgeländes unabhängig von der aktuellen Schulzeit und der aktuellen Altersstruktur führen. In diesem Fall sollte untersucht werden, wie die organisatorische Umsetzung sowie die räumliche Umnutzung realisiert werden kann und welche rechtlichen Hindernisse, zum Beispiel bei einer wirtschaftlichen Nutzung, entstehen können. Ebenfalls konnten bereits bestehende Angebotswünsche thematisiert werden. Außerdem sollte die an das Schulgelände angrenzende Buswendeschleife als multifunktionaler Aufenthaltsort neu entwickelt werden. Es wurde zudem postuliert, dass alle Plus- bzw. Taktbuslinien (die es in Gößnitz noch nicht gibt) die bereits vorhandene Infrastruktur an der Schulbuswendeschleife nutzen werden, aufgrund des Umstands, dass direkt am Bahnhof Gößnitz eine Buswendeschleife mit Betriebshalt nicht sinnvoll ist. Dadurch könnte zudem zwischen Bahnhof und Wendeschleife noch ein Halt mitten im Zentrum nahe des Amtsplatzes eingerichtet werden. Auch damit lohnt sich die Buswendeschleife als Ort der Aufmerksamkeit. Durch bedürfnisorientierte Angebote ist der Raum als generationsübergreifender Treffpunkt angedacht. Dabei ist die Bus-Route losgelöst vom Schulrhythmus und die Fläche als möglicher Ladeplatz für E-Busse konzipiert. Hierbei stand die Relevanz der einzelnen Vorschläge, sowie eine Notwendigkeit des Ausbaus zur Diskussion.

Die teilnehmenden Akteure waren aus der Verwaltung (Bauamt, Stadtrat, Schulverwalter), sowie aus sozialen Arbeitsbereichen (Jugendsozialarbeiter, Bildungslotsen, Lehrer). Ebenso nahmen zwei Schüler:innen in ihrer Position als Schülersprecher:innen teil. Eine Abkehr vom bestehenden System fiel den bestehenden Akteuren schwer, wodurch sie die nicht-Realisierung des Falls aus jetziger Perspektive mit finanziellen und personellen Schwierigkeiten begründeten.

Auch das Umdenken von einem Ort für Schüler:innen zu einem generationsübergreifenden Angebot wurde thematisiert und nicht von allen Beteiligten gewünscht. Ebenso wurden strukturelle Hürden, wie die Koordination und die Verantwortlichkeit sowie rechtliche Schwierigkeiten, wie die Nutzung von wirtschaftlichen Unternehmen, genannt.

Das Planspiel zeigte auf, dass das Hineinversetzen in die zwei Fälle mit Schwierigkeiten verbunden war, da ein Vergleich mit der jetzigen Situation (Vor- und Nachteile, Schwierigkeiten) nicht unterbunden werden konnte. Die Neudefinierung der Buswendeschleife wurde kaum thematisiert, hingegen wurde die Umgestaltung des Schulgeländes mit einer Nutzung außerhalb der Unterrichtszeiten stark diskutiert.

Ein Verweis zur aktuellen Situation zeigt, dass die Nutzung des Schulgeländes möglich wäre, aber mit strukturellen Schwierigkeiten, wie der Verantwortlichkeit und Koordinierung der einzelnen Aktivitäten des Schulbetriebs und der zusätzlichen Angebote, verbunden ist.



14 Entwurfsgrafik Umgestaltung der Buswendeschleife
 (Eigene Darstellung, Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors 2024)

Konsequenzen für die Mobilität

Sowohl die Buswendeschleife in Gößnitz als auch ein bewusst gesetztes Detail der Entwürfe der kleinen Nachbarschaftshäuser verweisen auf das Thema Mobilität, das hier kurz umrissen werden soll. Eigentlich banal, aber sozioinfrastrukturelle Standortcluster sind auch immer ein Ziel- und Quellgebiet der Nahmobilität, insbesondere des ÖPNVs. In dem Moment, in dem eine Clusterbildung eine über den Tag verteilte Nachfrage produziert – z. B. der Schulstandort mit quartiersbezogenen soziokulturellen Angeboten – lohnen sich vertaktete ÖPNV-Bedienformen. Und selbst da, wo es „zu wenig“ ist, weil die Standorte „zu klein“ sind, sind etwaige On-Demand-Formen an gerade diesen Standorten eher fähig für stationsgebundenes Sharing als anderswo.

Denn viele Schwierigkeiten bei der Etablierung von free-floating Sharing in weniger dicht besiedelten Räumen resultieren aus der Tatsache, dass es zu entsprechenden Tageszeiten Schwerpunkte des Entleihens und des Abgebens gibt, die dann so verteilt in der Fläche vorkommen, dass der Aufwand des Anbieters, eine gleichmäßige Verfügbarkeit in der Fläche zu gewährleisten, oft nicht über die Leihkosten abbildbar ist. Aber wenn es eine Hand-

voll Orte gibt, zwischen denen sich ohnehin ein Netz ergibt, dann ist dieses vielleicht auch in On-Demand-Mobilitätslogiken abbildbar. In diesem Zusammenhang wäre weiterer Forschungsbedarf zur Verknüpfung sowohl neuartiger Clusterlogiken sozialer Infrastruktur als auch neuartiger Mobilitätsangebote, der jedoch aufgrund der begrenzten Zeitressourcen nach den Planspielen nicht mehr bearbeitet werden konnte.

Fazit

Kommunen stehen vor zahlreichen Transformationsherausforderungen. Der demografische Wandel, Gebietsreformen, Migration und die wachsende Mobilität der Bevölkerung haben Einfluss auf die Infrastrukturplanung von Kommunen. Auch die soziale Infrastruktur ist davon betroffen. Historisch gewachsene Strukturen müssen auf die gegenwärtigen Herausforderungen angepasst werden. Anknüpfend an dem bestehenden Angebot müssen zukunftsfähige Strukturen entwickelt werden, denn neben Einzelhandel und Nahversorgung bildet die soziale Infrastruktur ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge (vgl. Winkel 2018: 2186). Sozialraumorientierte Infrastrukturplanung fördert das Zusammenleben, Begegnungen und trägt zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe bei. Sie zeichnet sich durch verschiedene Angebote wie Treffpunkte, Veranstaltungen, entsprechende Räumlichkeiten und informelle Bildungsangebote aus und spricht verschiedene Zielgruppen an. Das Spektrum reicht von Angeboten für Kinder und Jugendliche über Angebote für Erwachsene und Familien bis hin zu Senior:innen. Zudem unterscheiden sich die Angebote in ihrer räumlichen Erscheinung. Neben zentralen Angeboten, die immer am selben Ort stattfinden, existieren auch mobile oder aufsuchende Angebote (vgl. Cajas et al. 2018: 1f.). Aufgrund dessen bildet die sozialraumorientierte Infrastrukturplanung auch ein Handlungsfeld der Stadtplanung.

Die Planung der sozialen Infrastruktur liegt in weiten Teilen im kommunalen Verantwortungsbereich. Eine Vielzahl der Angebote wird jedoch auch von kirchlichen, religiösen und gemeinnützigen Trägern geleistet oder auf Ebene des Landkreises koordiniert (Jugendhilfe, Volkshochschule, etc.). Dadurch ist ein großes Akteursnetzwerk vorhanden, was auch viele Ehrenamtliche einbindet (vgl. Winkel 2018: 2187).

Die Ergebnisse beider Planspiele legen die Schlussfolgerung nahe, dass eine effiziente Koordination sowohl bei der Belegung der Bürgerhäuser als auch bei der Vermietung von Räumlichkeiten im Schulgebäude eine entscheidende Rolle spielt. Die Schaffung einer übersichtlichen, digitalen Struktur ist erforderlich, um den Vermietungsprozess zu vereinfachen. Des Weiteren kann eine Erweiterung des Nutzungskonzeptes von städtischen Gebäuden, wie Schulen und Kindergärten, schon jetzt umgesetzt werden. Dies bedarf einer stärkeren Kommunikation vor Ort sowie einer detaillierten Bedarfsanalyse. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen privaten und wirtschaftlichen Institutionen anzustreben. Die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen ist unabdingbar und sollte angestrebt werden. Rechtliche Rahmenbedingungen müssten diesbezüglich noch strukturiert und aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse zeigen exemplarisch, dass die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren aus dem privaten, städtischen, sozialen und wirtschaftlichen Sektor als zielführend und gewinnbringend angesehen wird, dabei jedoch eine zentrale Kommunikation und Koordination untereinander notwendig ist.

Literatur und Quellen

Block, Sebastian; Knacker, Lena (2023): Radverkehr als Teil einer kleinstädtischen Verkehrswende – Erkenntnisse des Reallabors des ISDN-Forschungsprojektes, In: Krüger, Arvid (Hg.) Thüringen-Reader (Band II) Wohnen, Energie, Mobilität. Universität Kassel. Kassel: KOBRA (Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv), S. 135–150.

Böcker, Mone (2010): Alles unter einem Dach. Bündelung der Infrastruktur als Chance für die Quartiersentwicklung. In: Uwe Altrock et al. (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2010. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin: Universitäts-Verl. der Techn. Univ., S. 93–104.

Cajas, Monika; Klaus, Philipp; Muri Koller, Gabriela; Schenk, Sabine; Schillinger, Martina (2018): Soziokulturelle Angebote und ihre Bedeutung für Gemeinden im Wandel - Ein Handbuch, Zürich: Stiftung Züricher Gemeinschaftszentren und ZHAW Soziale Arbeit – Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe.

Coelen, Thomas; Heinrich, Anne Juliane; Million, Angela (Hg.): Stadtbaustein Bildung. Wiesbaden: Springer.

Förster, Agnes / Thissen, Fee (2018): Kommunikative Praxis reflektieren. In: Raumplanung Heft 196 / 2-3-2018, S. 44–49.

Knacker, Lena; Krüger, Arvid; Kuhfuß, Zoe (2023): Analyse von Planungsfällen in Schmöln und Gößnitz zur Organisation und Planung der Daseinsvorsorge. In: Arvid Krüger (Hg.): Thüringen-Reader (Band 1) Daseinsvorsorge. Kassel: KOBRA, Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv (ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit), S. 56–80.

Krambach, Kurt (2013): Dorfbewegung – warum und wie?, PAPERS, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Krüger, Arvid (2008): Erneuerung der Erneuerung? ISR-Impulse Nr. 10, Berlin: Technische Universität.

Krüger, Arvid (2024): Wohin mit den Einfamilienhäusern? Wohnen und der Wunsch nach Zuzug im / in den ländlichen Raum; in: Arvid Krüger (Hg.): Thüringen-Reader (Band 2) Energie – Wohnen – Mobilität. Kassel: KOBRA, Kasseler Online-Bibliothek, Repository und Archiv (ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit), S. 99–130.

[LEG Thüringen] Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (2020): Dorfentwicklungskonzept Lumpzig, Fortschreibung, Erfurt: LEG.

Reich, Kerstin (2007): Planspiel, In: Methodenpool, URL: <http://methodenpool.uni-koeln.de/download/planspiel.pdf>, zuletzt geprüft am 04.03.2023

Thüringer Rechnungshof (2014): Dorfgemeinschaftshäuser, Überlegungen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Optimierung, Rudolstadt: Thüringer Rechnungshof.

Thüringer Rechnungshof (2013): Prüfungsfeststellung des Berichtes über die überörtliche Prüfung der Wirtschaftlichkeit dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen in Thüringen, Rudolstadt: Thüringer Rechnungshof.

Winkel, Rainer (2018): Soziale Infrastruktur, In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung S. 2185–2196.

Bildessay: Öffentliche Veranstaltungen

Der Bildessay dokumentiert Eindrücke aus unterschiedlichen Veranstaltungen in Schmölln und über das ISDN-Projekt 2021-2024.

Fotos: 01, 02, 03, 05, 06, 07 – Stadtverwaltung Schmölln, 04 – Sebastian Block

01 Bei der 3. Fachkräftemesse in Schmölln (Juli 2023)



02 Gemeinsamer Workshop mit dem Seniorenbeirat (Januar 2023)





Ø3 Fahrradcharrette (März 2023)

Ø4 Bahnhofscharrette (Mai 2023)



Ø5 Vernetzungskonferenz der
Kommunen-Innovativ-Projekte
in Jena (Mai 2023)



Ø6 Auftaktveranstaltung
(Oktober 2021)



Ø7 Spaziergang mit Bundestags-
abgeordneten anlässlich der
Zwischenbilanz (Dezember 2022)



Website „Kommunen innovativ“
des Difu mit Film zur Auftakt-
veranstaltung



ISDN-Website der Stadt Schmölln
mit Filmen zur Zwischenbilanz
und Abschlussveranstaltung

Zu den Autor:innen des Bandes

Jens Göbel

arbeitete als Lehrer bereits an verschiedenen Schulen des Altenburger Landes, u. a. war er auch Schulleiter der Regelschule in Gößnitz. Bis 2024 war er Stadtratsmitglied in Schmölnn und damit einer der vielen Ansprechpartner des Forschungsprojekts aus der Kommunalpolitik.

Lena Knacker

Jahrgang 1998, M. Sc. Stadt- und Regionalplanung, Bachelor- und Masterstudium der Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel mit Schwerpunkt Bestandsentwicklung und Stadtmanagement, seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie der Universität Kassel.

Arvid Krüger

ist Stadt-/Raumplaner und an der Universität Kassel als Projektleiter in der DFG-Forschungsgruppe „Neue Suburbanität“ sowie in einem BMBF-Projekt „Kommunen Innovativ“ tätig. Er hat in Berlin und Stockholm studiert und hat 2012–2018 an der Bauhaus-Universität Weimar zur Stadterneuerung von Großsiedlungen promoviert; dort ist er seitdem Zweitmitglied am Bauhaus-Institut für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung. Des Weiteren war er auf Gastprofessuren an der UC San Diego (2017) und der FH Erfurt (2020) sowie JSPS-Forschungsstipendiat an der Universität Tokio (2023). Seine Forschungsschwerpunkte verbindet er kontinuierlich mit der Planungspraxis und ist ehrenamtlich als Sprecher des Bundesarbeitskreises Stadterneuerung und Präventive Stadtentwicklung bei der SRL aktiv.

Marlena Maria Mulhaupt

Jahrgang 1999, B.Sc. Architektur, seit 2021 Masterstudium der Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel mit Schwerpunkt Bestandsentwicklung und Stadtmanagement, studentische Hilfskraft am Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie der Universität Kassel.

Sarah-Ann Orymek

Jahrgang 1994, 2013 bis 2017 Studium Grundschullehramt an der Universität Leipzig, Abschluss: 2. Staatsexamen, zertifizierte Spiel- und Erlebnispädagogin, seit 2020 Gesellschafterin der StOry GbR Steuer & Orymek, bekannt als Mobiles SpieleCafe.

Cornelia Schwarz

M. Sc., Bachelor- und Masterstudium der Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel. Neben der Vertiefungsrichtung Bestandsentwicklung und Stadtmanagement wurden die Studienschwerpunkte in den Bereichen der Stadtsoziologie und der nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung gesetzt. Sie war studentische Hilfskraft am Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie der Universität Kassel.

Silke Weidner, Prof. Dr.-Ing.

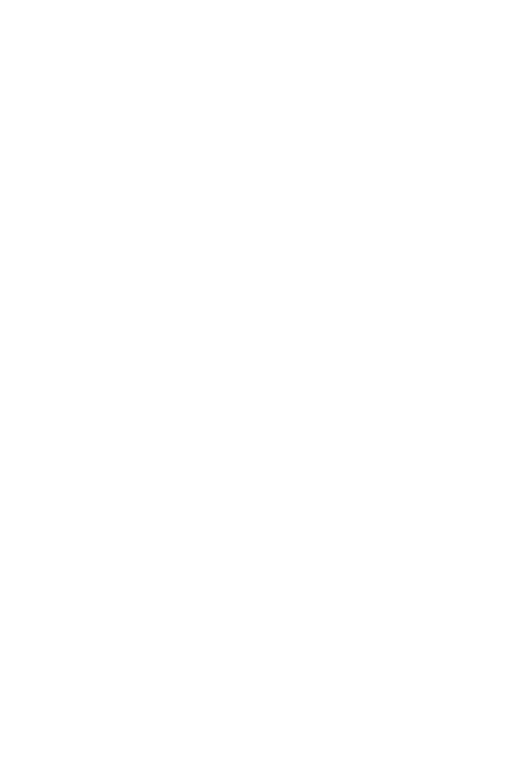
Stadtplanerin, ist seit 2009 Professorin für Stadtmanagement am Institut für Stadtplanung an der BTU Cottbus-Senftenberg und leitet dieses seit 2017. Sie war Teil des Projektteams des Hochschulcampus Kleinstadtforschung (2019–2022 vom BMI/BBSR gefördert). Ihre Forschungsinteressen sind: nachhaltige und integrierte Stadtentwicklungsplanung, Transformation und Strukturwandel in Klein- und Mittelstädten und in innerstädtischen Zentren.

Studierende

Hartmann, Hendrik; Imanci, Hilal; Kupillas, Sina; Sandmann, Hannah; Ulrich, Saskia; Wockenfuß, Josefine: Studierende der Universität Kassel am Fachbereich 06 Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, die sich im Sommersemester 2023 im Rahmen des Vertical Studios (für Bachelor- und Masterstudierende) „Schmölln im Wandel – Daseinsvorsorge einer Kleinstadt“ mit den Themen Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit an konkreten Standorten und Handlungsbereichen in der Stadt Schmölln auseinandergesetzt haben.

ISDN

Integrierte Strategie für
Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit
in ländlichen Räumen



Thüringen Reader –
Beiträge aus Forschung und Lehre
über und mit Thüringen